

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 39. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 8. November 2012, 10 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen:	1 – 108
- Oberst a. D. Dieter Huth	1
- Kapitän zur See Olaf Christmann, MAD	75
- Präsident des MAD a. D. Karl-Heinz Brüsselbach	-
- Ministerialdirigent Dr. Christof Gramm, BMVg	-

*Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Kapitän zur See Olaf Christmann wurden in das Protokoll eingearbeitet (Anlage).

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses

Donnerstag, 8. November 2012, 10:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Binninger, Clemens		Hahn, Florian	
Schipanski, Tankred		Heinrich, Frank	
Stracke, Stephan		Schön (St. Wendel), Nadine	
Winkelmeier-Becker, Elisabeth		Schuster (Weil am Rhein), Armin	
SPD		SPD	
Edathy, Sebastian		Gleicke, Iris	
Högl, Eva, Dr.		Kolbe (Leipzig), Daniela	
Rix, Sönke		Özoguz, Aydan	
FDP		FDP	
Tören, Serkan		Kurth (Kyffhäuser), Patrick	
Wolff (Rems-Murr), Hartfrid		Schulz, Jimmy	
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Pau, Petra		Petermann, Jens	
BÜ90/GR		BÜ90/GR	
Wieland, Wolfgang		Ströbele, Hans-Christian	

Stand: 17. Juli 2012

Tagungsbüro / Referat ZT 4 - Logistik - Luisenstr. 32-34 Telefon 227-32659

off

2. Untersuchungsausschuss

Donnerstag, 8. November 2012, 10:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:


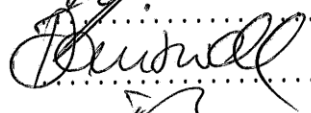

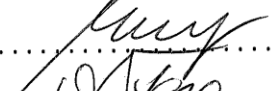
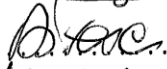
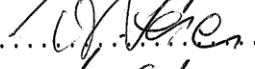
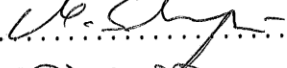

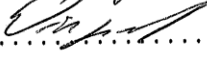

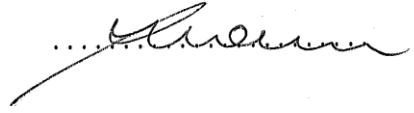
CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

WEYER	SPD	
HANWELL	SPD	
Bergheist	SPD	
D. Knies	SPD	D. Knies
Weßberg	SPD	D. Weßberg
REICHELT	SPD	Reichelt
Molsberger	CDU/CSU	
	CDU/CSU	
M. Schupparis	SPD	
von Cassel	CDU/CSU	von Cassel
H. Weßler	Linke	H. Weßler
	Linke	
Lamp	FDP	Lamp
Scharlau	FDP	Scharlau
	LINKE	

off

2. Untersuchungsausschuss

Donnerstag, 8. November 2012, 10:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

W. Wenzel

VIEHBECK

Brandt

VON DIECK

SPD

SPD

Grüne

TDT

W. Wenzel

Viehbek

Brandt

Von Dieck

Donnerstag, 8. November 2012, 10:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
BMVg	BECKER	DL	
BMVg	HUFMANN	SB	
BMVg	MEYER	SB	
BMI	Schneebach	KA	
BMVg	WITZ	Ref/Bee	
BMVg	TOMBERS	Ref	
BKA	Schleimer	EKAH	
BUL	Schäfer	MON	
GBA	Christleit	StA b. BGA	
BMJ	Dr. Freudling	KiGA	
BMI	Wang	RD	
BMI	STEINBOCK	Polizei	
BMI	SCHNEIDER	KOR	
BMI	Hanus	RR	
Bk.	Teiffel	MR	
BMI	Donat	MR	
PMJ	Dittmann	MD	
BKA	Herrmann	ORRin	

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
Soerer		RR	Berlin
Müllerbach		RD'in	TH
Dr. M.		GRK	BY
Schubert		BY MR	BY
Falk		RR	SN
Wronczyk		RM	SN
Schnitt		RR	HE
Dr. Farnan		Bau/Bz	NR
Mathias		RD	NR
Schuppe		MR	ST
NITZSCHE		RR/m	RP

(Beginn: 10.09 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich eröffne hiermit die 39. Ausschusssitzung, die in Form einer öffentlichen Beweisaufnahme stattfindet.

Wir kommen zum **einzigen Punkt der Tagesordnung:**

Vernehmung von Zeugen:

- Oberst a. D. Dieter Huth
- Kapitän zur See Olaf Christmann, MAD
- Präsident des MAD a. D. Karl-Heinz Brüsselbach
- Ministerialdirigent Dr. Christof Gramm, BMVg

Wir hören heute vier Zeugen: zunächst Herrn Oberst a. D. Dieter Huth, den ich hier im Saal hiermit begrüßen darf, dann als zweiten Zeugen Herrn Kapitän zur See Olaf Christmann, dann den ehemaligen MAD-Präsidenten Karl-Heinz Brüsselbach und zum Schluss aus dem Bundesministerium der Verteidigung Herrn Ministerialdirigenten Dr. Christof Gramm.

Ich darf darauf hinweisen, dass heute mindestens mit vier Unterbrechungen zu rechnen ist. Zum einen findet gegen Mittag eine Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag statt, die sich einer Zwischenbilanz der Ausschussarbeit widmen soll. Im Laufe des Nachmittags bzw. Abends haben wir drei namentliche Abstimmungen, an denen alle Mitglieder des Parlamentes zwingend teilnehmen müssen.

Vernehmung des Zeugen Dieter Huth

Herr Huth, vor Ihrer Vernehmung habe ich Sie zunächst darauf hinzuweisen, dass von Ihrer Vernehmung eine Tonbandaufnahme gefertigt wird durch das Sekretariat des Ausschusses. Diese dient allerdings ausschließlich dem Zweck, die stenografische Erfassung der Sitzung zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll erstellt worden ist, wird die Aufnahme gelöscht.

Das vorläufige Protokoll Ihrer Vernehmung wird Ihnen übermittelt. Sie haben dann, sofern Sie davon Gebrauch machen möchten, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturbedarf geltend zu machen.

Ich stelle fest, Herr Huth, dass Sie ordnungsgemäß geladen sind. Die Ladung ha-

ben Sie am 5. Oktober 2012 erhalten. Es liegt dem Ausschuss eine Aussagegenehmigung vor des Amtes für den Militärischen Abschirmdienst der Bundeswehr. Diese datiert vom 31. August 2012.

Vor Ihrer Aussage, Herr Huth, habe ich Sie zunächst formal zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf etwaige strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem von mir bisher Vorgelegten Fragen?

Zeuge Dieter Huth: Keine Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann, Herr Huth, darf ich Sie nach meinen notwendigen Vorbemerkungen bitten, sich dem Ausschuss kurz mit vollständigem Namen, Alters- und Berufsangabe vorzustellen.

Zeuge Dieter Huth: Ich bin Dieter Siegfried Huth, geboren am 26.12.1949, Oberst a. D., seit Ende des Jahres 2010 im Ruhestand.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann darf ich Sie kurz fragen, ob die für Ihre Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist.

Zeuge Dieter Huth: Sie ist aktuell.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut. - Herr Huth, wenn Sie es wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes Gelegenheit, sich vor Ihrer Vernehmung zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Ich habe Sie vorhin kurz gefragt, ob Sie davon Gebrauch machen möchten. Das haben Sie bejaht. Insofern erteile ich Ihnen jetzt hiermit das Wort.

Zeuge Dieter Huth: Danke, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Fast 25 Jahre meines Berufslebens war ich in der Extremismus- und Terrorismusabwehr des Militärischen Abschirmdienstes eingesetzt. Linksextremismus, Rechtsextremismus und Islamismus bedrohten in dieser Zeit die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr mit unterschiedlicher Ausprägung. Zur sachgerechten Abwehr dieser Bedrohung war die eingehende Kenntnis aller genannten Extremismusphänomene für den MAD zwingend.

Für den Bereich Rechtsextremismus galt seit mindestens 1980: Es gibt keinen Terrorismus von rechts. Es hat mich daher sehr erschüttert, dass die Zelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ jahrelang unerkannt ihr Unwesen treiben konnte.

Wie Sie wissen, bearbeitet der MAD aufgrund seiner Aufgabenstellung Einzelfälle und trägt zur Sicherheitslage der Bundeswehr bei, während der Verfassungsschutz Organisationen aufklärt und das Lagebild für die Bundesrepublik Deutschland erstellt. Die Beobachtung einzelner extremismusverdächtiger Bundeswehrangehöriger ist die wesentliche Aufgabe der Extremismusabwehr des MAD. Dabei setzt der MAD die Dienstvorgesetzten der Verdachtspersonen bei Beginn einer Operation in Kenntnis. Und sie erhalten abschließend schriftlichen Bescheid über das Ergebnis der MAD-Ermittlungen.

Im Zuge dieser personenbezogenen Operationen werden erforderlichenfalls nachrichtendienstliche Mittel wie menschliche Quellen oder Observationen eingesetzt. In der Masse der Operationen sind nachrichtendienstliche Mittel nicht erforderlich. Die

Verdachtspersonen werden lediglich zu den Informationen befragt, die der MAD über sie erlangt hat.

Durch die Übermittlung Hunderter solcher Befragungsergebnisse an die jeweils zuständigen Verfassungsschutzbehörden konnte der MAD insbesondere auf dem Gebiet des Rechtsextremismus einen erheblichen Informationsbeitrag leisten. Die Verfassungsschutzbehörden haben diese Beiträge wie auch Quellenberichte stets anerkennend gewürdigt. Sie haben den MAD im Gegenzug mit ihren Erkenntnissen in seiner Arbeit stets sachgerecht unterstützt. Die gegenseitige Information und Zusammenarbeit in operativen Angelegenheiten zwischen den Verfassungsschutzbehörden und dem MAD bewerte ich als gut und vertrauensvoll. Dies liegt zum Teil auch daran, dass der MAD wegen seiner besonderen Zuständigkeit nicht als Konkurrent, sondern als Partner angesehen wird. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden.

Die Abwehr extremistischer Bestrebungen gegen die Bundeswehr war und ist eine besondere Herausforderung. Der MAD hat sich dieser nach meiner Bewertung erfolgreich gestellt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank, Herr Huth. - Bevor wir mit der Befragung durch die Fraktionen beginnen, hätte ich einige einleitende Fragen. Können Sie uns einmal kurz die verschiedenen Stationen darstellen - und auch die Zeiträume -, die Sie durchlaufen haben im Bereich des MAD?

Zeuge Dieter Huth: Ich bin 1979 in der MAD-Stelle in Flensburg in den MAD eingetreten als Regionalmittler und habe ab 1982 in der MAD-Gruppe I in Kiel die Arbeit im damaligen Bereich „verfassungsfeindliche Kräfte“ begonnen und war selbst V-Mann-Führer und Ermittler. Danach bin ich nach Köln in die Abteilung II des MAD-Amtes gegangen, von dort in das Verteidigungsministerium etwas über vier Jahre in den Stab KS, Fach- und Rechtsaufsicht über den MAD, dann nach Düsseldorf als Dezernatsleiter der Abwehr verfassungsfeindlicher Kräfte, von dort 1994 zurück in das MAD-Amt als Leiter der Auswertung der Abteilung II. 1996 wurde ich dort Gruppenleiter der Beschaffung und im Jahre 2000 Abteilungsleiter der Abteilung II bis zum Dienstzeitende 2010.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Da kann man ja mit Fug und Recht sagen, dass Sie wahrscheinlich innerhalb des MAD einer der mit erfahrensten Beamten gewesen sein dürften, oder?

Zeuge Dieter Huth: Man sagt, ich sei ein Fossil.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Sebastian Edathy: So sehen Sie gar nicht aus.

(Heiterkeit)

Also, langjährige Erfahrung. Sie haben wahrscheinlich auch in den 90er-Jahren die ganze Diskussion um Bundeswehr und Rechtsextremismus mitbekommen; es gab sogar einen Untersuchungsausschuss im Deutschen Bundestag. Ich habe folgende Frage: Etliche Kollegen, ich auch, haben im Sommer 2012 mehr oder weniger lange Tage verbracht in Treptow in der Außenstelle von Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz, wo wir zur Einsichtnahme vorgelegt bekommen haben unter anderem Akten aus dem Bereich des Militärischen Abschirmdienstes, die im Wesentlichen beinhaltet haben oder in Teilen beinhaltet haben Protokolle von Befragungen extremismusverdächtiger Wehrdienstleistender. Aufgrund Ihrer Erfahrung: Zu welchem Zeitpunkt würde man denn auf einen Wehrdienstleistenden zugehen, der mit rechtsextremistischen Äußerungen in Erscheinung getreten ist?

Zeuge Dieter Huth: Sobald wir die Information als MAD erlangt haben, haben wir eine nachrichtendienstliche Operation aufgenommen. Das war unsere Verpflichtung. Wir haben dann alle möglichen Quellen angeschrieben, um Informationen zu dieser Verdachtsperson zu erlangen. Wenn wir genügend Material hatten, um den Fall dann zu lösen durch eine Befragung, indem wir diese Person als Extremist - in Anführungszeichen - überführen konnten, sodass die Truppe dann abwehrende Maßnahmen ergreifen konnte - das obliegt ja nicht dem MAD -, dann ist dieser Vorgang so gegangen. Wenn nur quellengeschützte Informationen zu der Person vorlagen, wurde es für uns schwieriger, weil wir dann versuchen mussten, auf anderem Wege diese Information offen und vorhaltbar zu machen. Aber im

Normalfall stand in jeder Operation, die wir gemacht haben, der Versuch, die Person zu befragen und dann ein klares Ergebnis zu haben: Ist es ein Extremist oder nicht?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie sich daran erinnern, ob Ihnen jemals während Ihrer Dienstzeit beim Militärischen Abschirmdienst der Name Uwe Mundlos vor die Augen gekommen ist?

Zeuge Dieter Huth: Ich weiß, dass wir ihn in den 90ern befragt haben, kurz vor Dienstzeitende. Bei Wehrpflichtigen ist es ja so: In der Kürze der Dienstzeit entscheiden nicht wir, wann wir die Information bekommen, sondern wir laufen manchmal der Zeit sehr stark hinterher. Aber wir haben uns bemüht, jeden Wehrpflichtigen, weil das ja auch Wehrübende der Zukunft waren, trotzdem zu befragen. Wenn das kurz vor Dienstzeitende erst der Fall sein konnte, ging der natürlich dann anschließend nach Hause. Aber wir hatten zumindestens ein Ergebnis. Und wir hatten ja die Möglichkeiten, präventive Maßnahmen zu ergreifen, um diese Person, die wir dann immer noch als Extremisten erkannt hatten, vom Wehrdienst in der Zukunft fernzuhalten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn Sie sagen, Sie können sich daran erinnern, dass „wir ihn ... befragt haben“, wie Sie es gerade formuliert haben: Worauf stützt sich diese Erinnerung?

Zeuge Dieter Huth: Das sind die Protokolle und Einsichten, die ich jetzt noch mal im MAD-Amt bei einer Kurzeinweisung vorgelegt bekommen habe, im Mai, als Sie mich das erste Mal geladen hatten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie waren in der Tat schon mal als Zeuge vor einigen Monaten geladen.

Zeuge Dieter Huth: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Man hat Ihnen im Mai bei einem Briefing mit Blick auf Ihre Zeugeneinvernahme hier im Ausschuss die Unterlagen zukommen lassen, die uns erst Monate später gegeben worden sind?

Zeuge Dieter Huth: Nein, man hat mir nur gesagt, dass wir in diesem Bereich vermutlich mehrere Personen befragt haben. Und ein Name war aus den uralten Datenbeständen augenscheinlich der Kamerad Mundlos.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, so uralt ist natürlich das Jahr 1995 auch noch nicht, von heute aus gesehen. Aber ich stelle mal fest - korrigieren Sie mich bitte, wenn ich das falsch sehe -, dass Sie bereits im Mai nach eigener Auskunft vom MAD darauf hingewiesen worden sind, dass es in den 90er-Jahren eine Befragung des MAD von Herrn Mundlos gegeben habe.

Zeuge Dieter Huth: Nein, das kann man nicht sagen, dass Mundlos bearbeitet worden ist. Ob er befragt worden ist, das konnte man daraus nicht erkennen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, was heißt denn „bearbeitet“?

Zeuge Dieter Huth: Das kann ja auch sein, dass wir eine ND-Operation aufgenommen haben, aber bis zum Dienstzeitende der Person gar nicht mehr in der Lage waren, den zu befragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, dann stelle ich doch mindestens fest, dass der MAD Ihnen bereits im Mai mitgeteilt hat - Monate bevor wir darüber informiert worden sind -, dass man Herrn Mundlos auf dem Schirm hatte.

Zeuge Dieter Huth: Das müsste ich genau nachgucken, wann das war, ob es Mai war oder Juni. Aber ich weiß nicht, wann ich die erste Ladung bekommen habe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Darf ich Ihnen einen Vorhalt machen? Es gibt hier ein Dokument. Das ist das Anschreiben vom MAD - das ist von Ihnen unterschrieben - vom 27. Juni 1995. Können wir das mal dem Zeugen bitte zeigen?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Das ist eine Mitteilung an das Bundesamt für Verfassungsschutz und an die Landesämter für Verfassungsschutz Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt; Erkenntnisaustausch, unter anderem aufgrund einer - - Es wird

angehängt das Protokoll einer Befragung von Herrn Mundlos. Ist das ein Dokument, was Ihnen bereits im Mai gezeigt worden ist vom MAD?

Zeuge Dieter Huth: Nein, das ist mir nicht gezeigt worden. Das Dokument habe ich im Fernsehen das erste Mal gesehen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: In welcher Form sind Sie denn dann unterrichtet worden im Mai?

Zeuge Dieter Huth: Bitte?

Vorsitzender Sebastian Edathy: In welcher Form sind Sie denn unterrichtet worden, dass es da irgendwas mit Mundlos gegeben habe seitens des MAD?

Zeuge Dieter Huth: Das ist, denke ich - ich kann das nicht sagen, weil ich ja nur unterrichtet wurde -, eine Wahrscheinlichkeit gewesen der Auswertung, die alte Unterlagen versucht hat zusammenzustellen. Denn wir haben alte Unterlagen - in Anführungszeichen -, alte DV-Unterlagen, und konnten zumindestens wohl feststellen, dass Mundlos bei der Bundeswehr war - denn das ist ja auch für den MAD schwierig, das überhaupt noch festzustellen - und dass er in irgendeiner Form mal bei dem MAD auf dem Schirm war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer hat Sie denn unterrichtet, Herr Huth?

Zeuge Dieter Huth: Ich bin in der Abteilung II unterrichtet worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Durch wen?

Zeuge Dieter Huth: Das müsste der Hauptmann Meyer (?) gewesen sein, der mich damals unterrichtet hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hatten Sie denn vor dem Mai 2012 noch eine Erinnerung an den Namen Mundlos, unabhängig von der Berichterstattung?

Zeuge Dieter Huth: Nein, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich würde gerne wissen, Herr Huth - das, was auffällig ist aus meiner Sicht -: Bei den Akten in Treptow, wo es Kontakte gegeben hat, Befragungen gegeben hat seitens des MAD von Wehrdienstleistenden der Bundeswehr, da fällt auf - das ist mir übrigens positiv aufgefallen -, dass man bereits sehr früh bei ersten Hinweisen auf eine rechtsextremistische Betätigung eine solche Befragung veranlasst hat.

Nun stellen wir fest aufgrund der zwischenzeitlich vorliegenden Akten, dass Herr Mundlos von 1994 bis 1995 Wehrdienstleistender war in einer Kaserne in Sachsen in Bad Frankenhausen; 01.04.94 bis 31.03.95.

(Jens Petermann (DIE LINKE):
Thüringen!)

- Thüringen, Entschuldigung. - Er ist demnach bereits 1994 unter anderem aufgrund einer polizeilichen Gewahrsamnahme aufgrund rechtsextremistischer Betätigung auffällig geworden, aber erst kurz vor seiner Entlassung angeblich das erste Mal befragt worden. War das ein übliches Verfahren?

Zeuge Dieter Huth: Es richtet sich danach, wann wir als MAD informiert worden sind über diese rechtsextremistische Betätigung. Das kann ich nicht mehr nachvollziehen. Das Verfahren bei uns war: so schnell wie möglich.

Ich darf aber einen Hinweis geben: 1994 hat der MAD seine Struktur komplett geändert. Er hat sieben MAD-Gruppen aufgelöst, und seit 01.10.1994 fand alle operative Arbeit im MAD-Amt statt, in einer völlig neu geschaffenen Abteilung II. Also, es kann durchaus sein, dass es dort damals zu der einen oder anderen Zeitverzögerung gekommen sein mag. Das will ich nicht ausschließen. Wir haben damals arge Schwierigkeiten gehabt, einfach wegen der Umstellung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Würden Sie sagen, dass, wenn dem Kommandeur einer Bundeswehreinrichtung bekannt wird: „Da ist ein Rekrut aufgrund rechtsextremistischer Betätigung vorläufig in Haft genommen worden“, würden Sie davon ausgehen, dass das ein solcher Kommandeur umgehend dem MAD melden würde?

Zeuge Dieter Huth: 1994/95 wäre ich nicht unbedingt davon ausgegangen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Warum nicht?

Zeuge Dieter Huth: Weil die Auffassung der Truppe und des MAD manchmal unterschiedlich war. Das hat sich ja auch in den Untersuchungsausschüssen nach Schneeberg gezeigt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ihnen ist aber auch nicht bekannt, ob es bereits 1994 eine Meldung an den MAD gegeben hat?

Zeuge Dieter Huth: Der MAD ist informiert worden. Von wem, das kann ich nicht mehr ersehen, weil ich - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wann?

Zeuge Dieter Huth: Bitte?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wann?

Zeuge Dieter Huth: Vor der Befragung des Mannes. Ich weiß nicht mehr, wann das war. Ich habe ja auch keine Akte mehr über diesen Fall. Also, der MAD muss ja auf den Mann aufmerksam gemacht worden sein. Ob das die Truppe war, die gemeldet hat - vermutlich war sie das -, oder ob die Polizei den MAD direkt informiert hat - - Auch solche Fälle hat es ja gegeben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dieses Schreiben, was Sie unterzeichnet haben, vom 27. Juni 1995: Wie muss man sich das vorstellen vom Verfahren her? Also, der MAD hat vor Ort eine Befragung veranlasst, dann einen Bericht erstellt. Und waren Sie dann einfach der Übermittler an andere Behörden, oder haben Sie auch Rücksprache gehalten mit den Leuten, die die Befragung durchgeführt haben?

Zeuge Dieter Huth: Die Auswertung des MAD-Amtes hat entschieden, ob die Befragung so substanziell war, dass die Verfassungsschutzbehörden unterrichtet wurden. Die Auswertung hat auch das letzte Wort im Abschluss einer ND-Operation: ob die Ermittlungsergebnisse stimmig sind und auch

die Bewertung stimmig ist. Insoweit: Wenn da ein Leiter der Auswertung unterschrieben hat, dann ist dieser Fall auch geprüft gewesen, auch durch den Leiter der Auswertung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was war denn jetzt Ihre Aufgabe: Waren Sie sozusagen der Botschafter? Oder waren Sie inhaltlich involviert?

Zeuge Dieter Huth: Also, die Anfragen oder der Schriftwechsel zwischen den Verfassungsschutzbehörden und der Abteilung II liefen von Auswertung zu Auswertung. Das ist das normale Verfahren. Insoweit war ich auch Ansprechpartner für die Verfassungsschutzbehörden für Rückfragen oder für weitere Auskünfte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn ich noch mal mich erinnere an die Durchsicht der Unterlagen in Berlin-Treptow, war es keineswegs bei jeder Befragung der Fall, dass einem Befragten die Frage gestellt worden ist, ob er sich vorstellen könnte, einer Sicherheitsbehörde Informationen zukommen zu lassen. Herr Mundlos ist, nach dem Protokoll seiner Befragung, gefragt worden, ob er sich das vorstellen kann. War das eine übliche Frage?

Zeuge Dieter Huth: An der Schule für Verfassungsschutz, Lehrgruppe Bad Ems, wurden alle Ermittler darauf hingewiesen, bei Befragungen im Extremismusbereich diese Frage zu stellen, explizit. Aus zwei Gründen. Der eine Grund war: Wie lässt sich die Person darauf ein? Weil es schon für die Bewertung: „Ist es ein Extremist: ja oder nein?“ sehr wichtig ist, wie er sich verhält.

Und in den anderen Fällen war es einfach so: Wir haben durch diese Befragung die Möglichkeit geschaffen für andere Behörden, später eventuell auf Personen zuzugehen. Denn wir konnten diese Personen gar nicht nutzen; wir wollten sie auch gar nicht nutzen.

Aber die Fragen wurden aus diesen zwei Gründen gestellt. Das ist einfach so, und das war Lehre des MAD an der Schule für Verfassungsschutz. Deswegen ist eigentlich die Nichtfragestellung in einem solchen Befragungsbericht ein Fehler, ein ermittlungstaktischer Fehler.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt aber - ich verstehe Sie so -, dass Sie

sagen: Das war nicht eine rhetorische Frage, sondern das war auch ein Test, um zu gucken: Ist der eventuell später noch mal ansprechbar, zum Beispiel für Polizei und Verfassungsschutz?

Zeuge Dieter Huth: Das kann man so sehen. Und das sollte auch so verstanden sein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Das möchte ich nur festhalten, weil wir hier unter anderem vom amtierenden MAD-Präsidenten das genaue Gegenteil gehört haben. Das kann ich bei Bedarf auch gerne zitieren.

Wir machen mal die erste Berliner Runde. Fragerecht hat die Unionsfraktion. Und es fragt der Kollege Clemens Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Huth, ich will chronologisch vorgehen, und mich würde zunächst einmal interessieren, was Sie uns zur Operation „Rennsteig“ hier sagen können, und zwar vor allen Dingen der Punkt: Wer war denn die ausschlaggebende Behörde, eine solche Operation zu machen? Von wem kam der Impuls? Es war für uns bisher immer unklar, ob das von Thüringen kam, von den dortigen Sicherheitsbehörden, ob das vom Bundesamt kam, ob der MAD irgendwann erkannt hat: Wir haben hier ein Problem, dass immer mehr Wehrpflichtige hier dieser Gruppierung in Thüringen angehören; wir müssen deshalb etwas tun. - Es war zwischendrin die Frage, ob aus Bayern noch ein Impuls kam. Es blieb für uns bisher immer unklar, wer denn wirklich den Impuls dazu gegeben hat, so eine gemeinsame Operation der Sicherheitsbehörden zu machen. Können Sie uns da etwas sagen dazu?

Zeuge Dieter Huth: Nach meiner Erinnerung waren das Bundesamt und Thüringen zusammen durch Besprechungen der Auffassung, hier müsste man bündeln, weil unterschiedliche Verfassungsschutzbehörden hier Informationen hatten, und das müsste einen Namen bekommen. Und das war ja die Operation „Rennsteig“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Thüringens. Wir haben als MAD, wenn wir Informationen hatten, unter diesem Titel Informationen geliefert.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie muss ich mir das vorstellen, dass Sie halt

irgendwann - - Also Sie persönlich oder wer war innerhalb des MAD dann damit betraut?

Zeuge Dieter Huth: Also, ich weiß, dass ich an zwei Besprechungen mindestens teilgenommen habe in diesem Zeitraum, wo Dinge besprochen wurden, auch Verfahren festgelegt wurden, an wen zu melden ist, mit welchem Titel.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und an wen haben Sie dann gemeldet?

Zeuge Dieter Huth: Wir haben dann grundsätzlich an Thüringen und das Bundesamt - - Wenn denn Bayern beteiligt war oder andere Länder, haben wir denen immer einen Nebenabdruck gegeben. Das war so übliche Praxis, dass alle den gleichen Sachstand hatten. Das war aber im Normalfall dann auch auf den Anschreiben vermerkt, dass die anderen Behörden dieses schon bekommen hatten, damit nicht die erste Behörde das noch mal dupliziert und weiterverwendet.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das fiel mir auf bei der Weitergabe dieser Befragung von Mundlos, die ja beim MAD aufgrund von Speicherfristen nicht mehr vorhanden war, aber in Sachsen noch in Teilen vorhanden, beim BfV dann komplett vorhanden - das war die Geschichte in diesem Jahr -, dass Sie diese Befragung Mundlos gesteuert hatten damals an Thüringen LfV, LfV Sachsen, LfV Sachsen-Anhalt und BfV. Es war mir nicht ganz klar - der Standort der Kaserne spielt sicher eine Rolle, der Wohnort spielt eine Rolle -: Aber warum dann eben noch an die anderen Landesämter? Was kann dann noch der ausschlaggebende Grund sein, dass man über Wohnort der Person und Standort des Wehrdienstleistenden noch andere Landesämter mitinformiert?

Zeuge Dieter Huth: Wenn aus der Befragung länderübergreifende Bezüge ergangen sind, dass andere Gruppen in anderen Ländern betroffen waren; denn Thüringen und Bayern, da gab es Verbindungen der Rechtsextremisten zum damaligen Zeitpunkt. Vermutlich ist dort etwas in der Befragung gewesen, das uns veranlasst hat, mehrere andere Verfassungsschutzbehörden auch zu unterrichten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie dann, wenn Sie so was gemeldet haben, auch gelegentlich eine Rückmeldung bekommen von den Verfassungsschutzbehörden, was aus Ihrem Hinweis wurde? Oder dass man vielleicht Sie sogar gebeten hat, solange der Betreffende noch im Wehrdienst war oder als Zeitsoldat, ihn noch mal zu befragen? Gab es so einen Austausch?

Zeuge Dieter Huth: Das gab es selten, aber es gab es; nicht häufig, aber es gab es.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Können Sie sich daran erinnern, ob das bei der Person Mundlos auch der Fall war, dass Sie noch mal gebeten wurden?

Zeuge Dieter Huth: Das kann ich nicht. In Anbetracht der Kürze der Zeit ist das auch sehr unwahrscheinlich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, da war er schon nicht mehr bei der Bundeswehr. - Gab es andere Bundeswehrangehörige, die man - - Jetzt hatten Sie ja die Operation „Rennsteig“; Sie wussten um die Existenz des „Thüringer Heimatschutzes“. War das Ihnen selber auch ein Begriff? Also, diese Begrifflichkeiten, waren die Ihnen eingängig? THS, das war für Sie - -

Zeuge Dieter Huth: Sehr. Deswegen war der MAD ja beteiligt. Wir hatten sehr viele Bundeswehrangehörige oder künftige Bundeswehrangehörige in diesem Bereich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hatten Sie damals eine Erklärung dafür, wie das sein kann?

Zeuge Dieter Huth: Das ist einfach eine Frage der Altersstruktur. Dieser neue „Thüringische Heimatschutz“ setzte sich zusammen aus jungen Männern im Alter von 18 bis 22 Jahren. Das ist unsere Wehrpflichtklientel gewesen. Von daher war die Wahrscheinlichkeit sehr hoch. Und es waren auch eben - doch ich meine, über die Gesamtlaufzeit des „Thüringischen Heimatschutzes“ - bestimmt 20 oder mehr Soldaten mal in diesem „Thüringer Heimatschutz“ aufgefallen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber das hätte dann von Ihrer Beschreibung her auch in anderen Regionen der Bundes-

republik sein können, dass dortige Gruppierungen auch verstärkt Wehrpflichtige auffangen. Das war schon ein bisschen ein Thüringer Phänomen, oder hatten Sie das auch in anderen Regionen?

Zeuge Dieter Huth: Die Thüringer waren einfach sehr groß. Sie hatten einen sehr großen Sympathisantenkreis. Ich meine, in Spitzenzeiten waren es 200 oder 250, mit Sympathisanten. Und das gab es in der Bundesrepublik in der Größenordnung nicht. Das waren sonst kleinere Gruppen, regionale Gruppen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Mundlos war ja dann 95 ausgeschieden: Wehrdienstzeit abgelaufen. Hatten Sie dann danach, insbesondere in der Operation „Rennsteig“, auch noch mal mit Personen zu tun, die hinterher relevant waren, auch in diesem Unterstützerfeld? Sind Ihnen da noch Namen geläufig?

Zeuge Dieter Huth: Nein, Namen sind mir nicht mehr geläufig. Ich weiß aber, dass wir dort eine größere Anzahl von Bundeswehrangehörigen hatten über diese Zeit des „Thüringischen Heimatschutzes“.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wurde diese Operation „Rennsteig“ denn irgendwann für beendet erklärt? Hat man irgendwann gesagt: „Jetzt haben wir genügend Erkenntnisse gesammelt; jetzt verfügen wir über ein Lagebild; jetzt brauchen wir das nicht mehr. Wir beenden das jetzt, schalten auch die Quellen wieder ab, die in dem Zusammenhang gewonnen wurden“? Oder gab es das nicht?

Zeuge Dieter Huth: Nein, nach meinem Kenntnisstand gab es kein offizielles Ende der Operation „Rennsteig“. Solange der „Thüringische Heimatschutz“ stark war und sich auch noch ausdehnte, gab es ja auch keinen Anlass, das zu beenden.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wurden Sie dann seitens der Verfassungsschutzbehörden auch immer wieder gebeten, selber nach neuen Quellen, nach neuen V-Personen sich umzusehen, oder blieb das in Ihrer Eigenregie?

Zeuge Dieter Huth: Der MAD hat nicht auf Bitte des Verfassungsschutzes Quellen geworben. Das war auch nicht unsere Aufgabe, es ist auch nicht zulässig. Wenn der MAD Quellen geworben hat, dann deshalb, weil in einer bestimmten Organisation Soldaten mehrfach vertreten waren und weil diese Hinweise da waren. Dann waren wir befugt und berechtigt, eigene Quellen zu suchen.

Aber natürlich ist in der Zusammenarbeit mit Verfassungsschutz es so, dass man sich dann abstimmt. Der MAD hat nie Quellen geführt, ohne den Verfassungsschutz darüber zu informieren. Im Vorwege der Quelle oder des Einschaltens der Quelle wurde der Verfassungsschutz jedes Mal aufgesucht, persönlich, und es wurde abgesprochen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Auch mit Klarnamen?

Zeuge Dieter Huth: Der Verfassungsschutz musste zwingend, das jeweilige Landesamt, den Klarnamen der Quelle kennen. Das ging gar nicht anders, weil sonst wäre der durch Auswertung und andere Dinge ja permanent aufgefliegen. Die Quelle musste ja auch geschützt werden.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Sodass man also sagen kann: Die Quelle oder die Quellen, die der MAD während der Operation „Rennsteig“ geführt hat - das gilt auch für andere Fälle; aber wir haben ja einen konkreten Sachverhalt zu untersuchen -, waren dem BfV, dem LfV Thüringen und vielleicht auch dem LfV Sachsen namentlich mit Klarnamen bekannt?

Zeuge Dieter Huth: Also, Thüringen und BfV: ja. Sachsen und Bayern: muss nicht zwingend sein.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Sie umgekehrt wussten aber nicht im Rahmen der Operation „Rennsteig“, wen möglicherweise BfV und Thüringen angeworben hatten?

Zeuge Dieter Huth: Nein. Das war auch nicht für uns wichtig zu wissen, weil wir mit diesen Quellennamen eh nichts hätten anfassen können. Wenn unsere Quellen berichtet haben, haben die Verfassungsschutzbehörden ja die Informationen bekommen

und konnten sehen, wie sie ihre eigenen Quellen aufgeführt haben. Das brauchten wir nicht zu wissen. Höchstens durch Rückfragen konnte man vielleicht mal schließen: Hier ist ein besonderes Interesse an einer Person; vielleicht ist das die Quelle des Verfassungsschutzes.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wenn sich jeder daran gehalten hat, dass eben die anderen Behörden nicht selber auch Soldaten oder Wehrdienstleistende anwerben. Das war die Grundbedingung.

Zeuge Dieter Huth: Das war, glaube ich, auch Konsens und wurde auch nicht mehr gemacht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was heißt „nicht mehr“? Kam es davor mal vor, dass man ein bisschen gewildert hat in dem Bereich?

Zeuge Dieter Huth: Es gab so alte Verfahren, aber das war noch vor dem MAD-Gesetz. Das ist alles ein bisschen schwierig. Es ist ja alles erst in Gesetz gegossen worden, was der MAD zu leisten hat und was nicht und was die Verfassungsschutzbehörden dann dürfen und was nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Kam es denn vor, dass Sie eine Quelle, die Sie gewonnen hatten und deren Dienstzeit bei der Bundeswehr dann auslief, übergeben haben oder weitergegeben haben an eine Verfassungsschutzbehörde, weil die Quelle gut war, weil sie einigermaßen - was auch immer das bedeuten mag - seriös war? Kam das vor?

Zeuge Dieter Huth: Das ist vorgekommen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und so etwas wurde dann auch angenommen?

Zeuge Dieter Huth: Man kann das andersrum sagen: Der Verfassungsschutz hat sehr gefragt, ob das denn möglich ist. Aber viele Soldaten waren dann nicht bereit, mit dem Verfassungsschutz zu arbeiten nach Ende der Dienstzeit.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gab es dafür einen Grund?

Zeuge Dieter Huth: Das ist ein merkwürdiges Phänomen. Die haben als Soldaten den Militärischen Abschirmdienst als etwas Gleiches anerkannt. Aber der Verfassungsschutz war nicht das Gleiche für sie. Das war schon merkbar. Einige Quellen haben gesagt: Okay, ich mache weiter. - Viele haben gesagt: Nein, mit denen möchte ich das nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wissen Sie, ob es geglückt ist, dass Verfassungsschutzdienststellen Quellen von Ihnen übernommen haben und dann weitergeführt haben, auch im konkreten Fall „Rennsteig“, Thüringen, „Heimatschutz“?

Zeuge Dieter Huth: Im „Rennsteig“ ist das ausgeschlossen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wo ist es nicht ausgeschlossen?

Zeuge Dieter Huth: In anderen Bereichen, wo wir Quellen geführt haben, ist es durchaus passiert.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Auch in dem Zusammenhang, also Rechtsextremismusbezug mit Thüringen, oder ganz woanders?

Zeuge Dieter Huth: Nein, mit Thüringen, da haben wir uns wirklich auf diesen „Rennsteig“ und THS konzentriert, weil das machte uns wirklich Sorge.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gab es denn in dieser Zeit, als Sie wussten, es sind eine Reihe von Wehrdienstleistenden - - Waren es übrigens überwiegend Wehrdienstleistende, oder waren es auch Zeitsoldaten, die im THS mit aktiv waren?

Zeuge Dieter Huth: Ich meine, ausschließlich, fast ausschließlich Wehrdienstleistende. Wir haben ja verhindert, dass es Zeitsoldaten wurden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gab es dort, wo diese Wehrdienstleistenden waren, verstärkt Auffälligkeiten mit rechtsextremistischen Verhaltensweisen, Straftaten, Parolen, Zeigen von Symbolen? Können Sie sich daran noch erinnern?

Zeuge Dieter Huth: Also, in der Truppe im Normalfall nicht. Der wehrpflichtige Rechtsextremist hat ja selten in der Truppe wirklich Propaganda gemacht. Der wollte sein Handwerk lernen. Und deswegen haben wir auch in den Anfängen große Probleme gehabt, Dienstvorgesetzte zu überzeugen, dass dieser Mensch kein guter Soldat ist - weil er handwerklich ein guter Soldat war; seine Ideologie stimmte aber nicht. Das war eben das Problem. Überzeugungsarbeit musste da geleistet werden, dass der nicht Zeitsoldat werden durfte. Nachher hatten wir klare Regeln durch das Ministerium, wo die Dienstvorgesetzten Dinge befolgen mussten. Aber in den Anfängen war es für den MAD manchmal schwierig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Weil Sie eben Dinge über die Personen wussten, die man vor Ort durch den Standortkommandeur vielleicht nicht unbedingt so gesehen hat, wie Sie es gesehen haben?

Zeuge Dieter Huth: Das ist ein Problem, jemandem zu sagen: „Das ist ein Extremist aus den und den Gründen“, und der Dienstvorgesetzte sagt: Das ist aber ein sehr guter Soldat; wenn ich etwas Zusätzliches gemacht haben will, sagt der immer: Hier, ich mache das.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat sich dieses Problem gehalten über Ihre restliche Dienstzeit?

Zeuge Dieter Huth: Nein, wir haben Ende der 90er-Jahre sehr klare Verfahren des Verteidigungsministeriums bekommen für die personalbearbeitenden Stellen. Und die schriftlichen Unterrichtungen des MAD mussten so sein, dass sie auch vor Verwaltungsgerichten offen vorlegbar sind. Und es wurden personelle Konsequenzen getroffen. Auch Rauswurf von Wehrpflichtigen - das gab es früher fast nie - wurde dann gemacht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat das nach Ihrer Erkenntnis auch zu einer Verbesserung innerhalb der Truppe geführt, dass man wirklich sagen kann: „In die Köpfe kann man nicht hineinsehen, aber es sind weniger Personen auffällig geworden - es gab vielleicht auch weniger solche Personen -, weil man gemerkt hat, es wird sehr konsequent dagegen vorgegangen, wenn man auffällt“?

Zeuge Dieter Huth: Das ist deutlich. Die Zahlen, die wir zu bearbeiten hatten, waren in den 90er-Jahren weit über 1 000 pro Jahr. Das wurde nachher nicht nur wegen der Schrumpfung der Bundeswehr, sondern tatsächlich aus einem Bündel von Maßnahmen - - Information der Dienstvorgesetzten, aber eben auch die Regularien des Verteidigungsministeriums haben sich hier sehr segenreich ausgewirkt nach meiner Ansicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Verlassen wir mal den Bereich Ihrer grundsätzlichen Arbeit im „Thüringer Heimatschutz“ und gehen in das Jahr 2000. Vorneweg gefragt: Als die Operation „Rennsteig“ noch lief und Sie selber auch an Besprechungen teilgenommen haben, hat man Sie darüber mal informiert, dass aus diesem „Thüringer Heimatschutz“ ein Trio abgetaucht ist nach einem Sprengstoffdelikt 98 und dass bei diesem Trio eben auch ein ehemaliger Soldat mit dabei ist? War das mal Thema? Immerhin lief ja die Operation noch, man hat sich abgestimmt. Es wäre durchaus von Interesse gewesen, zu sagen: Jetzt haben wir hier eine prominente Straftat durch THS-Leute; einer davon war auch mal Soldat und ist dort auch schon aufgefallen. - War das mal Thema?

Zeuge Dieter Huth: Das war uns so nicht bekannt, dass dieses Trio oder die Namen - - Wir haben nur von einem Trio gewusst. Und unsere Berichte - - Es sind zwei oder drei Berichte aus meiner Erinnerung aus einem Nebenbereich auch gekommen, dass man wohl gesagt hat, jetzt würde Geld für dieses Trio aufgetrieben - das war mal ein Bericht - durch Verkauf von irgendwelchen Musik-CDs oder sonstigen Dingen. Aber dieses Trio jetzt selber namentlich - - Und das Wissen, da ist ein ehemaliger Soldat dabei, das war bei uns nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber Sie haben diese Hinweise, die nach 98 kamen - das waren die Jahre 1999, 2000, 2001; in diesem gesamten Zeitraum muss das gewesen sein -, erlangt, nicht weil Sie gezielt gebeten wurden, noch mal danach zu fragen, sondern weil quasi im Rahmen anderer Befragungen ein Soldat oder Wehrdienstleistender Ihnen erzählt hat: Ich kenne die; für die wird Geld gesammelt. - Dann haben Sie das weitergemeldet. An wen dann? Wissen Sie das noch?

Zeuge Dieter Huth: Das ging dann immer an die zuständige Verfassungsschutzbehörde - in diesem Fall Thüringen -, aber gleichzeitig auch ans Bundesamt für Verfassungsschutz.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Haben Sie jemals Rückmeldung bekommen vom BfV? Sie haben gerade gesagt, wenn Ihnen ein Soldat etwas erzählt von einem Trio, konnten Sie selber mit dem Trio, mit dem Begriff nichts anfangen, wussten nicht, was sich dahinter verbirgt. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Dieter Huth: Die Einzelpersonen nicht. Wir wussten um dieses Trio. Aber die Einzelpersonen, die Namen - - Ich kann mich jedenfalls persönlich nicht erinnern, dass das bei uns nun ständig Gesprächsgegenstand war.

Clemens Binniger (CDU/CSU): „Ständig“ wäre ja noch mal was anderes. Was heißt, Sie wussten um dieses Trio?

Zeuge Dieter Huth: Weil darüber insofern in der Szene manchmal gesprochen wurde. Ein-, zweimal haben wir solche Informationen irgendwo aufgefasst, dass da irgendwelche Leute in den Untergrund gegangen sein sollen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wurde da auch ein Begriff verwandt außer diesem? Ich wundere mich jetzt: Auf der einen Seite weiß man nicht, wer sich dahinter verbirgt. Aber trotzdem bedeutet das Schlagwort „Trio“ so viel, dass es sich auch einprägt. Es muss ja dann ein bisschen mehr an Informationen kommen. Gab es noch zusätzliche Informationen von Ihren befragten Soldaten, wer sich hinter diesem Trio verbirgt? Fielen da mal Namen?

Zeuge Dieter Huth: Daran kann ich mich nicht erinnern, dass da Namen genannt wurden. Ich will das nicht ausschließen, aber ich persönlich kann mich daran nicht erinnern.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wer führt denn - - Sie waren selber aufgrund Ihrer Funktion mit solchen Befragungen dann nicht mehr direkt betraut?

Zeuge Dieter Huth: Nein, im Jahr 2000 war ich noch Leiter der Beschaffung und dann Abteilungsleiter. Also, mit den Befragungen war ich insoweit schon betraut, weil ja der Leiter Beschaffung die Befragungsberichte und die Quellenberichte alle sieht und auch verantwortlich ist.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Und weitergibt. - Dann leiten Sie so etwas weiter, dass einer Ihrer befragten Soldaten, eine Ihrer Quellen erzählt: Da gibt es Gerüchte über ein Trio; das sei abgetaucht. - Wir lesen hier immer - insofern suchen wir vielleicht manchmal auch nach einem falschen Begriff; für die gab es ja einen Spitznamen -: Das waren die Bombenbauer.

Zeuge Dieter Huth: Den Spitznamen kenne ich wirklich nicht. Den würde ich erinnern. Also, da muss ich wirklich passen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Entweder sind es die Jenaer Bombenbauer oder die Bombenbauer. Das ist die Begrifflichkeit, die uns in den Akten immer wieder auffällt, die man wohl für dieses Trio verwandt hat, nie die Namen. Insofern braucht man wahrscheinlich in den Akten nie nach Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe zu suchen und sowieso nicht NSU. Aber es hieß immer: die Bombenbauer oder die Jenaer Bombenbauer.

Jetzt erhalten Sie so eine Information, geben die weiter an Thüringen und ans Bundesamt. Sie selber haben keine Vermutung, bei wem es um dieses Trio gehen könnte, aber im Bundesamt und in Thüringen weiß man ja: Die suchen wir mit Hochdruck - auch die Polizei -, mit Haftbefehl gesucht. Gab es jemals eine Rückfrage von einer dieser Verfassungsschutzbehörden an Sie nach dem Motto: „Das ist ein brisanter Hinweis; der ist wichtig. Wir brauchen mehr von dieser Quelle. Können wir mehr erfahren, oder gibt es eine andere Möglichkeit?“?

Zeuge Dieter Huth: In diesem Fall kann ich mich nicht erinnern, dass es hier eine Rückfrage gab.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Gab es denn mal einen Fall, an den Sie sich erinnern können? Einfach, dass ich mir vorstellen kann, wie so was dann abläuft.

Zeuge Dieter Huth: Rückfragen waren relativ selten; denn unsere Informationen wurden ja abgeliefert, damit das Lagebild der anderen Verfassungsschutzbehörden ergänzt und komplettiert wurde. Wenn die besonderes Interesse gehabt hätten, hätten sie sofort angerufen und gesagt: Halt, da müssen wir noch mal hin, da müssen wir die und die Fragen stellen. - Das gab es schon im Einzelfall, in Sonderfällen. In diesem Fall glaube ich es nicht. Ich würde mich daran erinnern.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben sich ja da völlig korrekt verhalten. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Sie haben im Rahmen Ihres Auftrags Informationen gewonnen, haben die Information, nachdem Sie sie gewonnen hatten, weil Sie auch nicht weiter zuständig waren, an die zuständigen Stellen weitergegeben. Ich frage mich nur: Wenn ich jetzt Angehöriger einer Behörde wäre, egal ob Polizei oder Verfassungsschutz, die seit zwei Jahren vergeblich, aber mit mehr oder weniger Hochdruck nach einem gefährlichen Trio sucht, und es eine Information des MAD gibt: „Die sind im Untergrund; die waren eh schon auf dem Weg in den Rechtsterrorismus“, da wäre es für mich naheliegend, sofort dankbar zu sein über die Information und mich bei Ihnen zu melden und zu sagen: Ich brauche mehr. Wir müssen an dieser Person, die das mitgeteilt hat, dranbleiben, vielleicht auch mit anderen Maßnahmen und Mitteln, wenn die Befragung nicht ausreicht. - Das gab es nie, soweit Sie sich erinnern können?

Zeuge Dieter Huth: Vielleicht war der Bericht für den Entgegennehmer so umfassend, dass er gesagt hat: Ich brauche da nicht mehr zu fragen. - Das ist sehr schwierig. Wir wissen ja nicht, was dort drinstand. Wenn er sagt: „Ich habe das auf einer Party in dem Kreis so und so von dem und dem gehört“, dann kann der Verfassungsschutz sich eigentlich an den und den besser wenden als an die Quelle, die das jetzt berichtet hat. Vielleicht ist das erfolgt. Das kann ich ja gar nicht ausschließen. Das war vielleicht eine einmalige Situation, die nicht wiederherstellbar ist. Also, ich kann das nicht nachvollziehen heute, was nun im Einzelnen gesagt wurde und wie dieser Bericht aussah.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wissen Sie, ich frage mich nur: Was nützt dann so

eine gemeinsame Operation „Rennsteig“, wenn man dann a) einen Hinweis hat auf ein abgetauchtes Trio, das zu diesem „Thüringer Heimatschutz“ gehört hat, und die Informationspolitik ist eine Einbahnstraße? Sie machen es richtig, geben es weiter, aber was dann damit passiert, erfahren Sie nie. Ob mehr gebraucht wird, erfahren Sie auch nie. Ob die Informationen ausreichend sind, können Sie mutmaßen. Wozu dann eine gemeinsame Operation? Ich meine, wenn man nicht miteinander redet, sind Informationen wertlos.

Zeuge Dieter Huth: In der Operation „Rennsteig“ fand ein sehr intensiver Austausch statt und auch Besprechungen. Dieses war ja nicht Bestandteil der Operation „Rennsteig“.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wenn man es akademisch auseinanderhält, fast schon spitzfindig: Ja. Aber wenn Sie eine Operation machen, die sich auf den „Thüringer Heimatschutz“ bezieht - - Das war doch so: Die Operation „Rennsteig“ bezog sich auf den „Thüringer Heimatschutz“, oder?

Zeuge Dieter Huth: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und die dauerte Ende der 90er- bis in die 2000er-Jahre hinein. Sie haben gesagt: Ein definiertes Ende war nicht vorgegeben, und es war auch kein formales Ende irgendwann mal ersichtlich. Wenn ich so etwas mache, auch wenn es schwerpunktmäßig um die Gewinnung von Quellen geht, wäre es doch naheliegend, dass natürlich auch Erkenntnisse zum Beobachtungsobjekt, die sicherheitsrelevant sind, also das Abtauchen eines Trios, der Weg in den Rechtsterrorismus, mal Gegenstand solcher Besprechungen sind. Oder waren das immer nur die Beschaffungsorganisationseinheiten der Behörden, die sich da getroffen haben, wenn es Besprechungen gab zu „Rennsteig“? Waren es immer nur die Beschaffer, oder waren auch Auswerter oder Operativkräfte mal mit dabei, wenn Sie sich mit BfV, LfV getroffen haben?

Zeuge Dieter Huth: Das war immer eine Mischung: Auswertung und Beschaffung zusammen. Das ist auch sinnvoll.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann hätten sich die Auswerter doch mal melden können.

Zeuge Dieter Huth: Ich muss hier noch mal zur Rolle des MAD etwas sagen - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich mache Ihnen keinen Vorwurf. Es ist nur schwer zu verstehen, wo der Sinn gemeinsamer Aktionen liegt, wenn man sie dann quasi fast schon überbürokratisch formell auf den einen Punkt einengt und relevantes Wissen dann aber irgendwie nicht mehr miteinander teilt.

Meine Fragezeit ist fast um. Eine Frage noch: Bei diesen Besprechungen, an denen Sie teilgenommen haben, zur Operation „Rennsteig“, waren da auch mal andere Behörden außer LfV Thüringen, BfV aus Köln und MAD vertreten? Können Sie sich daran erinnern, ob bei irgendeiner dieser Besprechungen auch eine andere Sicherheitsbehörde - das kann ein anderes LfV sein, kann die Polizei sein - mal mit dabei war?

Zeuge Dieter Huth: Ich meine, an den Besprechungen, an denen ich teilgenommen habe, waren nur das Bundesamt für Verfassungsschutz und Thüringen zugegen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und bei anderen?

Zeuge Dieter Huth: Die anderen Besprechungen sind ja Arbeitsbesprechungen beispielsweise mit Bayern gewesen. Wenn Bayern nun eine Frage hatte, dann sind eben ein Auswerter und ein Beschaffer nach Bayern gefahren, und dann wurde ein direkter Austausch gemacht zu speziellen Dingen, die Bayern betrafen. „Rennsteig“ war Thüringen und Bundesamt für Verfassungsschutz. Die haben ja auch bestimmt, wer wann zu welchen Besprechungen geladen wird.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wer hat bestimmt? BfV?

Zeuge Dieter Huth: BfV und Thüringen haben sich ja abgesprochen, wer sinnvollerweise zu solchen Besprechungen zusammentritt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Meine wirklich allerletzte Frage: Andere Bundesländer oder Sicherheitsbehörden kamen eben

nur dann dazu, wenn quasi Kasernenstandorte mit relevant waren? Man wusste ja nicht, wo die THS-Leute Wehrdienst geleistet haben. Das konnte ja wechseln, und der Standort konnte in einem anderen Bundesland sein. War das so?

Zeuge Dieter Huth: Die Kasernenstandorte spielten in dem Zusammenhang eigentlich nicht so eine große Rolle. Das wäre, wenn jemand von Thüringen nach Nordrhein-Westfalen versetzt worden wäre, um seinen Wehrdienst abzuleisten, kein Grund gewesen, das Landesamt für Verfassungsschutz NRW einzuschalten; weil die Aktivitäten des Wehrpflichtigen fanden in seinem Heimatbereich statt, nicht in Nordrhein-Westfalen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Das Wort hat Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Schönen guten Morgen, Herr Huth! Herr Huth, ich möchte gerne noch mal etwas fragen zur Wehrdienstzeit von Uwe Mundlos. Da ist mir beim Studium der Akten aufgefallen: Es gab ja die Befragung von Uwe Mundlos. Ich will Ihnen das mal kurz sagen; wir haben das übermittelt bekommen im September vom Bundesministerium der Verteidigung; das ist MAT A BMVg-6/1. Da haben wir so einen Datenauszug der zeitlichen Abfolge. Uwe Mundlos ist aufgefallen durch rechtsextreme Aktivitäten am 13. August 1994 während seiner Wehrdienstzeit. Es gab eine Meldung an den MAD durch den Dienstvorgesetzten von Uwe Mundlos am 23. August 1994; also, man kann sagen: unverzüglich. Zehn Tage später: Befragung erfolgt. Und dann: Meldung an den MAD.

Herr Huth, von Ihnen möchte ich jetzt gerne mal wissen: Was sind die Gründe dafür, dass die Befragung durch den MAD dann erst am 9. März 1995 erfolgte und damit kurz vor Ende der Wehrdienstzeit von Uwe Mundlos? Die endete am 31. März 1995. Können Sie uns darlegen, wieso dieser lange Zeitraum? Das sind ungefähr sieben Monate. Wie kommt das?

Zeuge Dieter Huth: Ich weiß nicht, wie viel Informationen wann von welchen Behörden zu Uwe Mundlos geliefert wurden. Der Gang ist so: Der MAD wird informiert, dann stellt er Anfragen an den Verfassungsschutz und an Polizeibehörden zu dieser Person, ob

dort Erkenntnisse vorliegen. Man geht ja nicht, wenn gesagt wird: „Er war bei einem Skin-Konzert, oder er hat das und das gemacht“, am nächsten Tag hin und fragt ihn, sondern man will wissen: Ist zu dieser Person schon irgendwo eine Akte? Gibt es schon irgendwelche Hinweise? Wenn man diese Dinge zurückhat, prüft man: Reicht das, um jetzt in die Befragung zu gehen? Es kann durchaus mal Wochen dauern, ehe diese Rückläufe da sind.

Das Zweite, was ich aber, glaube ich, in diesem Fall für wichtiger sehe, ist, was ich vorhin gesagt habe: Zum 01.10.1994 hat der MAD umgegliedert. Vorher waren die Dezernate der sieben MAD-Gruppen die Operativdezernate und die Befragungsdezernate des Dienstes. Zum 01.10.1994 fiel diese Aufgabe der Abteilung II in Köln zu. Die hat das vorher nicht gemacht; das war eine reine Auswertabteilung. Wir haben damals aus sieben Dezernaten vier Beschaffungsdezernate neu gestrickt, verteilt in Nord, Süd, West und Ost. In diesem Rückführen von Akten von Personen von sieben MAD-Gruppen ins Amt kann es schon sein, dass hier manchmal vielleicht eine Zeitverzögerung eingetreten ist, die sonst nicht eingetreten wäre. Ich will nicht ausschließen, dass das auch in diesem Fall so war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ströbele?

Dr. Eva Högl (SPD): Ich gestatte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele, bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Kollegin. Vielleicht kann ich zur Aufklärung beitragen.

(Dr. Eva Högl (SPD): Sind Sie der Zeuge, Herr Ströbele?)

Nach meiner Kenntnis ging es um zwei Vorgänge. Der eine Vorgang ist aus dem Jahr 94. Der war ja außerhalb der Bundeswehr, ist dann aber auch in der Bundeswehr bearbeitet worden, disziplinarisch und nachher auch strafrechtlich. Der andere Vorgang war in der Bundeswehr, nämlich das Absingen rechtsextremer rassistischer Gesänge.

Dr. Eva Högl (SPD): Darf ich Sie korrigieren, Herr Ströbele?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Mundlos ist befragt worden vom MAD zusammen mit fünf weiteren Bundeswehrsoldaten. Die hatten Musik gehört. Aber Mundlos war aufgefallen durch diesen Vorgang am 13. August 1994, durch verfassungsfeindliche Symbole, Visitenkarten und Materialien usw. Das war der Grund für die Meldung des Dienstvorgesetzten an den MAD, genau dieser Vorfall vom 13. August. So sagen das unsere Akten, Herr Ströbele. Vielleicht können wir uns darauf verständigen.

Aber jedenfalls ist es doch ein langer Zeitraum, Herr Huth. Ich möchte das noch mal festhalten, dass Sie auch finden, dass sieben Monate nach einem rechtsextremen Vorfall ein langer Zeitraum sind -

Zeuge Dieter Huth: Frau Abgeordnete, da haben Sie völlig recht.

Dr. Eva Högl (SPD): - und dass es empfehlenswert wäre, wenn man sofort entsprechende Befragungen machen würde.

Zeuge Dieter Huth: Wir waren wirklich bemüht und haben das eigentlich auch durchgehalten: Sobald wir die Erkenntnisse zusammenhatten, die ausreichten, um eine Befragung sinnvoll auch stattfinden zu lassen, dann sind wir rausgegangen und haben befragt. So viele Monate wie hier sind nicht üblich.

Dr. Eva Högl (SPD): Also, ausweislich dieser Zeitschiene, die wir haben - wir haben so einen Datenausdruck -, war das im Oktober 1994 der Fall. Da lagen alle anderen Abfragen vor. Das ist genauso ersichtlich aus dieser Zeitschiene, wie Sie das beschrieben haben. Man hätte dann spätestens im Oktober/Anfang November - das wäre dann unverzüglich gewesen - die Befragung machen müssen.

Herr Huth, ich möchte Ihnen gerne noch ein anderes Beispiel vorhalten, jetzt nicht Uwe Mundlos, aber eine Person, die auch im „Thüringer Heimatschutz“ aktiv war und in der NPD. Diese Person hat ihren Wehrdienst geleistet vom 1. März bis 31. Dezember 2000. Sie sprachen eben davon, dass die Strategie des MAD, des Bundesministeriums

der Verteidigung im Umgang mit Rechtsextremismus Ende der 90er geändert wurde.

Deswegen trage ich jetzt extra ein Beispiel aus dem Jahr 2000 vor. Die MAD-Befragung war am 9. August 2000. Ich lese Ihnen ein bisschen was aus der Befragung vor. Der Bundeswehrangehörige, der Soldat sagt*:

„Ich kann es mir schon denken, worum es geht. Die Bundeswehr hat sich ja viel Zeit gelassen, ich habe mich schon gewundert, wo sie bleiben. Ich bin zu einem Gespräch bereit.“

Dann wird hier ausgeführt, die Person

gehöre dem Kreisverband der NPD in Jena an, er sei der Leiter des Ordnungsdienstes, dies sei ein Posten im Vorstand der Partei.

Und jetzt wörtlich von der Person vorgetragen:

Im 3. Reich seien nicht so viele Juden getötet worden, wie immer behauptet werde, ob 6 oder 2 Millionen, wer wisse das schon. Schließlich sei er nicht dabei gewesen, aber wenn 6 Millionen vergast worden wären, stünden die Leute heute noch am Ofen. ...

Adolf Hitler sei ein Mann, der etwas erreicht habe. ... Er sei ein großer Mann gewesen, sonst wären ja wohl nicht so viele hinter ihm hergelaufen.

Dann die Beurteilung durch den MAD:

Offener, freundlicher Mann ... Nach Auffassung der Befrager gehen von diesem aber keinerlei Bestrebungen, die gegen die Bundeswehr gerichtet sind, aus.

Herr Huth, wenn Sie das hören im Jahr 2000, ist das nicht eine unglaubliche Verharmlosung des Themas Rechtsextremismus? Ich meine, drastischer kann sich eine Person doch nicht äußern.

Zeuge Dieter Huth: Ich weiß nicht, welche Spezialisten diesen Soldaten befragt haben. Dass er ihnen alles erzählt hat und gesagt hat: „Ich habe eigentlich schon auf sie gewartet“, mag dazu geführt haben, dass sie

gesagt haben: ein offener, freundlicher junger Mann; so ist er uns begegnet.

Dass das natürlich - da gebe ich Ihnen sehr recht - ein krasses Fehlurteil ist, das hier vorliegt zur Person, darüber gibt es bestimmt keine zwei Meinungen. Ich kann das auch nicht entschuldigen. Aber es ist so niedergeschrieben. Die beiden Kameraden, die den befragt haben - wer auch immer es war; vielleicht waren es auch Angehörige einer MAD-Stelle, das kann ich von hier nicht sehen, die nicht so geübt waren -, haben das so zu Papier gebracht. Sicher ist ihnen dazu auch etwas gesagt worden anschließend. Aber zunächst steht dort der Befragungsbericht, und der wird nicht mehr geändert. Das ist das Ergebnis derjenigen, die vor Ort waren. Dieses Ergebnis kann man dann kommentieren, aber es bleibt so.

Dr. Eva Högl (SPD): Der Soldat - Sie haben ja eben gesagt, Sie hatten auch die Möglichkeit, Wehrdienstleistende aus der Bundeswehr wieder zu entlassen - macht ganz normal, also bis zum 31.12., noch weitere Monate seinen Wehrdienst zu Ende nach dieser Befragung. Herr Huth, ich möchte Sie ganz gerne mal fragen mit Ihrer jahrelangen Expertise: Wenn Sie das hören und darauf blicken, ist das nicht auch eine Bestärkung eines Rechtsextremisten, weiter so zu denken und zu handeln? Wenn jemand nicht aus der Bundeswehr entfernt wird nach solchen doch drastischen Äußerungen, ermutigt das nicht den Rechtsextremisten selbst, aber auch viele andere?

Zeuge Dieter Huth: Frau Abgeordnete, der MAD hat in diesem Fall ganz sicher ein schriftliches Urteil an die zuständige Entlassungsbehörde - beim Wehrpflichtigen ist es die Division - gegeben und hat denen mitgeteilt: Sie haben hier einen Extremisten; das und das sind die Fakten; das ist der Sachverhalt dazu. - Dann sollte nach dem Erlass des Verteidigungsministeriums gehandelt werden. Wie lange die Division braucht, die Rechtsberater, bis sie etwas so weit fertig haben, dass dieser Mann vorzeitig aus der Bundeswehr herausgeworfen wird, das ist - ich sage: leider - nicht mehr im Einfluss des MAD. Wir können hier nur die Arbeit tun, die uns vorgegeben ist. Und die haben wir in diesem Fall sicher geleistet.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats sowie der folgenden Zitate lautet: MAT A MAD-2/5, Blatt 2 ff.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann darf ich Ihnen noch mal kurz vorlesen, was dann am Ende der Befragung steht:

Nach Auffassung Uz besteht eine kleine Chance mit der VP

- das heißt Verdachtsperson -

weiter in Kontakt zu bleiben und diese möglicherweise an das LfV/TH übergeben zu können.

Jetzt darf ich Sie fragen - Sie haben ja eben auch schon gesagt, Sie wollten manche der rechtsextremen Soldaten gar nicht behalten, sondern die Befragung erfolgte am Ende der Wehrdienstzeit, um sie dann möglicherweise übergeben zu können -: Was ist denn die Motivation des MAD bei solchen Befragungen? Ich habe so ein bisschen den Eindruck gewonnen, dass Sie so eine Art, wenn ich das mal so formulieren darf, Headhunter für die zivilen Verfassungsschutzämter sind, wenn ich das hier so lese nach dieser Befragung.

Zeuge Dieter Huth: Der Eindruck mag bei Ihnen jetzt so gefestigt sein. Aber ich sage es noch mal: Wir haben weit über 1 000 ND-Operationen, weit über 1 000 Befragungen gemacht pro Jahr. Wenn jetzt - in Anführungszeichen - sehr interessante Personen dabei waren, die wirklich mal interessante Auskünfte geben konnten zu bestimmten Phänomenbereichen, wie beispielsweise NPD oder hier, ist natürlich bei vielen Ermittlern immer - ich meine auch, richtigerweise - der Gedanke: Da ist der vielleicht für andere Bereiche nutzbar. Also, insoweit gebe ich Ihnen recht, dass wir dann schon im Gesamtrahmen gedacht haben: Vielleicht kann der Verfassungsschutz mit dieser Person irgendwann ins Geschäft kommen. Das ist richtig so.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Huth, ich frage das deshalb, weil meine Auffassung bisher war, dass der MAD die Aufgabe hat, die Bundeswehr von Extremisten freizuhalten. Wenn ich - ich habe das extra vorgetragen - die Aussagen dieses Soldaten höre, Anfang August 2000 gemacht - und er macht noch völlig ungehindert bis Ende Dezember, bis Ende des Jahres 2000 seinen Wehrdienst, aber am Ende der Befragung steht dann dieser Hinweis und nicht, er sollte aus der Bundeswehr entfernt werden, sondern steht, da besteht eine Chance, mit der Verdachts-

person weiter in Kontakt zu bleiben und diese möglicherweise an das LfV Thüringen übergeben zu können -, dann frage ich mich: Was genau ist die Motivation des MAD?

Zeuge Dieter Huth: Diese Motivation der Befragter ist nicht die Motivation, auch nicht das Handeln des MAD. Denn dieser Befragungsbericht wird in der Auswertung gelesen. Die Person wird zum Extremisten erklärt; das ist ein formeller schriftlicher Akt. Und anschließend wird die Truppe über einen Rechtsextremisten in der Bundeswehr unterrichtet. Das, was der Befragter dort vielleicht meint und glaubt, ist nicht das Urteil des MAD.

Dr. Eva Högl (SPD): Das Problem, das wir bei der Beurteilung dieses Vorgangs haben, bei so einer Akte, ist, dass sich das nicht in der Personalakte findet, sondern das schließt mit diesem Urteil ab. Deswegen habe ich diese Frage auch so gestellt. Der Eindruck drängt sich auf, dass Sie da quasi Vorarbeiten leisten, um dann an zivile Ämter übergeben zu können. Sie hatten ja eben auch selber gesagt, Sie wollten ihn gar nicht behalten. Ich habe Sie jetzt zitiert. Das haben Sie ja eben auch ausgeführt bei anderen Fällen. Es drängt sich ein bisschen auf. Aber Sie sind mit mir einer Meinung, dass die Aufgabe des MAD eigentlich sein müsste, die Bundeswehr freizuhalten von Rechtsextremisten?

Zeuge Dieter Huth: Das ist unsere Aufgabe, und so haben wir auch gearbeitet.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich möchte ganz gerne noch eine andere Frage stellen, Herr Huth. Auch da brauchen wir Ihre Expertise. Wissen Sie, ich stelle mir die Frage, ob es tatsächlich richtig ist, dass rechtsextreme Soldaten, rechtsextreme Angehörige der Bundeswehr, dass die vom MAD als V-Leute geführt werden. Die Frage stelle ich mir ernsthaft. Ich beurteile das auch anders als bei anderen, normalen rechtsextremen Organisationen. Es geht hier um die Bundeswehr. Wie stehen Sie dazu, dass rechtsextreme Soldaten V-Leute des MAD sind? Haben Sie da nicht auch Zweifel, ob das richtig ist und ob das nicht ein Sicherheitsrisiko ist?

Zeuge Dieter Huth: Ich glaube nicht, dass wir als MAD rechtsextreme Soldaten

geführt haben. Wir haben Soldaten geführt als Quellen, die in irgendeiner Verbindung zu einem rechtsextremistischen Bereich waren. Rechtsextremismus, das ist noch etwas anderes, da gehört Ideologie, da gehört Überzeugung dazu und auch Handeln. Wir haben also mit Personen gearbeitet, die beispielsweise mal ein Skin-Konzert besucht haben aus Neugier oder die an ihrem Ort irgendwo mal eingeladen waren und in irgendeine Jugendgruppe reingerutscht waren. Der MAD hat - das war bei uns wirklich Konsens und Verbot - nie einen Funktionär angepackt, nie jemanden angepackt, der in der Partei weiter oben angesiedelt war oder in einer Gruppe. Also, wir haben, glaube ich, Rechtsextremisten, die wir, gestempelt und gesiegelt, als solche der Truppe übermittelt hätten, nicht geführt. Das waren keine Rechtsextremisten.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber, Herr Huth, wenn Sie Erkenntnisse aus der rechtsextremen Szene haben wollten, selbst wenn Sie keine Funktionäre angesprochen haben, aber wenn Sie Ihre Soldaten mit Kontakt zur rechtsextremen Szene bitten, Informationen aus der rechtsextremen Szene zu besorgen, dann - ich will es mal so sagen - drücken Sie die ja ein bisschen stärker in die rechtsextreme Szene rein, weil die sich natürlich dann da auch kundig machen müssen, die müssen sich umtriebig zeigen. Das muss über das „mal zu einem Skin-Konzert gehen“ hinausgehen. Sonst bekommen Sie keine relevanten Informationen aus der rechtsextremen Szene.

Zeuge Dieter Huth: Diese rechtsextremistische Szene ist eine Jugendszene. Die Jugendlichen - in Führungszeichen - kennen sich eben, ohne dass das jetzt größere oder sehr tiefgehende Dinge sind. Man konnte also durchaus an der Peripherie einer solchen Organisation sein und sehr viele Informationen sammeln.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Huth, ich habe noch eine letzte Frage - darf ich Sie das noch fragen? -: Tragen Sie damit nicht zu einer Radikalisierung bei, wenn Sie das zusammennehmen, also wenn Sie zusammennehmen diese Verharmlosung, die wir jetzt gemeinsam herausgearbeitet haben, jedenfalls an Einzelfällen - jeder Einzelfall ist wichtig -, die Bestärkung der Rechtsextremen, wenn es keine Konsequenzen hat? Das war ja auch bei Uwe Mundlos so, dass das Diszipli-

nargericht den von dem engagierten Kompaniechef geforderten Arrest aufgehoben hat, also nicht verhängt hat. Ist das nicht eine Bestärkung der Rechtsextremen: „Du hast keine Konsequenzen zu befürchten“? Und dann noch die Kombination, über V-Leute eine stärkere Durchdringung der rechtsextremen Szene - - Trägt man da nicht auch zur Radikalisierung bei?

Zeuge Dieter Huth: Bei der geringen Anzahl an Quellen, die der MAD führt, ist diese Gefahr wahrlich gering, Frau Abgeordnete.

Das Zweite - ich möchte es noch mal betonen -: Unsere Quellen, wenn wir denn welche in den Bereichen hatten, durften nie in Führungsposition machen, nie in Organisationsdingen mitspielen oder Dinge gar hauptamtlich organisieren. Die waren wirklich mehr oder weniger passive Teilnehmer und Beobachter. So sind wir vorgegangen.

Und auch diese Zahlen, die ich vorher genannt habe, 1 000 und mehr Verdachtsfalloperationen, hieß ja nicht, dass das 1 000 Extremisten waren. In Spitzenzeiten haben wir pro Jahr 130, 140 wirkliche Extremisten festgemacht und darüber schriftlich unterrichtet. Das ist ja nicht so, dass jeder junge Mensch, der mal in irgendeinem Kontakt zu einer solchen Organisation stand, gleich ein Extremist ist oder ein Rechtsextremist.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank, Herr Huth. Ich stelle mir trotzdem die Frage, ob Aufwand und Ertrag in einem Verhältnis stehen und ob das tatsächlich noch gerechtfertigt ist. Aber für die erste Runde erst mal ganz herzlichen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Wolff, bitte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Huth, mich würde interessieren und zwar: In dem gleichen Vermerk, den die Kollegin Högl gerade zitiert hat, ist natürlich festgehalten worden, dass es sich schon eindeutig um einen Rechtsextremisten handelt. Mich würde aber schon interessieren, wie der Informationsfluss dann stattfindet. Sie sagten gerade, Sie geben das an die Division ab. Wie weit wird das nachgehalten, wie dort damit umgegangen wird? Wie weit besteht da die Situation, dass dann von Ihrer Seite aus möglicherweise auch innerhalb der Bundeswehr entsprechende Netzwerke entste-

hen können? Es ist schon interessant. Wird nachgehalten, was mit diesen Informationen passiert?

Zeuge Dieter Huth: Ja, wir waren berichtspflichtig gegenüber den Staatssekretären, und wenn entsprechende Umsetzungen nicht erfolgt sind, mussten wir dem Staatssekretär melden. Der Staatssekretär hat dann meistens direkt durchgegriffen auf die Division.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Hatten Sie dann den Eindruck, dass da tatsächlich auch Konsequenzen immer daraus gezogen worden sind?

Zeuge Dieter Huth: Dann ergaben sich auf jeden Fall Konsequenzen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Jedes Mal?

Zeuge Dieter Huth: Ja, jedes Mal.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, den Eindruck, den ich eben bekam, jedenfalls hatte ich noch nicht, dass das dazu geführt hätte, und die Frage auch an der Stelle noch mal: Haben Sie nicht den Eindruck gehabt, dass der Militärische Abschirmdienst an der Stelle eher ein Papiertiger war als derjenige, der tatsächlich auch innerhalb der Truppe besonders ernst genommen worden ist? Weil Sie selber eben auch sagten, was dann letztendlich in der Division mit Ihren Informationen passiert, entzieht sich Ihrem Einflussbereich.

Zeuge Dieter Huth: Das entzog sich auch unserem Einflussbereich. Wir haben aber nachgefragt: Was ist denn jetzt für ein Ergebnis? Und wenn das zu lange gedauert hat - - Wir waren in einer schwierigen Situation, Herr Abgeordneter: Einerseits sollten wir vertrauensvoll mit der Truppe zusammenarbeiten - die sollten uns ja melden, dass da irgendetwas ist zu Soldaten -, und andererseits sollten wir quasi wieder Dienstaufsicht führen, wie die Truppe sich nun verhält. Das war sehr schwierig.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Für mich ist es halt entscheidend, wenn Sie dafür sorgen sollen, dass Rechtsextremisten in der Bundeswehr keinen Platz haben, um es mal

so auszudrücken, wie Sie dieses dann auch durchsetzen konnten. Und wenn das dann über den Staatssekretär passiert ist - hoffentlich -, dann ist das der Weg, der übliche Weg gewesen.

Zeuge Dieter Huth: Manchmal reicht es auch, dem Divisionskommandeur zu sagen: Ich habe vierteljährliche Unterrichtungen in vier Wochen abzuhalten, und bis dahin sollte der Fall gelöst sein, weil ich sonst vortragen muss.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie häufig mussten Sie denn über den Staatssekretär dann gehen?

Zeuge Dieter Huth: Das waren eigentlich wenige Fälle.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Meistens hat doch - - Weil Sie sagten, in einigen Fällen hat das gereicht, wenn Sie den Divisionskommandeur angesprochen haben.

Zeuge Dieter Huth: Ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): War das dann doch die Mehrheit der Fälle, wo Sie auf den Divisionskommandeur zugehen konnten und das dann darüber geklärt wurde?

Zeuge Dieter Huth: Die Mehrheit der Fälle lief so ab, dass die Truppe sachgerecht reagiert hat. Es gab einen Erlass des Verteidigungsministeriums Ende der 90er-Jahre von der Personalabteilung, und der wurde auch in den meisten Fällen sehr sachgerecht abgearbeitet und auch zügig abgearbeitet.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ich würde noch mal auf das zurückkommen, wo auch der Kollege Binninger aufgehört hat: Operation „Rennsteig“. Mich würde interessieren, nachdem die Operation beendet war, ob es danach eine Evaluation gab, an der Sie beteiligt waren.

Zeuge Dieter Huth: Von unserer Seite nicht.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Warum nicht?

Zeuge Dieter Huth: Wir waren daran nicht beteiligt. Wir haben ja nur Rand- oder periphere Informationen geliefert, kleine Dinge. Wir haben ja zu diesen Organisationen - bis auf den THS - zeitweise eigentlich nichts gewusst. Wir haben dort nur einmal für eine Zeit eine Quelle geführt, und wir haben halt eben Leute befragt, das aber dem Verfassungsschutz dann gegeben, sodass - - Noch mal vom Verständnis des MAD: Die Einzelfallbearbeitung ist unsere Sache. Man brauchte uns dafür eigentlich nicht, für ein Resümee „Rennsteig“.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das verstehe ich, ehrlich gesagt, nicht. Wenn ich mir vorstelle, Sie waren dabei - sagten Sie ja auch -, durchaus am Anfang, auch mit einigen Vermerken, von dem, was man in den Akten mitbekommt, und mit einigen Aktivitäten auch. Aber es hat Sie dann nicht wirklich mehr interessiert, was danach passiert ist bzw. wie es abgelaufen ist insgesamt, was mit Ihren Informationen gemacht worden ist, wie relevant Ihre Informationen waren, die Sie eingebracht haben? Das hat Sie nicht interessiert? Haben Sie gesagt: „Macht ihr mal, der Rest ist wurscht“?

Zeuge Dieter Huth: Also, bei unserer Informationspolitik mit den Hunderten von Informationen, die wir in die unterschiedlichsten Bereiche gegeben hatten, konnten wir uns eigentlich gar nicht mehr fragen. Ich habe ja vorhin in meinem Eingangsstatement gesagt, wir haben dafür viel Lob geerntet, was wir geliefert haben. Das reichte uns.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja, aber Lob an einem Tag kann ja dafür sorgen, dass man erst recht den Ansporn hat, am nächsten Tag weiterzumachen.

Zeuge Dieter Huth: Wenn dann gezielte Nachfragen kamen, haben wir das natürlich versucht, Herr Abgeordneter.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gab es - - Ja, aber ist dann tatsächlich was Weiteres erfolgt? Gab es eine weitere Operation? Wenn die Operation „Rennsteig“ 2003/2004 beendet war, gab es denn danach noch weitere Operationen?

Zeuge Dieter Huth: Es gab weitere Operationen, aber nicht in diesem „Rennsteig“-

Wort. Natürlich gab es dort weiterhin Organisationen von Rechtsextremisten in den Bereichen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gab es denn - - Also, mehrere Medienberichte haben von einer Operation „Zafira“ berichtet, die als Nachfolgeoperation der Operation „Rennsteig“ wahrgenommen wurde, die auch 2003 begonnen worden sein soll und deren Ziel es gewesen sein soll, 25 V-Leute neu zu gewinnen. Wissen Sie davon?

Zeuge Dieter Huth: Davon weiß ich nichts.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das heißt, Sie waren auch nicht beteiligt an einer - - zum Beispiel an dieser Nachfolgeoperation?

Zeuge Dieter Huth: Nein, an der waren wir nicht beteiligt.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): An einer anderen?

Zeuge Dieter Huth: Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, das heißt, der MAD hat sich komplett rausgezogen?

Zeuge Dieter Huth: Der MAD hat weiterhin, wenn er Informationen zu Nachfolge „Rennsteig“, also zur THS oder Organisationen in dem Bereich hatte, weiterhin ganz normal übermittelt. Aber es gab ja keine zusammenfassende Operation mehr, unter deren Titel man jetzt, an irgendeine Stelle adressiert, etwas geben sollte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie ist die Zusammenarbeit denn dann und auch der möglicherweise engere Informationsaustausch nach der Operation „Rennsteig“ dann erfolgt? Oder war damit einfach Schluss, auch für Sie irgendwann Schluss?

Zeuge Dieter Huth: Das war dann wieder das normale und übliche Verfahren wie auch mit anderen Behörden.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie kam es denn dann dazu, dass plötzlich, so 96/97, gerade diese Operation auch mit Be-

teiligung des MAD überhaupt aufgesetzt wurde? Gab es da einen besonderen Anlass, einen Grund, weshalb der MAD gesagt hat: „Das ist für uns jetzt etwas, wo wir uns stärker einbringen wollen“, wenn danach und davor es eher so war wie Dienst nach Vorschrift?

Zeuge Dieter Huth: Der THS war ein Phänomen - ich hatte das vorhin schon kurz gesagt -, sehr groß für eine junge rechte Organisation, mit Sympathisanten - 250, 300 Personen -, die aus dem Nichts entstanden ist - was heißt: nicht wie aus dem Nichts -, und viele Bundeswehrangehörige oder künftige Bundeswehrangehörige dabei. Das war unser Interesse. Das war für uns eine sehr große Organisation.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Aber waren Sie denn der Meinung dann, dass mit 2003 diese Bedrohung bzw. diese Organisationsform eigentlich, die Gefahr davon weg war?

Zeuge Dieter Huth: Sie war so gut aufgeklärt, dass eigentlich der Verfassungsschutz - ich sage es mal -, denke ich, die Sache im Griff hatte. Die war auch kleiner geworden.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wenn Sie jetzt denken, dass er es im Griff hatte, haben Sie denn kein Interesse, wie gesagt, daran gehabt? Oder woher ziehen Sie denn die Erkenntnis, dass es im Prinzip so weit im Griff war, wenn Sie eigentlich keine Evaluation gemacht haben?

Zeuge Dieter Huth: Wir haben natürlich unsere eigenen Akten ausgewertet und gesehen, was wir über die Jahre an Präventivmaßnahmen getroffen haben, wie viele Soldaten dort waren, und wenn Sie quasi den Mitgliederbestand über einen Zeitraum von fünf, sechs Jahren verfolgen und sehen, jetzt lässt das nach, dann können Sie wie bei anderen Organisationen auch - das ist ja nicht Aufgabe des MAD - sagen: Wir brauchen uns jetzt hier nicht mehr speziell als MAD zu kümmern. Die Gefährdung für uns ist jetzt so gering, das können wir dem Verfassungsschutz ganz alleine überlassen, und die sagen uns dann auch, wenn dort ein Soldat neu auftaucht.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, das heißt, quasi auch ein Informationsaustausch, ein weiterführender, auch gerade zum Beispiel zum THS, auch zu den weiteren Entwicklungen THS hat Sie dann nicht mehr interessiert?

Zeuge Dieter Huth: Uns hat der THS schon interessiert. Wir lasen und lesen ja auch die Verfassungsschutzberichte der Behörden und sind in Kontakt mit den Behörden. Aber jetzt speziell „Rennsteig“, das war für uns erledigt.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ich möchte im Hinblick auf den Untersuchungsausschuss Rechtsradikalismus - - Damals hat einmal der Herr von Hoegen beim MAD ausgeführt - es geht um den Untersuchungsausschuss in den 90er-Jahren -, dass sich die rechte Szene 1997 dadurch ausgezeichnet hätte, dass sie offene, nationalistische und sehr gewaltbereite - - dass sie sehr gewaltbereit auch sei. Herr Frisch, der Präsident des BfV, hat damals berichtet, dass die Szene bewusst auf eine straffe Organisation verzichten würde und von informellen Führern geführt werde. Wie ernst haben Sie damals die Erkenntnisse genommen, 97 und dann auch im Hinblick auf die Operation „Rennsteig“ und alles, was danach kam?

Zeuge Dieter Huth: Wir haben diese Informationen oder diese Aussagen sehr ernst genommen. Wir sind als MAD ja abhängig von diesen Aussagen des Verfassungsschutzes der Länder; denn sie sagen, wie die Lage des Extremismus in der Republik ist, und wenn solche Dinge sind, haben wir uns schon besonders bemüht, diesem Phänomen auch zu folgen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, auch 97 gab es schon die Erkenntnis, dass es bewusst keine straffe Organisation gab, sondern auch eher informelle Führer waren. In welcher Form sind Sie denn darauf eingegangen dann? Hat sich da etwas in der Tätigkeit geändert?

Zeuge Dieter Huth: Ja, eigentlich für uns nicht, denn eine Quelle ist ja, egal, wo die platziert ist, in einer straffen Organisation oder in einem losen Verband, der auch über das Internet kommuniziert und gar nicht mehr unbedingt sich ständig trifft.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Hat sich denn da in der Beurteilung im BMVg etwas geändert damals?

Zeuge Dieter Huth: Nach Schneeberg wurden ja diese Erlasse geschrieben, nach dem Untersuchungsausschuss, wie man als Truppe, nicht der MAD, aber wie die Truppe umzugehen hat mit Extremisten. Also, da sind schon Resultate gekommen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Welcher Art?

Zeuge Dieter Huth: Dieser Erlass, wie mit Extremisten, die der MAD als solche bezeichnet, personalseitig umzugehen ist.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ist der denn weiterentwickelt worden dann, gerade im Hinblick auf möglicherweise - - Kollege Binninger sagte ja auch schon, das Trio wäre ja bekannt gewesen in gewisser Form. Hat man da noch weiter dran gearbeitet? Hat man diese weiterentwickelt, auch aufgrund von neuen Erkenntnissen dann?

Zeuge Dieter Huth: Also, wir haben mit diesem Trio nichts zu tun gehabt. Deswegen konnten - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gehen Sie mal vom Trio weg. Als Beispiel nur. Mich interessiert einfach, wie weit dann anhand der aktuelleren Erkenntnisse dann auch entsprechend möglicherweise diese Richtlinien überarbeitet worden sind. Oder sind sie auf dem Stand von 2000?

Zeuge Dieter Huth: Ich denke, die Richtlinien brauchten in dieser Form nicht überarbeitet zu werden; denn was immer gemacht werden musste, war, dass der MAD sich angepasst hat. Aber wenn der MAD schriftlich mitgeteilt hat: „Hier, diese Person ist ein Extremist“, dann waren die Richtlinien, die das Ministerium erlassen hat, völlig in Ordnung, um damit umzugehen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich würde interessieren, dass - - Bereits nach dem Bericht auf Seite 26 des Untersuchungsausschussberichtes wurde auch festgehalten, dass 1992 schon, also noch mal einige Jahre davor, der MAD Maßnahmen gegen Rechtsextremisten auch in der Bun-

deswehr getroffen habe. Welche Maßnahmen waren das denn damals?

Zeuge Dieter Huth: Wir haben damals angefangen, zu informieren, und eine Schriftenreihe entwickelt, um der Truppe überhaupt mal mitzuteilen: Was ist denn ein Rechtsextremist? Es gab kein Grundlagenmaterial. Und da hat der MAD begonnen, das auf Einheitsebene zu verteilen, woran man so einen Extremisten erkennt, dass es bestimmte Worte gibt, „88“ oder „18“. Wer konnte damit etwas anfangen? Das wusste in der Truppe kein Kompaniechef oder Zugführer. Wenn die Soldaten da irgendwas gemacht und gesagt haben und man war nicht informiert, was das eigentlich bedeutet, konnte man auch noch nicht rückschließen: Hier habe ich einen, der möglicherweise Extremist ist.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie denn damals bei einer der Maßnahmen nicht auch möglicherweise sich Expertise auch aus den anderen Sicherheitsbehörden - - zu organisieren oder sich zumindest zu vernetzen in dem Zusammenhang?

Zeuge Dieter Huth: Also, wir haben immer nicht nur die Verfassungsschutzberichte gelesen, sondern wir haben immer mit den Verfassungsschutzbehörden - und das waren noch Zeiten der MAD-Gruppen - zusammengearbeitet. Im regionalen Bereich war eine enge Zusammenarbeit zwischen dem MAD vor Ort und den Verfassungsschutzbehörden des Landes immer gegeben.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie sah denn diese Zusammenarbeit konkret aus? Hat man sich da jede Woche, einmal im Monat oder einmal im Jahr getroffen als Beispiel, oder wie sah diese Zusammenarbeit ganz konkret aus?

Zeuge Dieter Huth: Das war dieser Berichtsaustausch über - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Schriftlich?

Zeuge Dieter Huth: Schriftlicher Berichtsaustausch, aber es war eben auch viel mündlicher Austausch auf Gruppenebene.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Regelmäßig oder einfach anlassbezogen?

Zeuge Dieter Huth: Aus den Anlässen heraus. Wenn jetzt Operationen liefen, dann wurde darüber gesprochen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sie hatten ja - - 92 gab es ja Maßnahmen, wo man gesagt hat: Grundlagenerarbeitung. Hätte sich das nicht angeboten, möglicherweise im Zusammenhang mit der Grundlagenerarbeitung hier auch systematischer vielleicht in der Zusammenarbeit sich zu beschäftigen miteinander, also, BfV und MAD auf der einen Seite und die LfVs zusammen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wolff - -

Zeuge Dieter Huth: Also, das steckte damals noch ein wenig in den Anfängen, weil - ich muss das noch mal sagen - das MAD-Amt damals, die Abteilung II, war eine reine Auswerteabteilung.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Hielten Sie es denn jetzt für gut - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wolff, darf ich Sie daran erinnern, an die Zeit?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gerade noch eine letzte Anschlussfrage. - Hielten Sie es denn jetzt für vernünftig, hier quasi das deutlich stärker zu systematisieren oder auch zu verzahnen?

Zeuge Dieter Huth: Also, wir haben eine sehr enge Zusammenarbeit mittlerweile, sind auf den Tagungen gemeinsam vertreten. Ein Mehr an Zusammenarbeit ist nie schlecht.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Pau, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Vorsitzenden?

Petra Pau (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Herr Huth, Sie sind vorhin ja gefragt worden vom Kollegen Binninger unter ande-

rem, ob Ihnen der Begriff „Bombenbastler“, „Jenaer Bombenbastler“ jemals untergekommen sei. Das haben Sie ja verneint. Jetzt finden wir in den Akten - das ist MAT A BfV-7/1, Tagebuchnummer - - BfV, ja. Das war eine Übermittlung vom 6. Dezember 1999 des MAD an das Bundesamt für Verfassungsschutz, und zwar über eine Befragung einer Person, die aktiv war im Bereich des „Thüringer Heimatschutzes“. Da will ich nur mal auszugsweise aus der Befragung des MAD zitieren:

Auf Nachfrage VP

- also Verdachtsperson -

habe derzeit keine Verbindung zu den Bombenbastlern aus Jena. Deren Aufenthaltsort sei ihnen nicht bekannt.

Dann heißt es später:

Nach der Mittagspause angesprochen auf den Komplex „Jenaer Bombenbastler“. (?)

Und dann äußert sich die Verdachtsperson.

Also, da ist ganz offenkundig ja zumindest 1999, also ein gutes Jahr nach dem Abtauchen der Gruppe, gezielt vom MAD nach diesem Trio gefragt worden. Das ist Ihnen aber jetzt persönlich nicht mehr erinnerlich?

Zeuge Dieter Huth: Da muss ich mich entschuldigen, aber ich erinnere mich tatsächlich nicht daran, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dass das Gegenstand von Besprechungen war im MAD, an denen Sie beteiligt waren, das ist Ihnen auch nicht erinnerlich?

Zeuge Dieter Huth: Nein, tatsächlich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wäre das naheliegend gewesen, Ihnen da Kenntnis zu geben 1999? Sie waren ja doch - -

Zeuge Dieter Huth: Ich war Leiter Beschaffung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eben.

Zeuge Dieter Huth: Also, es mag sein, dass ich das irgendwo mal gehört habe, aber heute habe ich zu Recht gesagt: Ich kann mich daran nicht erinnern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Frau Vizepräsidentin Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Wenn der Kollege Binninger auch nur eine Frage stellt, lasse ich die noch zu, aber dann würde ich wirklich gerne anfangen und da anknüpfen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das habe ich nicht gesehen. Herr Binninger dann bitte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wir kommen nachher noch mal darauf zurück, Herr Huth. Vielleicht müssten wir auch noch nach anderen Zeugen dann recherchieren im MAD.

Aber ich will das, was der Vorsitzende gerade gesagt hat, eben auch noch mal ergänzen um zwei Aktenstücke. Das ist zum einen MAT A MAD-3. Da behauptet eine Verdachtsperson, dass sie Ende 2000 in einer Bundeswehrraserne von Mitarbeitern des MAD aufgesucht worden sei. Diese - also die Mitarbeiter des MAD - haben sich nach dem möglichen Aufenthaltsort des Trios erkundigt. Also, da muss irgendjemand beim MAD auch 2000 das mit auf dem Schirm gehabt haben.

Und zweiter Vorgang. Das war der, den wir heute Morgen erst bekommen haben. Hat der schon ein Zeichen? Ja: MAT A MAD-2/5. Da wiederum gibt es ein Schreiben des MAD aus dem Dezember 2002 an das BfV, spontane Erkenntnismitteilung bei einer Befragung von einem als Rechtsextremist eingestuften Soldaten. Da taucht auf Seite 24 auch sehr gezielt der Hinweis auf, dass eben die Person etwas sagen kann, auf den Aufenthaltsort der mit internationalem Haftbefehl gesuchten Mitglieder des THS - in Klammern: Mundlos, Zschäpe, Bönnhardt - angesprochen, der aber auch keine Informationen über den Aufenthaltsort der Gesuchten habe. Und nebensächlich ist vermerkt: II 2 B.

Ich will nur festhalten - und dann brauchen Sie auch nicht zu antworten -: Also, es gab 99 eine gezielte Frage nach den Bombenbastlern, es gab mutmaßlich 2000 eine gezielte Anfrage bei einem Soldaten nach dem Aufenthaltsort des Trios, und es gab 2002 auch wiederum bei einer Befragung eine gezielte Frage oder Erkenntnisabschöpfung zu dem Trio. Irgendjemand im MAD - vielleicht im Auftrag von einer anderen Behörde - muss sehr intensiv und dauernd hellwach dieses Trio auf dem Radar gehabt

haben. Aber da kommen wir vielleicht nachher noch mal dazu.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, ich komme zum Schluss auch darauf noch mal zurück. Aber ich habe erst mal andere Fragen.

Herr Huth, ausweislich § 8 des MAD-Gesetzes zur Übermittlung personenbezogener Daten durch den MAD soll der MAD - ich zitiere -

Informationen einschließlich personenbezogener Daten an Staatsanwaltschaften, Polizeien und den Bundesnachrichtendienst nach § 20 des Bundesverfassungsschutzgesetzes

weiterleiten, wenn - ich zitiere wieder -

tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung zur Verhinderung oder Verfolgung von Staatsschutzdelikten erforderlich ist."

Herr Huth, ich frage mich, seitdem ich Akten zur Operation „Rennsteig“ eingesehen habe: Warum finden wir bei keiner einzigen Information, die im Verlauf der Operation „Rennsteig“ oder anderer Operationen über Unterstützer und Aufenthaltsorte des Trios durch den MAD erlangt wurde, einen Verweis darauf, dass diese Information auch an die zuständige Staatsanwaltschaft Gera oder an das thüringische LKA weitergegeben wurde?

Zeuge Dieter Huth: Diese Informationsweitergabe in der Operation „Rennsteig“ erfolgte über das Bundesamt oder das Landesamt Thüringen; denn die sammelten ja alle zusammengehenden Informationen, um sie weiter zu verarbeiten. Dafür war ja diese Operation „Rennsteig“ gedacht und gegründet worden, dass dort alles zusammenlief an einer Stelle.

Petra Pau (DIE LINKE): Gab es dazu Absprachen mit den beiden Ämtern für Verfassungsschutz, dass die dann natürlich gegebenenfalls entsprechend Gesetz auch Staatsanwaltschaft und Polizei informieren und Sie das nicht tun sollen? Weil das MAD-Gesetz ist hier aus meiner Sicht deutlich.

* Die Fundstelle lautet: § 11 MADG.

** Die Fundstelle lautet: § 20 BVerfSchG.

Zeuge Dieter Huth: Ich denke, das war Konsens. Es war keine gesonderte Absprache erforderlich hier.

Petra Pau (DIE LINKE): Also es war Konsens und auch üblich, dass der MAD selbst sich nicht an die Polizei oder an die Staatsanwaltschaften mit solchen Informationen gewendet hat?

Zeuge Dieter Huth: Wir sind in ganz wenigen, seltenen Fällen selbst an Polizei und Staatsanwaltschaften herangetreten.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Dann habe ich eine zweite Frage auch zu eben diesem Thema. Ich habe ja gerade vorgelesen, dass nach § 20 MAD-Gesetz [sic!] nicht nur die Polizeien und Staatsanwaltschaften zu informieren sind, wenn man solche Kenntnisse erlangt, sondern gegebenenfalls, wenn zuständig, auch der BND.

Nun wissen wir ja, dass Sie in mehreren Fällen Kenntnisse erlangt haben über enge Verflechtungen des „Thüringischen Heimatschutzes“ mit Neonazis im Ausland, übrigens insbesondere auch nach Südafrika. Ist Ihres Wissens jemals eine Information an den BND zu diesem Thema gesteuert worden?

Zeuge Dieter Huth: Ich glaube nicht.

Petra Pau (DIE LINKE): Können Sie mir sagen, warum so etwas nicht geschieht?

Zeuge Dieter Huth: Auch das ist eine Sache, die für uns nicht üblich war. Das hat nach unserem Dafürhalten das Bundesamt für Verfassungsschutz mit dem Bundesnachrichtendienst direkt gemacht.

Petra Pau (DIE LINKE): Das ist jetzt Ihre Gesetzesauslegung und die Auslegung, wie sie im Amt offensichtlich dann auch Usus ist, ja?

Zeuge Dieter Huth: Ja, das ist ja eine Frage, was zu übermitteln ist, und diese Erkenntnis, dass ein Rechtsextremist jemandem gesagt hat: „Ich war in Südafrika ...“, wenn uns diese Erkenntnis jetzt zugeleitet wurde, -

Petra Pau (DIE LINKE): „...und habe mich auf den bewaffneten Kampf gegen das System Bundesrepublik vorbereitet.“

Zeuge Dieter Huth: - dann haben wir diese Information weitergeleitet an das zuständige Landesamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz. Es mag sein, dass wir mit dem BND hier Gespräche geführt haben, aber formelle Übermittlungen, meine ich, sind mir nicht geläufig in der Zeit.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. Dann verstehe ich das Gesetz anders. Dann müssen wir vielleicht gegebenenfalls auch noch mal über das Verhältnis zwischen BND und MAD reden, aber dazu reicht leider meine Zeit nicht.

Herr Huth, können Sie uns erklären, was die Datei „Veranda“ ist oder was sie beinhaltet?

Zeuge Dieter Huth: Ja. „Veranda“ war der erste Versuch des Militärischen Abschirmdienstes, nachrichtendienstliche Daten EDV-mäßig aufzubewahren. Diese Datei ist eine reine Hinweisdatei ohne viel Text, mit sehr vielen Zahlenkürzeln und einer Ausfüllanweisung von 150 Seiten DIN A4, schwer zu handeln. Wir haben diese eine ganze Zeit lang gefüllt, aber zu Auswertezwecken war sie problematisch, um das mal so auszudrücken.

Petra Pau (DIE LINKE): Also, für uns ist sie für Auswertezwecke mit den Stichwörtern sehr ertragreich. Ich möchte Ihnen gerne, damit Sie da mal draufschauen können, auch etwas vorhalten. Wir finden nämlich in MAT A MAD-2/3, Blatt 7*, einen „Veranda“-Auszug zur Befragung einer Verdachtsperson, Jürgen H., und dort heißt es unter eindeutiger Bezugnahme auf das Trio und unter Nennung der Namen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe, also nicht „die Bombenbastler“, sondern diese drei Namen: Diese Verdachtsperson hat drei Mal als Kurier für die „Thüringer Heimatschutz“-Aktivisten fungiert. Wir finden dann in der Befragung dieser Verdachtsperson im Protokoll:

H... Jürgen... würde jederzeit wieder als Kurier fungieren, Dies sehe [er] unter dem Kameradschafts-aspekt. Er gehe davon aus, dass sich die in der Illegalität Lebenden aufgrund des zu erwartenden Strafmaßes nicht den Behörden stellen. Szeneintern werde von

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A MAD-2/3, Blatt 10.

einem Strafmaß von 10 Jahren ausgegangen, weil man ein Exempel gegen rechts statuieren wolle.

Die drei Bombenbastler hätten sich schon auf der Stufe als Rechtsterroristen bewegt, die mit einer gewissen Zielsetzung eine Veränderung dieses Staates herbeiführen wollten.

Zitat Ende.

Können Sie mir erklären - mit Blick auch auf das gerade zitierte MAD-Gesetz -, warum der MAD diese Erkenntnisse nicht an das LKA Thüringen weitergeleitet hat, sondern lediglich an das Bundesamt für Verfassungsschutz und das Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen, und das übrigens auch erst drei Monate nach der Befragung? Das haben wir aus unseren Akten und aus dem verdienstvollen Bericht von Herrn Schäfer und seinem Team, auf Seite 197 im Schäfer-Bericht.

Zeuge Dieter Huth: Ich kann Ihnen das nur so erklären, dass wir in dieser Operation „Rennsteig“ die entsprechenden Stellen BfV und Thüringen informiert haben. Mit unseren Informationen sind die anderen dann weitergegangen. Insoweit brauchten wir aus unserem Verständnis keine Einzelaktion zu machen und hierüber Staatsanwaltschaften zu unterrichten.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, nun tauchen ja in diesem Auszug wirklich die Klarnamen des Trios auf. Also, daraus muss ich doch schließen - die Kollegen haben eben auch schon nachgefragt -, dass im MAD irgendjemand unterwegs gewesen sein muss, sowohl die Namen gekannt haben muss und auch gewusst haben muss, dass hier nach denen gefahndet wird. Ich meine, zu dieser Zeit hingen die noch in jedem Polizeirevier mit einem Fahndungsplakat an der Wand.

Sie haben vorhin gesagt, Sie haben sich mit der Suche nach den dreien und den Ermittlungen nicht befasst. Also, wie passt das zusammen? Ich verstehe es nicht. Ich würde es gerne verstehen.

Zeuge Dieter Huth: Das ist, denke ich, dann von mir eine Erinnerungslücke. Hier-nach muss das Dezernat 3 und die Auswertung Informationen gehabt haben, das Dezernat Beschaffung, und hier diese Sache

dann auch verfolgt haben. Aber ich habe mich daran nicht erinnert.

Petra Pau (DIE LINKE): Haben wir noch eine?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben noch zwei Minuten. - Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, also, es fällt immer auf: Wenn die Fragen spannend werden, treten Erinnerungslücken auf. Aber das ist nur so eine Bemerkung am Rand.

Ich hätte gerne noch mal nachgefragt, wie das Verhältnis zwischen MAD und Truppe war. Sie hatten vorhin in Ihrer Einführung gesagt, dass es offensichtlich einen Dissens gab in der Bewertung der Gefährlichkeit von Rechtsterroristen oder Rechtsextremisten in der Bundeswehr, und das Ganze dann eben möglicherweise politisch entschieden werden musste. Können Sie dazu vielleicht noch mal was sagen, wie das Verhältnis konkret war und welche Konsequenzen aus Ihrer Sicht da gezogen wurden?

Zeuge Dieter Huth: Das Verhältnis war, bevor wir diesen Erlass hatten, von dem ich mehrfach gesprochen habe, schwierig für den MAD, die Truppe zu veranlassen, irgendetwas zu tun. Manche sind gefolgt und manche haben gesagt: Ich mache da nichts. - Nachdem dieser Erlass da war und nachdem auch die Informationspolitik gesteigert worden ist, ist das eigentlich relativ schnell gegangen, eine vernünftige Arbeitsgrundlage und auch einen vernünftigen Konsens zu finden. Das Verständnis war vorher nicht so ausgeprägt bei der Truppe. Inzwischen ist das nach meinem Dafürhalten ohne Friktionen und einwandfrei.

Jens Petermann (DIE LINKE): Einwandfrei?

Zeuge Dieter Huth: Ich denke, die Reaktionen der Truppe sind jetzt schon automatisch. Wenn solche Schreiben kommen, dann wird sofort reagiert.

Jens Petermann (DIE LINKE): Hatten Sie den Eindruck, dass damals die politische Führung nicht so agiert hat, wie es wünschenswert gewesen wäre?

Zeuge Dieter Huth: Das kann man so nicht sagen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Weil am Ende ist es ja so: Wenn da Probleme auftreten, ist es auch eine Sache der Politik, zu reagieren und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Haben Sie sich mal an die politisch Verantwortlichen gewandt, oder wie muss man sich das vorstellen, wenn Sie so was feststellen, dass das nicht funktioniert?

Zeuge Dieter Huth: Es sind ja nach dem Untersuchungsausschuss in den 90ern mehrere Gremien zusammengetreten, und auch die Truppe hat in ihrer Unterführerausbildung erhebliche Elemente eingebracht „Wie gehe ich mit Extremisten um?“, was vorher nicht vorhanden war. Es wurde dort wirklich aufmerksam gemacht. Der MAD hat Tausende von Vorträgen gehalten in der Fläche, um darauf aufmerksam zu machen und zu erklären, worauf man eigentlich achten muss. Das war vorher nicht so bestellt, dieses Feld. Das ist einfach so. Es gab augenscheinlich andere Probleme. Das hat keiner so auf dem Schirm gehabt. Aber nachher wurde das sehr gut und sehr sinnvoll gelöst, und ich denke, ab 2000/2001 war es völlig problemfrei für den MAD und die Zusammenarbeit mit der Truppe.

Jens Petermann (DIE LINKE): Gibt es da signifikante Zahlen, wo man das festmachen kann, dass Sie sagen, es sind dann mehr Extremisten, Rechtsextremisten isoliert worden, festgestellt worden, möglicherweise ist auch anders reagiert worden, dass man auch diese andere Qualität mal nachvollziehen kann, von der Sie jetzt sprechen?

Zeuge Dieter Huth: Also, die Entlassung von Wehrpflichtigen, die dann erfolgt ist - selbst von Wehrpflichtigen -, die hat es ja vorher nicht gegeben. Also, es ist schon signifikant gewesen, die Reaktion der Truppe.

Jens Petermann (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt dann zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. -

Herr Zeuge, Sie haben sich ja selber hier als Fossil bezeichnet. Ich bin das auch. Deswegen frage ich mal: Können Sie sich noch an die Auseinandersetzung, ob die Bundeswehr nun die Schule der Nation ist oder ob die Schule die Schule der Nation ist, erinnern?

Zeuge Dieter Huth: Das ist lange her.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wir sind ja beide auch schon lange im Geschäft.

Oder ich frage noch mal präziser: Habe ich Sie denn eben richtig verstanden, dass jedenfalls in den 90er-Jahren die Bundeswehr die Schule der Rechtsextremisten gewesen ist?

Zeuge Dieter Huth: Das ist sicher nicht so gemeint gewesen, Herr Abgeordneter.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie sagten, die wollten da ihr Handwerk lernen; deswegen seien sie bei der Bundeswehr gewesen.

Zeuge Dieter Huth: Das ist richtig, und das gilt nach wie vor für den Rechten, der zur Bundeswehr geht, dass er dort sein Handwerk lernen will.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Sie stellen es fest und machen nichts, bis dann irgendwann ein Untersuchungsausschuss kommt, der dann neue Richtlinien beschließt. Aber das muss doch für den MAD, der nun gerade die Bundeswehr davon freihalten sollte, eine völlig katastrophale Situation gewesen sein: Sie stellen einen nach dem anderen fest, der da ist, und stellen gleichzeitig fest, die Bundeswehrführung reagiert nicht. Die lernen da das Kriegshandwerk und gehen wieder.

Zeuge Dieter Huth: Die Bundeswehrführung hat schon dann reagiert, wenn wir - auch vorher - gesagt haben: Hier ist ein Extremist. Der will Zeitsoldat werden, und das sollte er nicht werden. - Das ist fast immer so gewesen, dass die Bundeswehr dann gefolgt ist. Bei Wehrpflichtigen war es schwierig, den aus der Truppe zu entfernen. Das ist in der Regel nicht erfolgt. Aber auch der wurde dann im Normalfall unter Sonderaufsicht gestellt und von bestimmten Ausbildungsgängen ausgenommen. Er hat keine Spreng-

ausbildung bekommen. Dafür haben wir regelmäßig gesorgt, dass er Spezialausbildungen und Sprengausbildungen und so was nicht erhielt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, ich möchte Ihnen mal vorhalten aus unserer Akte MAT A MAD-2/2, Blatt 13 ff.* Da geht es um eine Person, die als Beschuldigter im Umkreis der NSU sogar in Haft kam, bis Sommer dieses Jahres in Haft saß, aus Johannegeorgenstadt, Initialen A. E. Der wurde befragt zu einem Zeitpunkt, als er nach Vorwurf der Bundesanwaltschaft das Trio schon versteckt hatte, gleichzeitig bei der Bundeswehr war. Und der sagte da Folgendes in einer Anhörung des MAD - ich darf mal zitieren -:

Im Alter von 16/17 Jahren habe er sich auf Brust- und Oberarm mehrere Wikingerköpfe, die Losung „Blut und Ehre“, eine Odalsrunen und eine Reichskriegsfahne mit den Initialen A. H. ... tätowieren lassen.

In Parenthese dazu sagt er, das wäre seine damalige Freundin und nicht Adolf Hitler gewesen. Aber auf die Reichskriegsfahne. Ja, man glaubt ja eine Menge, nicht? Von wem dies gemacht wurde, wollte VP nicht sagen.

VP zeigte diese Tätowierungen

VP wisse, dass der Spruch „Blut und Ehre“ ein Leitspruch der SS gewesen sei und dieser verboten ist.

Die SS hätte wirklich für ihr Land gekämpft und sei dafür auch in den Tod gegangen. Er verehere die SS, weil diese Prinzipien gehabt hätte, nationalsozialistisch ausgerichtet gewesen wäre und eine Elitetruppe war...

usw. Und dann sagt er noch:

Bei der Musterung beim KWEA ZWICKAU seien diese Tätowierungen auch gesehen worden, man hätte ihn aber nicht darauf angesprochen.

Bezüglich des Duschens in der Kompanie seien ihm keine Auflagen gemacht worden.

Und unterstrichen:

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A MAD-2/2, Blatt 17 ff.

Das (jetzige) politische System lehne er ab.

Und Beurteilung: Macht „einen halbwegs intelligenten Eindruck“, steht da.

Die VP wird aufgrund seines Verhaltens während der Befragung als insgesamt noch glaubwürdig beurteilt.

Und im Übrigen: freundlich gewesen bei dieser Vernehmung.

Also, da kommt jemand, der hat seine NS-Gesinnung schon auf die Haut tätowiert.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja!)

Man sieht es bei der Musterung. Man sagt nicht etwa „Nein, danke“, sondern lässt ihn da rein und befragt ihn nach Monaten das erste Mal, und dann folgt nach unseren Akten offenbar gar nichts.

(Dr. Eva Högl (SPD): Nichts!
Gar nichts!)

Er macht seinen Wehrdienst zu Ende und hat gleichzeitig Bombenleger - so die Behauptung von Bundesanwaltschaft und GBA - versteckt, ihnen Papiere gegeben - seine Frau auch -, mit denen sie unterwegs waren. Also Hardcore. Hardcore! Und hier wird er - Entschuldigung - mit Samthandschuhen angefasst. Ist denn dieser Eindruck falsch, oder was sagen Sie dazu?

Zeuge Dieter Huth: Also, ich weiß nicht, in welchem Jahr diese Befragung war. In welchem Jahr - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2000, 2000, März 2000.

Zeuge Dieter Huth: 2000 ist dann - - Das ist dann schon ein bisschen fragwürdig, weil dort waren bereits auch die Ärzte der Musterungsbehörden mit Informationen versorgt worden, und wir haben auch über Musterungsbehörden bereits Informationen bekommen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, darüber hat sich ja die Kollegin Högl schon gewundert.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja!)

Sie sagen, Ende der 90er-Jahre wurde das alles abgeschafft. Seine Wehrdienstzeit begann 99. Ich kann es Ihnen präzise sagen: am 01.11.99. Da hätte es ja wohl schon ab-

geschafft sein müssen. Sein Dienstzeitende war der 31.08.2000, und dieses Gespräch fand am 6. März 2000 statt. Danach ist er offenbar dann noch fünf Monate Wehrpflichtiger gewesen.

Also, deutlicher kann ein Nazi einem doch gar nicht ins Haus fallen wie dieser Herr A. E. - und dann noch sagen, er verehrt die Waffen-SS. Was hätte er denn noch - -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die SS!)

- Ja, Entschuldigung, die SS, richtig. Noch nicht mal Waffen-. Also die SS! Was hätte er denn noch sagen sollen, als dass alle Alarmanlagen angehen?

Zeuge Dieter Huth: Also, ich bin sicher, der ist als Extremist eingestuft worden, -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dieter Huth: - und die personalbearbeitenden Stellen sind hier unterrichtet worden, schriftlich.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ja, ist das alles?

Zeuge Dieter Huth: Herr Abgeordneter, das ist die Aufgabe des MAD in diesem Zusammenhang gewesen: Feststellen eines Extremisten und Unterrichten der zuständigen Stelle. Das ist die Personalbearbeitungsstelle. Der MAD entlässt keine Soldaten oder stellt auch keine Soldaten ein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber Sie haben uns ja nun gerade gesagt, diese unbefriedigende Praxis, dass man keine Wehrpflichtigen entlassen habe, hätte Ende der 90er-Jahre geendet. Ich sage jetzt: Jedenfalls im Jahr 2000 herrschte sie offenbar noch. Wir werden dem nachgehen müssen. Denn was nutzen denn Ihre ganzen schönen Vermerke?

Und wir haben in Treptow festgestellt - das habe ich mit Kollegen besprochen -: Die MAD-Vermerke sind eigentlich die besten, die faktenreichsten, die besten. Ja, aber das ist doch, L'art pour l'art, wenn da nichts folgt.

Zeuge Dieter Huth: Ich könnte Ihnen jetzt sagen, wie häufig ich mich selber geärgert habe.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja, bitte!)

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, sagen Sie es. Ja, dürfen oder müssen Sie sogar hier unter Zeugenpflicht.

Zeuge Dieter Huth: Herr Abgeordneter, aber in der Sache war es häufig für den MAD schwierig. Ich habe das schon mehrfach betont. Wir haben aber jetzt klare Richtlinien, und die Anwendung dieser Richtlinien ist immer besser geworden.

Nach meinem Dafürhalten ist nach diesen - ich sage es mal vorsichtig - schwierigen Phasen dann eine sehr saubere Lösung für alle erzielt worden, die auch von allen eingehalten wird. Es gab Phasen, da war es schwierig. Ich gestehe das wirklich zu. Da haben wir uns auch geärgert. Motivieren Sie bitte Ihre eigenen Mitarbeiter, und es passiert nichts. Die geben sich Mühe und sagen: Das ist ein Extremist. - Die Schreiben gehen raus, und dann fragen Sie das fünfte Mal bei der Truppe nach, und es heißt immer: Er ist noch in Prüfung. Der Wehrdisziplinaranwalt ist noch dabei. - Dann sagen Sie: Ja, was prüft denn der dort so lange?

Also, es ist schon manchmal so gewesen, dass ich auch als Abteilungsleiter zum Telefon gegriffen habe und gefragt habe: Geht's denn da nicht ein bisschen schneller? - Aber Sie können nicht jedes Mal zum Telefon greifen und kennen auch nicht jeden Fall bei der Menge. Ich will hier nichts entschuldigen oder beschönigen. Ich kann nur sagen, es ist alles sehr viel besser geworden. Wir reden hier über eine Zeit, die mehr als zehn Jahre zurückliegt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, das machen wir ja nun nicht ohne Grund. - Wie sieht es zeitlich aus?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Over.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Over. Dann in der nächsten Runde der Kollege Ströbele.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kommen zur zweiten Runde. Das Fragerecht ist dann wieder bei der Unionsfraktion zunächst. Es fährt fort der Kollege Binnerger.

Clemens Binnerger (CDU/CSU): Herr Huth, ich will noch mal auf diesen Aspekt

eingehen, den ich vorhin kurz in der Zwischenfrage angedeutet habe. Also es gab 99 gezielte Befragungen durch MAD-Mitarbeiter von Quellen oder Verdachtspersonen oder wem auch immer, die das Trio zum Gegenstand hatten - zum Teil als Bombenbastler, zum Teil namentlich. Es gab 2000 eine Befragung wohl von Mitarbeitern des MAD und von einer Person, die auch sagt, man hätte zum Trio befragt, und das ist für mich noch mal der Punkt, wo ich einhaken möchte.

Ich halte es Ihnen auch noch mal vor zur Erinnerung: Also, es geht hier um einen Soldaten - MAT A MAD-3 -, der gibt an, er sei Ende 2000 in einer Bundeswehrkaserne von Mitarbeitern des MAD aufgesucht worden, und diese haben sich nach dem möglichen Aufenthaltsort des Trios erkundigt. Frage an Sie: Wer macht - - Unterstellen wir mal, es gab vielleicht von irgendwoher einen Auftrag, von einer anderen Behörde, oder die Bitte. Wie würde das ablaufen? Wer würde innerhalb des MAD hier so einen Auftrag bekommen?

Also, hier ist ja möglicherweise nicht im Rahmen einer turnusmäßigen Befragung aufgrund Auffälligkeiten das Trio zur Sprache gekommen, sondern hier ist ja wohl, initiiert von wem auch immer, gezielt nach dem Trio gefragt worden. Wie würde das ablaufen? Wer würde da beim MAD den Auftrag bekommen? Macht das die Beschaffung? Macht das die Auswertung? Macht das - - Gibt es noch eine andere Stelle, die das macht?

Zeuge Dieter Huth: Also, das kann auf verschiedenem Weg erfolgt sein. Das kann ein Treffen der Operateure gewesen sein in dem Land, wo gesagt wurde: Wir haben hier einen Soldaten, der könnte Verbindungen haben. Könnt ihr den mal befragen?

Clemens Binninger (CDU/CSU): „Operateure“ heißt MAD-Außenstellen, oder?

Zeuge Dieter Huth: Das heißt, Beschaffer, nein, nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aha, Beschaffer.

Zeuge Dieter Huth: Beschaffer des Amtes.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dieter Huth: Die kommen zurück, sagen ihrem Dezernatsleiter: Das Landesamt hat uns gebeten, ob wir das machen können. - Dann wird ja als Erstes geprüft: Müssen wir selber eine Operation aufnehmen, weil dieser Mensch ist ja vermutlich im rechten Bereich?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dieter Huth: So. Und dann läuft es seinen Weg, dass dieser Dezernatsleiter Beschaffung sozusagen die Entscheidung trifft: „Wir operieren hier“, und die Auswertung arbeitet dann zu. Die Informationen, die vorliegen, werden dem Beschaffer zur Verfügung gestellt. Man spricht über den Fall, und dann kann es sein, dass man sagt: Okay, wir nehmen eine eigene Operation auf. Wir gehen dorthin. Der muss ja was mit Rechtsextremismus zu tun haben. Das klären wir alles mit und helfen hier dem Verfassungsschutzbereich, der diese Bitte an uns gestellt hat.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das wäre dann auch die wahrscheinliche Erklärung in diesem Fall für eine Befragung im Jahr 2000 eines Wehrpflichtigen, die gezielt nach dem Aufenthaltsort des Trios vorgenommen wird, dass von einer anderen Behörde gesagt wird: Bitte fragt mal den. Der ist gerade Soldat. Da vermuten wir, der könnte etwas wissen. - So wäre der Ablauf?

Zeuge Dieter Huth: Das ist eigentlich der logische Fall oder die logische Erklärung für ein solches Vorgehen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das heißt aber im Umkehrschluss, die Behörde, die Sie anfragt, muss aus anderen Zusammenhängen auf diesen Soldaten ja gekommen sein, dass er interessant ist. Das kommt ja dann nicht von Ihnen, wenn Sie den initiativ befragen.

Zeuge Dieter Huth: Nein, der Verfassungsschutzbereich hat wahrscheinlich über eine eigene Quelle gehört: Da ist einer, der ist jetzt bei der Bundeswehr. - Das ist ja auch etwas, was der Verfassungsschutz uns dann immer mitteilen sollte, dass hier ein Bundeswehrangehöriger in einer Organisation ist, und hier hat man das dann gleich mit der Bitte verbunden, den zu fragen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber ab diesem Moment oder auch schon ab 99 müssen dann zumindest bei den Operateuren, wie Sie es genannt haben, das Trio und auch die Namen ja schon auf dem Schirm gewesen sein.

Zeuge Dieter Huth: Ja, das habe ich ja eingeräumt. Das ist nur auf meinem Schirm im Kopf nicht mehr vorhanden gewesen. Aber hier: Der Beschaffungsbereich Ost - das ist ja ein eigenes Dezernat - und auch die Auswerter in dem Bereich haben augenscheinlich Kenntnis gehabt und haben hier auch fachlich und sachlich gehandelt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die haben aber den Sitz beim MAD? Oder wo sind die - dieser Auswertungsbereich?

Zeuge Dieter Huth: Die sitzen in der Abteilung, und ich bin eigentlich sicher, dass ich irgendwann mal unterrichtet worden bin. Aber ich bin eben auch - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Bei der Fülle der Vorgänge.

Zeuge Dieter Huth: Aber ich bin eben auch sehr sicher, dass ich es wieder vergessen habe.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie stark ist so eine Einheit, diese Auswerter und Beschaffer Ost, die Sie gerade genannt haben?

Zeuge Dieter Huth: Diese Beschaffungsdezernate sind in der Regel 12 bis 16 Personen. Das ist unterschiedlich - je nach Größe des Landes und nach Anzahl der Bundeswehrangehörigen und der Operationen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt haben wir ja das Problem, dass zu diesen beiden Befragungen, mit denen ich Sie gerade konfrontiere, beim MAD kein Aktenrückhalt mehr vorhanden ist, aber - Thüringen sei Dank; in dem Fall muss man es ja auch mal sagen - in Thüringen beim LfV eben dort noch Akten oder Teile waren. Deshalb kommen wir ja hier überhaupt drauf. Glauben Sie, dass es möglich wäre, die Operateure ausfindig zu machen, die damals für diese Befragung in Betracht kamen, die sie

durchgeführt haben? Kann man das personell noch nachvollziehen?

Zeuge Dieter Huth: Das ist schwierig, weil nicht nur unsere Abteilung II Befragter befragt hat, sondern auch die MAD-Stellen beauftragt wurden, zu befragen, weil wir sonst die Anzahl der Operationen nicht hätten bearbeiten können. Das heißt also, die Abteilung II hat auch MAD-Stellen vor Ort beauftragt, bestimmte Befragungen durchzuführen. In diesem Fall müsste normalerweise die Befragung durch Personal der Abteilung II durchgeführt worden sein, allein schon wegen der Schutzgründe und wegen der Wertigkeit.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie wird denn die Abteilung bei Ihnen intern abgekürzt? Mit II?

Zeuge Dieter Huth: Abteilung II, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und was ist II 2 B?

Zeuge Dieter Huth: Das ist Beschaffung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das Dezernat Beschaffung?

Zeuge Dieter Huth: Das ist die Gruppe Beschaffung, der die Beschaffungsdezernate unterstehen. Ich war Leiter dieser Gruppe von 96 bis 2000.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also könnte man dort möglicherweise nachvollziehen, wer hier den Auftrag erhalten hat oder dafür infrage kommen könnte, diese Befragung durchgeführt zu haben? Oder halten Sie es für schwierig?

Zeuge Dieter Huth: Ich halte es für sehr schwierig. Wenn Sie Hunderte von Befragungen pro Jahr machen: Ob dann noch die Erinnerung da ist - und wer das damals war? Das ist ja nun doch schon zwölf Jahre her. Man kann den Versuch zweifelsfrei unternehmen, aber ich halte es für sehr schwierig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wobei man natürlich nicht so häufig mit dem Fall konfrontiert wird, dass man ein Trio sucht, das als Bombenbastler galt. Also ich denke, das könnte sich schon etwas mehr einprä-

gen, zumal es ja offenkundig auch häufiger vorkam: 99, 2000, 2002.

Zeuge Dieter Huth: Ja, aber Sie sehen schon da: Das sind drei Jahre, wo es je einmal vorkam. Das mag sein, dass sich mal der eine darum gekümmert hat, mal der andere in diesem Zeitraum. Also, es ist nicht so, dass jetzt immer dieselben Personen mit dieser Angelegenheit befasst waren. Aber den Versuch kann man natürlich unternehmen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Dann will ich noch auf eine weitere Befragung kommen, auch wieder eines Soldaten, der von Ihnen - - So steht es hier in MAT A MAD-2/5, dann auf Seite 14, wo gleich auf der ersten Seite steht: „Der Soldat wird von Seiten MAD als Extremist bewertet.“

Wo dann in einer relativ großen Befragung und in mehreren Detailsachverhalten so aus heiterem Himmel eine Anmerkung dazu gegeben wird, also eine Wiedergabe des Gesprächs mit diesem Soldaten, der als Extremist bewertet wird, dass die Person, die befragt wird, einen anderen aus der Szene, einen Herrn A., auf den Aufenthaltsort der mit internationalem Haftbefehl gesuchten Mitglieder des THS, Mundlos, Zschäpe, Bönhardt, angesprochen hätte, der aber auch keine Informationen über den Aufenthaltsort der Gesuchten habe.

Dann steht da nebendran - - Ich würde Ihnen das gerne zeigen lassen, wenn das jemand vorbringen kann vom Sekretariat vielleicht freundlicherweise. Das Ausrufezeichen stammt von mir. Also da bitte nicht irritieren! Aber rechts steht ein Strich: „Il 2 B“, und drüber etwas kryptischer eine Zahlenkombination, in Klammern „THS“. Kann das mal jemand dem Zeugen bringen?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Wissen Sie, was mich an dieser Anmerkung, die der Befrager ja eingefügt hat in die Wiedergabe der Befragung des Soldaten, ein bisschen stutzig macht? Das sind diese detaillierten Fachbegriffe: „mit internationalem Haftbefehl gesucht.“ Die Namen stehen drin. Nebendran ist ein Strich, der die zuständige Organisationseinheit markiert, die Beschaffung. Darüber steht in kleiner Klammer noch

mal „THS“ und auch noch mal ein Zahlencode.

Da war doch offensichtlich im Jahr 2002 ein sehr präzises, präsent Wissen über diese drei vorhanden, dass das so in eine Befragung einfließt, die ja offensichtlich eher routinemäßig der Fall war. Dann wird das so eingeflochten. Das kann man ja - Sie haben vorhin ein paar Mal darauf hingewiesen - eigentlich nicht machen, wenn man nicht vorher als MAD von einer Behörde wirklich sehr gezielt und immer wieder darum gebeten wird: Frag da noch mal nach! Sprich den an, ob der etwas weiß!

Zeuge Dieter Huth: Das ist vermutlich ein Ausfluss der Beschaffertagung, dass hier gezielt über diese Sache gesprochen wurde und das von der Beschaffung des MAD auch so umgesetzt wurde.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Beschaffertagung, die Sie auch mit anderen Sicherheitsbehörden haben?

Zeuge Dieter Huth: Die Beschaffertagung führt das Bundesamt für Verfassungsschutz einmal pro Jahr durch. An dieser Beschaffertagung sind alle Verfassungsschutzbehörden und der MAD beteiligt, und hier werden bestimmte Felder besprochen, wo beispielsweise jetzt Quellen dringend gebraucht werden oder wo bestimmte Phänomene neu aufgetaucht sind. Die Beschaffer machen dort quasi die Grundlagenarbeit für das Folgejahr, legen quasi ihren Zielkatalog fest.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wissen Sie, ob diese Tagungen auch dokumentiert werden, also dass man zumindest erkennen kann: In welchen Bereichen wird verstärkt darum gebeten, Informationen zu beschaffen, Quellen zu gewinnen? Ist das schriftlich festgehalten?

Zeuge Dieter Huth: Darüber gibt es Protokolle.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Und dann ist durchaus denkbar, dass man eben bei so einer Beschaffertagung gesagt hat: Wir suchen noch ganz dringend diese drei; bitte alle sensibilisieren und dort, wo möglich, bei Befragungen oder bei Quellengewinnungen, auch auf dieses Trio ansprechen?

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A MAD-2/5, Blatt 24.

Zeuge Dieter Huth: Das kann dort passiert sein. Auf der anderen Seite kann es auch eine direkte Besprechung gegeben haben zwischen Bundesamt für Verfassungsschutz, Thüringen und dem MAD in dieser Hinsicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie deuten Sie diese handschriftlichen Kürzel nebendran? Was hat das zu bedeuten? Einfach, dass man Sie noch mal gezielt darum bittet oder dass man von dem Beschaffer diesen Hinweis bekommen hätte, den man hier in die Befragung einfließen lässt?

Zeuge Dieter Huth: Also, dieses Kürzel sagt mir wirklich nichts, weil das nichts mit unseren Aktenzeichen zu tun hat. Das ist eigentlich für mich nicht zu entschlüsseln. Ich weiß nicht, wie es auf diesen Zettel gekommen ist, wer das da draufgeschrieben hat.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und das „II 2 B“ mit Anstrich neben der Passage, wo die Namen stehen: „MUNDLOS, SCHÄPE, BÖNHARD [sic!]“?

Zeuge Dieter Huth: Das ist der berichtsfertigende Teil. Das ist also unser Beschaffungsdezernat II B 3 hier vermutlich, weil die diesen Bericht gemacht haben und auch diese Befragung durchgeführt haben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber die müssen ja sich selber nicht noch mal markieren, dass sie wissen, dass von ihnen der Bericht stammt. Also ich habe - - Kann das etwas darüber aussagen, wer diesen Beitrag hat einfließen lassen in die Befragung oder wie man darauf kommt?

Zeuge Dieter Huth: Jetzt habe ich Ihre Frage hier - - Geht es um dieses „093-5“ hier auf der - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und darunter dieses „II 2 B“. - Ich will es noch mal präzisieren: Wenn ich einen Vermerk oder ein Schriftstück in die Hand bekomme, es durchlese, bei einer Passage eine Organisationseinheit handschriftlich nebendran schreibe, dann würde ich das tun, weil ich der Meinung bin, diese Einheit ist zuständig oder die hat mir etwas zugeliefert oder die hat etwas mit dieser Passage zu tun oder die muss ich informieren oder bei der muss ich

nachfragen. Hier steht jetzt eben die in Ihrer Verantwortung stehende Beschaffungseinheit nebendran. Das hat mich stutzig gemacht, was das zu bedeuten hat. Aber Sie können es jetzt auch nicht zuordnen?

Zeuge Dieter Huth: Ich kann das jetzt nicht zuordnen, weil ich die erste Seite nicht sehe von dem Bericht, wer den verfasst hat. Nun ist es durchaus möglich, dass hier die Auswertung oder auch der Abteilungsleiter gesagt hat, das muss der Bereich soundso zwingend wissen. Es ist für mich schwierig, hieraus zu erkennen, weil das erste Blatt ist ja an dieser Befragung nicht dabei. Man sieht also nicht: Wer hat das ursprünglich gemacht, welcher Bereich?

Es kann auch sein, dass hier schon die Auswertung draufgeschrieben hat: Dieser Bericht muss im Original kopiert an den Beschaffungsbereich soundso, weil der den braucht für eigene Aktionen oder für eine Besprechung. Das ist schwierig, hier aus diesem Ding herauszusehen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. - Aber dann noch mal zu Ihrer Aussage von vorhin, dass ein Mitarbeiter des MAD im Jahre 2002 so sensibilisiert ist, dass er bei einer Befragung eines Extremismusverdächtigen in der Bundeswehr dieses Trio anspricht, dazu etwas abfragt - sogar die Begriffe wie „internationaler Haftbefehl“; das spricht ja für Detailwissen, das hat man ja nicht dauernd präsent, wer alles gerade mit Haftbefehl gesucht wird, wie wir hier auch leidvoll erfahren mussten -, wäre darauf zurückzuführen, dass bei Beschaffertagungen, wo alle Verfassungsschutzbehörden vertreten sind, plus MAD, eben ganz bestimmte auch Personen oder Gruppierungen genannt werden mit dem Auftrag, bitte darauf im Rahmen der Befragungen zu achten oder im Rahmen der Quellengewinnung darauf zu achten.

Zeuge Dieter Huth: Oder eben direkt zwischen Thüringen, BfV und dem MAD hier Absprachen stattgefunden haben oder Hinweise stattgefunden haben. Das kann ich nicht sagen, wo es nun war.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, und da diese Beschaffertagungen einmal pro Jahr stattfinden, quasi einen Jahresfahrplan festlegen und auch dokumentiert sind, wäre für uns eigentlich hilfreich, dass wir uns diese

Protokolle, die sicher eingestuft sind, aber auch einmal besorgen, glaube ich, für die ganzen Jahre, um zu wissen, wer da wirklich im Visier war und wer nicht im Visier war. Könnten wir den Schluss daraus ziehen aus diesen Akten, wenn wir sie haben, dass man daraus schon erkennt: Was ist der Schwerpunkt der Beschaffung in diesem Jahr?

Zeuge Dieter Huth: Ja, es ist die Frage, ob bei diesen Beschaffertagungen, weil das ja ein regionales Phänomen war, alle hierüber informiert worden sind und alle angehalten worden sind, hier etwas zu tun. Das kann ich auch nicht sagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber wenn, dann passiert es dort bei diesen Tagungen und dann ist es auch dokumentiert?

Zeuge Dieter Huth: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gut. - Ich will noch mal auf diese Probleme zurückkommen, was Sie angesprochen hatten. Sie haben Extremisten identifiziert, Sie haben sie befragt, leiten das dann weiter, also verhalten sich völlig korrekt. Ich kann das unterstreichen, was der Kollege Wieland gesagt hat - das ist auch unser Eindruck -: Das Wissen, das der MAD hier über all die Jahre durch Quellenabschöpfung, durch Befragung generiert hat, ist qualitativ mit das beste, was wir in den Akten gefunden haben. Präzise nachgefragt, präzise Vorhaltungen, detailreiche Informationen! Aber natürlich ein Jammer, weil mit diesen Informationen nichts passiert oder zu wenig passiert! Dafür können Sie aber nichts - das will ich auch an dieser Stelle deutlich machen -, weil Sie geben sie weiter.

Jetzt haben Sie vorhin gesagt, seit die Richtlinien da dann auch anders waren, wurde das besser. Was hat man denn da konkret für Vorgaben gemacht, und bezog sich das auch auf die Nutzung der Informationen durch Verfassungsschutzbehörden, weil Sie da ja auch nicht wissen, was mit Ihren guten Infos passiert? Gab es da eine Qualitätssicherung in den Jahren 2000 und danach?

Zeuge Dieter Huth: Nein, nicht zum Verfassungsschutz.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das wäre doch aber genauso notwendig gewesen.

Zeuge Dieter Huth: Das ist aber nicht unsere Aufgabe, nachzuprüfen, was der Verfassungsschutz mit unseren Informationen macht, Herr Abgeordneter, weil wir sind nicht Aufsichtsführende über den Verfassungsschutz.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das ist richtig, und dazu wollte ich Sie auch nicht irgendwie anstiften oder ermuntern, dass Sie hier mehr machen, als Sie tun dürften. Aber jetzt von der Logik her - - Schauen Sie: Wir haben hier Vertreter aller Sicherheitsbehörden: Verfassungsschützer, MAD, Polizisten, Ermittler. Alle sind im Rahmen ihrer Zuständigkeit am gleichen Personenkreis dran, an gewaltbereiten Rechtsextremisten - alle, an den gleichen Personen. Sie sind an denen dran, wenn sie Wehrdienst leisten, die Verfassungsschützer sind dran bei der Vorfeldaufklärung, die Polizisten haben dann mit denen zu tun, wenn eine Straftat passiert ist.

Wäre es da nicht, losgelöst, dass Sie dem Verfassungsschutz nicht vorschreiben können, was er zu tun hat, aber eigentlich im Sinne der Sache, dass man Informationen, die vorhanden sind, wirklich auch überall gleich gut nutzt? Wozu habe ich sie denn dann, wenn Sie sie weitergeben und es deshalb für Sie durchaus von Interesse wäre, zu sagen: Wir bräuchten ein wie auch immer geartetes Qualitätssicherungssystem auch auf dieser Achse MAD-Verfassungsschutz? Sie liefern denen permanent alles: über mögliche Aufenthaltsorte, über Personen, die etwas über das Trio sagen können oder die behaupten, dass sie etwas über das Trio sagen können. Das ist ja manchmal auch mit Vorsicht zu genießen, was die Herren da erzählen. Aber Sie liefern Monat für Monat oder Jahr für Jahr Informationen an die Verfassungsschutzbehörden und wissen nicht, was damit passiert, weil Sie nicht zuständig sind, erfahren es aber auch gar nicht. Es gibt keine Rückkopplung. Wäre es da - wir wollen ja aus diesen Dingen auch lernen - nicht notwendig, dass man sagt: „Wir brauchen auch da eine Rückkopplung“?

Ich habe deshalb vorhin so darauf rumgeritten, ob Sie bei dieser ganzen Operation „Rennsteig“ nicht mal darüber geredet haben: Was wurde denn eigentlich daraus? Jetzt haben wir V-Leute gewonnen noch und

nöcher, in größerer Zahl, und gewinnen über die V-Leute Erkenntnisse, aber dann interessiert es uns nicht mehr. Wäre es nicht notwendig, jetzt auch als jemand, der ein bisschen einen Blick von außen hat, zu sagen: Informationsgewinnung über gewaltbereite Rechtsextremisten macht ja nur dann Sinn, wenn wir auch sicherstellen, dass die Informationen auch genutzt werden für die Arbeit, und nicht, wenn sie irgendwo abgeheftet werden oder wir dann zur Antwort kriegen: „Leider schon nicht mehr vorhanden“, und immer wieder auf Thüringen hoffen müssen, dass die noch Akten haben?

Zeuge Dieter Huth: Herr Abgeordneter, den Weg ist man mit dem GTAZ gegangen, was den Islamismus angeht, und jetzt hat man dasselbe für den Rechtsterrorismus oder Rechtsextremismus, den gewaltbereiten, ja in die Wege geleitet. Also insoweit ist das, was Sie - - die Nutzung der Informationen und das Zusammenwirken der Behörden ja jetzt durchaus deutlich besser, und jetzt hat man ja das direkte Feedback in diesen Besprechungen dieser entsprechenden Einrichtungen, die geschaffen wurden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt ja, früher nicht. Wäre es früher nicht auch schon notwendig gewesen?

Zeuge Dieter Huth: Früher ist vieles eben in der direkten Zusammenarbeit der Beschaffer und Auswerter auch besprochen worden. Die Leute sind gereist, die haben sich gegenseitig besucht und haben gesprochen über verschiedene Phänomene.

Es ist ja nicht so, dass wir - - Wir haben mit den Verfassungsschutzbehörden zusammengearbeitet. Wir haben denen nicht nur Papier hingegeben, sondern wir haben ja über Quellen gesprochen, über unsere eigenen. Das hatte ich schon gesagt. Die wussten ja, wo wir sind und was wir tun. Sie konnten durchaus Interessen an uns artikulieren, noch mal nachzufragen über bestimmte Dinge. Es gab ja doch immer ein gewisses Feedback. Aber was Sie meinen, dass wir nachgefragt haben: „Was habt ihr mit unserer Information gemacht?“, das gab es nicht. Das verbat sich auch aus Höflichkeit. Das macht man nicht.

(Dr. Eva Högl (SPD): Aus Höflichkeit?)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, das ist aber eine Höflichkeit, die natürlich dazu führen kann, dass hier sich ein Trio etablieren kann. Ich finde, das ist - -

(Dr. Eva Högl (SPD): Das hätte man nicht erlauben dürfen!)

Zeuge Dieter Huth: Hier in diesem speziellen Einzelfall sind wohl viele Dinge nicht so gut gelaufen, wie sie hätten laufen können. Das ist zugestanden, und das ist bittere Wahrheit.

Ich habe viele Jahre dieser Zusammenarbeit und der vertrauensvollen Pflege solch einer Zusammenarbeit gewidmet, und ich hätte auf Rückfrage des Verfassungsschutzes, der mich gefragt hat: „Habt ihr den schon rausgeschmissen?“, vielleicht auch gesagt: Das geht euch aber nichts an. - Ich habe nicht gefragt: „Habt ihr diese Sache jetzt entsprechend schon an die Polizei weitergegeben?“, oder was auch immer, weil ich mich darauf verlassen musste, dass die Behörde mit meinen Informationen sachgerecht umgeht. Dazu hat sie die ja bekommen. Genauso, wie ich sachgerecht mit den Informationen anderer Behörden umgehen musste.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wissen Sie, ich war auch ein paar Jahre im Bereich der Sicherheitsbehörden beruflich tätig. Was mich immer allergisch gemacht hat, war der Satz, wenn mal jemand über den Tellerrand hinausgesehen hat und mitgedacht hat, erstens: „Das geht dich nichts an“, zweitens: „Das haben wir noch nie so gemacht“, drittens: „Da könnte ja jeder kommen.“ Das ist eine Kultur, die mir nicht gefällt.

Natürlich gibt es Zuständigkeiten. An die hat sich jeder zu halten. Aber wenn sie dazu führt, dass quasi - na ja - ein Mitdenken fast ein bisschen unerwünscht wird und auch ein Blick über den Tellerrand oder so ein bisschen ein Blick für das Gesamte völlig verloren geht, weil jeder nur noch seine Schiene sieht, dann kommt am Ende so etwas raus, dass wir zwar eine Fülle an Informationen über ein Verbrechertrio hatten, aber irgendwie es nie gelungen ist, sie zusammenzuführen und die vorher festzunehmen. Dass man die nicht gekriegt hat - also jetzt noch ungeachtet dessen, ob man die Straftaten hätte zuordnen können, sondern als man nach ihnen gefahndet hat -, bleibt für mich eines der großen, wirklich kaum zu akzeptierenden Rätsel. Weil über dieses Trio gab es so viel

an Wissen. Man hätte sie eigentlich finden müssen. Das hängt ein bisschen damit auch zusammen.

Ich habe noch zum Schluss einen ganz anderen Punkt, wo ich Sie jetzt nicht inhaltlich fragen kann, weil Sie, glaube ich, dort schon nicht mehr im Amt waren, aber Sie mir vielleicht vom Verfahren her weiterhelfen können. Hat der MAD auch Kontakte zu ausländischen Partnerdiensten?

Zeuge Dieter Huth: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie läuft so etwas ab, institutionalisiert? Gibt es da feste Wege und Ansprechpartner?

Zeuge Dieter Huth: Eigentlich läuft das so, dass man sich schon von Jahr zu Jahr oder alle zwei Jahre mal trifft, gegenseitige Besuche macht, und dass eben auch Anfragen gestellt werden, zum Beispiel an Österreich, wenn jetzt irgendwelche grenzüberschreitenden Phänomene da sind den Rechtsextremismus betreffend und Soldaten involviert sind. Dann kann man den Heeresabwehrdienst Österreich fragen: Haben Sie Informationen zu einem bestimmten Bereich? Es sollen bestimmte Personen dort auftauchen. Kontrollieren Sie die? Wie läuft das? Oder man hat mit den NATO-Partnern natürlich Verbindungen, weil Extremismus an den Grenzen nicht haltmacht.

Also, es gibt Arbeitsbeziehungen zu den unterschiedlichsten Diensten, die der MAD hat und hält.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber exakt auf der militärischen Ebene?

Zeuge Dieter Huth: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, Sie wenden sich nicht an ausländische Verfassungsschutzpendants, sondern quasi an Ihr Pendant im Ressortbereich Militär des jeweiligen Landes?

Zeuge Dieter Huth: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und da gibt es feste Wege, klare Ansprechpartner? Läuft so was immer über die Amtsleitung, oder kann da auch ab Abteilungsleiter Ebene der direkte Kontakt erfolgen - oder sogar auf Arbeitsebene?

Zeuge Dieter Huth: Also, wenn es um personenbezogene Daten geht, läuft es eigentlich immer über die Amtsleitung, weil hier auch immer die Rechtsabteilung draufschauen muss aufgrund der Datenschutzgesetze. Das ist also schon formell geregelt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wenn Sie zu bestimmten Personen - - Wie sieht es aus, wenn Sie einfach nur einen Kontakt herstellen, nach dem Motto: „Habt Ihr da Erkenntnisse? Wart Ihr tätig?“, also ohne dass Sie bestimmte Personen abfragen? Auch dann läuft es über die Amtsleitung?

Zeuge Dieter Huth: Nein, dann kann das durch die Abteilung erfolgen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, wenn es mehr so eine - ja, wie soll man sagen? - fachliche, keine direkt personenbezogene Frage ist?

Zeuge Dieter Huth: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und dann haben Sie einen Ansprechpartner, wo Sie anrufen und der Ihnen dann weiterhelfen kann?

Zeuge Dieter Huth: Oder schreiben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Oder schreiben. Wahrscheinlich schreiben sogar.

Zeuge Dieter Huth: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Anrufen wird eher selten sein. - Ist es denkbar, dass zu ausländischen Partnerdiensten - ich denke jetzt mal an die auch hier noch stationierten Streitkräfte anderer Länder, Amerikaner - auch MAD-Außenstellen in der Lage sind einen Kontakt herzustellen, und Ansprechpartner haben?

Zeuge Dieter Huth: Die MAD-Außenstellen haben sicher Kontakt, weil in der Fläche durchaus Verbindungsoffiziere oder Verbindungspersonen unterschiedlicher amerikanischer Institutionen rumsausen, die nicht immer so genau einem Dienst zuzuordnen sind. Das ist für die Stellen vermutlich sehr schwierig. Aber hier geht es - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das sind die Liaison Officers.

Zeuge Dieter Huth: Ja. - Es geht ja für die MAD-Stellen dort nicht um fachliche Dinge. Die können sie nur an die Abteilung weiterleiten, weil sie gar nicht in der Lage sind, die zu beantworten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Eine Schlussfrage: Aber es ist schon denkbar, dass jetzt zum Beispiel eine MAD-Außenstelle in Baden-Württemberg auch über einen direkten Ansprechpartner verfügt bei amerikanischen Streitkräften in Baden-Württemberg - einfach für ganz normale Alltagsdinge, sage ich jetzt mal?

Zeuge Dieter Huth: Also, das ist denkbar, weil die treffen sich ja dort bei allen möglichen offiziellen Anlässen und kennen sich auch.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. - Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine kurze Zwischenfrage von Herrn Wolff? - Von Herrn Tören. Okay, bitte.

Serkan Tören (FDP): Sind Ihnen denn irgendwelche Aktivitäten auf dem Balkan des MAD bekannt?

Zeuge Dieter Huth: Die Abteilung II ist nicht die Auslandsabteilung des MAD-Amtes.

Serkan Tören (FDP): Gibt es denn Hinweise, irgendwie von deutschen Rechtsextremisten, die auf dem Balkan aktiv gewesen sind?

Zeuge Dieter Huth: Ich meine, wir haben irgendwann nach den Balkankriegen mal eine Sammelaktion gemacht, wo man versucht hat, herauszufinden, ob Rechtsextremisten im Balkan waren, um dort zu kämpfen. Das hat das Bundesamt für Verfassungsschutz, glaube ich, damals versucht. Und alle anderen haben sich auch bemüht, dort Informationen beizutragen.

Serkan Tören (FDP): Was heißt das genau?

Zeuge Dieter Huth: Aber das ist sehr lange her, und ich weiß nicht mehr - - Für Soldaten, glaube ich, haben wir da damals - - sind wir nicht fündig geworden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank. - Herr Huth, ich möchte gerne noch mal ein Beispiel mit Ihnen erörtern, ein weiterer Fall, wie es nicht laufen soll, und eine ziemlich prominente Person, nämlich Claus Nordbruch. Das ist ein rechtsextremer Publizist, der in Südafrika lebt, und da gab es auch immer wieder Gerüchte, dass das Trio bei ihm abtaucht und nach Südafrika geht. Da werden auch Schulungen von Rechtsextremen durchgeführt usw.

Der war Soldat von Mitte 1982 bis Mitte 1986. Der hat an der Bundeswehruniversität in München studiert und eine Ausbildung zum Offizier gemacht. Ich will das mit Ihnen noch mal ganz kurz erörtern. Wenn ich Ihnen noch mal zitieren darf, was da vorgefallen ist. Ich zitiere das wörtlich:

Sie haben in der Nacht vom 29. auf 30. August 1995 vor und in einer Unterkunft im Studentenfachbereich Pädagogik der Universität der Bundeswehr München Ihren Geburtstag zusammen mit den Leutnanten ...

- sowieso, sowieso -

gefeiert. Bei dieser Feier wurden Schallplatten mit Reden von Hitler, Göring und Goebbels sowie mit Märschen und Marschliedern aus dem Dritten Reich gespielt. Es wurde mitgesungen. Gelegentlich wurden „Sieg Heil“-Rufe angebracht. Ferner führten die Beteiligten rassistische und obszöne Gespräche über den Umgang mit jüdischen Frauen. (?)

Und dann ist es so, dass Nordbruch immerhin vom Studium abgelöst wird. Also das Studium an der Bundeswehrhochschule in München kann er nicht fortführen. Die Offiziersausbildung wird aber ganz normal fortgesetzt, und das endet dann mit einem Dienstzeugnis: „als fachlich besonders geeignet“, „Seine Führung war sehr gut“ und „gute Leistungen gezeit“.

Das ist noch ein weiteres Beispiel. Da werden Sie mir zustimmen, Herr Huth. Viel-

leicht sagen Sie was dazu, wie man nicht umgehen sollte mit Rechtsextremisten in der Bundeswehr.

Zeuge Dieter Huth: Es macht mich traurig, aber es - -

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

Zeuge Dieter Huth: Ich habe versucht, darzustellen, wie über die Jahre wir alle versucht haben, das zu verbessern, weil wir selber gemerkt haben: Hier liegt was im Argen.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau da möchte ich mal nachfragen, Herr Huth. Das haben Sie ja eben schon gesagt. Ich habe auch Ihrer Reaktion entnommen, dass Sie da auch gewissermaßen frustriert sind, wenn auch Ihren Bemühungen vom MAD - so wollen wir das ja auch - nichts folgt, wenn da keine Konsequenzen in der Bundeswehr selbst auch gezogen werden. Das hatten Sie ja eben auch dargestellt.

Können Sie uns denn mal sagen: Was genau haben Sie unternommen, also haben Sie beispielsweise im Bundesministerium der Verteidigung dann man angerufen? Mit wem haben Sie gesprochen? Was waren Ihre Bemühungen, zu stärkeren Konsequenzen zu kommen?

Zeuge Dieter Huth: Neben den Informationen, um der Truppe überhaupt zu sagen, womit sie es zu tun haben, gab es ja eben Ende der 90er diese Erlasse, wie die Truppe zu reagieren hat. Sie war dann verpflichtet, gegen diese Personen vorzugehen, die der MAD als Extremisten bezeichnet hat, und diese durften auf jeden Fall nicht mehr als Zeitsoldat übernommen werden. Die wurden als Zeitsoldaten vorzeitig entlassen, und wenn es Gewalttäter waren, gewalttätige Rechtsextremisten oder Funktionäre, wurden sie sogar als Wehrpflichtige dann nach § 29 Wehrpflichtgesetz entlassen, vorzeitig, bevor sie ihren Wehrdienst beendeten.

Früher ist das fast nie möglich gewesen oder wurde fast nie getan, einen Wehrpflichtigen vor Ende seiner Wehrdienstzeit zu entfernen. Das hat die Truppe nicht gemacht. Die hat ihn unter Aufsicht gestellt, dann hat er seinen Rest abgesessen irgendwo, und das war es. Aber er war zumindest unter

Aufsicht. Aber hier gab es klare und eindeutige Verfahren und Richtlinien.

Was wir gemacht haben, war, unsere fachvorgesetzte Stelle im Notfall, also den KS, dann anzuschreiben und zu sagen: Hier ist wieder ein Fall, wo die Division X da nicht zügig genug reagiert oder gar nichts tun will. Vielleicht könnte dort mal jemand - -

Auch weil es schwierig ist. Es ist ja immer ein Rechtsproblem. Personalentscheidungen sind ja immer rechtlich begründet, und es ist immer ein Rechtsproblem gewesen. Manche Rechtsberater haben dort auch Schwierigkeiten gehabt, den richtigen Takt zu finden. Auch da haben wir dann versucht, mitzuhelfen, und es gab nachher genug Präzedenzfälle, sodass sich das dann eingelaufen hat. Aber in der Anfangsphase war es manchmal schwierig. Wir haben das Ministerium dann eingeschaltet, wenn es erforderlich war.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie eine Zwischenfrage? - Mein Kollege möchte eine Zwischenfrage stellen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kollege Stracke hat eine Zwischenfrage.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Frau Kollegin Högl. - Frau Högl, ich hätte eine Frage oder eine Bitte. Sie haben jetzt dieses Thema Nordbruch aufgeworfen. Vielleicht wäre es sinnvoll, dem Zeugen hier die Personalakte auch mal - - oder jedenfalls das näher zu erläutern, wie Sie mit der SaZ-4-Thematik diskutieren, weil nach meiner Erkenntnis hätte ja SaZ 12 - - Er hat ja Abitur gehabt. Dann spricht ja vieles dafür, wenn er dann SaZ 4 ist, dass er dann unter Umständen zurückgestuft sein müsste. Sonst hätte er nicht studieren können bei der Bundeswehr.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, mal für die Nichtgedienten bitte erklären! Was ist das?)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. - Ich habe es auch nicht verstanden.

Dr. Eva Högl (SPD): Wir haben aber ein anderes Thema. Wir haben das Thema: Wie wird reagiert in der Bundeswehr auf Rechtsextreme?

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ja, das ist schon richtig. Bloß dass man hier keine - - dass man nicht die Tendenz hat in irgendeiner Weise, dass der Zeuge weiß, um welche Hintergrundinformationen es denn da unter Umständen gehen könnte.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich glaube, Herr Huth hat ausreichend verstanden. Oder? Ich habe doch genügend Rahmendaten genannt zu dem Fall, um das einordnen zu können.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Der Vertreter des BM - -

Zeuge Dieter Huth: Sie sagten, 1982 bis 86 hat Herr Nordbruch gedient und 85 sei er - wenn ich recht entsinne - befragt worden.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau.

Zeuge Dieter Huth: Und damit ist, was Sie, Herr Abgeordneter, gesagt haben, eigentlich richtig: Man hat ihn als SaZ 4 abgebremst; denn sonst wäre er SaZ 12 geworden mit Studium. Also, auch damals hat die Truppe dann schon reagiert.

Dr. Eva Högl (SPD): Das hatte ich auch geschildert.

Zeuge Dieter Huth: Man hat ihm zwar noch ein gutes Zeugnis ausgestellt - man trennt sich im gegenseitigen Einvernehmen; das wäre heute auch nicht mehr der Fall -, aber auf jeden Fall ist er nicht beim Bund geblieben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Dr. Högl fährt fort.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau das hatte ich auch dargestellt. Das Studium wurde abgebrochen, logische Folgerung. Mir ging es dann darum: Offiziersausbildung wurde abgeschlossen und mit entsprechendem Zeugnis. - Ich glaube, wir haben uns auch bei der Befragung gut verstanden. Es ist trotzdem ein Beispiel dafür, wie man mit solchen Extremen, also mit solchen Rechtsextremen, nicht umgehen sollte.

Ich war jetzt bei dem Punkt stehen geblieben: Herr Huth, wir hatten gemeinsam erörtert, dass Sie dann auf das Bundesministerium der Verteidigung zugegangen sind, mit dem entsprechenden Referat Kon-

takt aufgenommen haben. Das heißt, ich habe verstanden: Sie haben die Einzelfälle, bei denen Sie dokumentiert haben: „Es handelt sich um Rechtsextremisten, da muss eigentlich eine Konsequenz gezogen werden“, auch im Blick behalten als MAD?

Zeuge Dieter Huth: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Gibt es denn - wir haben jetzt ja ein paar Einzelfälle miteinander erörtert, und Sie haben auch geschildert, dass Sie da unzufrieden waren mit dem Umgang - irgendwas wie eine Statistik darüber? Haben Sie eine Statistik geführt, wie mit den Personen umgegangen wurde, was die Konsequenzen waren? Gibt es da irgendwas, was Sie uns mitteilen könnten, woran Sie sich erinnern? Oder gibt es da sogar Statistiken?

Zeuge Dieter Huth: Ich meine, es müssten Statistiken verfügbar sein, weil wir das ja in die Datenverarbeitung auch eingegeben haben als Arbeitsergebnis, -

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

Zeuge Dieter Huth: - Ergebnis unserer Arbeit, wenn jemand vorzeitig aus der Bundeswehr ausgeschieden ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Dr. Högl, der Vertreter des BMVg, Herr Witz, hat sich gemeldet.

Torsten Witz (BMVg): Ja. - Bei allen Fehlern, die vielleicht in diesem oder jenem Einzelfall gemacht wurden - - Zum Fall Nordbruch wollte ich nur noch mal klarstellen: Da ist er als SaZ 12 eingestellt worden, hat sein Studium gemacht, und nach diesem Vorfall ist alles zurückgeführt worden: also auch seine Dienstzeit von SaZ 12 auf SaZ 4 zurückgeführt und nach vier Jahren entlassen. Anders ging es gar nicht.

(Petra Pau (DIE LINKE): Kann uns irgendjemand das Kürzel mal zu Ende übersetzen?)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Dr. Högl.

(Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Scheint ein Dienstgrad zu sein!)

Dr. Eva Högl (SPD): Hatten wir jetzt aber geklärt, Herr Witz? Ja?

Torsten Witz (BMVg): Für mich war da noch so ein bisschen ein Zungenschlag drin, der ein bisschen in die falsche Richtung führte, weil in diesem Fall - -

Dr. Eva Högl (SPD): Also, Herr Witz, Herr Huth hat mich gut verstanden. Ich habe gesagt: Das Studium wurde abgebrochen, er wurde abgelöst. Das war die Reaktion. Er konnte das Studium an der Bundeswehruniversität in München nicht fortsetzen. Er hat aber seine Offiziersausbildung fortgesetzt, und ich habe aus dem Dienstzeugnis vom 9. Juni 1986 vorgelesen, und die Beurteilung ist: „fachlich besonders geeignet“, „Führung war sehr gut“. Das ist, glaube ich, deutlich geworden.

Torsten Witz (BMVg): Ja, aber es ist zusätzlich die Dienstzeit verkürzt worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, aber Herr Witz, es ist nicht Ihre Aufgabe, -

Dr. Eva Högl (SPD): Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - hier die Kollegen im Ausschuss zu kommentieren. Ihre Aufgabe ist es lediglich, sachdienliche Hinweise zu machen, die sich darauf beziehen, ob das, was Herr Huth hier ausführt als Zeuge, von seiner Aussagegenehmigung gedeckt ist.

Torsten Witz (BMVg): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ansonsten führen wir hier keine Diskussion mit Regierungsvertretern. Ist das verstanden worden? - Vielen Dank. - Frau Dr. Högl hat das Wort.

Dr. Eva Högl (SPD): Zumal der Zeuge mich - das stelle ich ein zweites Mal fest - bestens verstanden hat und die anderen wahrscheinlich auch.

Also, Sie sagen: „Es gibt Statistiken darüber. Es muss Statistiken darüber geben“, weil alle Einzelfälle auch dokumentiert wurden und Sie das auch nachgehalten haben, was die Reaktionen waren.

Zeuge Dieter Huth: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Wir kennen diese Statistiken bisher nicht. Da würde ich dann mal darum bitten, dass wir diese Statistiken mal bekommen - Herr Witz, das geht jetzt in Ihre Richtung -, dass wir mal Statistiken bekommen darüber, insbesondere aus der fraglichen Zeit, weil gerade der Umgang mit Rechtsextremismus für uns natürlich da von größter Bedeutung ist.

Jetzt möchte ich ganz gerne, Herr Huth, noch mal an dem Punkt ansetzen, an dem wir vorhin bei der Befragung geendet sind, nämlich die Frage: Wenn von Ihrer Seite da auch eine Unzufriedenheit war, Sie die auch gegenüber dem Bundesministerium der Verteidigung vorgetragen haben, Sie auch auf die Einhaltung insbesondere der neuen Richtlinien aus Ende der 90er-Jahre gedrungen haben: Ist es nicht dann doch so, dass Sie versucht haben, irgendwie - wie soll ich es mal sagen? - Erfolge dadurch zu bekommen, dass Sie sagen: Dann versuchen wir wenigstens, den Kontakt so herzustellen, dass möglicherweise die zivilen Verfassungsschutzämter noch davon profitieren können, von unseren Erkenntnissen? Wenn schon keine Konsequenzen bei der Bundeswehr gezogen werden, dass wir dann aber wenigstens die Rechtsextremisten im Auge behalten und den zivilen Verfassungsschutzämtern eine gute Grundlage dafür geben, dass sie weiter an denen dranbleiben können: War das ein Teil Ihrer Motivation auch bei den Befragungen?

Zeuge Dieter Huth: Frau Abgeordnete, die Motivation unserer Befragung war, den Extremisten festzustellen oder einem Chef sagen zu können: Der war zwar mal in irgendeinem Bereich, aber der ist kein Extremist. Der hat sich gelöst. Der darf Zeitsoldat werden. Der kann in unserer Gemeinschaft als Soldat weitergehen. - Das war unser Motiv.

Und vielleicht ist ein falscher Zungenschlag hier reingekommen. Es gab gewisse Probleme manchmal mit gewissen personalführenden Stellen. Nach diesem Erlass hat sich das sehr schnell positiv eingeschliffen. Vorher war es durchaus frustrierend von Zeit zu Zeit, zu sagen: Da ist ein Extremist, und eigentlich passiert ja nichts. Aber dieses ist dann im Ministerium auch erkannt und zügig - wirklich sehr zügig - umgesetzt worden in diesem Erlass, die Truppe zu verpflichten: Wenn der MAD sagt: „Da ist ein Extremist“, hast du zu handeln. Da ist nicht

mehr Entscheidungs- - in Führungszeichen - -befugnis, sondern hier ist ein Erlass, und du hast zu handeln nach diesem Erlass. Das hat zu unserer Zufriedenheit in einem sehr hohen Maße beigetragen.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann komme ich noch mal zu sprechen, Herr Huth, auf die Zusammenarbeit mit anderen Behörden. Also, wir haben ja darüber gesprochen, dass Sie auch Grundlagen geschaffen haben mit Ihrer Befragung und dann das weitergegeben haben an die zivilen Verfassungsschutzämter, damit die, wenn Ihre Zuständigkeit endete nach der Wehrdienstzeit, gegebenenfalls übernehmen können.

Jetzt möchte ich gerne mal fragen, ob Sie vor der Wehrdienstzeit, also bevor die Soldaten zur Bundeswehr kamen, da auch informiert worden sind. Ich will das auch mal anhand eines Beispiels machen:

Auch ein prominenter Rechtsextremist, Führungskader „Thüringer Heimatschutz“, Mario Brehme, hat seinen Wehrdienst geleistet von Mitte 96 bis April 1998. Da war es so, dass sowohl das Landesamt für Verfassungsschutz in Thüringen als auch das Bundesamt für Verfassungsschutz bereits vor Antritt des Wehrdienstes Erkenntnisse über seine rechtsextreme Betätigung im „Thüringer Heimatschutz“ hatten und er da auch einschlägig aufgefallen ist. Insbesondere gab es schon ein Strafverfahren 1996 wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Da würde mich jetzt mal interessieren: Wie kann das eigentlich sein, wenn zivile Verfassungsschutzämter die Kenntnisse haben, wenn das ganz klar ein prominenter Rechtsextremist ist, dass der trotzdem seinen Wehrdienst ableistet? Gibt es da Informationen an Sie auch immer? Gibt es da sozusagen eine Frühwarnung? Kommen die zivilen Ämter auf Sie zu und sagen: „Seht mal zu, passt mal auf, die kommen demnächst, werden gemustert, kommen zum Wehrdienst; lasst die mal gar nicht rein oder seid da mal wachsam“? Wie verhält sich das?

Zeuge Dieter Huth: Also, wir haben die Landesverfassungsschutzbehörden immer sehr intensiv gebeten, uns zu informieren, wenn sie Erkenntnisse hatten, dass jemand Soldat werden soll. Und wir hatten die Prävention. Das war die Befugnis, die Wehrersatzbehörden anzuschreiben, um uns mit-

zuteilen, wenn jemand, den wir in Verbindung mit Rechtsextremismus vor der Wehrdienstzeit als tauglich Gemusterten festgestellt hatten - - uns zu sagen, der soll dann und dann einberufen werden. Dann konnten wir mit diesem Schreiben des Kreiswehersatzamtes prüfen, ob es Hinderungsgründe gab, und das waren beispielsweise „gewaltbereiter Rechtsextremist“ oder „Führungsperson“. Dann haben wir dafür gesorgt, dass der gar nicht einberufen wurde.

Das war ein Verfahren, das war dem MAD erlaubt. Allerdings durften wir dieses Merkmal, dass wir dort tätig geworden sind, nicht speichern. Wir haben also die Personen geprüft, haben dann das abgegeben ans Kreiswehersatzamt, ein Schreiben, und wir mussten dann die Akte vernichten, diese kleine Akte, weil das datenrechtlich nicht zulässig war, weil wir eben für die Person noch nicht zuständig waren im Vorfeld.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. Und die haben die Personen dann ausgemustert oder andere Gründe gefunden oder zurückgestellt oder so, damit die dann nicht - -

Zeuge Dieter Huth: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Hat das funktioniert mit der Zusammenarbeit -

Zeuge Dieter Huth: Das hat sehr gut funktioniert.

Dr. Eva Högl (SPD): - mit den zivilen Verfassungsschutzämtern? Hatten Sie das Gefühl, dass auch die Kreiswehersatzämter gut reagiert haben auf Ihre - -

Zeuge Dieter Huth: Ja, das war ein sehr gutes Verfahren. Das war wirklich ein Massendatenverfahren - in Führungszeichen -, weil ja zu Zeiten der Skinhead-Bewegung und zu Zeiten der großen Konzerte viele Daten über junge Leute gesammelt wurden und wir dann prüfen konnten: Sind die tauglich gemustert? Das war ein sehr gutes Verfahren. So konnten wir dann wirklich im Einzelfall vor Einberufung schon feststellen - häufig -: „Hier ist jemand, der gehört nicht in die Bundeswehr“, und den abblocken.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich habe in den Akten gefunden, dass es auch durchaus Strategie von Rechtsextremen war, so aufzufal-

len, dass sie dann nicht zur Bundeswehr mussten. Ist Ihnen das auch bekannt, oder haben Sie darauf auch reagiert?

Zeuge Dieter Huth: Also, ich glaube, vielleicht hat sich der eine oder andere damit gebrüstet; aber eigentlich glaube ich es nicht so recht, weil die Idee, zur Bundeswehr zu gehen, war eigentlich größer als das andere, hatte ich so den Eindruck.

Dr. Eva Högl (SPD): Das heißt, Sie wussten auch, dass die Rechtsextremen darauf erpicht waren, zur Bundeswehr zu kommen und dort auch eine Ausbildung zu machen?

Zeuge Dieter Huth: Ja, die Rechtsextremen haben in der Bundeswehr in den damaligen Zeiten - man muss das einfach sagen - Disziplin, Gehorsam, Kameradschaft - - Ich will jetzt den Damen nicht zu nahe treten, aber damals gab es wenige Damen bei der Bundeswehr. Die waren dann in der Sanität oder Militärmusik. Das ging ja noch. Und in den 70ern, 80ern oder 90ern war auch der Anteil der deutschen Bürger mit Migrationshintergrund ja relativ gering, sodass die Bundeswehr eigentlich für einen Rechtsextremisten so per se ein attraktiver Laden war. Das muss man einfach so feststellen.

Zeuge Dieter Huth: Ja, Herr Huth, vielen Dank für diese klaren Worte, zumal ja auch eine Waffenausbildung erfolgte. Auch das ist ja für Rechtsextreme durchaus interessant. Deswegen hat es mich auch gewundert, wenn ich da noch mal hier das Beispiel Mario Brehme nehmen darf, der Rechtsextremist aus dem „Thüringer Heimatschutz“, über den wir eben schon sprachen - - Der wurde dann, obwohl vorher bekannt war, dass er gewaltbereiter Rechtsextremist ist und Führungskader, als Einzelkämpfer ausgebildet.

Zeuge Dieter Huth: Ich weiß nicht, wann, ob und wie der MAD über Mario Brehme in Kenntnis gesetzt wurde. Ich kenne die Akte nicht, aus der Sie zitieren, Frau Abgeordnete.

Dr. Eva Högl (SPD): Gar nicht. Aus unseren Akten geht nicht hervor, dass der MAD da überhaupt dran war.

Zeuge Dieter Huth: Ja. Also, kein System ist hundertprozentig.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, nein, das ist schon klar.

Zeuge Dieter Huth: Das ist natürlich klar.

Dr. Eva Högl (SPD): Nur wir müssen uns über Einzelfälle natürlich da herantasten. Das sind die Einzelfälle aus dem Umfeld des NSU, die wir uns jetzt genau angucken: Wie war der Umgang? Deswegen ist für uns besonders diese Statistik natürlich interessant: Wie folgte generell da der Umgang?

Auch Mario Brehme ist entlassen worden mit einem Dienstzeugnis: „zur vollsten Zufriedenheit“. - Genau, auch dieser bekennende Rechtsextremist. Also, wir haben jetzt einige Fälle da miteinander erarbeitet. Aber wie gesagt: Für mich sind ganz wichtig der generelle Umgang zu dieser Zeit, aber auch danach und diese Statistik und die Zusammenarbeit mit den zivilen Verfassungsschutzämtern, sowohl im Vorfeld als auch danach, dass Sie quasi auch die Soldaten übergeben haben an die zivilen Verfassungsschutzämter.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Dr. Eva Högl (SPD): Danke erst mal für diese Runde.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Mit Blick auf die Uhr stelle ich fest, dass wir die Sitzung jetzt unterbrechen sollten, damit sich die Kolleginnen und Kollegen an der Aktuellen Stunde im Plenum beteiligen können. Wir würden dann nach der Unterbrechung natürlich uns hier wieder zeitnah treffen, die Sitzung fortsetzen und mit der FDP und ihrem Fragerecht fortfahren.

Für die Kolleginnen und Kollegen hier im Ausschuss: Der Kollege Binninger hat angefragt, jetzt nicht draußen die Statements zu geben, damit wir rechtzeitig in der Aktuellen Stunde sind, sondern den Journalisten mitzuteilen, dass vor der Wiederaufnahme der Sitzung vor die Presse getreten wird, gegen 14.10 Uhr. 14.10 Uhr halten wir mal so fest.

(Unterbrechung von
12.42 bis 15.03 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir setzen die unterbrochene Beweisaufnahme fort und damit die Befragung des Zeugen Huth.

Das Fragerecht ist bei der FDP-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Tören.

Serkan Tören (FDP): Ich habe noch mal eine Nachfrage zur Operation „Rennsteig“. Sie haben selbst gesagt, dass es eine Evaluierung nicht gegeben hat. Aber mich würde noch mal kurz Ihre Meinung persönlich dazu interessieren: War das in Ihren Augen eine erfolgreiche Operation, und welche Lehren ziehen Sie aus dieser Operation?

Zeuge Dieter Huth: Ich denke, diese gemeinsame Operation hat dazu geführt, dass der Verfassungsschutzbereich Thüringen wirklich bis in die kleinsten Verästelungen wusste, was dort eventuell passiert und was passieren könnte, und dass man hier auch entsprechend gegensteuern konnte. Das war eine sehr gute Operation, die nach meinem Dafürhalten, was den THS betrifft, auch erfolgreich war.

Serkan Tören (FDP): Gab es eigentlich noch mal für diese Operation eine gemeinsame Basis, oder war das irgendwie so eine lockere Abrede der Dienste? Ist irgendwas schriftlich fixiert worden, oder gab es eine gemeinsame Arbeitsgrundlage, oder war das einfach ein lockerer - -

Zeuge Dieter Huth: Das waren in den 90er-Jahren mehrere Besprechungen, bei denen dort Festlegungen erfolgten, wie man sich gegenseitig zu unterrichten hat, aber kein schriftlicher Austausch zwischen den Behörden von Präsident zu Präsident nach dem Motto: Wir haben diese und jene Dinge. - Das war eine Sache der Fachleute, die das betrieben haben.

Serkan Tören (FDP): Der Fachleute? Auf welcher Ebene ist das beschlossen worden?

Zeuge Dieter Huth: Auf der Ebene der Behörden, da waren es mindestens immer die Leiter der Beschaffung oder Auswertung zum Teil. Aber die Behördenleiter waren ja informiert. Von unserer Seite war es eigentlich auch immer die Ebene des Abteilungsleiters oder Vertreters, die an diesen Besprechungen teilgenommen hat.

Serkan Tören (FDP): Der Kollege Wolff macht weiter.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Huth, heute, nein, gestern war in einer Zeitung zu lesen, dass zwei Rechtsextremisten Teil eines NATO-Netzwerks gewesen sein sollen und auch angeblich Zugang zu geheimen bzw. einer auch Zugang zu streng geheimen Verschlusssachen gehabt haben soll. Mich würde mal interessieren, ob Sie a) davon mitbekommen haben und b), wie Sie es beurteilen, wenn die Einhaltung der Grundsätze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung - - ob die relevant sind dafür, ob man Zugang zu geheimen oder auch streng geheimen Verschlusssachen bekommt.

Zeuge Dieter Huth: Mir ist der Fall jetzt nicht bekannt, den Sie zitieren, Herr Abgeordneter. Grundsätzlich ist es so, dass Sie, um mit Verschlusssachen ermächtigt zu werden, eine Sicherheitsüberprüfung durchlaufen. Diese richtet sich - - oder wird mit einem Sicherheitsüberprüfungsgesetz, das festgelegt wurde, durchgeführt. Wenn die Sicherheitsüberprüfung zum Schluss kommt, die Person, die hier überprüft wird, ist vertrauenswürdig im Sinne des Gesetzes, erhält die Person Zugang zu Verschlusssachen. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, grundsätzlich spielt es schon eine Rolle dann, wie man zur fdGO steht, wenn man entsprechend Zugang zu Verschlusssachen hat?

Zeuge Dieter Huth: Wenn die zuständige Behörde, die das prüft, oder die Abteilung dieser Behörde keine Erkenntnisse zu der Person durch Karteiauskünfte von anderen Behörden hat, ist die Person, um die es geht, für den MAD wie auch für jede andere Behörde blank. Der braucht ja gar nicht befragt zu werden, wie er zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Durch die Medien ging jetzt auch vor nicht allzu langer Zeit ein Fall, dass angeblich in Afghanistan ein Lageroffizier ebenfalls sehr nahe an der NPD gewesen sein soll bzw. nicht nur an der NPD, sondern sich auch in Kameradschaften engagiert hat. Wissen Sie von diesem Fall?

Zeuge Dieter Huth: Nein, ich weiß von dem Fall nichts. Aber es gibt immer wieder Gerüchte, Fälle oder Dinge, denen auch dann der MAD nachgeht. Aber ich kann für meinen Bereich oder für meinen Verantwortungsteil sagen: In den letzten zehn Jahren ist es uns, glaube ich, in keinem einzigen Fall gelungen, einen Offizier als Rechtsextremisten zu überführen. Das gibt es, gab es nicht mehr, die Fälle. Es gab keine rechtsextremistischen Offiziere in der Bundeswehr; keinerlei Kriterien.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Keinen einzigen. - Mich würde daran interessieren - es handelt sich ja auch um internationale Operationen hier -: Haben Sie da gewisse gemeinsame Standards entwickelt mit anderen Nachrichtendiensten von anderen befreundeten Nationen, möglicherweise auch gerade bei gemeinsamen Militäroperationen, wo es darum geht: Wie gehe ich mit möglicherweise rechtsextremistischen Bestrebungen in der einen oder anderen Armee um?

Zeuge Dieter Huth: Diese Standards zu entwickeln, ist eigentlich nicht möglich, weil beispielsweise - - Man muss dazu sagen: Bei den Amerikanern gibt es das nicht. Das ist free speech. Also, theoretisch kann ein amerikanischer Offizier sagen: Ich finde Adolf Hitler gut. - Es wird ihm normalerweise nichts passieren. Er hat das Recht, so etwas zu sagen. In unserer Armee wäre er damit nicht mehr tragbar. Also, internationale Standards zu entwickeln, was Extremismus angeht, ist eigentlich nicht möglich. Jedes Land verhält sich dort anders und hat auch andere Gesetze.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Können Sie sich daran erinnern, dass es mal Diskussionen möglicherweise - ich drücke es mal vorsichtig aus - dahin gehend gab, dass beispielsweise, als - auch in früherer Zeit - noch Rechtsextremisten in der Bundeswehr - zum Teil jedenfalls - öffentlich bekannt wurden - - wie dann die Partnerländer darauf reagiert haben?

Zeuge Dieter Huth: Ich glaube nicht, dass sie das in sehr großem Umfang interessiert hat.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Eine große Gemeinsamkeit, auch international, zum Beispiel gegenüber Rechtsextremisten vorzugehen in den anderen Armeen - - gab es keine Diskussionen?

Zeuge Dieter Huth: Da hat jede Armee ihre eigenen Kriterien und ihre eigene Rechts- und Gesetzeslage und Auffassung. Also, das kann man wirklich nicht vereinheitlichen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also auch im Bereich - sagen wir mal - links- oder rechtsextremistische Strukturen in den jeweiligen Armeen gab es keine Zusammenarbeit?

Zeuge Dieter Huth: Es gab Zusammenarbeit, sobald grenzüberschreitende Phänomene da waren, natürlich. Aber das Handling der einzelnen Armeen oder die Einstellung zu Extremismus - links, rechts oder wie auch immer - ist einfach unterschiedlich, weil die Gesetzeslage unterschiedlich ist.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Können Sie sich denn dran erinnern, dass es von anderen Armeen möglicherweise Hinweise dahin gehend gab, dass es in der deutschen Bundeswehr gegebenenfalls das eine oder andere Mal Schwierigkeiten damit gegeben haben könnte, dass andere aufmerksam waren auf das, was sich bei uns abgespielt haben könnte?

Zeuge Dieter Huth: Das gab es schon manchmal, Hinweise, dass uns ein Militärdienst mitgeteilt hat: Hier war eine bestimmte Versammlung, und wir haben Informationen, dass voraussichtlich auch ein Bundeswehrangehöriger dabei war. Der Name soll so und so sein. - Dann haben wir geprüft, ob das stimmt. Also, wir sind informiert worden.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, eine Art von strukturierter Zusammenarbeit in dem Zusammenhang, beispielsweise auch mit den Amerikanern zum Beispiel in Stuttgart oder so was, gab es nicht?

Zeuge Dieter Huth: Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Keinerlei?

Zeuge Dieter Huth: Das kann es auch nicht geben.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Warum kann es das nicht geben?

Zeuge Dieter Huth: Nein, das kann es -- Wegen dieser unterschiedlichen Auffassung haben Sie diese Basis nicht.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Aber dass die Amerikaner sich doch darüber wundern würden und es vielleicht sogar mitteilen würden -- Also, jetzt mal in den Raum gestellt: Wenn bei uns jemand Adolf Hitler gut fände beispielsweise - ich habe jetzt keinen konkreten Fall -, dass Sie dann Informationen bekommen oder Ähnliches, das haben Sie bisher nicht erlebt?

Zeuge Dieter Huth: Nein, nicht dass ich das erinnere.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also keine, auch auf militärischer Ebene dann dementsprechend keine Zusammenarbeit. Okay.

Mich würde was anderes noch ganz kurz interessieren: Wie sind Sie mit Ihren Erkenntnissen, auch auf die Zeit hin, umgegangen? Wie weit haben Sie bei den Akten -- Welche Standards haben Sie? Woher kommen die Standards? Werden die bei Ihnen aus -- Also, Aktenaufbewahrung, Aktenlöschung, Weitergabe von Akten, wo kommt das her?

Zeuge Dieter Huth: Es ist gesetzlich festgelegt durch das MAD-Gesetz und das Bundesdatenschutzgesetz.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das ist mir bekannt. Gibt es da weitere Richtlinien dazu?

Zeuge Dieter Huth: Wir haben natürlich diese Gesetze umgesetzt in Handlungsrahmen für die Mitarbeiter, die entscheidenden Mitarbeiter, die damit umzugehen haben.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Diese Richtlinien, haben Sie die ungefähr vergleichbar eingehalten wie die anderen Sicherheitsbehörden? Haben Sie sich da auch abgestimmt? Wie weit haben Sie zum Beispiel nachgehalten, wenn es darum ging,

wenn Sie Informationen mitgeteilt haben, den gesetzlichen Auftrag -- eine Ihrer Akten, die Sie weitergegeben haben könnten. Ist es da Standard, nachzufragen, ob sie dann tatsächlich auch gelöscht worden sind?

Zeuge Dieter Huth: Ich habe das vorhin einmal kurz dargestellt: Wenn wir eine Person befragt haben und für uns die Entscheidung getroffen haben, das ist kein Extremist, gleichwohl hat er Informationen geliefert zu einer Gruppierung, der er vor zwei Jahren angehörte, dann ist dieser Befragungsbericht an den Verfassungsschutz geschickt worden, und die Akte zu dieser Person ist bei uns vernichtet worden. Dazu waren wir verpflichtet, weil er war kein Extremist. Wir hatten den Verdacht ausgeräumt, und dann sagt unsere Datenschutzrichtlinie: Dann bist du, MAD, nicht mehr zuständig und vernichtest die Akte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie weit verlieren Sie denn die Hoheit darüber, wenn Sie die Akte weitergeben? Ist das nicht möglicherweise auch vielleicht sogar in Ihrem Interesse zu sagen, wenn ich eine Akte habe, die ich dann weitergebe -- dass die Behörde, die sie bekommen hat, dann auch diese Akte vernichtet?

Zeuge Dieter Huth: Die Frage stellte sich ja für uns nicht. Unsere Speicherrichtlinien haben uns zu diesem Verhalten genau gezwungen, und die Information, die wir auch nach unserem Gesetz den anderen mitgeteilt haben, oblag nun den Behörden, und die haben ihre eigenen Richtlinien, wie mit dieser Information umzugehen ist.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also auch mit Ihrer Akte?

Zeuge Dieter Huth: Das ist keine Akte, das ist nur ein Befragungsbericht. Wir müssen das vielleicht trennen. Das ist nur dieser Befragungsbericht, nicht die Ermittlungsakte oder die Fallakte. Es wurde ja immer nur eine Sequenz -- die entscheidende Sequenz dieser Befragung wurde dann überstellt.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Jetzt müssen Sie mir kurz helfen: Was ist der Unterschied zwischen einem Erfahrungsbericht und quasi der Akte im Hinblick auf Löschungs- und Aufbewahrungsvorschriften?

Zeuge Dieter Huth: Für uns war der Befragungsbericht ja Teil der Akte. Die Unter- richtung der Verfassungsschutzbehörde erfolgte in der Regel mit diesem Befragungsbericht, und die Akte verblieb bei uns oder wurde eben - wie im geschilderten Fall - vernichtet. Wir hatten da nichts mehr. Der MAD hat keinen Aktenrückhalt. Ansonsten, wenn jemand als Extremist festgestellt war, haben wir die Speicherbefugnis des Gesetzes ausgenutzt, bis zu zehn Jahre diese Akte bei uns aufzubewahren. Diese Zuständigkeit war gegeben, weil ja diese Person durchaus irgendwo wieder hätte versuchen können, in die Armee zu kommen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wonach haben Sie denn die zehn Jahre beispielsweise bemessen? Gibt es denn bei Ihnen in den Akten eine Abschlussverfügung über eine Maßnahme?

Zeuge Dieter Huth: Ja, jeweils am letzten Datum der Erkenntnis. So schreibt es bei uns die Datenschutzrichtlinie vor. Das ist ein einfaches Beispiel: Wenn einer 1998 in der NPD-Versammlung x aufgetreten ist und wir ihn 1999 zum Extremisten gemacht haben, dann ist das Speicherdatum von 1998 - da ist er das letzte Mal als NPDler aufgefallen - für maximal zehn Jahre. Dann ist also 2008 diese Akte vernichtet worden.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gut, keine weiteren Fragen erst mal.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Herr Petermann, bitte.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Huth, wie wir wissen, ist die Affinität bei jungen Neonazis zu Waffen und Sprengstoff besonders ausgeprägt. Wir wissen auch, dass es Neonazis dann zur Bundeswehr zieht, weil man dort Schießen üben kann, weil man dort mit Sprengstoff möglicherweise hantieren kann. Wir wissen auch, dass es eine Affinität gibt zu militärischer Traditionspflege, also speziell bei Neonazis bezogen auf die Wehrmacht. Ich verweise hier auf die einschlägig bekannten Berichte auch der Wehrbeauftragten, beispielsweise aus dem Jahre 1997.

Herr Huth, vor diesem Hintergrund: Können Sie vielleicht noch mal was dazu sagen,

warum aus Ihrer Sicht gerade der „Thüringer Heimatschutz“ - Sie hatten ja da vorhin gesagt, es sind 20 oder mehr Soldaten gewesen, die aus dem Umfeld des „Thüringer Heimatschutzes“ kamen - sich in dieser Weise betätigt hat, was Sie für Erkenntnisse da haben? Also, es geht mir einfach darum, noch mal zu wissen: Wie war denn tatsächlich die Quantität und die Qualität Ihrer Erkenntnisse in Bezug auf den „Thüringer Heimatschutz“ und entsprechende Aktivitäten bei der Bundeswehr? Können Sie uns da noch mal was dazu sagen oder eine Quelle nennen, wo wir uns da vielleicht noch mal beleesen können?

Zeuge Dieter Huth: Die Erkenntnislage zu den Personen des „Thüringischen Heimatschutzes“ war gut. Wir haben im Prinzip schon im Vorfeld verhindern können, dass die wirklich harten - in Anführungszeichen - Extremisten auf die Bundeswehr zukommen, indem wir eben präventive Maßnahmen getroffen haben. Das ist auch unsere Aufgabe gewesen. So sagt es der Erlass, dass wir Gewalttäter, gewalttätige Extremisten und Funktionäre von der Armee fernzuhalten haben. Bei den anderen Wehrpflichtigen sagt der Erlass nicht, dass wir sie fernzuhalten haben. Die haben wir dann eben, wenn sie in die Truppe kamen, recht früh bearbeiten können. Wenn sich dann herausgestellt hat, dass wir das Prädikat „Extremist“ vergeben haben, konnte die Truppe dann handeln. Aber das war kein Rückstellungsgrund.

Jens Petermann (DIE LINKE): Die Truppe hat aber möglicherweise eben nicht gehandelt. Das hatten wir ja vorhin schon festgestellt.

Zeuge Dieter Huth: Das haben wir aber ja so weit ausgeräumt, Herr Abgeordneter, dass ab 1999, 2000 das sehr viel besser wurde, -

Jens Petermann (DIE LINKE): Okay. Aber - -

Zeuge Dieter Huth: - und dann hundertprozentig lief.

Jens Petermann (DIE LINKE): Hier geht es ja um die frühen 90er-Jahre. Das ist ja eigentlich das Problem, worum wir momentan uns unterhalten.

Zeuge Dieter Huth: In den 90ern wurde zumindest die Truppe informiert und sollte dann eine besondere Dienstaufsicht ausüben und den Betreffenden auch von entsprechenden Ausbildungsgängen fernhalten.

Jens Petermann (DIE LINKE): In dem Zusammenhang habe ich aber doch noch mal eine Frage zum Vollzug des MAD-Gesetzes. In § 11 - das hatten wir vorhin schon mal kurz andiskutiert - sind Sie ja verpflichtet, oder auf Grundlage § 11 sind Sie ja verpflichtet, entsprechende Informationen weiterzugeben an Staatsanwaltschaften, an Polizeibehörden und andere Behörden, wenn sich diese Informationen eben als so schwerwiegend herausstellen, dass sie zur Verhinderung oder Verfolgung von Staatsschutzdelikten geeignet sind.

Entsprechende Tatbestände gab es ja. Sie hatten vorhin gesagt - ich will es noch mal kurz in Erinnerung rufen -, Sie sind dieser Verpflichtung nachgekommen, indem Sie das anderen Geheimdiensten mitgeteilt haben, speziell also dem Bundesamt oder den Landesämtern. Ich sehe da ein Vollzugsdefizit des § 11 beim Amt. Wie würden Sie das einschätzen? Würden Sie das auch so einschätzen, oder sind Sie der Meinung, dass Sie wirklich die Verpflichtung, die sich aus dieser Regelung gibt, umgesetzt haben?

Zeuge Dieter Huth: Wenn wir - wir, MAD - als Einzige eine sichere Erkenntnis gehabt hätten über eine bestimmte Gruppe, dann wären wir von uns aus zu dem entsprechenden Staatsanwalt oder der Polizei gegangen und hätten die informiert. Wenn eine Information, manchmal auch quellen geschützt, nur eine Information „Es will jemand gehört haben, dass“ bei uns auftaucht, dann geben wir das gerade an den zuständigen Verfassungsschutzbereich, der ja viel mehr Kenntnisse hat als wir, vergleichen kann und aufgrund dieser Information vielleicht dann eine Erkenntnis zusammenstellen kann, die wirklich handelbar ist. Es ist ja ein sehr großes Problem, zwischen Informationen und Erkenntnissen zu trennen. So ein Gespräch muss ja nicht wahr sein. Das kann man nicht einfach hergeben als Fakt.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Huth, können Sie sich an einen Fall erinnern, wo Sie mal die Polizei oder die Staatsanwaltschaften informiert haben?

Zeuge Dieter Huth: Ja. Wir haben den GBA in den 90er-Jahren in einer Sprengstoffgeschichte informiert. Mit dem BKA zusammen haben wir gearbeitet. Das BKA hat Sprengstoffdummies für uns gebaut, und wir haben diese versteckt. Das sind Operationen, die laufen, und die sind auch gelaufen.

Jens Petermann (DIE LINKE): War das erfolgreich am Ende?

Zeuge Dieter Huth: Das war erfolgreich. Es kam zu einer Gerichtsverhandlung.

Jens Petermann (DIE LINKE): Und zu einer Verurteilung?

Zeuge Dieter Huth: Allerdings war das Urteil für uns nicht so erfolgreich. Aber die entsprechende Person ist verurteilt worden.

Jens Petermann (DIE LINKE): Frau Pau fragt weiter.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich möchte mich da gleich anschließen, Herr Huth. Aus Quellenmeldungen des MAD aus den Jahren 97 bis 2000 wurde ja eines sehr deutlich: dass die Neonazis des „Thüringer Heimatschutzes“ einen sehr guten Zugang zu Waffen hatten, insbesondere im Raum Rudolstadt, dass es dort Wehrsportübungen gab, bei denen auch Panzerfäuste eingesetzt wurden, und dass eine sehr klar benannte Gang von Neonazis ganz offensichtlich auch keinerlei Geldsorgen zu dieser Zeit hatte, über auffällig viel Geld und auch Waffen verfügte.

Nun haben Sie gesagt, dass im Bereich der Operation „Rennsteig“ und des „Thüringer Heimatschutzes“ Sie eben nicht der Polizei oder den Staatsanwaltschaften - - dort Anzeige erstattet haben, um diese Kenntnisse dann auch einer entsprechenden Verfolgung zuzuführen.

Das Ergebnis dieses Unterlassens können wir dann im September dieses Jahres besichtigen, also 13 Jahre später. In einem Artikel der *Thüringer Allgemeinen* wurde uns zur Kenntnis gebracht, dass eben jene Gang von Neonazis mit den besten Kontakten zum Trio - ohne Geldsorgen, ohne Waffensorgen - nun im Jahr 2012 wegen eines Geldbotenüberfalls in Pößneck festgenommen wurde.

Herr Christeleit, wenn ich irgendwie zu weit gehe, müssen Sie ein Zeichen geben an dieser Stelle.

Sagen Sie, wenn man solche Kenntnisse hat: Würden Sie es aus heutiger Beurteilung auch noch für richtig halten, dass man Polizei und Staatsanwaltschaft damals nicht in Kenntnis gesetzt hat über diese Erkenntnisse?

Zeuge Dieter Huth: Zum damaligen Zeitpunkt hat keiner, keiner von uns auch nur eine geringste Ahnung oder ein geringstes Indiz gehabt, dass hier irgendwo eine Terrorgruppe am Werke ist. Für uns - -

Petra Pau (DIE LINKE): Das ist schon klar. Ich beziehe mich jetzt auf die in diesem Jahr wegen dieses damals vollzogenen Geldbotenüberfalls festgenommenen Leute. Also, man hat ja Aktivitäten sowohl zur Waffenbeschaffung, zum Waffeneinsatz - - aber eben auch, dass die tatsächlich im Geld offensichtlich schwammen - - das hat man ja alles wahrgenommen. Man wird sich ja darüber Gedanken gemacht haben, was die eigentlich vorhaben oder was die da treiben. Mir geht es jetzt nicht um die drei, sondern um den Rest des „Heimatschutzes“, den Sie da gerade beobachtet haben.

Zeuge Dieter Huth: Ich darf hier noch einmal betonen: Der MAD hat den „Heimatschutz“ nicht beobachtet. Wir als Militärischer Abschirmdienst haben uns um Soldaten gekümmert. Die Aufklärung von Organisationen ist nicht Aufgabe des Militärischen Abschirmdienstes.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, aber Sie haben doch Kenntnisse erlangt.

Zeuge Dieter Huth: Wir haben Randkenntnisse im Laufe der Zeit immer wieder - - irgendwelche Dinge erhalten. Aber dieses war für uns kein Schwerpunktthema, wirklich nicht. Entschuldigung, ich muss das hier einfach so sagen.

Petra Pau (DIE LINKE): Also, ich will es verstehen. Ich darf ja jetzt aus bestimmten Akten hier nicht zitieren. Deswegen habe ich das eben umschrieben, welche Erkenntnisse Ihnen aus Quellenmeldungen beispielhaft zugegangen sind. Da stellt sich für mich schon die Frage: Wenn ein Amt dieser Bun-

desrepublik Kenntnis von solchen unsere Demokratie, die Verfassung, aber auch Leib und Leben von Menschen bedrohenden Umtrieben hat - selbst wenn die Soldaten, die Sie im Moment gerade dort überprüfen, nicht persönlich involviert sind -, ob man das dann nicht zur Anzeige bringen muss. Das ist mein Problem, was mich beschwert, weil wir sollen jetzt Schlussfolgerungen ziehen, damit so etwas nie wieder passiert.

Zeuge Dieter Huth: Ich kann da nur das wiederholen, was ich Ihnen vorhin gesagt habe. Es tut mir leid, wenn ich Sie damit nicht zufriedenstellen kann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kommen zur nächsten Berliner Runde. Das Fragerecht hat jetzt - -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein! -
Petra Pau (DIE LINKE): Die Grünen! - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja, ja!)

- Entschuldigung! Ja, Herr Wieland, Herr Ströbele.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So sind Sie!)

- Nein. Das ist ein Versäumnis gewesen, sorry.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Letzten beißen die Hunde, oder wie?)

Das Fragerecht hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Herr Ströbele kriegt eine Minute extra.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Huth, ich habe ein Problem mit Ihnen. Sie haben geschildert, dass Sie seit 96 Gruppenleiter Beschaffung gewesen sind beim MAD, und dann haben Sie geschildert, dass der MAD sich auch bei der Operation „Rennsteig“ beteiligt habe, die unter Federführung vom Bundesamt für Verfassungsschutz nach Ihrer Meinung war. Die Operation „Rennsteig“ lief nach unserer Kenntnis ab 97 bis 2003. Dann haben Sie auf die Frage, ob Sie denn mal was von dem Trio gehört hätten, gesagt, nein, eigentlich nicht, jedenfalls keine Namen gehört, sondern - so habe ich mir das mitgeschrieben - da war mal ein Bericht, die würden jetzt Geld

brauchen, es würde irgendwie Geld zusammengetan für das Trio.

Jetzt habe ich in der *Süddeutschen Zeitung* gelesen, dass da sehr viel mehr vom MAD seinerzeit in Erfahrung gebracht worden ist. Ich nehme mal an, das haben Sie auch gelesen, von vorgestern, 06.11.

Zeuge Dieter Huth: Das habe ich nicht gelesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja.

Zeuge Dieter Huth: Aber ich gestehe zu - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann will ich Ihnen das mal vorhalten. Da steht was von einem Bericht von 27 Seiten, die der MAD seinerzeit an das Bundesamt für Verfassungsschutz weitergegeben haben soll, und in diesem Bericht käme auch das Trio vor - das, was Ihnen schon vorgehalten worden ist, das Trio aus Jena, das Bombenbauertrio.

Zeuge Dieter Huth: Das wird zutreffen, Herr Abgeordneter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja?

Zeuge Dieter Huth: Das wird zutreffen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt waren Sie der Leiter der Beschaffung, und Sie haben ja auch gesagt, mit der Operation „Rennsteig“ hatten Sie persönlich auch zu tun. An zwei, mindestens zwei Gesprächen, Besprechungen seien Sie beteiligt gewesen. Wissen Sie von dem Bericht was?

Zeuge Dieter Huth: Ich werde den gesehen haben, Herr Abgeordneter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Werden? Oder haben Sie ihn gesehen?

Zeuge Dieter Huth: Eigentlich habe ich alle Berichte gesehen, wenn ich nicht gerade im Urlaub war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dieter Huth: Aber dann wurden die wichtigen nachträglich vorgelegt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und das war ja ein - sagen wir mal - relativ wichtiger Bericht, weil Sie haben ja vorhin gesagt, dieser „Thüringer Heimatschutz“, der so quasi aus dem Nichts aufgetaucht ist, schien Ihnen doch äußerst - sagen wir mal - bemühungsbedürftig zu sein oder bearbeitungsbedürftig zu sein.

Zeuge Dieter Huth: Aus unserer Sicht die Soldaten zu erkennen und gegen diese vorzugehen, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt soll in diesem Bericht ja nichts über Soldaten drinstehen - ich kenne ihn ja nicht; aber jedenfalls was über den Bericht in der Zeitung steht -, sondern über das Trio, um das es hier geht, und über den „Thüringer Heimatschutz“, was der für Probleme hatte seinerzeit.

Zeuge Dieter Huth: Wir haben ja schon festgestellt, dass der MAD dreimal im Laufe von drei Jahren eine Information zu diesem Trio hatte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und? Was hat er denn für eine Information gehabt?

Zeuge Dieter Huth: Das haben wir vorhin ja schon hier auf dem Tisch gehabt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Dieter Huth: Die Informationen sind dann jeweils an den Verfassungsschutz geleitet worden. Aber das waren keine Schwerpunktthemen für den MAD.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ich frage ja jetzt nicht nach Schwerpunktthemen, sondern: Was wussten Sie denn, Sie persönlich, über das Trio? Kamen da wirklich keine Namen vor, also zum Beispiel Uwe, doppelter Uwe?

Zeuge Dieter Huth: Herr Abgeordneter, ich kann mich daran wirklich nicht erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach nein?

Zeuge Dieter Huth: Nein, weil das - ich sage es noch mal - für mich auch als Beschaffungsleiter damals oder als Abteilungsleiter kein Schwerpunkt war, wirklich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber der „Thüringer Heimatschutz“ doch.

Zeuge Dieter Huth: Der „Thüringische Heimatschutz“ befasste sich aber mit dem THS, und dieses Trio, über das wir reden, war ja - ich sage es mal vorsichtig - für uns nicht auf unserem Schirm. Das war weder eine Zuständigkeit. Da liefen zwar augenscheinlich Anfragen: „Weiß dort jemand was?“, und wir haben aufgepasst. Wenn irgendetwas kam, haben wir das den zuständigen Behörden gegeben. Aber wir waren ja nicht in irgendwelche Ermittlungen oder sonst was von der Polizei eingebunden oder ermittlungsführende Behörde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Herr Huth, Sie wussten doch, dass die 98 untergetaucht waren und dass es sich um Bombenbastler handelt und dass die gesucht wurden von Ihren Kollegen vom Bundesamt für Verfassungsschutz und von den Thüringer Behörden, Polizei und Verfassungsschutz. Nun bekommen Sie über drei Gesuchte, die untergetaucht sind, Informationen. Waren Sie nicht alarmiert, haben gesagt: „Jetzt werden wir mal den Kollegen helfen“?

Zeuge Dieter Huth: Wir haben diese Informationen sicher am nächsten Tag überstellt, so schnell wie möglich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und? Haben Sie auch die nötige Dringlichkeit und den Hinweis: „Guckt mal hier. Hier könnt ihr drei rechtsextremistische Bombenbastler möglicherweise festnehmen, oder jedenfalls gibt es da einen Kontakt hin - -

Zeuge Dieter Huth: Ich denke schon, dass diese besonders behandelt wurden,

diese Informationen, weil sie für die anderen von hohem Wert waren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie da nicht mal nachgefragt, ob die sich darum gekümmert haben oder ob die bei Ihnen - also Ihnen jetzt: Militärischer Abschirmdienst - nachgefragt haben: „Sagt mal, woher wisst ihr das? Könnt ihr uns den Zugang geben oder sagen, wie wir da rankommen? Ihr habt ja offenbar da Informationen“?

Zeuge Dieter Huth: Für den Verfassungsschutz war ja eindeutig erkennbar, wer der Informationsgeber war. Entweder hatte er den Befragungsbericht der VP mit Klarnamen - - Da standen auch andere Personen drin im Zuständigkeitsbereich des Verfassungsschutzes, die er hätte auch fragen können. Wenn es ein Quellenbericht von uns war - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es war ja offensichtlich von Ihnen jemand. Sie hatten die Information.

Zeuge Dieter Huth: Ja, aber diese Information war nicht in unserer Zuständigkeit. Für diese Information bestand die Zuständigkeit des Verfassungsschutzes.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Immerhin haben Sie sie für so wichtig gehalten, dass Sie das aufgeschrieben haben und außerdem noch einen Vermerk, einen Bericht von 27 Seiten geschrieben haben, den Sie dann im Oktober - wenn das stimmt; hier steht: im Oktober 2000 - weitergegeben haben.

Zeuge Dieter Huth: Ich weiß nicht, um welch einen Bericht es sich dort handelt. Aber es gab durchaus Befragungsberichte, die Umfänge von 20 und mehr Seiten hatten, oder Treffberichte mit Quellen, die auch sehr umfangreich waren. Also, dass dies ein Teil eines Berichtes war, der Bericht sich aber dann mit ganz anderen Dingen befasst hat, viel umfanglicher, das wird so sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie sagen immer noch, das Trio sagt Ihnen gar nichts? Sie haben auch die Namen nie gehört?

Zeuge Dieter Huth: Ich habe wirklich bis zum - - Ja, das tut mir leid. Mein Erinnerungsvermögen lässt mich da im Stich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin ja auch schon alt.

Zeuge Dieter Huth: Ich habe mich mit vielen Hunderten und Tausenden dieser Fälle befasst in dieser Zeit.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es gab nur ein Mordtrio mit zehn Mordtaten.

Zeuge Dieter Huth: Damals hieß das nicht „Mordtrio“, Herr Abgeordneter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das nicht. Bombenbauer - ist auch schon was.

Zeuge Dieter Huth: Im Rechtsextremismus hatten wir viele - in Anführungszeichen - Gespräche über angebliche Bombenbauer, denen wir nachgegangen sind oder die Verfassungsschutzbehörde. Es wurde viel geredet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. - Sie können ja nicht jedem Bombenbauertrio nachgehen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele, achten Sie auf die Zeit bitte.

Zeuge Dieter Huth: Nein, nein. Wir als Militärischer Abschirmdienst haben jede Sache ernst genommen und haben versucht, das dann zu lösen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Dieter Huth: Aber hier waren ja andere Behörden dran. Die haben die Ermittlungen geführt. Wir haben Teile, Fragmente irgendwo erwischt und haben das sofort weitergegeben, damit die vernünftig damit umgehen können und weitermachen können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie auch mitgeteilt, dass sie nach Chemnitz gegangen sein sollen?

Zeuge Dieter Huth: Weiß ich nicht, ob wir das mitgeteilt haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass in Chemnitz damals drei Banküberfälle schon passiert waren?

Zeuge Dieter Huth: Ich kann mich nicht erinnern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Wir sind am Ende der zweiten Berliner Runde. Ich würde jetzt die dritte einleiten. - Die Unionsfraktion hat keinen Fragebedarf. Wenn ich darf, würde ich dann an der Stelle was fragen.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja!)

Herr Huth, ich will Sie noch mal hinweisen auf das Schreiben, das Sie selber an drei Landesämter für Verfassungsschutz, nämlich Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt, und an das Bundesamt übermittelt haben - trägt Ihren Namen -, vom 27. Juni 1995. Da übermitteln Sie ja Befragungsberichte von sechs Bundeswehrangehörigen, unter anderem des Bundeswehrangehörigen, des damaligen Wehrdienstleistenden Uwe Mundlos. Können Sie sich erinnern, diese Berichte damals - also jetzt nicht vor kurzer Zeit, sondern damals - gelesen zu haben?

Zeuge Dieter Huth: Ich habe damals alle Berichte gelesen als Leiter Auswertung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie sich daran erinnern, dass Sie diese Berichte - - Sie wissen ja, was ich meine. Es ist Ihnen ja wahrscheinlich vom MAD zur Vorbereitung gezeigt worden, oder?

Zeuge Dieter Huth: Diese Berichte habe ich nicht gesehen. Die gab es ja im MAD nicht mehr. Die Akten sind ja alle vernichtet. Das sind ja Rückläufer der Verfassungsschutzbehörden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat man Ihnen im Militärischen Abschirmdienst - - Ja, das lag aber damals schon vor, die Unterlagen. Die liegen ja schon seit Monaten wieder im MAD vor.

Zeuge Dieter Huth: Ich habe diese Unterlagen nicht gesehen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Wenn Sie möchten, kann ich Ihnen gerne eine Kopie zukommen lassen. Ansonsten würde ich den Vorhalt so machen. Also, möchten Sie davon ein Exemplar zur Ansicht haben?

Zeuge Dieter Huth: Ja, wenn Sie mir sagen, worum es geht, Herr Abgeordneter.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es geht um Folgendes: Zum einen heißt es, Sie haben damals die Berichte auszugsweise - das steht so auf Seite 2* - übermittelt. Das heißt, wir wissen nicht, ob sie vollständig sind. Ich will mich hier beziehen auf das Ende des Berichtsabschnitts, der sich auf Herrn Mundlos bezieht. Ich zitiere. Das ist Seite 3 - MAT A BfV-4/2, Blatt 5 ff -; da heißt es, unten stehend:

Zu diesem Zeitpunkt wurde MUNDLOS, Uwe ... gefragt, ob er sich vorstellen könne, ihm bekanntgewordene Termine für Anschläge auf Asylantenheime der Polizei oder den Verfassungsschutzbehörden zu melden.

Diese Frage wurde durch MUNDLOS, Uwe ... verneint.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Was mich wundert, ist: In dem ganzen Text vorher, der sich auf die Befragung von Herrn Mundlos bezieht, ist überhaupt nicht die Rede davon, dass Herr Mundlos irgendwas beitragen könnte, was Hinweise auf geplante Anschläge auf Asylbewerberheime betrifft. War das die Standardfrage damals, gezielt nach Angriffen auf Asylbewerberheime zu fragen?

Zeuge Dieter Huth: Das war die Frage, die sich die damaligen Befrager als Einstieg in diese Sache ausgedacht haben. Es war nicht festgelegt, wie oder was zu fragen ist. Es war nur festgelegt in der Ausbildung, die Frage zu stellen, um zu testen, wie fest jemand in der Szene verwurzelt ist oder nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, nein. Das meine ich ja gar nicht, Herr Huth. Die anderen Soldaten sind nicht gefragt worden, ob sie Hinweise geben könnten auf geplante Anschläge auf Asylbewerberheime. Warum hat man Mundlos nicht gefragt: Können Sie Hinweise geben auf Treffen des „Thüringer Heimatschutzes“ oder der „Anti-Antifa“ aus Thüringen damals noch? Warum hat man ihn gefragt: „Können Sie sich vorstellen, Ihnen bekannt gewordene Termine für Anschläge auf Asylantenheime“ - wie es da wörtlich heißt - „der Polizei oder den Verfassungsschutzbehörden zu melden?“ Von Asylantenheimen ist in der ganzen Befragung nicht die Rede.

Zeuge Dieter Huth: Man war aber, glaube ich, aus der Befragung von vorher so sicher, dass es hier um einen Rechtsextremisten geht, dass man ihn zum THS gar nicht befragen wollte. Hier war zu testen: „Welche Schwelle würde er denn noch mitgehen als Rechtsextremist, auch die Schwelle zur Gewalt?“, und deshalb vermutlich diese Frage zu Asylantenheimen und solchen Straftaten. Wenn er sagt: „Selbst das würde ich nicht melden“, dann weiß man eigentlich sehr deutlich, in welche Richtung das tendiert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Huth, ich habe ungefähr 20 Vernehmungsprotokolle des MAD gelesen im Zusammenhang mit der Operation „Rennsteig“. Es ist nie ein rechtsextremistischer Wehrdienstleistender gefragt worden, ob er Hinweise geben könnte eventuell - oder die mitzuteilen bereit wäre - auf Asylantenheime.

Ich sage Ihnen, warum ich diese Frage stelle. Das Bundeskriminalamt - das ist MAT A GBA-4/26, Blatt 7 ff. - hat jetzt - nach dem Auffliegen der Zwickauer Terrorzelle war das - am 13.12.2011 einen Angehörigen, den ich jetzt hier aus Personenschutzgründen nicht namentlich benennen will, des THS befragt. Der hat sich gemeldet, hat mitgeteilt, er hätte Kontakt gehabt zum MAD und zum Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz. Dazu komme ich gleich, warum MAD und Landesamt Thüringen diese Person gemeinsam befragt haben, wo sie doch so getrennte Aufgabenbereiche hatten.

In dieser BKA-Befragung sagt diese Person - das ist Blatt 10 des Befragungsprotokolls -:

* Gemeint ist die Seite 2 des Schreibens.

Was können Sie zu möglichen Vorbereitungsmaßnahmen des MUNDLOS zu Anschlägen auf Asylbewerberheime sagen?

Dann sagt dieser Bekannte von Mundlos in der Befragung des BKA Ende 2011 - Zitat -:

Ich weiß nicht mehr genau, wann das war. Das war das Asylantenheim „Auf dem Forst“. Das war auf jeden Fall vor 1996. Der MUNDLOS hatte einen Fotoapparat dabei und hat Fotos gemacht. Den Fotoapparat hat der MUNDLOS dann auch wieder mitgenommen. Was aus den Aufnahmen geworden ist, kann ich nicht sagen. Wir sind damals mit dem gelben PKW Wartburg von MUNDLOS hochgefahren. Es wurde darüber gesprochen, die Wachabläufe auszuspionieren. Es kam dann aber nicht dazu. Aus welchen Gründen, weiß ich nicht. Ob BÖHNHARDT dabei war, weiß ich nicht mehr. Die ZSCHÄPE war nicht dabei. Wer noch dabei war, kann ich nicht sagen. Das Asylantenheim wurde damals nur ausspioniert. Es wurde nicht gesagt, dass es zu einem Anschlag kommen soll.

Komische Koinzidenz, oder?

Zeuge Dieter Huth: Das kann ein Zufall sein. Ich weiß nicht, ob diese Information uns damals bei der Befragung vorlag. Ich gehe eher nicht davon aus.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Halten Sie es für denkbar, dass man bestimmte wichtige Inhalte nicht in einem Protokoll eines Gespräches mit einem rechtsextremen Wehrdienstleistenden erfasst?

Zeuge Dieter Huth: Entschuldigung, das habe ich jetzt akustisch - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Halten Sie es für denkbar, dass Herr Mundlos in einer Befragung durch den MAD 1995 von solchen Überlegungen berichtet hat, ohne dass es im Protokoll auftaucht?

Zeuge Dieter Huth: Nein, das ist undenkbar.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist undenkbar.

Zeuge Dieter Huth: Wenn er diese Überlegung geäußert hätte, wären die in dem Befragungsbericht gewesen. Befragungsberichte waren immer umfänglich und vollständig. Da wurde nichts ausgelassen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, was heißt es denn dann, wenn Sie am 27.06.1995 schreiben: „Die Ergebnisse der Befragungen ...“ - auszugsweise - „entnehmen Sie bitte den Anlagen“?

Zeuge Dieter Huth: Wenn beispielsweise Herr Mundlos über seine Schwester Elisabeth erzählt hat, die gerade das dritte Kind bekommt und in schwierigen Problemen mit ihrem Freund lebt, dann wurde das natürlich in den Befragungsbericht geschrieben. Aber aus Datenschutzgründen wurde es dann in die Übermittlung nicht aufgenommen, weil es nicht übermittelt werden durfte. Es durften nur Sachverhalte übermittelt werden, die im Extremismusbezug waren. Deswegen sind Befragungsberichte immer auszugsweise gemacht worden. Es waren häufig Informationen dort drin, die persönlicher Natur waren und die für den Verfassungsschutz weder brauchbar waren noch hätten wir sie übermitteln dürfen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Huth, widersprechen Sie mir bitte, wenn ich das falsch in Erinnerung habe. Ich kann mich bei über 20 Befragungen von Rekruten, die unter Rechtsextremismusverdacht standen in den 90er-Jahren während der Operation „Rennsteig“, von den Protokollen, die wir in Berlin-Treptow als Ausschuss einsehen konnten, an keinen einzigen Fall erinnern, wo ein solcher Rechtsextremist gefragt worden ist, ob er Hinweise geben könnte - oder bereit wäre zu geben - auf geplante Anschläge auf Asylbewerberheime. Die pauschale Frage ist meiner Erinnerung nach gewesen: Wären Sie bereit, über die Szene, in der Sie sich bewegen, zu berichten? - Herrn Mundlos fragt man nach geplanten Anschlägen auf Asylbewerberheime, und wir lernen aus einer Zeugenbefragung aus Ende 2011, dass ein Zeuge sagt: Vor 1996 hat Mundlos ein Asylbewerberheim ausgespäht. - Wenn er sozusagen auf die Idee nicht durch den MAD gebracht worden wäre, wovon ich mal nicht ausgehe, sondern das Wissen des MAD gewesen wäre, schließen Sie aus, dass das Gegenstand des Protokolls hätte sein können?

Zeuge Dieter Huth: Dann wäre das Gegenstand des Protokolls gewesen, wenn wir das gewusst hätten und er das berichtet hätte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Diese Person, aus deren Aussage ich gerade zitiere, wird kurz nach dieser Frage mit folgender Frage konfrontiert:

Sind Sie mal vom MAD zum Verbleib der Drei gefragt worden?

Daraufhin sagt er in seiner Aussage gegenüber dem BKA Ende 2011:

Ja. Während meines Grundwehrdienstes 2000 ...

Da liefen ja schon die Haftbefehle noch. Ich meine, wie viele mit internationalen Haftbefehlen gesuchte Mitglieder des THS hatten Sie damals eigentlich auf dem Schirm, Herr Huth? Gab es da noch mehr als die drei? Jedenfalls sagte der Zeuge in seiner Befragung:

Ja. Während meines Grundwehrdienstes 2000 bin ich vom MAD dazu befragt worden. Ich habe damals schon gesagt, dass der KAPKE und der WOHLLEBEN da bestimmt mehr zu wissen. Vom Verfassungsschutz kam auch jemand, dem habe ich das aber auch so gesagt.

Dann stellen wir fest aufgrund eines Schreibens des Verfassungsschutzes an das BKA vom 19.12.2011 - das ist MAT A GBA-4/26, Blatt 37 -, und zwar bezogen auf das Jahr 2000 und bezogen auf die Person, aus der ich gerade zitiert habe, von der BKA-Aussage:

Da die MAD-Befragung die Möglichkeit einer weiteren Zusammenarbeit des ... mit dem TLfV auswies, kam es in der Folge zu einem gemeinsamen Treff des ... mit einem Angehörigen des TLfV sowie des MAD.

Hat es mit Blick auf die rechtsextreme Szene in Thüringen mal gemeinsame Befragungen von MAD und Landesamt für Verfassungsschutz gegeben, und wie verträgt sich das mit Ihrer Aussage, dass Sie ja nur den Bundeswehrebereich auf dem Schirm gehabt hätten, ansonsten Informationen weitergeben?

Zeuge Dieter Huth: Wenn der Verfassungsschutz - wie in diesem Fall - aufgrund eines Berichtes der Auffassung war, nach der Bundeswehrdienstzeit könnte er den Versuch unternehmen, diese Person als Quelle zu werben, und den MAD gebeten hat, ein Gespräch zu vermitteln zu Ende der Wehrdienstzeit, dann konnte das passieren, dass der Verfassungsschutz Gelegenheit bekommen hat, mit dem Mann zu sprechen, um zu testen, ob er eventuell sich nach der Bundeswehrzeit als Quelle mit dem Verfassungsschutz einlassen könnte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir werden das Thema Thüringen noch später aufgreifen. Nur ist jetzt folgende Frage: Das war ja im Jahr 2000 dann. Da lief die Operation „Rennsteig“. Dieser Bekannte von Herrn Mundlos, der die anderen beiden späteren Terroristen auch kannte, bewegte sich im Bereich des THS. Und just zu der Befragung, die ja nicht nur der Zeuge behauptet, der da vom BKA befragt worden ist, sondern die das Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen bestätigt jetzt neuerdings, genau dazu gibt es beim MAD keine Unterlagen mehr.

Da schreibt ein Kapitän zur See - da ist der Name geschwärzt; ich weiß gar nicht, wer das sein könnte; also, Leiter Abteilung Extremismus-/Terrorismusabwehr; ich vermute, der wird hier nachher noch kommen als Zeuge - in einem Brief an das Bundeskriminalamt, BAO „Trio“, Mitte Dezember 2011 - das ist MAT A GBA-4/26, Blatt 38 -:

... zu einer eventuellen operativen Bearbeitung des ... durch den MAD ist hier aus Datenschutzgründen kein Aktenrückhalt mehr vorhanden.

Jetzt haben wir aber in Treptow ungefähr 20 MAD-Akten aus derselben Zeit gehabt. Wieso ist denn da jetzt plötzlich dieser Vorgang nicht mehr vorhanden?

Zeuge Dieter Huth: Die Speicherfristen - habe ich ja vorher erläutert - binden den MAD, nach einem Zeitraum des letzten Ereignisses Akten zu vernichten. Wenn der MAD den Verdacht des Extremismus ausräumt bei einer Person, hat er die Akte sofort zu vernichten. Das ist die Realität.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Nun hatten wir allerdings Akten, die aus derselben Zeit datiert ja vorliegen. Die sind ja nicht vernichtet worden.

Zeuge Dieter Huth: Das sind dann Quellenakten gewesen im Normalfall, oder es waren eben so späte Informationen da und Erkenntnisse, dass diese Speicherfrist mit zehn Jahren nicht überschritten wurde.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, nein, das war keineswegs so. Ich kann Ihnen nur da mal empfehlen, von Ihrer früheren Behörde sich mal Einblick gewähren zu lassen in die Unterlagen. Da waren nicht nur sozusagen Protokolle von Menschen, die später als Informant gewonnen worden sind durch den MAD, enthalten, sondern auch erfolglose Anwerbeversuche. Ich wundere mich nur, warum sozusagen der Bestand, der noch vorhanden ist, offenkundig sehr selektiv noch vorhanden ist.

Ich würde Ihnen gerne mal den Namen der Person zeigen - also hier nicht nennen aus Personenschutzgründen; aber ich würde ihn Ihnen gerne zeigen lassen - und Sie bitten, mir mitzuteilen, ob Sie sich an diesen Herrn erinnern, ob Sie den Namen schon mal gesehen haben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Ich habe den da gelb gemarkert. Sagt Ihnen der Name etwas?

Zeuge Dieter Huth: Nein. Das tut mir leid.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann habe ich noch eine letzte Frage, und das noch mal zu Herrn Mundlos und seiner Wehrdienstzeit. Können Sie eigentlich ausschließen, dass der Erstkontakt des MAD zu Herrn Mundlos nicht erst 1995 war, sondern früher?

Zeuge Dieter Huth: Aufgrund des Befragungsberichtes kann es keinen vorherigen Kontakt gegeben haben, weil das war uns gar nicht möglich, vorher Kontakte zu Personen dieser Art aufzubauen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Warum nicht?

Zeuge Dieter Huth: Ich hatte das schon einmal dargestellt, dass wir in diesem Zeitraum durch Umgruppierung und Auflösung der MAD-Gruppen einfach Land unter hatten. Deswegen sind ja auch Laufzeiten zustande gekommen, die vorher hier besprochen wur-

den, zu denen ich gesagt habe: Die waren zu lang, aber damals unabweisbar. Es ging eben nicht anders.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Sie würden sagen, dass im Jahre 1994 der MAD quasi gar nicht arbeitsfähig war, oder wie?

Zeuge Dieter Huth: Wir haben damals Schwerpunkte gebildet, uns um Zeitsoldaten und Dienstgrade im Wesentlichen gekümmert und die Wehrpflichtigen, soweit es möglich war, bearbeitet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Huth, es ist einfach nur erstaunlich. Herr Mundlos war vom 13.08. bis 15.08.94 im polizeilichen Gewahrsam wegen Besitzes von Propagandamaterialien. Unter anderem hat er mehrere Visitenkarten gehabt mit seinem Namen, seiner Anschrift, seiner Telefonnummer und dem Bild von Adolf Hitler; ist dazu später auch deswegen verurteilt worden. Wenige Tage später - Frau Högl hat es dargestellt -, 23.08.94, Meldung an den MAD, Anlass für die operative Überarbeitung. - Und dann passiert nichts.

Zeuge Dieter Huth: Dann passiert die Anfrage bei den Behörden: Was sind für Informationen da? Die werden dann zusammengesammelt, und dann, wenn alles zurückgelaufen ist, geht man hin und befragt die Person.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie eine Erklärung dafür, dass am 23.08.94 die Bundeswehr, und zwar der Standort, an dem Herr Mundlos Dienst getan hat, den MAD informiert: „Hier haben wir extremen Verdacht auf einen Neonazi“ - am 23.08.94 -, die Befragung erst im März 95 stattfindet, aber zwischendurch, nämlich im September 94, Herr Mundlos zum Gefreiten befördert wird?

Zeuge Dieter Huth: Das war damals kein Grund, eine Beförderung zu versagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Antidemokratische Betätigung von Wehrpflichtigen war kein Grund, eine Beförderung zu versagen?

Zeuge Dieter Huth: Es war kein Grund.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das galt ja offenkundig auch für das Ende seiner Dienstzeit; denn er ist am 31.03.95 ausgeschieden aus dem Grundwehrdienst und wurde einen Tag später noch zum Obergefreiten befördert.

Zeuge Dieter Huth: Der Erlass zum Handling dieser Extremisten datiert aus 1999. Vorher gab es derartige Erlasse des Verteidigungsministeriums nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: BMVg schreibt selber: Das war rechtsfehlerhaft.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja, Staatssekretär Wolf!)

- Staatssekretär Wolf. - Frau Högl kann das vielleicht kurz zitieren.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich kann das vielleicht ganz kurz daraus zitieren. Wir haben ein Schreiben vom Staatssekretär Wolf aus dem Bundesministerium der Verteidigung. Das ist MAT A BMVg-6/1 vom 24. September 2012. Ich hatte danach gefragt - oder wir hatten danach gefragt; genau -, und da schreibt er:

Nach der damals geltenden Vorschriftenlage war damit ein Beförderungshindernis gegeben und Uwe Mundlos hätte nicht befördert werden dürfen.

Grund war das Strafverfahren. Es war nämlich wegen dieses Vorwurfs ein Strafverfahren eröffnet worden. Das hat Herr Wolf hier bestätigt, dass das ein Beförderungshindernis gewesen sei.

Zeuge Dieter Huth: Das ist natürlich richtig, das Strafverfahren, aber nicht der Umstand - in Anführungszeichen - des möglichen Extremismus. Das sind zwei verschiedene Dinge.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, aber ich meine, wenn Sie Kenntnis davon erlangen, dass auch noch im Rahmen eines Strafverfahrens ein Bundeswehrangehöriger wegen rechtsextremistischer Umtriebe einschlägig bestraft worden ist: Das war dann immer noch kein Grund für eine Befragung, oder wie?

Zeuge Dieter Huth: Wir haben ihn ja befragt, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Angeblich aber erst sehr spät.

Zeuge Dieter Huth: Ja, ich habe es -- Noch mal erklärt: Zum 01.10.94 waren die MAD-Gruppen aufgelöst, und das MAD-Amt hat die neue Abteilung II in Betrieb genommen. Die damalige Idee des Präsidenten war, alle operative Arbeit durch die Abteilung II machen zu lassen. Ich bin dann ein halbes Jahr später mit meinem damaligen Abteilungsleiter zum Präsidenten gegangen und habe ihn gebeten, dass wir die MAD-Stellen wieder einschalten können, zu Befragungen auch, weil wir das nicht geschafft haben. Wir haben das wirklich -- Diese Organisationsumformung hat uns sehr große Schwierigkeiten für einen Zeitraum gemacht. Das ist eben bei bestimmten Organisationsänderungen so. Wir haben dem möglichst zügig abgeholfen. Aber wir haben einige Zeit wirklich sehr schwer zu kämpfen gehabt, mit der Arbeit überhaupt weiterzukommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Würden Sie behaupten wollen, dass man der Tatsache, dass wir kein Befragungsprotokoll von Mundlos aus dem Jahre 1994 gefunden haben -- dass man daraus schließen kann: „Es gab keine Befragung“?

Zeuge Dieter Huth: 94 gab es keine Befragung; sonst wäre sie in der Akte gewesen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Woher wissen Sie das denn?

Zeuge Dieter Huth: Bitte?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Woher wissen Sie das denn? Sie wissen ja nicht mal, dass es 2000 eine Befragung gegeben hat, an die sich das Landesamt Thüringen für Verfassungsschutz sehr wohl erinnern kann, was aber laut dem Kapitän zur See, Abteilungsleiter aus dem MAD, in den Beständen des MAD nicht mehr vorhanden ist. Das ist doch jetzt eine Mutmaßung. Oder können Sie das unter Beachtung Ihrer Wahrheitspflicht hier definitiv ausschließen? Können Sie ausschließen, dass es 1994 bereits einen Kontakt gegeben hat zwischen dem MAD und Herrn Mundlos? Und wenn ja, auf welcher Grundlage?

Zeuge Dieter Huth: Also, es wäre völlig unnormal gewesen, wenn vor der Befragung ein Kontakt zu Herrn Mundlos in irgendeiner Form zustande gekommen wäre.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich sage ja, es hätte ja eine Befragung durchaus stattgefunden haben können. Die Tatsache, dass das Protokoll nicht vorhanden ist - - Die Befragung des Herrn, der Ende 2011 vom BKA verhört worden ist oder der im Protokoll - - seine Auskunft zu Protokoll gegeben hat, der ist ja auch gehört worden, und es gibt keine Akten mehr darüber. Das war sechs Jahre später.

Zeuge Dieter Huth: Gut. Die Akten waren dann vernichtet. Aber bei Mundlos hätte dann in der zweiten Befragung gestanden: wurde dann und dann erneut befragt. - Also, ich muss das ausschließen. Der ist nicht vorher irgendwo vom MAD mal angelaufen worden oder befragt worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie eine Erinnerung daran, wer damals die Befragung durchgeführt hat?

Zeuge Dieter Huth: Herr Vorsitzender, wirklich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie nachvollziehen, warum der MAD bis heute nicht in der Lage ist, uns mitzuteilen, wer das war?

Zeuge Dieter Huth: Ja, das kann ich nachvollziehen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Warum?

Zeuge Dieter Huth: Weil, wie gesagt, wir haben damals dann versucht, die MAD-Stellen wieder einzubeziehen, und es ist durchaus möglich, dass hier ein Auftrag an die MAD-Stelle gegangen ist, die damals noch existierte - in Leipzig oder wo auch immer -, und dass dort die Befragung gemacht wurde. Das ist also - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das mag ja sein, Herr Huth. Aber ich meine, sind denn diese Befragungen quasi anonym verfasst worden?

Zeuge Dieter Huth: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aha.

Zeuge Dieter Huth: Aber an den Verfassungsschutz wurde ja das erste Blatt nicht übermittelt. Und wenn der MAD die Akte vernichtet hat, dann wussten wir auch nicht mehr und konnten nicht mehr nachvollziehen: Wer hat den mal befragt? - Das ist nicht möglich. Solange wir eine Akte hatten, waren wir auskunftsfähig in jeder Hinsicht. Wenn die Akte vernichtet ist: keine Auskunft mehr möglich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber die Frage ist doch dann: Wenn Sie die Akten nicht mehr haben - - Die Personalakten über ihre eigenen Mitarbeiter müsste Ihre Behörde doch wohl haben. Ich hoffe doch mal, dass Sie Ihre angemessenen Ruhestandsleistungen beziehen. Das wird ja wahrscheinlich daran liegen, dass im MAD der Name „Oberst a. D. Huth“ irgendwo verzeichnet ist.

Zeuge Dieter Huth: Im BMVg; aber das ist egal.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Im BMVg, okay, also jedenfalls im Geschäftsbereich der Bundesregierung. - Meinen Sie nicht, dass es möglich sein müsste, anhand der Personalunterlagen nachzuvollziehen, wer in Betracht käme als MAD-Befragter an einem Bundeswehrstandort in Thüringen?

Zeuge Dieter Huth: Nach diesem Zeitraum würde ich das ausschließen, dass man das schafft.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, das sind jetzt 17 Jahre. Ich war vorher im Gorleben-Ausschuss. Da haben wir über ganz andere Zeiträume gesprochen.

Zeuge Dieter Huth: Ja, aber ich sage es noch mal: Wir haben weit über 1 000 Operationen pro Jahr bearbeitet. Wer dann wo befragt hat, wenn wir diese Akte nicht mehr als MAD-Akte existent haben - da hätte man es aufgrund der Kürzel noch nachvollziehen können oder es versuchen - - Aber so glaube ich nicht, dass man das schafft.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Das Fragerecht hätte jetzt - den

Rest; ist da noch was über? - die SPD-Fraktion, die aber keine Fragen hat. FDP-Fraktion? - Herr Kurth, bitte.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Schönen guten Tag! Ich habe zu den Befragungen bzw. zu den Befragten in den Kasernen ein paar strukturelle Fragen. Gibt es denn da bestimmte Automatismen oder Standards? Ein Rekrut wurde damals eingezogen. Haben Sie da regelmäßig von den Verfassungsschutzbehörden Infos bekommen, ob da sich Rechtsextremisten mit dabei befinden?

Zeuge Dieter Huth: Nein, überhaupt nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie haben also sich selber auf die Suche begeben?

Zeuge Dieter Huth: Nein, wir haben uns auch nicht auf die Suche begeben.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wieso haben Sie Leute befragt?

Zeuge Dieter Huth: Wenn Informationen durch den Verfassungsschutz, durch die Truppe oder durch Eigenarbeit aufkamen, dass ein Bundeswehrangehöriger im Verdacht steht, Extremist zu sein, dann sind wir tätig geworden. Im Vorfeld hat der Verfassungsschutz überhaupt nichts übermittelt. Das konnte er ja auch nicht. Wir waren auch da gar nicht zuständig für irgendwelche Dinge. Was im zivilen Bereich umging mit diesen Personen, das - - In dem Augenblick, wo jemand Soldat wurde und der Verfassungsschutz das gemerkt hat, dann hat er uns natürlich unterrichtet. Aber es wurden keine Regelanfragen gestellt zu Wehrpflichtigen oder sonstige Dinge. Das gibt es nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also anlassbezogen?

Zeuge Dieter Huth: Nur in dem Augenblick, wo wir eine Erstinformation hatten - die kann auch aus der Truppe gekommen sein -: Der hört so komische Musik. - Dann haben wir versucht, dieser Musik habhaft zu werden, haben festgestellt: Das ist Skin-Musik. Dann haben wir die Verfassungsschutzbehörden angefragt und die Polizeien: Sind dort Informationen zu der Person? - So lief das.

Wenn diese Rückläufe unserer Anfragen da waren, dann sind wir hingegangen und haben dieses Gespräch, diese Befragung der Person durchgeführt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Zu welchem Zweck haben Sie die Befragungen durchgeführt: zu wissen, ob das tatsächlich Menschen sind, die rechtsextremistisch oder linksextremistisch oder wie auch immer denken, um die zu kontrollieren, um die auf den rechten Weg wieder zurückzuführen, also auf den demokratischen Weg, oder um sie anzuwerben für weitere Informationen? Was war der Zweck?

Zeuge Dieter Huth: Als Erstes geht es hier tatsächlich um die Einsatzbereitschaft der Truppe. Wir müssen uns auf jeden Soldaten verlassen können, der mit uns in irgendwelchen Kampfgemeinschaften irgendwo seinen Mann stehen muss. Da kann es nicht sein, dass man Extremisten, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, in solche Situationen mitnimmt. Das ist der Grund, warum wir uns mit Extremisten in der Bundeswehr befassen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ein Verfassungsschutzpräsident hat angegeben, man habe durchaus die Namen gemeldet, damit sie auch dann bei den Bürgern in Uniform sozusagen wieder zu Bürgern werden - - auf den demokratischen Weg zurückzuführen ist. Ist so was glaubhaft?

Zeuge Dieter Huth: Es ist durchaus versucht worden, ab und zu zu sagen: Dieser hat noch eine Chance. Könnt ihr den nicht nehmen? - Aber das war für die Bundeswehr nachher nicht mehr möglich. Es ging einfach nicht, weil wir konnten nie garantieren - und das kann keiner -, dass dieser Mensch sich tatsächlich so entwickelt, wie die Prognose war. Also konnte die Bundeswehr dieses Risiko auch nicht eingehen und sagen: Wir nehmen den und gucken dann mal für die nächsten vier Jahre, ob das ein ordentlicher Mensch wird. - Also, wir sind da nicht Rehabilitationsinstitut.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein, das ist richtig. Aber wenn jetzt der Rekrut oder bzw. Wehrpflichtige seinen Wehrdienst beendet hat: Was haben Sie mit den Infor-

mationen gemacht, die Sie über den Kameraden haben?

Zeuge Dieter Huth: Wir haben nur den Befragungsbericht - - die Informationen, die die Person selber gegeben hat, die haben wir an den Verfassungsschutz überstellt, und das war unabhängig von dem Ende der Dienstzeit. Wenn er befragt wurde und es war so viel Substanz in diesem Bericht, dass es auf irgendwelche Gruppenzusammenhänge oder so was ging, dann haben wir das dem Verfassungsschutz überstellt, unbeschadet, wie lange der Mann noch Soldat ist oder ob er schon ausgeschieden war.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das ist dann also ein Automatismus gewesen?

Zeuge Dieter Huth: Immer mit der Prüfung: Ist da sachlich so viel drin, dass es den Verfassungsschutz hier interessiert und ihm eventuell helfen kann?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Welchen Verfassungsschutz meinen Sie dann?

Zeuge Dieter Huth: Immer die Länder, im Regelfall immer die Länder und bei übergeordneten Phänomenen auch das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Welche Länder? Wenn man jetzt davon ausgeht - - Also das Land, in dem sich die Kaserne befindet, das Land, wo der herkommt, oder - -

Zeuge Dieter Huth: Nein, das Land, in dem die Person wohnt oder in dem die Organisation angesiedelt ist. Wenn das Thüringen war, dann kriegte es Thüringen. Wenn das ein Schleswig-Holsteiner war, dann kriegte es Schleswig-Holstein, ein Hamburger - Hamburg; immer, wo die Organisation war, weil der Verfassungsschutzbereich, der dafür zuständig war, brauchte ja die Informationen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, wenn ein Hamburger beispielsweise in den Alpen eingesetzt worden ist, eingezogen worden ist - so rum -, dann haben Sie bei Erkenntnissen den Hamburger Verfassungsschutz informiert, aber nicht den bayerischen?

Zeuge Dieter Huth: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt hatten wir ja den Fall, dass ein Soldat durch den MAD befragt worden ist 1999 in Mellrichstadt in Bayern. Dieser Soldat, Jürgen H., hat angegeben, dass die Untergetauchten sehr gewaltbereit seien und noch etwas vorhaben. Aus heutiger Sicht hat er das recht gut beschrieben. Aus damaliger Sicht brauchte man natürlich Fantasie, um zu erkennen: Was könnte das sein? Aber aus heutiger Sicht ist es doch schon ganz gut beschrieben worden. Der MAD hatte diese Befragung durchgeführt und hat das Landesamt Thüringen informiert. Kurze Zeit oder vergleichsweise kurze Zeit später sind die ersten Morde passiert in Bayern. Das Bayerische Landesamt wurde allerdings nicht informiert über diese Befragung. Würde man aus heutiger Sicht sagen: „Das wäre eine Möglichkeit oder eine Notwendigkeit, das zu ändern bei Erkenntnissen über Soldaten“?

Zeuge Dieter Huth: Das ist sehr schwer zu beantworten. Man könnte so was machen und das weit streuen, aber letztlich säßen dann zig Behörden auf irgendwelchen Informationen, und keiner wüsste, was der andere hat. Es gehört fast das Zweite Gesicht dazu, das dann sachgerecht zu machen, Herr Abgeordneter.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): In Mellrichstadt befand sich ja auch - also, wo die Kaserne sich befand - der einzige Händler in Deutschland, der die Munition vertrieben hat, die bei den ersten vier Morden verwendet worden sind. Könnte man ja sagen, das ist auch schon wieder ein Zufall. Wie ist denn das eigentlich: Sind Sie auch bei so Munitionsstraftaten oder Ähnlichem aktiv geworden, oder wer hat das gemacht?

Zeuge Dieter Huth: Nur, wenn irgendwo erkennbar wurde oder Verdacht bestand, dass diese Verluste von Waffen oder Munition in irgendeinen Zusammenhang mit Extremismus gebracht werden können. Das war selten genug der Fall.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Noch mal zur Operation „Rennsteig“: also, soweit wir jetzt wissen, wohl 96 angelaufen, 97 der MAD dazugekommen. Jetzt tauchte hier schon mal folgende Frage auf: Wir reden ja

mittlerweile über die Operation „Rennsteig“, als ob die allgegenwärtig gewesen wäre. Dabei ist das relativ schwierig einzuordnen. Also, das Bundesamt spricht über die Operation „Rennsteig“, wie Sie es nannten; so der O-Ton des befragten Zeugen damals.

Wir haben ja mittlerweile uns auch angewöhnt, über die Operation zu sprechen, als wäre sie alltäglich. Allerdings - - und man geht davon aus, dass die Thüringer da sehr intensiv mit involviert waren. Sie haben das auch vorhin bestätigt; Thüringen war da sehr involviert.

Jetzt möchte ich Ihnen folgenden Vorhalt machen, der in einer anderen Befragung gemacht wurde: Die Thüringer Landesverfassungsschützer haben dort in der öffentlichen Sitzung angegeben, der V-Mann-Führer von Brandt, Herr Wießner, er sei mal in München gewesen, im März 1997, und danach habe er von der Operation „Rennsteig“ nichts mehr gehört. Dass es diese Operation und diesen Namen gab, daran hat er sich wieder im Sommer dieses Jahres erinnert, als die ersten Presseberichte auftauchten.

Herr Schrader, Referatsleiter rechts damals beim Verfassungsschutz, sagte, er hat erstmals von diesem Namen in diesem Sommer gehört, also Operation „Rennsteig“. Herr Nocken, der Vizepräsident, kann sich an München erinnern und ansonsten auch nicht mehr an so richtig viel. Es hat ihn nicht begleitet.

Herr Roewer, der Leiter des Verfassungsschutzamtes, wusste in seiner Befragung nicht mehr genau, ob er den Namen „Operation „Rennsteig““ aus den damaligen Akten oder ob er es erst in diesem Sommer zum ersten Mal gehört hat. Also, die Verfassungsschützer scheinen ganz offensichtlich mit dieser Operation nicht stark tangiert gewesen zu sein, also eigentlich, genauer gesagt, gar nicht, ganz, ganz wenig.

Herr Hegler vom Landesamt für Verfassungsschutz in Bayern hat hier ausgesagt, dass er dazu nicht sehr viel aussagen kann, zur Operation „Rennsteig“. Die Leute haben ansonsten in ihrer Befragung - - waren sie sehr ausgiebig, also haben wirklich sehr, sehr viel gesagt. Sie waren nicht sehr zurückhaltend. Aber bei der Operation „Rennsteig“ hatten sie ganz offensichtlich wenig Kenntnis.

Der Schäfer-Bericht, der am 14.05. dieses Jahres erstellt worden ist - - Sie wissen ja, Herr Schäfer hat unwahrscheinlich viele Leute in Thüringen gefragt, die Verfassungs-

schützer, Zielfahnder, Innenministerium, wen auch immer, den Briefverkehr durchgegangen, Meldungen durchgesehen. Im Schäfer-Bericht ist auf 273 Seiten nicht ein einziges Mal auch nur der Begriff „Rennsteig“ auftaucht. Wie erklären Sie sich das?

Zeuge Dieter Huth: Für uns war ja „Rennsteig“ der Titel, unter dem wir Erkenntnisse zum THS gemeldet haben. Die Operation wurde so genannt, damit wir einen einheitlichen Begriff haben. Ich kann nur vermuten, dass wir relativ schnell alle zusammen so viel Informationen gesammelt hatten, dass Thüringen gesagt hat: „Wir kennen diese Organisation und wissen sie einzuschätzen“, und dass es dann ruhiger geworden ist.

Anders müssten sich die Leute intensiver erinnern; denn es war eine intensive Arbeit. Es fanden ja über zwei, drei Jahre mehrere Besprechungen statt, wo man sich immer wieder ausgetauscht hat und auch gesagt hat: Wie weit sind wir? - Also, es ist mir nicht so ganz begreiflich, warum man sich an den Begriff „Rennsteig“ da nicht erinnert.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Was auszuschließen ist: dass die Leute in Thüringen sich abgesprochen haben, die Operation „Rennsteig“ möglicherweise möglichst wenig zu erwähnen, weil zum Teil die Damen oder die Herren seit dem Zeitpunkt ihres Ausscheidens, der nicht immer sehr konfliktarm gewesen ist, garantiert nicht miteinander gesprochen haben. Also, das ist das Verwunderliche daran.

Sie sagten jetzt, die Operation „Rennsteig“ wurde durchgeführt, um Daten zu sammeln, Akten zu sammeln, Erkenntnisse zu sammeln. Das war die Operation „Rennsteig“ aus Ihrer Sicht?

Zeuge Dieter Huth: Für uns war es, die Erkenntnisse, die in irgendeiner Form den „Thüringischen Heimatschutz“ betrafen, sofort an die richtige Stelle zu leiten, und zwar an beide Behörden, weil hier die Absprache war, das machen Bundesamt für Verfassungsschutz und Thüringen zusammen, weil das ein zu großes Päckchen war für Thüringen allein zu schultern. Deswegen haben BfV und Thüringen das zusammen gemacht, diese Operation.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das Seltsame ist dann aber, dass uns hier bereits

übermittelt wurde, es sei eine Anwerbeaktion gewesen. Die Operation „Rennsteig“ ist eine Anwerbeaktion und keine Datensammelaktion. Dass da auch Daten natürlich entstehen und Erkenntnisse entstehen, das ist ja klar. Aber das ist eine Anwerbeaktion.

Zeuge Dieter Huth: Also für mich war das Ziel die Aufklärung des „Thüringischen Heimatschutzes“. Dass dazu auch Quellen erforderlich sind, ist - ich sage es vorsichtig - logisch. Aber das war für mich keine Operation, nur Quellen einzusammeln.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Warum wurde denn die Operation „Rennsteig“ überhaupt gemacht? Wenn man sich die damaligen Zahlen anschaut - das ist heute auch ein bisschen komisch in Erinnerung. Aber damals war Thüringen nicht unbedingt Spitzenreiter bei rechtsextremistischer Gewalt oder in den Straftatkatalogen. Es gab diese Gewalt. Das ist auch gar nicht zu beschönigen oder Ähnliches. Aber es ist nicht sonderlich hervorstechend im bundesweiten Vergleich.

Zeuge Dieter Huth: Nein. Aber wirklich, der „Thüringische Heimatschutz“ war damals die größte junge Organisation, die entstanden war. Das war schon ein Phänomen, für diese Zeit. Das ist in anderen Ländern nicht passiert in diesem Umfang.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Haben Sie eigentlich eine Erklärung, warum der - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Darf ich auf die Zeit hinweisen?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, letzte Frage: Haben Sie eigentlich eine Erklärung dafür, warum der „Thüringer Heimatschutz“ dann sehr schnell wieder auseinandergebrochen ist? Was war denn dafür die Ursache?

Zeuge Dieter Huth: Das ist eigentlich üblich bei diesen - - Es ist sehr viel Euphorie dabei, und nachher lässt die Struktur nach, weil keine Organisation dahintersteht und die Leute die Lust verlieren. Es passiert nicht mehr genug, und dann ist Ende. Das ist ja für viele der Beteiligten - ich sage es mal vorsichtig - auch Füllen von Wochenenden und Feierabendgestaltung. Das haben wir auch

immer wieder in Befragungen erlebt. Die sind da mitgegangen, weil was los war, nicht unbedingt aus tiefer rechtsextremistischer Überzeugung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist das Ihre Bewertung, Herr Huth, für den „Thüringer Heimatschutz“?

Zeuge Dieter Huth: Ich habe gesagt, einige von diesen Mitgliedern haben das so gemacht, und das war auch in anderen Bereichen so. Die sind einfach mitgelaufen. Das ist das sogenannte Herdenvieh; das latscht mit.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Huth, das mag es ja durchaus geben. Aber wir haben in den Akten ja Hinweise gefunden, dass gerade wegen der besonderen Gewaltgeneigtheit dieser Organisation überhaupt erst die Operation „Rennsteig“ auf den Weg gebracht worden ist.

Zeuge Dieter Huth: Ja, der Kern war schon sehr hart.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht an die Linksfraktion. Frau Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Dann möchte ich gleich an diese Frage anschließen. Wenn der Kern sehr hart war und der „Thüringer Heimatschutz“ Ihnen so viel Kopferbrechen bereitet hat, können Sie dem Ausschuss sagen, wie Sie damals die „Wanderjugend Gibor“ - für diejenigen, die sich damit noch nicht befassen konnten: eine Vorfeldorganisation, auch eine Teilorganisation des „Thüringer Heimatschutzes“ - eingeschätzt haben?

Zeuge Dieter Huth: Dazu kann ich Ihnen keine Auskunft geben, weil ich jetzt mit diesem Begriff wirklich nichts anfangen kann.

Petra Pau (DIE LINKE): Weil Sie sich nicht mehr dran erinnern können, dass in dem Zusammenhang was - -

Zeuge Dieter Huth: Ich kann mich wirklich an diese Wandergruppe nicht erinnern.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Dann kommen wir zu einer anderen unappetit-

lichen Vereinigung. Können Sie sich noch erinnern und uns etwas sagen, wie Sie damals die Aktivitäten des Ku-Klux-Klan auf dem Gebiet der Bundesrepublik wahrgenommen haben und eingeschätzt haben?

Zeuge Dieter Huth: Wir haben wenige Verfassungsschutzkenntnisse gehabt, dass es angeblich solche Ausbreitungen gäbe in Deutschland. Wir sind von unserer Seite nie damit konfrontiert worden, was die Bundeswehr angeht. Das ist das Einzige, was ich dazu sagen kann.

Petra Pau (DIE LINKE): Sind Sie sich sicher, dass Sie niemals mit einem Soldaten konfrontiert wurden, der Mitglied des Ku-Klux-Klan gewesen ist?

Zeuge Dieter Huth: Also, ich kann mich an einen solchen Fall nicht erinnern.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. Ich verrate Ihnen gern, warum ich das jetzt frage. Aus den Medien, konkret aus dem *Spiegel*, haben wir erfahren, dass gegen Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt sowie 15 weitere Neonazis wegen einer Kreuzverbrennung in Ku-Klux-Klan-Manier im Juni 1996 ermittelt wurde, und Beate Zschäpe soll damals die Namen aller Beteiligten den Ermittlungsbehörden verraten haben. Wir finden das im *Spiegel* vom 20. August 2012 unter der Überschrift „Schlaflos in Karlsruhe“.

Es wird auch behauptet, dass unter den Teilnehmern ebendieser Kreuzverbrennung sich ein Rekrut oder Bundeswehrangehöriger - das war nicht so genau festzustellen - befunden haben soll. Deshalb frage ich jetzt nach.

Zeuge Dieter Huth: Ich kann Ihnen trotzdem keine andere Antwort geben, Frau Abgeordnete.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Dann komme ich noch mal zu den Fragen des Vorsitzenden zurück und unserem Gespräch vorhin. Sie haben ausgeschlossen - auch aufgrund der Tatsache, dass es keine Formulierung gab, dass dies eine erneute Befragung des Mundlos ist -, dass es eine Befragung von Mundlos durch den MAD vor der hier heute schon mehrfach zitierten gegeben hat.

Jetzt konstruiere ich den Fall, dass da, wer auch immer, einen Fehler gemacht hat. Was wäre, wenn es doch einen Kontakt des MAD mit Mundlos seit Eintritt in den Wehrdienst gegeben hat? Wo wäre ein solcher Bericht gespeichert worden - beispielsweise in „Veranda“? Wir sprachen ja vorhin schon über diese Datei.

Zeuge Dieter Huth: In „Veranda“ konnten Sie keine Berichte speichern.

Petra Pau (DIE LINKE): Oder die Tatsache, dass es ein Gespräch gegeben hat oder einen solchen Vorgang.

Zeuge Dieter Huth: Es hätte dort gespeichert werden können das Momentum, da hat eine Befragung stattgefunden.

Petra Pau (DIE LINKE): Können oder müssen?

Zeuge Dieter Huth: In der Regel wurden diese Arbeitstakte des MAD in „Veranda“ eingespeichert.

Petra Pau (DIE LINKE): Aha. - Dann habe ich in dem Zusammenhang nur eine Bitte an das Verteidigungsministerium - wir haben ja in Bezug jetzt auf Mundlos nur einen Auszug aus „Veranda“; dadurch bin ich vorhin bloß darauf gekommen; in einem anderen Fall haben wir den gesamten Vorgang -, was in „Veranda“ gespeichert ist, dass uns das in irgendeiner Weise noch zugänglich gemacht wird, sodass wir genau das, was wir eben gefragt haben, auch ausschließen können, dass es in anderer Angelegenheit gegebenenfalls Gespräche gegeben hat. - Weitere Fragen habe ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Für die Grünen fragt Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN): Herr Huth, im Anschluss an die Fragen, die ich Ihnen vorhin gestellt habe, habe ich noch zwei Nachfragen. Ist Ihnen - jetzt MAD gemeint -, also Ihrer Behörde oder Ihnen selber nach Ihrer Kenntnis bekannt geworden, dass der „Thüringer Heimatschutz“, den Sie ja als ein gefährliches Gebilde angesehen haben, mal erwogen hat, geplant hat, sich zu entlasten, darzustellen als nichtmilitante Organisation?

Zeuge Dieter Huth: Das war eigentlich bei sehr unter Beobachtung stehenden rechtsextremen Organisationen häufig zu betrachten, dass die, wenn sehr viel Wind ihnen entgegengebracht wurde, ruhiger wurden und versucht haben, bürgerlicher zu erscheinen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, jetzt ganz konkret auf den „Thüringer Heimatschutz“ bezogen.

Zeuge Dieter Huth: Nein. Also, ganz konkret kann ich nicht sagen, dass mir das jetzt - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da soll seinerzeit, 2000, nach dem Verbot von „Blood & Honour“, auch die Befürchtung da gewesen sein, dass die auch verboten werden könnten oder Ärger kriegen. Da sollen sie versucht haben, sich zu entlasten.

Zeuge Dieter Huth: Das war in verschiedenen Bereichen des Rechtsextremismus.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage jetzt nicht verschiedenen, sondern ich frage - - Sie können ja sagen: „Thüringer Heimatschutz“ - weiß ich nichts darüber.

Zeuge Dieter Huth: Also, das kann ich nicht beantworten, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht, -

Zeuge Dieter Huth: - was er konkret gemacht hat. Ich weiß nur, dass eine Tendenz da war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass die sich jetzt darstellen wollten durch eine bestimmte Art Kampagne nach außen als friedliche, nichtmilitante, gegen Militanz vielleicht sogar eingestellte Organisation?

Zeuge Dieter Huth: Erinnere ich nicht, Herr Abgeordneter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht, dass unser Trio

in diesem Zusammenhang eine Rolle gespielt haben soll?

Zeuge Dieter Huth: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Soll alles in diesem Bericht da stehen.

Zeuge Dieter Huth: Ich kann mich nur an die Dinge erinnern, die mir präsent sind, und dazu Auskunft geben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, komisch, dass Sie sich gerade im Zusammenhang mit dem Trio an nichts erinnern, obwohl offenbar Ihre Behörde seinerzeit doch relativ konkrete Erkenntnisse hatte, also Erkenntnisse - ob die dann stimmten, weiß man ja nicht.

Zeuge Dieter Huth: Herr Abgeordneter, das liegt jetzt zwischen 15 und 10 Jahre zurück. Ich habe sehr viel gelesen, sehr viel zu tun gehabt. Ich kann wirklich Ihnen nur ehrlich sagen: Ich erinnere mich daran nicht mehr, und ich bitte, mir das auch wirklich zu glauben. Ich will hier nichts verstecken.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder kann es sein, dass Sie das verdrängen, weil Ihnen das unangenehm ist?

Zeuge Dieter Huth: Nein, es gibt für mich da keinen Grund, das zu verdrängen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie wissen ja inzwischen, was da alles mit zusammenhängt, mit diesem Trio.

Zeuge Dieter Huth: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeuge Dieter Huth: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gerade dazu; sonst haben Sie sich ja an einige Sachen ziemlich genau erinnert, sogar noch 95 und 94. Aber daran erinnern Sie sich nicht, 2000?

Zeuge Dieter Huth: Ja, über Verfahren oder über allgemeine Dinge.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Inhalt natürlich. Also, was dem Amt damals bekannt geworden ist. - Wissen Sie nicht?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Okay.

Sind Sie eigentlich zu irgendeiner Zeit mal von den Ermittlungsbehörden jetzt in der Mordserie - damals hieß das ja „Döner-Morde“ - damit befasst worden, gefragt worden als Amt - nicht Sie natürlich, sondern als Amt -, ob Sie da irgendwelche Erkenntnisse haben, die da weiterhelfen könnten?

Zeuge Dieter Huth: Ich habe nach den Ereignissen in Köln selber angefragt, weil ich gefragt wurde: Ist da - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „In Köln“: Meinen Sie jetzt diesen Nagelbombenanschlag?

Zeuge Dieter Huth: Ja. - Was ist das? - Ich habe selber angefragt bei Polizei und Verfassungsschutz, um meinen Vorgesetzten und auch dem BMVg Rede und Antwort zu stehen: Was steckt dahinter? - Ich habe damals die Auskunft bekommen: Da ist kein Extremismus dran. Und die zweite Aussage war: Wenn da was Rechtsextremes dran ist, plaudert irgendwann einer. Das war eigentlich so: Die Szene plauderte immer. In diesem Fall hat keiner geplaudert.

Also, zu dem Zeitpunkt habe ich als Anfrager diese Auskunft bekommen und habe diese auch so weitergegeben. Das war ja auch in meinem Eingangsstatement. Die Verfassungsschutzbehörden haben in ihrem Lagebericht gesagt, es gibt keinen Terror von rechts. Gab es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich noch erinnern, wann Sie da beim Verfassungsschutz nachgefragt haben?

Zeuge Dieter Huth: Das war -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, 2004 soll das gewesen sein.

Zeuge Dieter Huth: - ein oder zwei Tage nach dem Ereignis.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gleich nach dem Ereignis?

Zeuge Dieter Huth: Ja, sehr kurzfristig, weil die Fragen kamen ja auch auf mich zu.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Nun wissen wir ja, dass der Verfassungsschutz in Köln gerade nach dem Nagelbombenanschlag sehr wohl einer rechtsextremistischen Überlegung, Spur nachgegangen ist.

Zeuge Dieter Huth: Aber die Auskunft an mich war: -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben die Ihnen nicht gesagt? Die haben gesagt: „nichts rechts“?

Zeuge Dieter Huth: - Es ist nichts zu sehen, nichts Rechtes; wir haben keine Hinweise. - Und, wie gesagt, die Ergänzung: Wenn da aber was ist, dann kommt irgendwas, weil eigentlich im rechten Bereich sehr viel geredet wurde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben die Ihnen gesagt?

Zeuge Dieter Huth: Das war auch meine Erfahrung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder war das eine Überlegung von Ihnen?

Zeuge Dieter Huth: Nein, das ist auch so gesagt worden. Aber das war ein Gespräch von Abteilungsleiter zu Abteilungsleiter, meine ich, damals.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie noch, mit wem Sie da geredet haben?

Zeuge Dieter Huth: Das war der damalige Abteilungsleiter. Ich nehme an, Herr Cremer war es damals.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dass die irgendwelche

Parallelen gezogen haben, das Bundesamt für Verfassungsschutz, mit Anschlägen in London, Nagelbombenanschlägen in London, von Nazis durchgeführten?

Zeuge Dieter Huth: Das -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Dieter Huth: - war in dem Gespräch kein Thema.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein Thema. - Und danach? Die Serie ging ja noch weiter, also die Mordserie.

Zeuge Dieter Huth: Die anderen Dinge sozusagen sind ja von uns gar nicht in der Form notiert worden, vom Militärischen Abschirmdienst. Da war irgendetwas passiert. Also, wir haben dann - ich sage mal, Köln war natürlich, weil es eklatant war und auch dicht bei uns - gesagt: Huch, was ist jetzt in Köln los? - Aber wenn jetzt irgendwo in Schleswig-Holstein etwas passiert ist, da haben wir ja nicht als MAD irgendeinen Anlass gehabt, jetzt in Schleswig-Holstein die Polizei oder den dortigen Verfassungsschutz anzurufen und zu fragen: Ist da irgendetwas Rechtes dabei?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber vielleicht hatte die Polizei einen Anlass, mal beim MAD und beim Verfassungsschutz nachzufragen: Habt ihr da was gegen Rechte oder so oder überhaupt irgendwelche Erkenntnisse, die uns weiterhelfen?

Zeuge Dieter Huth: Nein, beim MAD sind derartige Anfragen nicht eingetroffen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2005 soll eine Anfrage von der BAO „Bosporus“ gewesen sein.

Zeuge Dieter Huth: Ja, das ist aber in einem Zusammenhang dieser Reservisten- oder Soldatengeschichte, die eventuell auf dem Balkan gekämpft haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Dieter Huth: Ja. Das ist aber sicher eine Angelegenheit, die dann nicht die Abteilung II beantwortet hat, weil wir ja über diese Leute überhaupt keine Erkenntnisse hatten. Die Auslandsabteilung ist die Abteilung III.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeuge Dieter Huth: Ich will da nichts - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wissen nichts davon, sondern sagen: „Wir konnten auch nichts wissen“, also, es ist eine andere Abteilung bei Ihnen.

Zeuge Dieter Huth: Wir konnten da eigentlich nichts wissen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ob eine Anfrage da war, wissen Sie nicht, ob da jemand von der BAO „Bosporus“ bei Ihnen, also jetzt beim MAD, nachgefragt hat?

Zeuge Dieter Huth: Also, bei Abteilung II, denke ich mal, war die nicht, die Anfrage.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich nicht erinnern? Zu keinem Zeitpunkt, also weder 2005 noch später?

Zeuge Dieter Huth: Wirklich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht, keinerlei Erinnerung?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

Sind Sie denn mal - Sie jetzt - damit konfrontiert worden, dass es bei der BAO „Bosporus“ - das haben Sie wahrscheinlich jetzt ja inzwischen in der Zeitung gelesen - mal ein Profil gegeben haben soll oder gegeben hat von einem Kriminalbeamten Horn, der eine Analyse gemacht hat, die den Täterkreis eingeengt hat und gesagt hat: möglicherweise oder wahrscheinlich im rechtsextremen Bereich? Das hieß damals: Einzeltätertheorie gegen Gruppen usw. Sind Sie da mal mit befasst worden?

Zeuge Dieter Huth: Ich kann das nicht ausschließen. Aber ich kann auch nicht sagen Ja. Wirklich, ich weiß es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ich nehme mal an, Sie lesen auch Zeitungen - trotz Pensionierung und trotz Ruhestand. Das spielt ja hier schon eine erhebliche Rolle, dass die 2006 solche Erkenntnisse hatten.

Zeuge Dieter Huth: Ja, aber ich kann nur noch mal sagen - - Ich kann ja nur Ihnen sagen, woran ich mich erinnere. Wenn das eine andere Abteilung, III, in den Händen hatte, diese Anfrage, dann ist sie vielleicht mit einer Anfrage zu einer Einzelperson zu uns gekommen nach der Frage: Habt ihr irgendwas?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, es ging um diese Einzeltätertheorie oder dieses Profil. ... (akustisch unverständlich) hat wieder was mit dem Trio zu tun, und das ist bei Ihnen irgendwie ausgeblendet.

Zeuge Dieter Huth: Ich weiß nicht, ob das mit dem Trio zu tun hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So, Herr Kollege, ich muss Sie an die Zeit erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So. Dann hätte jetzt die Unionsfraktion - -

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Sowieso!)

- Sowieso. - Herr Binninger hat eine Frage.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sowieso. - Ich habe nur eine Frage noch, die direkt an das anknüpft, was Kollege Ströbele gerade mit Blick auf die BAO „Bosporus“ gefragt hat. Ich frage Sie in Bezug auf das LKA Thüringen. Wir haben in den Akten unter MAT A BND-2/1 ein Schreiben gefunden aus dem August 2002 - da waren Sie noch im Amt, Herr Huth -, und zwar vom LKA Thüringen. Das LKA Thüringen schreibt an das BKA:

Erkenntnisanfrage im Rahmen der Fahndung nach den Beschuldigten

Es geht um ein Sprengstoffverbrechen, also den Sprengstofffund in der Garage. Es handelt sich hierbei um Mundlos, Zschäpe und Böhnhardt, mit Personalien. Die Beschuldigten sind flüchtig. Alles andere ist so weit bekannt. Und jetzt kommt der Satz vom LKA Thüringen im August 2002:

Es wird gebeten,

- also, das BKA wird gebeten -

über die Verbindungsbeamten des MAD, BfV und BND Anfragen an die Dienste zu stellen, ob diesen Erkenntnisse zu den o. g. Beschuldigten vorliegen.*

Deshalb noch mal die Frage: Hat Sie jemals so eine Anfrage des LKA Thüringen ganz konkret über BKA erreicht? War das auch der normale Weg? Wenn Sie es jetzt im konkreten Fall nicht beantworten können - es wird ja vielleicht auch in anderen Strafverfahren mal Anfragen gegeben haben. Wie war da der Weg, wenn eine Polizeidienststelle, die ein Strafverfahren zu bearbeiten hat, wissen wollte, ob es über einen Beschuldigten Erkenntnisse gab beim MAD? Was war da der normale Weg?

Zeuge Dieter Huth: Sie hätten auch bei uns direkt anfragen können mit Nebenabdruck. Es hätte nicht über das Bundeskriminalamt laufen müssen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und wenn man bei Ihnen direkt - - Also gut, die Thüringer haben es jetzt aber so gemacht und haben über das BKA angefragt. Daran können Sie sich nicht erinnern. Bei wem landet das dann? Es muss doch bei jemandem landen, der Auskunft geben kann über das, was die Beschaffung zusammengetragen hat.

Zeuge Dieter Huth: Das wäre die Abteilung II dann gewesen, die von dem BKA gefragt worden wäre: „Habt ihr da was zu diesen Personen?“, oder das wäre vielleicht sogar dann schriftlich erfolgt, vom BKA umgesetzt, an die Abteilung II.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BND-2/1, Blatt 32/33.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also an Ihre?

Zeuge Dieter Huth: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und wer innerhalb Ihrer Abteilung? Ich meine, das macht ja nicht unbedingt der Chef selber, so eine Anfrage.

Zeuge Dieter Huth: Die Auswertung hätte unsere Datenverarbeitung befragt: Gibt es zu diesen Namen irgendwelche Akten, und gibt es dazu Fundstellen beim MAD?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wissen Sie, warum ich da jetzt ein bisschen penetrant drauf rumhacke? Wenn ich es noch finde hier in meiner berühmten Ordnung, Entschuldigung. - Auch im Jahre 2002 gibt es ja diese Befragung des Wehrpflichtigen, wo aus heiterem Himmel dann die Anmerkung ja verfügt wird oder geschrieben wird, dass der Wehrpflichtige, den der MAD befragt, auch zu anderen Dingen, auch dazu befragt wird, ob er zum Aufenthaltsort der mit internationalem Haftbefehl gesuchten Mitglieder des THS Mundlos, Zschäpe, Böhnhardt - „Zschäpe“ zwar falsch geschrieben - etwas sagen kann.

Nebendran steht - das war das, was ich Ihnen vorhin gezeigt habe -: „Beistrich II 2 B“. Das heißt, das Referat, das hier eigentlich auf die Antwort der Thüringer, wenn es normal gelaufen wäre, auch dann hätte antworten müssen, fragt im gleichen Jahr bei einer Befragung eines Wehrpflichtigen auch nach diesem Trio.

Deshalb halte ich es für hoch wahrscheinlich, dass die Thüringer Anfrage, auch wenn sie etwas umständlich über das BKA an Sie gerichtet wurde, beantwortet wurde. Nur, wir finden nichts in den Akten. Uns würde interessieren: Was hat man dem LKA Thüringen im Jahr 2002 mitgeteilt über Erkenntnisse zu Mundlos?

Zeuge Dieter Huth: Ich vermute, dass wir mitgeteilt haben, dass wir diese Person nicht kennen, weil die Akten vernichtet waren.

Clemens Binninger (CDU/CSU): 2002?

Zeuge Dieter Huth: Ja, Mundlos hat 94/95 gedient.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Vorhin hatten Sie doch gesagt, dass bei Vorfällen noch bis zu zehn Jahre Speicherfrist ausgeschöpft wird.

Zeuge Dieter Huth: Ja, bis zu zehn Jahren als Maximum. Das war aber nicht unbedingt Verpflichtung, zehn Jahre aufzubewahren.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt wären Sie die erste Behörde, die die Speicherfristen nicht bis zum Maximum ausreizt, sondern lieber so schnell als möglich vernichtet. - Sie können sich auf jeden Fall an die Anfrage des LKA Thüringen nicht erinnern?

Zeuge Dieter Huth: Also - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Noch mal andersrum gefragt: Wie häufig kommt es denn vor, dass ein LKA nach einem Soldaten fragt oder nach einem ehemaligen Soldaten, der wegen eines Sprengstoffverbrechens gesucht wird?

Zeuge Dieter Huth: Selten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Selten. Das war auch meine Auffassung. - Und wie häufig kommt es vor, dass bei einer Befragung eines Wehrpflichtigen im gleichen Jahr der Wehrpflichtige nach einem Soldaten gefragt wird, der acht Jahre zuvor Wehrpflichtiger war, weil er gesucht wird wegen eines Haftbefehls, der gleiche, Mundlos? Deshalb, glaube ich, kann man sich das merken.

Aber noch mal: Wer könnte das gemacht haben, dieses Referat 2 B in der Abteilung II?

Zeuge Dieter Huth: Ich weiß nicht, ob das tatsächlich ein MAD-Kürzel ist. Wenn dieses, was Ihnen auf dem Tisch liegt, Herr Abgeordneter, vom Verfassungsschutz gekommen ist, dann ist das ein Verfassungsschutzkürzel; denn so wäre ein Bericht von uns nie an den Verfassungsschutz gegangen, mit solchen Dingen daneben. Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob das ein MAD-Bericht ist und ein MAD-Kürzel, weil diese kleinen Buchstaben da oder die kleinen Zahl mir auch nichts sagen. Dies ist nichts, was mit unseren Aktenordnungsmerkmalen oder sonst etwas zu tun hat. Also, ich - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Faxkennung ist MAD, MAD-Amt Köln. Also, insofern spricht viel dafür, dass diese handschriftliche Anmerkung, einfach: „Wer ist zuständig, oder wer hat gefragt nach den dreien?“, das Referat 2 B war.

Frage an den Vertreter des Ministeriums. Für uns ist schon bedeutend: Auf der einen Seite gibt es hier über drei Jahre hinweg immer wieder gezielte Fragen nach dem Trio bei anderen Wehrpflichtigen - das muss auch einen Grund gehabt haben -, und dann gibt es eine Anfrage des LKA aus dem gleichen Jahr, 2002, nach dem Trio, wo wir nicht wissen, ob es beantwortet wurde; lässt sich nicht in den Akten finden.

Denken Sie denn, dass es zumindest möglich wäre, herauszubekommen, welche Beschäftigten im Jahre 2002 - und nur die können ja dafür infrage kommen - in dem Beschaffungsreferat von Herrn Oberst Huth Dienst gemacht haben? Kann man das noch nachvollziehen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer kann das beantworten? - Herr Witz.

Torsten Witz (BMVg): Herr Abgeordneter, das kann ich jetzt natürlich nicht beschwören. Aber ich gehe davon aus, dass wir das rekonstruieren können und Ihnen bis zur nächsten Sitzungswoche dazu was sagen können.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wenn wir dazu keinen Beweisbeschluss brauchen, wäre ich Ihnen da sehr verbunden. Also, es geht um die Beschäftigten - Herr Huth, Sie können das Referat korrekt bezeichnen. Das heißt 2 B, oder war es ein anderes?

Zeuge Dieter Huth: 2 C muss das gewesen sein. Wenn die Anfrage in die Abteilung II gegeben wurde, ist 2 C, die Auswertung - 2 Charlie ist die Auswertung -, dafür verantwortlich, zu suchen und eine Antwort zu geben.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Und 2 B ist die Beschaffung. Das sind die, die befragen.

Zeuge Dieter Huth: 2 B ist die Beschaffung. Die hat damit, mit dieser Anfrage nichts zu tun.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Genau. Da wir das aber immer genau wissen wollen, nehmen wir beide, weil 2 B hat den einen Wehrpflichtigen im Jahre 2002 nach Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe befragt, und 2 C hat sich möglicherweise um die Antwort zu kümmern gehabt aufgrund der Anfrage Thüringer LKA über BKA. Also geht es um die Beschäftigten bei den Referaten 2 B und 2 C beim MAD im Jahre 2002. Wenn wir das ohne Beweisbeschluss bekommen könnten, wäre ich Ihnen sehr verbunden. Ansonsten habe ich keine Fragen mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die SPD-Fraktion Fragen? - Dann würde ich mir das zunutze machen.

(Zuruf der Abg. Dr. Eva Högl (SPD))

- Genau.

Folgende kurze Frage, Herr Huth: Wenn Sie so einen Ausdruck bekommen würden aus dem damaligen Dateisystem „Veranda“, könnten Sie das lesen, also die Abkürzungen?

Zeuge Dieter Huth: Nur, wenn ich die Ausfüllanweisung danebenlegen würde, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Ich sage mal: Ich könnte mir vorstellen, was einzelne Aussagen bedeuten könnten, aber ich bin mir nicht ganz sicher. Wie ist denn der Begriff „OP-Bericht“ in dieser Datei zu verstehen?

Zeuge Dieter Huth: Das heißt, bei Aufnahme einer jeden nachrichtendienstlichen Operation wird ein erster OP-Bericht geschrieben, in dem drinsteht, warum wir tätig werden, was unsere Zielsetzung dabei ist und welche Informationen vorliegen. Das ist der erste OP-Bericht. Jede OP schließt dann auch mit einem Schlussbericht. Zwischendurch können im Zwei-, Drei- oder Viermonatszeitraum weitere OP-Berichte folgen, wo alle Informationen immer zusammengefasst und komprimiert sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt aber sozusagen, die den OP-Bericht erstellende Stelle ist dann der MAD und nicht der Nachrichtengeber?

Zeuge Dieter Huth: Das ist der Verfassungs - - Entschuldigung, der Beschaffungsbereich. Das zuständige Dezernat Beschaffung schreibt diesen OP-Bericht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann will ich Ihnen das mal kurz geben lassen. Wir haben das vorsorglich kopiert. Das ist ein Ausdruck aus der „Veranda“-Datei, und der betrifft Herrn Mundlos.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Da finden Sie, wenn Sie sich die Spalte in der Mitte angucken - „Nachrichtengeber“ -, an sechster Stelle, wo überhaupt eine Zahl auftaucht, die „111“. Links steht: „BAU1, Aufkommen“.*

Zeuge Dieter Huth: Ja, Meldung durch Dienstvorgesetzten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Genau. Rechts steht: „Meldung durch Dienstvorgesetz. 230894“. - Das war der erste Hinweis an den MAD durch die Kaserne, in der Herr Mundlos seinen Wehrdienst verbracht hat, in Bad Frankenhausen. Dann steht aber bereits: „140994, OP-Bericht“. - Da steht: „261094, OP-Bericht“. - Das heißt also, es sind zwei Berichte relativ kurzzeitig angefertigt worden durch den MAD zu der Eingabe, oder wie verstehe ich das?

Zeuge Dieter Huth: Der erste OP-Bericht vom 14.09. vergibt dann gleichzeitig auch eine Archiv-Nummer, unter der die Anfragen an die Verfassungsschutzbehörden gestellt werden, damit wir diese Informationen wieder zuordnen können, wenn sie zurücklaufen. Dass sie sie überhaupt stellen, diese Anfrage, muss ja begründet sein. Und dieser erste OP-Bericht ist die Begründung, warum wir uns mit dieser Verdachtsperson befassen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Dann kann man dem entnehmen: Es sind mehrere Auskunftersuchen gestellt worden, beim Bundesamt Verfassungsschutz, Landesamt Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen; ich nehme an, Thüringen wegen Mundlos, mutmaßlich. Und dann steht da:

„Vfdl. [Verfassungsfeindlicher] Hintergrund: ja.“ Ich weiß nicht, ob Sie das sehen; da steht in der Mitte die „30“.

Zeuge Dieter Huth: Ja. Das ist dann schon das Bearbeitungsergebnis, was nach der Befragung eingegeben wurde.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So. Das war ja bereits offenkundig im Oktober 94, immer noch fünf Monate vor der ersten Befragung, der angeblich ersten.

Zeuge Dieter Huth: 27.06.95. Also, ich - - schwierig.

(Dr. Eva Högl (SPD): Das ist das Übermittlungsschreiben, 27.06.95!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, das war die - -

(Dr. Eva Högl (SPD): Doch, das ist das Übermittlungsschreiben! Unterrichtung an BfV, 27.06.95! Das ist das Übermittlungsschreiben, was Sachsen wiedergefunden hat! Die Reihenfolge ist nicht streng chronologisch!)

Was ist denn unter „Absicherungsberatung“ zu verstehen, Herr Huth?

Zeuge Dieter Huth: Dass wir zu dem Dienstvorgesetzten gegangen sind und ihm gesagt haben: Mundlos ist ein Rechtsextremist. Bilden Sie den nicht weiter aus. Verpflichten Sie den nicht weiter, und achten Sie darauf, dass der nicht mit Waffen und Munition umgeht. - So sind damals die Absicherungsberatungen durchgeführt worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber die erste Absicherungsberatung war ja bereits im Oktober 94.

Zeuge Dieter Huth: Ja, da waren wahrscheinlich die ersten Erkenntnisse da, die schon so stark waren, dass wir gesagt haben: Gehen wir sofort hin und sagen: „Passen Sie auf den auf!“.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Aber warum dauert es denn dann noch mal fünf Monate bis zur Befragung?

Zeuge Dieter Huth: Ich hatte Ihnen das vorhin schon einmal gesagt, Herr Abgeord-

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats sowie der folgenden Zitate lautet: MAT A BMVg-6/1, Blatt 76.

neten. Das ist unüblich, aber das ist der damaligen Zeit geschuldet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, aber ich meine, ich habe ja vorhin den Eindruck gewonnen, Sie wären da so überlastet gewesen, dass Sie völlig arbeitsunfähig gewesen wären. Jetzt sehe ich aber: Da sind Auskunftersuchen gestellt worden; es sind zwei OP-Berichte erstellt worden; es hat eine Absicherungsberatung über den Dienstherrn in der Kaserne gegeben, und dann hat man das erste Mal angeblich mit Herrn Mundlos gesprochen.

Zeuge Dieter Huth: Ja, das war der Ablauf.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, nach Arbeitsüberlastung sieht das nicht aus, sondern eher nach einem normalen Abarbeiten, wo sich nur für mich die Frage stellt, warum dann erst so spät die Befragung.

Zeuge Dieter Huth: Die normale Abarbeitung war eben, dass die Befragung viel früher stattfindet, sobald die Erkenntnisse da sind, die Rückläufer. Das ist jetzt schwer für mich nachzuvollziehen, warum das hier länger gedauert hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was ich nicht verstehe, ist: Sie sagen gerade, man hat dem Kommandanten der Kaserne gesagt: Vorsicht bei Mundlos! - Mal abgesehen davon, dass er dann trotzdem weiter befördert worden ist; okay. Aber Sie haben ihm das gesagt, bevor mit Mundlos gesprochen worden ist.

Zeuge Dieter Huth: Ja, wenn -- Bei Mundlos lagen ja nun auch harte Erkenntnisse der Polizei vor, strafrechtlich relevante. Da sind wir zum Chef gegangen und haben gesagt: Passen Sie auf den Mann auf. Das scheint ein Rechter zu sein. - Oder wahrscheinlich damals: Das scheint einer zu sein. Da ist das und das, und dann dürfen Sie, sollten Sie dies und dies nicht tun mit diesem Mann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So ganz schlüssig ist das für mich nicht. Aber Frau Högl hat jetzt noch eine Frage.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Huth, ich würde gerne, wo wir noch mal bei diesem Datensatz sind, Sie was anderes fragen. Dazu müssen Sie den jetzt gar nicht im Detail sehen. Aber wir haben ja die Schwierigkeit, dass wir vom MAD - Herr Edathy hat Sie schon danach gefragt - immer noch nicht die beiden Personen genannt bekommen haben, die die Befragung mit Uwe Mundlos gemacht haben. Sie haben geschildert, warum das so schwierig ist und aus Ihrer Sicht auch wahrscheinlich unmöglich ist.

Nun haben wir ja diesen Datensatz, worüber wir ja auch sehr froh sind, dass es den noch gibt. Da gibt es ja drei Kombinationen aus Buchstaben und Zahlen, wo jemand sich hinter verbirgt, eine Person, und die wird als Nachrichtengeber bezeichnet. Das ist einmal ganz oben. Sie haben es ja vorliegen. Also, über der -- Wo „Anfragenummer“ usw. steht, da steht dann „Nachrichtengeber“ - ich kann es ja ruhig mal vorlesen -: „XEC26“. Dann gibt es noch „speichernder NG [Nachrichtengeber]“: das ist „XEC33“. Und dann gibt es hinterher noch „ändernder NG [Nachrichtengeber]“ - das ist wieder eine Zahlenkombination und Buchstabenkombination -: „XEA18“.*

Können wir nicht aus diesen Buchstaben-/Zahlenkombinationen vielleicht im Nachhinein rückverfolgen, welche Personen aus dem MAD zumindest mit der Speicherung dieser Daten hier befasst waren und möglicherweise auch diejenigen sind, die die tatsächlichen Nachrichtengeber waren, nämlich die Befragung geführt haben. Ist das völlig ausgeschlossen, oder geht das?

Zeuge Dieter Huth: Das ist nicht identisch, Frau Abgeordnete. Dieser Nachrichtengeber ist ein Auswerternachrichtengeber, und nur die Auswertung hat in das System „Veranda“ eingespeichert, anhand der ihnen vorliegenden Akten.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau.

Zeuge Dieter Huth: Die Beschaffung hat in „Veranda“ nicht gespeichert. Also, wer den befragt hat, können Sie hieraus nicht erkennen. Hier kann man nur festmachen, wenn wir das aufgrund der Protokollbänder und vielleicht von Dingen wirklich aus der dama-

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats lautet: MAT A BMVg-6/1, Blatt 76.

ligen Zeit - - welcher Auswerter diesen Satz angelegt hat.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber wir haben doch vielleicht eine Chance, wenn wir mit den Auswertern, wenn es die noch gibt - - Wenn wir die Buchstaben-/Zahlenkombination zu einer Person führen, können wir doch vielleicht diese Personen fragen, ob sie sich daran erinnern können, wer möglicherweise aus dem Bereich der Beschaffung damit befasst war. Ich will ja nur mit Ihnen gemeinsam versuchen, dass wir uns vielleicht nähern und diese Befragung von Uwe Mundlos etwas klären können.

Zeuge Dieter Huth: Da das eine wichtige Frage ist, gehe ich eigentlich davon aus, dass das MAD-Amt das schon versucht hatte, Frau Abgeordnete.

Dr. Eva Högl (SPD): Hat es das? Wissen Sie das, Herr Witz?

Torsten Witz (BMVg): In dem Zusammenhang ist eine ganze Menge versucht worden. Das Problem ist, dass diese Nachrichtengeber nicht unbedingt auf einen Mitarbeiter der Abteilung hinweisen, sondern auf eine Datatypistin, die diesen Datensatz in „Veranda“ angelegt hat.

Dr. Eva Högl (SPD): Wir werden das gleich Herrn Christmann auch noch mal fragen. Aber auf jeden Fall ist da Klärungsbedarf. Vielleicht können wir das ja in diese Richtung ermitteln. - Herzlichen Dank, Herr Huth.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielleicht noch eine letzte Frage: Wie erklären Sie sich denn, wenn es bereits im Oktober 94 gegenüber dem Dienstvorgesetzten von Herrn Mundlos eine sogenannte Absicherungsberatung gegeben hat, die - wie Sie sagten - mutmaßlich zum Gegenstand gehabt haben wird: „Pass auf den Mann auf!“, dass dann Mitte November 1994 Mundlos noch weiter am Maschinengewehr ausgebildet worden ist?

Zeuge Dieter Huth: Das ist das gleiche Problem, was bereits heute erörtert wurde, dass der MAD Empfehlungen ausgesprochen hat, aber nicht immer diesen Empfehlungen gefolgt wurde. Und wir haben es auch

nicht nachkontrollieren können, allein von der Anzahl nicht, zu fragen: Was macht ihr denn jetzt mit dem? - Das war ja ein gewisses Problem der Vermittelbarkeit.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Er hat doch alle Auflagen erfüllt demnach. Das war doch am 14.11.94: MG.

(Dr. Eva Högl (SPD): Dann hört es auf! 14.11. war die letzte Schießausbildung!)

- Ja, da hört es auf.
Hat die FDP noch Fragen?

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja!)

Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nur mal eine kurze Nachfrage zu der Operation „Rennsteig“; die lässt mich nicht in Ruhe. Wie ist denn der Austausch zwischen Ihnen und dem BfV gewesen in der Frage? Informationsaustausch? Gab es da einen regen Austausch? Gab es da seltener - - Hat das BfV mehr mit dem LfV was gemacht, oder wie war das?

Zeuge Dieter Huth: Es gab den Berichtsaustausch. Unsere Berichte wurden ausgetauscht, und es gab dann auch die eine oder andere Besprechung auf Auswerterebene, um Informationen abzugleichen. Man ist ja im Gespräch miteinander. Das ist nicht nur ein formeller Austausch von Papier.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Denn ich will Ihnen noch mal vorhalten aus dem Protokoll der 12. Sitzung des Untersuchungsausschusses in Thüringen vom 9. Juli 2012. Herr Wießner, V-Mann-Führer Brandt, gibt an:

Wir hatten ein Gespräch in München - rechtsextremistisch aufgefallene Wehrpflichtige, Initiator war der MAD - ,

- „Initiator war der MAD“; also, er hat es nur einmal gesagt. Ich habe es jetzt noch mal wiederholt, Entschuldigung -

wo eine Liste von Wehrpflichtigen zusammengestellt wurde, die im

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats sowie der folgenden Zitate lautet: MAT B TH-1/5, Blatt 9 f.

Wege eines Sicherheitsgesprächs mit Verfassungsschutzbehörden angehört werden sollten.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Wann war das?)

Diese Geschichte, außer dem Gespräch in München hat es im Grunde genommen nur Kontakt gegeben zum MAD und sonst weder zum BfV, nie mehr etwas gehört vom BfV über die Folge dieser Maßnahme, geschweige denn Übergabe von Quellen vom BfV an das LfV.

Grammatikalische Unsicherheiten habe ich hier tatsächlich abgelesen. Also: Zitat Ende.

Das Gespräch, die Sitzung, die Zeugeneinvernahme war am 9. Juli 2012 in Erfurt. Das Gespräch, um das es da geht, soll im März 1997 gewesen sein. Waren Sie in diesem Gespräch in München, in dieser Beratung mit dabei?

Zeuge Dieter Huth: Ich denke, das ist der zuständige Dezernatsleiter Beschaffung gewesen und eventuell noch eine Person der Auswertung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Haben Sie eine Erklärung, warum zumindest dieser V-Mann-Führer - - Ich habe auch noch mal nachgeschaut. Ich muss mich korrigieren. Meine Aussage von vorhin war nicht richtig, dass der stellvertretende Präsident damals mal was gehört hat von dieser Operation „Rennsteig“. Ich habe noch mal nachgeschaut. Er hat nichts davon gehört. Er wusste davon nichts. Der Referatsleiter „Rechts“ damals - hatte ich ja vorhin schon angegeben - wusste auch nichts von der Operation. Herr Wießner wiederum hat das schon mal gehört. Das war ja das Zitat, was ich eben angegeben hatte. Haben Sie eine Erklärung dafür, oder können Sie sich irgendwas denken, warum das BfV und das LfV sich an der Stelle nicht austauschten, nach dieser Zeugenangabe?

Zeuge Dieter Huth: Das kann ich mir nicht erklären.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aber Sie haben sich regelmäßig ausgetauscht mit dem Thüringer Landesamt?

Zeuge Dieter Huth: Wir haben überall dort, wo auch übergreifende Phänomene waren, beispielsweise zu Bayern, weil ja Thüringen und Bayern gewisse Berührungspunkte haben - - Da gab es ja auch durchaus Austausch von Gruppen oder Gruppenangehörigen, die mal hier und mal dort aufgetaucht sind. Insoweit war es dann sinnvoll, auch mit den Bayern zu sprechen und was anzuregen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, Sie hatten einen regelrechten, einen regelmäßigen Austausch mit den Thüringern, aus Ihrer Sicht?

Zeuge Dieter Huth: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Dieser V-Mann-Führer Wießner gibt auf Seite 10 des gleichen Protokolls dann an: Es handelt sich um eine Anwerbeaktion, die gezielt gesucht hat nach potenziellen V-Männern innerhalb der Wehrpflichtigen. Auf Nachfrage hat er es noch mal eingeschränkt: Es ging ausschließlich um Wehrpflichtige. In dem Zusammenhang hat er den „Thüringer Heimatschutz“ übrigens überhaupt nicht erwähnt. Wie erklären Sie sich das? Hat er es falsch verstanden, oder haben Sie es damals falsch verstanden?

Zeuge Dieter Huth: Es kann sein, dass der Verfassungsschutzbereich sehr um Quellen gerungen hat und Möglichkeiten gesucht hat, potenzielle Quellen genannt zu bekommen, zu dem Zeitpunkt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. Ich frage mal anders, und dann höre ich auf: Warum sind beteiligte Dienste an einer Operation ganz offensichtlich mit so unterschiedlichen Zielauffassungen unterwegs? Sie sagen: „Wir wollten mehr wissen über den ‚Thüringer Heimatschutz‘“, und der an der gleichen Operation beteiligte andere Nachrichtendienst sagt: Nein, es war Anwerbung innerhalb von Wehrpflichtigen, Initiator MAD.

Zeuge Dieter Huth: So habe ich den „Rennsteig“ nie verstanden, dass das eine Anwerbeaktion war, zu der der MAD hier Bundeswehrsoldaten liefern sollte. Das ist auch nicht so gewesen, absolut nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herzlichen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die Linksfraktion noch Fragen? Wir haben um 17 Uhr die namentliche Abstimmung.

Petra Pau (DIE LINKE): Es geht schnell.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich muss noch mal zurück zu „Veranda“, um einfach für mich noch mal ein Bild zu kriegen, was man dort finden kann. Sie haben jetzt gesagt: Wenn es vorher ein Gespräch gegeben hätte, dann hätte man das hier gesehen. Nun wissen wir ja, dass Herr Mundlos, bevor er in Chemnitz festgenommen wurde -- dass es dort schon einen Vorfall vorher gab in Straubing, wo er auch festgestellt wurde. Würden wir, wenn der Vorgesetzte dort Meldung gemacht hätte an den MAD, den Eingang dieser Meldung in „Veranda“ dann finden?

Zeuge Dieter Huth: Es ist ja aus dem Datensatz, den ich eben hier vorliegen hatte, ersichtlich: Erstaufkommen, Meldung durch den Dienstvorgesetzten.

Petra Pau (DIE LINKE): Also, wenn jetzt nicht --

Zeuge Dieter Huth: Ich kann aber nicht nachvollziehen aufgrund dieses „Veranda“-Eintrags - mehr steht da wirklich nicht drin -, was der Inhalt dieser Meldung war. Nur, dass es so substantiell war, dass wir eine nachrichtendienstliche Operation aufgenommen haben.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Dann wüsste ich nur -- Das ist tatsächlich meine letzte Frage: Welche Vorgänge - mir ist schon klar: nicht das Ergebnis von Befragungen -, welche Vorgänge werden wirklich in „Veranda“ abgespeichert? Nur wenn es eine solche Meldung gibt und dann eine Operation in Gang gesetzt wird oder auch andere Dinge - was weiß ich -, jemand denkt darüber nach, ob Rekrut Mundlos als V-Mann jetzt jenseits dieser Meldung vielleicht geworben werden könnte oder verpflichtet werden könnte oder auch irgendwas anderes? Findet sich so was?

Zeuge Dieter Huth: Das würden Sie in der „Veranda“ nicht finden, weil sie dafür nicht gemacht war.

Petra Pau (DIE LINKE): Aha. Sie war also nur gemacht, wenn solche Meldungen eingehen und Sie dann gegebenenfalls eine Operation einleiten?

Zeuge Dieter Huth: ND-Operationen wurden dort alle gespeichert.

Petra Pau (DIE LINKE): Aha. - Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur eine Frage, Herr Vorsitzender. Die schaffen wir noch. - Herr Zeuge, im Jahre 2006 hat diese BAO „Bosporus“, die die Mordserie untersucht hat, mal einen richtig lichten Moment und überlegt sich: Wer könnte das auch sein? - Rechtsterrorismus, überlegt sie sich und spricht mit bayerischen Verfassungsschützern darüber. Es fallen Namen wie „Wehrsportgruppe Hoffmann“ und anderes. Und in dem Zusammenhang steht ein Satz: Als weiterer Ansprechpartner wurde auch der MAD genannt auf der Suche nach Rechtsterroristen.

Wenn es eine solche Anfrage an den MAD gegeben hätte - ich weiß nicht, ob es sie gab -, wäre die auf Ihrem Schreibtisch als Abteilungsleiter dann gelandet, wenn man sie formgerecht gemacht hätte?

Zeuge Dieter Huth: Wenn sie an die Abteilung II adressiert worden wäre, hätte ich sie sicher gesehen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, oft haben wir erlebt, dass MAD@info [sic!] angemailt wird oder an den MAD, to whom it concerns. Also, das wissen wir ja nicht, an wen. Sondern: Wenn die versucht hätten, auf ihre Art als bayerische Kriminalbeamte Kontakt aufzunehmen mit dem MAD, wo wären sie denn dann gelandet, auf der Suche nach Rechtsterroristen?

Zeuge Dieter Huth: Dann hätten sie normalerweise bei der Abteilung II landen müssen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ihnen?

Zeuge Dieter Huth: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind sie da gelandet?

Zeuge Dieter Huth: Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das wäre doch nun was Besonderes gewesen, Herr Huth, so eine Frage. Oder kam das täglich in Ihrem Geschäftsbetrieb vor?

Zeuge Dieter Huth: Das wäre sicher etwas Besonderes gewesen im Jahre 2006. Aber ich weiß nicht, ob diese Anfrage wirklich bei der Abteilung II irgendwann aufgetaucht ist. Ich kann Ihnen das nicht sagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie erinnern sich nicht?

Zeuge Dieter Huth: Absolut nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die MAD-Stelle 62 in Amberg? Das war eine spezielle von Soldaten, die aus dem Kosovo mal zurückgekommen waren.

Zeuge Dieter Huth: MAD-Stelle 62 ist eine ganz normale Außenstelle, die im Wesentlichen Sicherheitsüberprüfungen durchführt und im Auftrag der Fachabteilung Ermittlungen durchführt, auch zum Beispiel Befragungen im Extremismusbereich. Das ist die Aufgabe der MAD-Stellen in der Fläche.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei denen wussten wir: Die sind gefragt worden und haben dann den etwas aparten Hinweis gegeben, es könnte jemand aus den KSK-Kräften in Calw sein. So ist es jedenfalls hier - -

(Zuruf)

- Vom Profil her. Ja, sorry, steht hier: „vom Profil her“. - Und haben dann auch gleich gesagt, ganz heikel, wenn wir da als MAD anfangen, zu ermitteln. Aber war denn diese Stelle eine kompetente für so eine Frage, MAD-Stelle 62 in Amberg?

Zeuge Dieter Huth: Die Fachkompetenz für den Extremismus und Terrorismus war in Köln in der Abteilung II.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ihnen also?

Zeuge Dieter Huth: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie sagen, Sie wissen es einfach nicht, ob Sie je gefragt wurden?

Zeuge Dieter Huth: Tut mir wirklich leid, aber ich weiß es nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So. Gibt es weitere Fragen an den Zeugen? - Herr Ströbele, die Frage ist nur, wie lange es dauert, weil jetzt gleich die letzte Rednerin spricht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wahrscheinlich ganz schnell.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind vorhin schon von dem Kollegen Wolff gefragt worden. Ich frage jetzt nach dem Jahr 2006, mal ganz konkret. Ich habe eine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, eine schriftliche Anfrage. Die ist inzwischen auch beantwortet. Da geht es um den Fall von zwei Personen, die wegen rechter Aktivitäten auch im Internet zu finden sind, 2006. Die sollen vom MAD dann überprüft worden sein, und zwar in der Sicherheitsstufe Ü 3, und sind trotzdem - also, sie sind nicht irgendwie durchgerutscht, sondern auch überprüft worden - in dem Kommando Strategische Aufklärung der Bundeswehr eingesetzt worden und haben einen Zugang zu streng geheimen Unterlagen gehabt. Wissen Sie da was von, und kann das sein?

Zeuge Dieter Huth: Zu dem Fall weiß ich nichts. Aber das kann durchaus sein. Wenn jemand mal in Kontakt mit Rechtsextremisten war - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. In einer Grup-

pierung, die vom mecklenburg-pommerschen Verfassungsschutz als rechtsradikal eingeschätzt worden ist, war zum Beispiel der eine aktiv.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich:
16.55 Uhr - Folgen Pause und
Sitzungsteil Beratung)

Zeuge Dieter Huth: Ich kenne den Vorgang nicht. Aber Sie haben gefragt, ob das sein kann. Die Sicherheitsüberprüfung prüft nach ihren Kriterien und kommt zu einem Befund. Der MAD votiert hier nur. Der MAD gibt sein Ermittlungsergebnis weiter an die Geheimschutzbeauftragten. Die entscheiden, ob jemand einen Sicherheitsbescheid bekommt, ja oder nein. Der MAD ist hier Ermittlungsebene, macht sein Urteil fertig und gibt das an einen Geheimschutzbeauftragten. Bei der Stufe 3 ist dieser, meine ich, im Bundesverteidigungsministerium direkt angesiedelt. Der guckt sich den Fall an, hört gegebenenfalls den Betroffenen, zu Überprüfenden und kommt zu einem abschließenden Befund. Wenn der Geheimschutzbeauftragte sagt: „Kein Hinderungsgrund, den mit VS zu betrauen“, dann bekommt die Person die Stufe 3. Also, hier ist der MAD nicht Entscheider, sondern nur Votierer.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So. Es gibt keine weiteren Fragen an den Zeugen. Gibt es Bedarf, den Zeugen nach der Unterbrechung wegen der namentlichen Abstimmung in eingestufte Sitzung bzw. nicht-öffentlich zu vernehmen?

(Zurufe: Nein!)

- Das ist nicht der Fall.

Herr Huth, dann herzlichen Dank, dass Sie uns heute zur Verfügung gestanden haben.

Wir unterbrechen gleich die Sitzung. Der Kollege Binninger bittet darum, dass wir nach der namentlichen Abstimmung hier zu einer Beratungssitzung zusammenkommen. Ich bitte, auch zu bedenken, dass wir eine Dreiviertelstunde nach der namentlichen Abstimmung eine weitere namentliche Abstimmung haben.

Aber der Öffentlichkeit kann ich kurz mitteilen, dass wir sozusagen hier nicht gleich öffentlich weitermachen nach dieser Unterbrechung; wahrscheinlich erst um 18 Uhr. Das werden wir aber gleich klären.

Dann ist die Sitzung erst mal hiermit unterbrochen.

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich:
18.14 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren fort mit der unterbrochenen Beweisaufnahmesitzung.

Ich darf zunächst mitteilen, dass der Ausschuss vor der Unterbrechung in einer Beratungssitzung entschieden hat, zwei der ursprünglich drei heute noch zu hörenden Zeugen abzuladen. Das betrifft Herrn Gramm aus dem Bundesverteidigungsministerium sowie Herrn Brüsselbach, den ehemaligen MAD-Präsidenten. Beide, Herr Gramm und Herr Brüsselbach, werden statt heute Abend am Donnerstag, 29. November, das heißt, von heute aus gesehen, in drei Wochen, als Zeugen vor den Ausschuss erneut geladen. Das heißt, wir haben heute Abend noch einen Zeugen.

**Vernehmung des Zeugen
Olaf Christmann**

Ich begrüße Herrn Kapitän zur See Olaf Christmann, Abteilungsleiter im Militärischen Abschirmdienst. Korrekt?

Zeuge Olaf Christmann: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Christmann, nachdem die Kamerateams und die Fotografen den Raum verlassen haben, darf ich noch darauf hinweisen, dass Aufzeichnungen und Übertragungen von der bzw. auf der Besuchertribüne unzulässig sind. Es wird allerdings, Herr Christmann, eine Aufnahme gefertigt, die aber ausschließlich dem Zweck dient, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Die Aufnahme wird später gelöscht. Sobald das vorläufige Protokoll vorliegt, wird Ihnen dieses zugeleitet, mit der Möglichkeit, innerhalb einer Frist von 14 Tagen Korrekturen und Ergänzungen geltend zu machen.

Herr Christmann, ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen worden sind. Die Ladung haben Sie am 11. Oktober 2012 erhalten. Datierend vom 18. Oktober 2012 haben wir die Aussagegenehmigung des Amtes für den Militärischen Abschirmdienst für Ihre heutige Vernehmung bekommen.

Vor Ihrer Aussage, Herr Christmann, habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind ver-

pflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf mögliche strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem von mir bisher Vorgelegten Fragen?

Zeuge Olaf Christmann: Nein, keine Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann darf ich Sie, Herr Christmann, bitten, sich dem Ausschuss kurz mit vollständigem Namen, Alter und Beruf vorzustellen.

Zeuge Olaf Christmann: Danke, Herr Vorsitzender. - Mein Name ist Olaf Christmann. Ich bin Diplom-Ingenieur, Berufsoffizier im Dienstgrad Kapitän zur See, 49 Jahre alt und seit meinem 18. Lebensjahr Soldat. Anfang 1994 - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Da kommen wir ja sofort zu. - Ich darf Sie nur kurz fragen, ob die für Ihre Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist.

Zeuge Olaf Christmann: Die Ladungsanschrift ist aktuell.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn Sie es wünschen - und Sie wünschen das; ich habe Sie ja vorher gefragt -, haben Sie die Möglichkeit nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung vorab zu äußern. Entsprechend erteile ich Ihnen jetzt das Wort.

Zeuge Olaf Christmann: Herr Vorsitzender! Frau Vizepräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Bevor ich mich Ihren Fragen stelle, gestatten Sie mir zu Beginn einige Worte, an denen mir persönlich sehr gelegen ist.

Ich erinnere mich noch genau an meine Reaktion und die meiner Mitarbeiter, als vor einem Jahr nach dem Brand in der Zwickauer Wohnung und dem Auffinden zweier toter Männer in einem Wohnmobil erste Informationen zu einer rechtsextremistischen Terrorzelle aufkamen. Wir konnten das erst einmal nicht fassen, wohl wissend, dass die offiziellen Lagebewertungen der Sicherheitsbehörden seit Jahren zum Inhalt hatten, dass es eben keinen rechtsextremistischen Terrorismus in Deutschland gibt. Gestützt auf diese Feststellung hatte ich in den beiden Jahren zuvor selbst mehrfach hohe Vorgesetzte in der Bundeswehr über den politischen Extremismus in Deutschland unterrichtet und beraten. Natürlich habe ich mich Ende des vergangenen Jahres dann auch gefragt, ob wir im MAD in den Jahren zuvor Anhaltspunkte übersehen hatten, die gegen eine solche Feststellung gesprochen hätten.

In den letzten Wochen des Jahres 2011 kamen dann nicht nur weitere Details zu den mutmaßlichen Tätern und ihren Taten ans Licht; es erreichten uns auch die ersten Anfragen der ermittelnden Behörden, insbesondere des Bundeskriminalamtes. Die Namen der Beschuldigten und anderer Personen im Ermittlungszusammenhang wurden bekannt, und auch wir wurden vom GBA und vom BKA nach vorliegenden Erkenntnissen zu diesen Personen gefragt. Unser besonderes Augenmerk lag dabei auf der Frage, ob die Bundeswehr oder der MAD in irgendeiner Weise betroffen war, etwa von früheren Wehrdienstzeiten der im Ermittlungszusammenhang stehenden Personen.

Es war allen in meinem dienstlichen Umfeld klar, dass die Hilfe bei den strafrechtlichen Ermittlungen zu diesen unfassbaren Morden und Banküberfällen, die der sogenannten Zwickauer Zelle zur Last gelegt

wurden, höchste Priorität hatte. In meiner Abteilung hatten mehrere Personen fortan nur noch die Aufgabe, sich um diese Anfragen zu kümmern. Alle Anfragen mit Bezug zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ wurden mir und der Amtsführung vorgelegt, alle Antworten und alle diesbezüglichen Berichte ans Ministerium ebenso.

Zu den Anfragen der Ermittlungsbehörden und mehrerer Verfassungsschutzbehörden hinzu kamen ab dem ersten Quartal 2012 die Aktenprüfungen infolge der Beweisbeschlüsse dieses Untersuchungsausschusses und der Untersuchungsausschüsse von Länderparlamenten. Durch Verfügung des Präsidenten des MAD-Amtes wurde an zentraler Stelle im MAD dann eine unterstützende Projektgruppe „Untersuchungsausschuss“ eingerichtet. Akten zu laufenden Vorgängen und zu den noch vorhandenen abgeschlossenen Vorgängen der letzten Jahre wurden nach relevanten Namen und Sachverhalten durchsucht, eine Arbeit, die in diesem Jahr besonders in meiner Abteilung erhebliche Ressourcen gebunden hat. Bis heute wurden nahezu alle Beschaffer und Auswerter zeitweise zu dieser Aktenprüfung und -zusammenstellung herangezogen. Die laufende Arbeit konnte deswegen natürlich nicht eingestellt werden. Allen meinen Mitarbeitern gebührt meine Anerkennung für ihr herausragendes Engagement in den zurückliegenden Monaten.

Angesichts der Ungeheuerlichkeit der Hintergründe der Gewalttaten des NSU war es uns allen eine Verpflichtung auch gegenüber den Opfern, die Ermittlungen des GBA und des BKA sowie die parlamentarischen Aufklärungsbemühungen zu diesem Komplex zu unterstützen. Dies möchte ich auch hier an prominenter Stelle mal hervorheben. Umso härter haben die Mitarbeiter unseres Dienstes Vorwürfe über mangelnde Mitwirkung bei der Aufklärung getroffen.

Durch unsere Anfragen bei der für die Wehrrfassung zuständigen Bundeswehrdienststelle stellte sich dann heraus, dass zwar einige der im Ermittlungszusammenhang stehenden Personen ihren Wehrdienst abgeleistet hatten; es gab jedoch in unseren eigenen Dateien und Akten nur recht wenige Fundstellen zu den Personen. Diese Fundstellen betrafen meist Personen, die bekannte Aktivisten in einer rechtsextremistischen Szene waren und daher in Akten, die bei uns zu anderen Personen, nämlich Bundeswehrangehörigen, vorhanden sind, na-

mentlich Erwähnung fanden. Zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ im eigentlichen Sinne und zu seinen Gewaltverbrechen, zu diesem Begriff, dieser Gruppierung und ihren Taten gab es in keiner unserer Akten einen Hinweis. Doch war von Beginn an klar, dass keine Daten zu irgendwelchen von Sicherheitsbehörden seit November angefragten Personen mehr vernichtet bzw. gelöscht werden durften, in welchem Ermittlungszusammenhang sie nun auch immer stehen mochten.

Die Abwehr von Rechtsextremismus in der Bundeswehr stellt für den MAD seit vielen Jahren, auch heute noch, eines der bedeutendsten Aufgabenfelder dar. Wir unternehmen erhebliche Anstrengungen, um rechtsextremistische Verdachtsfälle in der Bundeswehr zu bearbeiten, mögliche Bestrebungen solcher Personen gegen die Bundeswehr zu erkennen und damit zur Sicherheit der Bundeswehr beizutragen.

Aus unserer Bearbeitung verdächtiger Angehöriger des Geschäftsbereichs BMVg, die - anders als oft geglaubt - keineswegs am Kasernentor endet, sondern sich auch auf das außerdienstliche Verhalten der Personen erstreckt, erlangen wir bei Kontakten dieser Personen zu einer extremistischen Szene oftmals Informationen zu dieser Szene und ihren wesentlichen Akteuren. Diese Informationen übermitteln wir an diejenigen Verfassungsschutzbehörden, in deren Zuständigkeit die Szene bzw. der Personenzusammenschluss fällt. Somit werden im Laufe der Zeit in diesen Behörden viele solcher Informationsübermittlungen des MAD gespeichert. Bei uns wiederum werden diese Informationen nach Entfall unserer Zuständigkeit für die konkrete Verdachtsperson aus der Szene und damit dem Entfall unserer Speicherberechtigung grundsätzlich nicht länger aufbewahrt. Aus diesem Grund haben Verfassungsschutzbehörden in den vergangenen Monaten in ihren Akten zahlreiche Übermittlungsschreiben des MAD aus früheren Jahren aufgefunden und uns um Freigabe für die Vorlage bei Untersuchungsausschüssen gebeten. Uns wurden die Inhalte dieser damaligen Übermittlungen in den allermeisten Fällen erst bei dieser Gelegenheit wieder bekannt.

Die bestmögliche Zusammenarbeit und der reibungslose Informationsfluss zwischen uns und unseren Zusammenarbeitspartnern sind uns ein selbstverständliches Anliegen. Von Verfassungsschutzbehörden erhalten

wir Informationen zu extremistischen Auffälligkeiten von vermeintlichen oder tatsächlichen Bundeswehrangehörigen oder Hinweise auf die Thematisierung der Bundeswehr in einer extremistischen Szene. Dem können wir dann im Rahmen unserer Zuständigkeit nachgehen. Umgekehrt kommen bei unseren personenbezogenen Ermittlungen zu Bundeswehrangehörigen, die Kontakte zu extremistischen Personenzusammenschlüssen haben, oft Informationen auf, die für die Verfassungsschutzbehörden relevant sind.

Eine baldige Maßnahme nach dem Bekanntwerden des NSU war die Stärkung dieser informationellen Zusammenarbeit durch Schaffung des Gemeinsamen Abwehrzentrums Rechtsextremismus im Dezember 2011. Am GAR beteiligt sich der MAD von Beginn an. Die bisherigen Effekte dieses Zentrums für unsere Arbeit sind äußerst positiv. Informationen werden nicht nur zwischen zwei oder einigen wenigen Behörden ausgetauscht, sondern im großen Kreise besprochen und bewertet.

Bei aller Bestürzung über die Verbrechen der Zwickauer Terrorzelle lassen mich solche deutlich wirksamen Verbesserungen persönlich zuversichtlich in die Zukunft blicken. Der MAD wird sich jedenfalls mit aller Kraft an der Informationssammlung und -auswertung zu rechtsextremistischen Bestrebungen in Deutschland beteiligen. Gemeinsam mit den anderen Sicherheitsbehörden müssen wir dafür sorgen, dass es keine weiteren Verbrechen dieser Art mehr gibt. Das sind wir unserer gesamten Bevölkerung und, ich meine, besonders auch den Angehörigen der Opfer schuldig.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir haben um 18.35 Uhr die namentliche Abstimmung. Sind Sie einverstanden, wenn wir gleichwohl erst mal in die Befragung einsteigen?

(Clemens Binniger (CDU/CSU):
Wann war das?)

- 18.35. Ist das aktuell? - Es ist aktuell, ja. Wir sind heute ein bisschen fragmentiert. Es ist gerade die vorletzte Rednerin. - Ich habe ein paar Fragen an Sie, Herr Christmann. Deswegen wäre es wahrscheinlich nicht sinnvoll, das jetzt zu machen. Ich bedaure das ausgesprochen, auch für die anwesende Öffentlichkeit. Es ist die nächste namentliche

Abstimmung im Deutschen Bundestag. Wir setzen dann fort mit der Befragung von Herrn Christmann, wenn die Abstimmung beendet ist; aber diesmal bitte direkt nach der Abstimmung.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Nach der
Raucherpause!)

Ich werde da mit gutem Vorbild vorangehen.
Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
18.27 bis 18.48 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die unterbrochene Beweisaufnahmesitzung wird fortgesetzt.

Wir beginnen mit der Befragung des Zeugen Christmann. Herr Christmann, Sie haben in Ihrer einleitenden Darstellung uns nicht näher erläutert, welche Funktion Sie zu welchem Zeitpunkt innerhalb des Militärischen Abschirmdienstes bekleidet haben vor 2010. Sie sind nach meinen Unterlagen 2010 Abteilungsleiter II für den Bereich Extremismus- und Terrorismusabwehr geworden. Das wird man ja wahrscheinlich nicht als Externer, sondern wenn man schon vorher innerhalb des MAD andere Positionen innehatte.

Zeuge Olaf Christmann: Ja. Ich bin 1994 zum MAD gekommen, habe zuerst von 1994 bis 1998 als Ermittler in der MAD-Stelle Kiel gearbeitet. Dann war ich zwei Jahre außerhalb des MAD auf dem Admiralstabslehrgang in Hamburg. Anschließend war ich in der Spionageabwehr des MAD-Amtes in Köln für zwei Jahre eingesetzt. Danach war ich vier Jahre Grundsatzreferent für den MAD im Fachaufsichtsreferat - damals hieß das Org 5/KS im BMVg -, und dann bin ich Ende, genau genommen im November, 2006 in die Abteilung Extremismusabwehr ins MAD-Amt gekommen, habe zuerst die Funktion des Dezernatsleiters Beschaffung Süddeutschland innegehabt, wurde dann 2008, im Sommer 2008, Beschaffungsleiter für die gesamte Beschaffung Extremismusabwehr in Deutschland und im Januar 2011¹ dann Nachfolger des heute bereits vernommenen Oberst Huth, Januar 2011¹ dann als Abteilungsleiter.

Inzwischen, seit April, hat meine Abteilung auch nicht nur die Aufgabe Extremismus- und Terrorismusabwehr, sondern wir hatten eine ziemlich große Umorganisation im MAD, sodass zu meiner Abteilung nun

auch die Spionageabwehr in Deutschland gehört. Also, die Abteilungsbezeichnung ist jetzt „Extremismus-/ Terrorismus-/ Spionage- und Sabotageabwehr“.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kommen zur Befragung durch die Fraktionen. Das Fragerecht hat zunächst die Unionsfraktion, und es fragt der Kollege Clemens Binner.

Clemens Binner (CDU/CSU): Herr Christmann, mich würde interessieren, in Ihrer Zeit als Beschaffungsleiter Süddeutschland oder auch hinterher insgesamt - - Das war 2006 bis 2010. Ist das richtig? Also, erst Süddeutschland zwei Jahre und dann gesamt?

Zeuge Olaf Christmann: Ja. Ab November 2006 zuerst für den kleinen Bereich Süddeutschland zuständig, dann ab 2008 für ganz Deutschland, 2010 nicht nur Beschaffung, sondern auch Auswertung und Grundlagen.

Clemens Binner (CDU/CSU): Süddeutschland umfasst welche Bundesländer aus Ihrer Zuständigkeitsdefinition?

Zeuge Olaf Christmann: Bayern und Baden-Württemberg.

Clemens Binner (CDU/CSU): Thüringen und Sachsen nicht dabei?

Zeuge Olaf Christmann: Nein.

Clemens Binner (CDU/CSU): Jetzt haben wir heute - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Das gilt als
Mitteldeutschland, Herr Kollege! -
Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):
Sehr richtig!)

- Ich kenne die allgemeingültigen Definitionen, habe aber auch gelernt, dass Sicherheitsbehörden manchmal ganz andere Zuordnungen vornehmen. Deshalb frage ich nach.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Da will ich nicht
widersprechen! Das ist ein eigener
Kosmos!)

¹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

- Genau, ein eigener Kosmos. - Jetzt hatten wir heute Mittag mit Ihrem Vorgänger lange und an vielen Fällen darüber gesprochen, wie es war, wenn durch Befragungen oder aufgrund von Impulsen anderer Sicherheitsbehörden Erkenntnisse zu Rechtsextremisten gewonnen wurden. Können Sie sich an Fälle erinnern in Ihrer Zeit als Beschaffungsleiter, wo es auch offenkundig um Rechtsextremismus in einer bestimmten Qualität ging - sind Ihnen da noch Fälle erinnerlich? -, oder wo Sie auch Aufträge erhalten haben, die von einer anderen Sicherheitsbehörde kamen - sei es von einem LKA oder vom BfV selber -, mit der Bitte, einen bestimmten Wehrdienstleistenden oder auch Angehörigen, Zeitsoldaten gezielt zum Rechtsextremismus zu befragen?

Zeuge Olaf Christmann: Zum zweiten Teil Ihrer Frage: Solche Aufträge oder Bitten, jemanden zu befragen, gab es nach meiner Erinnerung nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gar nie?

Zeuge Olaf Christmann: Nein. Also, Aufträge oder Bitten von Verfassungsschutzbehörden, einen Bundeswehrangehörigen zu befragen, die gab es mit Sicherheit nicht, denn bei uns ist die personenbezogene Bearbeitung davon abhängig, ob wir selber eine Operation, einen Vorgang aufmachen, weil wir tatsächliche Anhaltspunkte, die einen Verdacht begründen, kennen, also der Anfangsverdacht. Und ohne dass wir selber aus eigenem Antrieb so einen Vorgang aufnehmen und im Zuge dieses Vorgangs dann auch nur eine Befragung durchführen, ohne so etwas kann ich mich an keine Befragung erinnern, und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass es eine Befragung gab im Auftrag einer anderen Behörde.

(Dr. Eva Högl (SPD): Darf ich eine Zwischenfrage stellen?)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine Zwischenfrage von Frau Högl?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe wahrscheinlich die gleiche Frage auf den Lippen, Frau Högl, aber alleine, um zu wissen, ob Sie die gleiche hätten, gestatte ich Ihnen die Zwischenfrage.

(Dr. Eva Högl (SPD): Nein, ich bin ja gleich nach Ihnen dran! Es ist alles gut!)

Das verwundert mich jetzt insofern, weil wir heute Nachmittag uns ja mit drei Befragungen von Wehrpflichtigen oder Verdachtspersonen - Sie haben ja jetzt zum Thema Abkürzungen gesagt, da heißt es VP - beschäftigt haben im Jahr 99, im Jahr 2000 und im Jahr 2002, wo ganz gezielt nach dem Bombenbauer-Trio oder ganz gezielt nach Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe gefragt wurde und Sie jetzt sagen: So was machen wir eigentlich nur, wenn wir aus eigenen Erkenntnissen Anlass haben, jemanden so etwas zu fragen. - Das hätte ja bedeutet - das hat aber Ihr Vorgänger so nicht gesehen -, dass diese drei Befragungen in den Jahren 99, 2000 und 2002 aus eigenem Wissen heraus erfolgt sind.

Zeuge Olaf Christmann: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das heißt, dass beim MAD sehr präsenten Wissen über dieses Trio war. Missverständnis?

Zeuge Olaf Christmann: Ja, nicht wechseln: einzelne Fragen und die Befragung insgesamt. Die Befragung insgesamt, die wird im Rahmen der von uns durchgeführten Verdachtsfallbearbeitung durchgeführt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Olaf Christmann: Man kann in so einer Befragung durchaus einzelne Fragen stellen, an denen anderen gelegen ist.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber die müssen es ja irgendwie erfahren. Wie erfahren Sie von diesen Fragen, die anderen gelegen sind?

Zeuge Olaf Christmann: Also, wenn eine besondere Person bei uns in Bearbeitung ist und eine zivile Behörde davon weiß, da gibt es genügend Kontakte auf der Arbeitsebene. Wir arbeiten nun mal sehr eng mit den Landesbehörden und mit dem BfV zusammen, und wenn beispielsweise in so einer zivilen Verfassungsschutzbehörde bekannt ist, eine bestimmte Person ist bei der Bundeswehr und der MAD bearbeitet diese Person als Verdachtsperson, dann könnten Informa-

tionswünsche aus den Behörden bei uns in einer ohnehin stattfindenden Befragung verarbeitet werden. Das ist nicht auszuschließen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. Gab es denn so etwas dann mal?

Zeuge Olaf Christmann: Daran erinnere ich mich nicht. Ich erinnere mich - und damit komme ich zum ersten Teil Ihrer Frage - auch nicht an herausragende Extremismusefälle in der Zeit, in der ich entweder für Süddeutschland oder für Gesamtdeutschland in der Beschaffung zuständig war.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt haben Sie ja im Rahmen Ihrer neuen Funktion, auch in der Vorbereitung des ehemaligen Präsidenten Brüsselbach sicher ja auch sich zusätzliche Personenkenntnis aneignen können, um welche Namen es da immer wieder geht, also die Haupttäter, die Beschuldigten, die 41er-Liste, alles, was es da gibt.

Zeuge Olaf Christmann: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und Sie haben da jetzt auch einen Haufen Namen gesehen. Auch daraus ist Ihnen jetzt kein Fall wieder in die Erinnerung gekommen, nach dem Motto: „Halt, der war doch damals bei uns noch unter ganz anderen Vorzeichen schon mal im Visier“?

Zeuge Olaf Christmann: Nein. Es gab auf den jetzt aufgekommenen Listen im Rahmen der Anfragen keinen Namen, wo es bei mir im Kopf geklingelt hat: Oh, an den erinnere ich mich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. - Und dann noch mal, dass wir kein Missverständnis haben: Nur aufgrund einer Bitte einer anderen Behörde - wobei das wahrscheinlich ein bisschen jetzt auch haarspalterisch ist - machen Sie keine Befragung, sondern der Wehrpflichtige muss bei Ihnen quasi schon Bearbeitungsobjekt sein, und wenn Sie dann quasi als Zusatzwunsch vom LfV oder BfV die Bitte bekommen: „Wenn ihr den da mal sowieso befragt, dann, bitte, fragt ihn auch noch zum Thema X oder Y“ - so läuft das?

Zeuge Olaf Christmann: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wenn Sie jetzt aber keine Befragung vorgesehen hätten, weil er bei Ihnen noch kein Bearbeitungsobjekt ist, vielleicht noch nicht mal aufgefallen, aber die Landesbehörde oder Bundesbehörde trotzdem weiß: „Das ist aber zumindest im Normalleben ein amtsbekannter Neonazi“, und wir bräuchten vom dem dringend eine Information zu einem Trio“, würden Sie es dann machen oder sagen: „Da müssen wir erst warten, bis der bei uns in der Kaserne irgendwelche Lieder singt oder auffällt“?

Zeuge Olaf Christmann: Die Konstellation kann ich mir nicht vorstellen, denn wenn wir eine Information von einer Landesbehörde oder vom BfV bekommen: „Es handelt sich um einen amtsbekannten Neonazi“, und der ist in unserer Zuständigkeit, nämlich Bundeswehrangehöriger, dann würden wir ihn auf jeden Fall bearbeiten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann wird er automatisch zum - -

Zeuge Olaf Christmann: Dann wird er automatisch als Verdachtsperson bearbeitet. Selbst wenn er von der anderen Behörde schon als Rechtsextremist bewertet wird, heißt er bei uns erst mal „Verdachtsperson“, und das ist der Grund für die Aufnahme der Bearbeitung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber sodass man trotzdem sagen kann: „Die Landes- oder Bundesbehörde löst mit ihrer Information an Sie schon ein Handeln Ihrerseits dann auch aus“?

Zeuge Olaf Christmann: Ja. Das sind genau die Fälle der Informationsübermittlung von den zivilen Behörden an uns, die für uns sehr wichtig sind, weil wir nicht automatisch bei jedem Bundeswehrangehörigen, bei jedem jungen Soldaten insbesondere, alle abfragen. Es gibt keine Statusüberprüfung, sondern wir sind darauf angewiesen, dass die zivilen Behörden mitdenken, und wenn sie eine Information haben, die einen Bundeswehrangehörigen oder einen Bewerber betrifft, dann sollten sie aktiv an uns diese Information herantragen.

Sie können also nicht davon ausgehen, dass wir quasi im Rahmen einer Sicherheitsüberprüfung - denn nicht für jeden neuen Bundeswehrangehörigen wird eine Sicherheitsüberprüfung durchgeführt - automatisch zivile Behördenkenntnisse bekommen. Das ist der Vorteil auch des GAR, der sich in den letzten Monaten herausgestellt hat: Da fließen solche Informationen sehr schnell, und davon profitieren auch wir in großem Maße.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie lief das zu Ihrer Zeit, als Sie in der Beschaffung waren oder auch dann jetzt Abteilungsleiter II, Terrorismus-/Extremismusbekämpfung? Wenn Sie eine solche Befragung durchgeführt haben und auch Informationen gewonnen haben, die für eine Landes- oder Bundesbehörde interessant sind, dann haben Sie die übermittelt?

Zeuge Olaf Christmann: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie dann nach irgendeiner bestimmten Zeit - selbst wenn der Wehrpflichtige nicht mehr bei Ihnen war, weil die Wehrzeit abgelaufen war, oder aus anderen Gründen - mal nachgefragt: Was wurde aus dieser Information? Oder b): Haben Sie mal Rückmeldung bekommen von den anfragenden Behörden, was aus Ihrer gewonnenen Information wurde, oder war das Einbahnstraße, Ihre Erkenntnisgewinnung und -mitteilung?

Zeuge Olaf Christmann: Die Informationen, die in die Zuständigkeit der zivilen Behörden fielen, wurden ja schriftlich dorthin übermittelt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Genau.

Zeuge Olaf Christmann: Und solange derjenige -- Nein, es handelt sich -- Moment, noch mal - wieder ein Missverständnis -: Es handelt sich dann nicht um Informationen zu der Person, sondern es handelt sich um Informationen zu beispielsweise einer Gruppierung oder anderen Personen, weil für die sind wir ja nicht zuständig, sondern wir übermitteln Informationen zu dem Umfeld an die zivile Behörde, und da gibt es keine Notwendigkeit, dass die uns dann zu der konkreten Übermittlung ein Feedback geben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Warum nicht?

Zeuge Olaf Christmann: Aber es gibt Informationen zu Gruppierungen oder Schlüsselpersonen in Gruppierungen und anderen Personenzusammenschlüssen genereller Natur, also nicht auf eine konkrete Übermittlung des MAD bezogen, sondern in Arbeitsgesprächen oder auch durch Veröffentlichungen der zivilen Behörden zu einer bestimmten Szene, zu einer bestimmten Gruppierung bekommen wir Hintergrundinformationen, die uns nützen bei der Bearbeitung dieser einzelnen Bundeswehrangehörigen, um also zum Beispiel in einer Befragung auch Vorhalte machen zu können. Ohne Wissen über das Umfeld in eine solche Personenbefragung hineinzugehen, da kann man natürlich nicht die wertigen Ergebnisse erzielen und dann hinterher die Person richtig einschätzen, wie tief er wirklich drin ist.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber es würde ja schon Sinn machen, wenn Sie einen Wehrpflichtigen befragen über eine Gruppierung oder andere Personen, die nicht bei der Bundeswehr sind, aber darum ja gebeten wurden, Beispiel: die Jenaer Bombenbauer - das war die Befragung von 99 bis 2002 -, und Sie melden diese Information weiter. Der Wehrpflichtige ist noch zehn Monate bei Ihnen, also damals. Dann wäre es ja schon von Interesse - vielleicht muss man ihn noch mal fragen -, was aus dieser Information wurde. Vielleicht kann er mehr sagen. - Aber dann mussten Sie oder haben Sie gewartet. Wenn sich die Landes- oder Bundesbehörde noch mal meldet, also weiteren Bedarf hat, dann ja, aber ein Nachfragen oder eine Rückmeldung gab es so nicht, auch über die Qualität der Information, die Sie übermittelt haben, ob man damit was anfangen konnte?

Zeuge Olaf Christmann: Ich kann jetzt nicht einordnen, was zwischen 99 und 2002 -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein, nein, sprechen Sie über Ihre Zeit.

Zeuge Olaf Christmann: - geschehen ist. Also, es gibt - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Schauen Sie, ich will ein Beispiel machen.

Vielleicht frage ich auch zu kompliziert. Wenn Sie gebeten werden von einer Verfassungsschutzbehörde: „Wenn ihr den Wehrpflichtigen X, der bei uns schon bekannt ist, befragt, turnusmäßig, dann bitte auch die Frage stellen, ob er etwas sagen kann über den Aufenthaltsort von gesuchten Neonazis“, dann machen Sie diese Befragung, stellen ihm auch diese Frage und geben diese Erkenntnis dann so weiter an die anfragende Landes- oder Bundesbehörde, das, was er gesagt hat. Dann empfände ich es jetzt als wichtig, dass man irgendwann die Rückmeldung bekommt: „Jawohl, der Hinweis war gut, wir konnten die daraufhin sogar festnehmen“, oder: „Der Hinweis war offensichtlich völlig frei erfunden, der erzählt euch Unfug“, weil das ja auch für die Bewertung der Person nicht uninteressant sein kann.

Zeuge Olaf Christmann: Ich kann mir gut vorstellen, weil ich das zwar nicht in Bezug auf den konkreten Fall „Jenaer Bombenbastler“ kenne, aber aus anderen routinemäßigen Zusammenarbeitsfällen, dass man ein mündliches Feedback kriegt im Rahmen der üblichen Gespräche vor Ort.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Olaf Christmann: Aber kein formales, schriftliches Feedback. Es ist auch denkbar, dass es irgendein Telefonat gibt nach einer spontanen Übermittlung, nach einer schriftlichen, und dann nur handschriftlich irgendwo ein Vermerk gemacht wird: Habe mit dem und dem telefoniert, und der hat mir folgende Rückinformation gegeben. - Das ist möglich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was waren denn die Gruppierungen aus dem Rechtsextremismusbereich, die als besonders mittelungswert seitens der Landesbehörden oder Bundesbehörde an Sie gesehen wurden? Weil Sie ja gesagt haben: Dazu gab es dann schon mal Hintergrundinformationen, damit Sie bei Befragungen von einzelnen Personen das auch berücksichtigen konnten. Also, welche Gruppierungen? Gab es überhaupt welche, die man genannt hat damals, irgendwie eine Kameradschaft oder - - THS gab es ja wohl nicht mehr?

Zeuge Olaf Christmann: Alle Kameradschaften. Also, die Auswertung bei uns in der

Abteilung II bekommt zu Kameradschaften oder auch zu Parteien, zum „Freien Netz Süd“, zu allen Personenzusammenschlüssen, in denen sich auch junge Bundeswehrangehörige oder auch ältere Bundeswehrangehörige bewegen können, Hintergrundinformationen, um dann wiederum unsere Beschaffer, die einzelne Verdachtspersonen befragen, entsprechend vorzubereiten, mit Hintergrundinformationen zu versorgen.

Also, da kann ich mich nicht an eine oder zwei oder drei Herausragende jetzt erinnern und die nennen, sondern wenn Sie bei uns in der Auswertung in einem Dienstzimmer wären, wo jemand seine regionale Zuständigkeit auf einer Landkarte darstellt, da sind natürlich die Namen der dort aktiven Gruppierungen dann verzeichnet. Er kann dann auch Informationen, selbst aufbereitet, an die Beschaffer geben, wenn sie die Verdachtsperson befragen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Heute Mittag war kurz Thema, dass es einmal pro Jahr sogenannte Beschaffertagungen gibt aller Verfassungsschutzbehörden plus MAD, wo quasi auch so ein bisschen der Schwerpunkt interessanter Beobachtungsobjekte abgeglichen oder ausgetauscht wird. Gab es das zu Ihrer Zeit auch?

Zeuge Olaf Christmann: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Einmal pro Jahr, oder wie häufig?

Zeuge Olaf Christmann: Jetzt um diese Jahreszeit. Also, im Bundesamt finden diese A- und B-, Auswerter- und Beschaffertagungen - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was heißt A und B?

Zeuge Olaf Christmann: Auswerter und Beschaffer.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ach so, das steht für Auswerter und Beschaffer. Sitten die da zusammen, oder sind die strikt getrennt, auch bei den Konferenzen?

Zeuge Olaf Christmann: Es ist geteilt nach den Phänomenbereichen. Es gibt eine im Bereich Rechtsextremismus, es gibt eine im Bereich Islamismus, es gibt eine im Be-

reich Ausländerextremismus. Und da ist auch immer einer oder zwei, ein Beschaffer und ein Auswerter vom MAD, dabei, und das ist eine große Runde.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und da kann jede der beteiligten Behörden selber Vorschläge einbringen, dass er sagt: „Aus meiner dienstlichen Erfahrung des letzten Jahres, aufgrund der Lage, wie sie sich uns darstellt, halten wir Gruppierung A oder die Personen A bis X für hoch relevant“? Oder wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge Olaf Christmann: Die Inhalte der Auswerter- und Beschaffertagungen sind eingestuft. Darüber kann ich hier in der öffentlichen Vernehmung nicht sprechen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gibt es denn danach was Schriftliches?

Zeuge Olaf Christmann: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Kann man irgendwo mal sagen: „Das waren die Themen auf dieser Beschaffertagung“?

Zeuge Olaf Christmann: Ja, es gibt eine Tagesordnung, und es gibt ein Protokoll zu jeder Tagung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die haben wir, glaube ich, so nicht, oder? Ich habe noch keines gesehen. Die sind ja aber dann bei allen gleich, nehme ich an. Wenn alle teilnehmen, könnte man das beim BfV anfragen. Man muss es nicht beim MAD anfragen. - Da bei Herrn Reinfeld schon Betriebsamkeit herrscht, wäre ich für einen Zuruf nachher dankbar. Ich frage mal weiter.

Zeuge Olaf Christmann: Ich kann mich aus den Jahren, an denen ich selbst auch im BfV an den Tagungen teilgenommen habe, nicht an einen Beitrag des MAD erinnern.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, okay. Für uns war nur wichtig: Es findet jedes Jahr so eine Tagung statt. Da werden auch schwerpunktmäßig die interessantesten Beobachtungsobjekte aus dem Bereich Rechts extremismus genannt, diskutiert. Es gibt dazu etwas Schriftliches, wo das auch drinsteht. Damit ist es für uns einfach hochinte-

ressant, und zwar sicher für die Zeiträume 95 bis 2010.

(MR Richard Reinfeld (BMI) meldet sich zu Wort)

- Herr Reinfeld, Sie wissen schon mehr?

MR Richard Reinfeld (BMI): Ich wollte nur ankündigen: Im Rahmen von BfV-10, Ziffer 4 werden wir die entsprechenden Protokolle der A- und B-Tagungen Ihnen zeitnah zukommen lassen, jetzt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wunderbar. BfV-10, Ziffer 4?

Richard Reinfeld (BMI): BfV-10, Ziffer 4, habe ich mir gerade von hinten einflüstern lassen.*

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wunderbar, gut. - Herr Christmann, ich habe noch eine Frage zu dem Thema Kontakt mit ausländischen Diensten. Wie läuft das, wenn Sie einen Kontakt brauchen oder einen Ansprechpartner bei einem ausländischen Partnerdienst? Wer macht das? Wer kann es machen? Haben Sie da nur einen, der das darf, oder gibt es auch in den Außenstellen Leute, die Ansprechpartner haben? Wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge Olaf Christmann: Jeder Kontakt zu einem abwehrenden militärischen Partnerdienst - zu denen pflegen wir halt Kontakte -, jeder Erstkontakt muss durchs Ministerium genehmigt werden. Wenn wir also den Bedarf sehen, zu einem Dienst Beziehungen aufzunehmen, dann wird der Erstkontakt genehmigt, und dann kann man gegenseitige Fachgespräche durchführen. Mal fährt man zum Dienstort des Partnerdienstes, mal kommen Leute von dort zu uns, und dann wird über die aktuelle Situation gesprochen. Das wird durchs MAD-Amt gemacht.

Die MAD-Stellen, die Außenstellen, haben keine eigenständigen Kontakte zu Partnerdiensten, weil nur im MAD-Amt die Vorgänge operativ bearbeitet werden, sei es nun in der Extremismusabwehr oder in der Spionageabwehr. Die Außenstellen, die MAD-Stellen, führen nur offene Ermittlungen vornehmlich im Rahmen der Sicherheitsüberprüfung durch, aber auch im Auftrag der Ab-

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Gemeint ist Beweisbeschluss BfV-10.

teilungen des Amtes. Dort werden aber keine eigenständigen Operationen geführt und auch keine ND-Kontakte zu ausländischen Partnerdiensten gepflegt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Zu ausländischen Partnerdiensten, ja, also die in Ihrem Heimatland. Wäre es denkbar, dass das MAD-Amt, aber auch eine Außenstelle einen Ansprechpartner hat - auch vielleicht für allgemeinere Dinge - von Partnerdiensten, die auch hier im Inland einen Ansprechpartner haben?

Zeuge Olaf Christmann: Ja. Das ist so, dass immer dort, wo ausländische Behörden, wo ausländisches Militär stationiert ist und wo es um Sicherheitsbelange allgemein geht - - Da geht es aber dann nicht um nachrichtendienstliche Operationen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein, da geht es um Gefährdungslagen oder solche Dinge.

Zeuge Olaf Christmann: Ja. Da gibt es Verbindungsbeamte oder Offiziere, die der jeweiligen MAD-Stelle auch bekannt sind.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das heißt, die MAD-Stelle Stuttgart hat einen Liaison Officer bei den amerikanischen Streitkräften, entweder in Stuttgart-Vaihingen oder in Heidelberg, nehme ich an?

Zeuge Olaf Christmann: Vermutlich nicht nur einen, weil es ja gerade bei den Amerikanern sehr viele Organisationen gibt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wem sagen Sie das.

Zeuge Olaf Christmann: Da muss man schon genau hinschauen, um die dann noch auseinanderzuhalten.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 17! - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann wollt ihr den MAD abschaffen!)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Schieben Sie es mal auf die spätere Zeit. Dann wird es etwas lockerer. Aber das ändert an der Wichtigkeit der Fragen nichts. - Es gab ja die Berichterstattung im *Stern*, verbunden mit

der Frage, ob in Heilbronn beim letzten Tatort amerikanische Dienste in anderer Mission vor Ort waren. Und wir mussten jetzt im *Spiegel* lesen, dass es da auch Gespräche gegeben hat zwischen BND und MAD, und man hätte das ausgeschlossen, dass das FBI vor Ort war. So war der Artikel im *Spiegel*. Also, a) habe ich noch nie davon gehört, dass das das FBI war. Da wurde etwas dementiert, was noch gar niemand behauptet hat, was es interessant macht. Es hieß immer, es sei der militärische, der amerikanische Militärgeheimdienst gewesen.

Ganz einfache Frage, die Sie, glaube ich, auch noch in öffentlicher Sitzung beantworten können: Gab es infolge der Berichterstattung des Magazins *Stern* Kontakte zwischen Ihnen und der amerikanischen Seite, also dem MAD, dem MAD-Amt oder der MAD-Außenstelle Stuttgart? Nicht durch Sie als Person, sofern Sie das wissen. Gab es das?

Zeuge Olaf Christmann: Doch, ich kenne den Vorgang. Nicht in Person, aber ich kenne den Vorgang infolge dieses *Stern*-Artikels am 30. November, wo von einem Special Investigation Team der DIA die Rede war, und die MAD-Stelle Stuttgart hat einen Kontakt vermittelt, mehr nicht. Die MAD-Stelle Stuttgart hat einen Kontakt vermittelt. Und zu den Inhalten des Schriftverkehrs - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ist mir klar.

Zeuge Olaf Christmann: Der ist entsprechend eingestuft, aber der MAD hat dort keine inhaltliche Rolle gespielt. Aber wegen dieser Kenntnis amerikanischer Ansprechpartner hat die MAD-Stelle Stuttgart da einen Kontakt vermittelt.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zwischen wem Kontakte?)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, das hätte ich auch gefragt, aber die Weisheit des älteren Kollegen war schneller. Haben Sie den Kontakt vermittelt zwischen einer deutschen Behörde und den Amerikanern oder einer amerikanischen Stelle und einer deutschen Behörde? Das ist ja ein himmelweiter Unterschied.

Zeuge Olaf Christmann: Uns stellt sich die Sache tatsächlich so dar - wir haben mehrere Personen aus der MAD-Stelle Stuttgart dazu befragt, auch Erklärungen abgeben lassen -: Ausgangspunkt war eine deutsche Behörde.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ausgangspunkt. Das war auch Ihre Erkenntnis in - -

Zeuge Olaf Christmann: So stellt sich das für uns dar.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. Also, wenn ich - ich denke jetzt noch ein bisschen darüber nach - nachher noch mal Bedarf habe, dann müssten wir eben im Zweifel noch kurz in die Geheimsitzung gehen. Aber für Sie war Ausgangspunkt eine deutsche Behörde. Sie haben den Kontakt vermittelt.

Dann letzte Frage von mir zu diesem Punkt. Ich will dem MAD nicht zu nahe treten, aber die deutsche Behörde, die ich da vor Augen habe, wo Sie den Kontakt vermittelt haben: Ist es ernsthaft so, dass die nicht selber jede Menge Ansprechpartner haben müssten und gerade Sie eigentlich nicht bräuchten für so eine Kontaktabahnung?

Zeuge Olaf Christmann: Nicht im militärischen, abwehrenden Bereich. Also, da gibt es schon Unterscheidungen: Wer hat zu welchem ausländischen Partner Beziehungen, und wer hat Personenreichbarkeiten, Visitenkarten, Telefonnummern?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. - Wenn es da drüben immer unruhig wird, weiß ich, dass die Zeit meiner Fragerei in öffentlicher Sitzung sich zu Ende neigt. Also, ich lasse es mal hier bewenden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Union hat aber noch vier Minuten. Herr Stracke.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ich hätte noch eine Frage zum Thema GAR, weil Sie es haben anklingen lassen, sinngemäß dahin gehend, dass sich der Informationsaustausch mit der Etablierung des GAR eigentlich verbessert hätte. Könnten Sie das mal ein bisschen beschreiben, wie sich dieser Informationsaustausch nun darstellt? Sind Sie denn

selber Vertreter auch Ihres MAD im GAR selber? Welche Erkenntnisse haben Sie, wie das jetzt läuft?

Und was mich auch interessieren würde, zuletzt: Gibt es denn da eigentlich so eine Art Fehleranalyse aus dem, was wir jetzt über das Treiben des NSU wissen, auch in diesem GAR, dass man das aufgreift in irgendeiner Weise und sagt: Was müssen wir da tatsächlich verbessern?

Zeuge Olaf Christmann: Zur Frage: Wie ist der MAD beteiligt? Wir haben einen Verbindungsoffizier seit Schaffung des GAR, seit Dezember 2011 dorthin entsandt, auch nicht - - Nun ist es auch für uns relativ einfach, weil Dienstort Köln und Dienstort Köln. Da kann man auch präsent sein. Landesbehörden, die weiter anreisen müssen, haben es da wahrscheinlich schwieriger.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Sie selber sind es aber nicht?

Zeuge Olaf Christmann: Ich bin es nicht, nein. Das ist ein Offizier, den ich mir allerdings aus meiner Abteilung ausgesucht hatte, der das jetzt seit vielen Monaten macht. Er hat Erfahrungen gesammelt, dass durch die Gespräche in einer größeren Gruppe Informationen besser zusammenlaufen, als wenn man eine Dienstreise macht in ein Bundesland und nur mit dem dortigen LfV spricht und eine andere Behörde nicht korrespondierende Dinge beitragen kann. In der größeren Gruppe fließen die Informationen einfach besser. Für uns hat es den Vorteil, dass wir schneller prüfen können, ob sich unter Personen, über die dort auch gesprochen wird, ein Bundeswehrangehöriger befindet.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Führt das dann eigentlich auch dazu - weil der Kollege Binninger das ja angesprochen hat, diese Thematik der Nachsorge -, dass man dann eigentlich durch das GAR in eherer Form gewährleistet hat, dass man hier dann auch weiß, wie dann die einzelne Information, die man dann unter Umständen geliefert hat, zu welchem Ergebnis das dann gekommen ist bei der anderen Behörde, oder ob es da dann - - also dass man das dann noch etwas länger begleiten kann, in Anführungszeichen?

Zeuge Olaf Christmann: Ja, da gibt es die Arbeitsgruppe „Operativer Informationsaustausch“, wo über Einzelfälle gesprochen wird, und das ist ja analog zum GTAZ, was sich seit 2004² sehr bewährt hat im Bereich des Islamismus. Es wird fortgeschrieben. Es wird immer weiter in jeder Woche, wo neue Informationen zu einem Sachverhalt oder zu einer Gruppierung aufkommen, fortgeschrieben. Das meine ich mit: Die Informationen fließen besser und schneller.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Gab es denn da aus Ihrer Kenntnis heraus denn noch eine spezifische Fehleranalyse aus dem heraus, was man jetzt an Defiziten gesehen hat, was den Informationsaustausch angeht im Zusammenhang mit der Terrorgruppe NSU, im Rahmen des GAR?

Zeuge Olaf Christmann: Mir ist nicht innerlich, ob das zu einem Projekt oder zu einem konkreten Vorhaben wurde, Fehleranalyse in Bezug auf NSU im GAR. Ich will nicht ausschließen, dass darüber gesprochen wurde; aber ich habe es jetzt nicht präsent.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Weitere Fragen der Union in dieser Runde?

(Armin Schuster (Weil am Rhein)
(CDU/CSU): Dürfen wir noch?)

- Noch drei Minuten.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Christmann, ich habe noch mal eine Frage zu einer sehr interessanten VP, die bei Ihnen geführt wurde - Jürgen H. -, über dessen Erkenntnisse Sie sehr diszipliniert und präzise an die relevanten Nachbardienste berichtet haben. Verwunderlich ist nur - ich reflektiere jetzt auf die Treptow-Akten -, dass wir in den Akten überhaupt keine Reaktionen finden. Selbst wenn der Begriff „Jenaer Bombentrio“ tatsächlich fällt - das gab es auch -: keine Reaktion. Liegt das an der Aktenführung? Fehlt uns da etwas? Oder gab es die tatsächlich nicht? Und warum gab es dann bei Ihnen darauf wiederum keine Reaktion? Ich habe an bestimmten Beispielen wirklich die Akten durchgelesen, Blatt für Blatt, und ich finde einfach nur einen sehr guten Bericht, zum Beispiel an das BfV, und dann nichts mehr.

Zeuge Olaf Christmann: Zuerst einmal zur Abkürzung VP. Bei uns steht das für „Verdachtsperson“, nicht für „Vertrauensperson“ oder VM.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Entschuldigung, ich meinte Vertrauensperson.

Zeuge Olaf Christmann: Und eine Verdachtsperson, die befragen wir, die führen wir nicht. Also, bei Jürgen H. war das - mir ist dieses Dokument jetzt im Laufe der letzten Monate auch zur Kenntnis gelangt - eine VP-Befragung, und die wurde, wenn ich das jetzt recht erinnere, im Rahmen einer spontanen Datenübermittlung an eine oder mehrere Behörden überstellt. Ich bin mir jetzt nicht sicher, welches Dokument existiert, ob da Paraphen, Notizen der anderen Behörde drauf sind.

Wenn wir es überstellt haben, dann müsste die andere Behörde gefragt werden, ob sie auf diesem von uns überstellten Dokumenten nicht irgendwelche Vermerke oder Paraphen gemacht hat, warum nicht, weil bei vielen ist es ja so. Viele Dokumente, die wir jetzt als Rückläufer von zivilen Behörden bekommen, enthalten ja Notizen und Paraphen anderer Behörden.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie können sich auch nicht erinnern, dass es mal eine Anfrage des BfV gab oder der Polizei Thüringen, LKA, dass man sich mit diesem Jürgen H. entweder direkt oder über Sie noch mal intensiv austauschen möchte, weil der ja nun wirklich wertvolle Informationen hatte?

Zeuge Olaf Christmann: Ich bin seit 2006 in dem Bereich tätig, und das war lange vor meiner Zeit. Also, Jürgen H. war nichts, an das ich mich erinnern könnte, sondern ich weiß nur, dass jetzt ein Dokument aufgetaucht ist, wo er eine Rolle spielt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank. - Herr Christmann, ich will mal etwas ganz anderes fragen, und zwar die aktuellen Ereignisse ein bisschen in den Blick nehmen, und möchte Sie ganz gerne als Erstes fragen: Wie und

² Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

wann haben Sie denn erfahren, dass der MAD Kontakt zu Uwe Mundlos hatte?

Zeuge Olaf Christmann: Im März dieses Jahres. Ich meine, am 8. März. Das Datum habe ich mir, glaube ich, inzwischen gemerkt. Das war ja auch Gegenstand der Sitzung, an der ich hier als Begleiter des aktuellen Präsidenten teilgenommen habe. Wir haben das Anschreiben der damaligen Übermittlung aus 1995 im März zurück-erhalten, verbunden mit der Aussage von dem jeweiligen Landesamt: Mehr haben wir nicht.

Dr. Eva Högl (SPD): In dem Fall Sachsen?

Zeuge Olaf Christmann: Ja, das Anschreiben. Das war für uns jetzt der erste Beleg, dass der MAD 1995 Mundlos tatsächlich als Verdachtsperson bearbeitet hat, zusammen mit anderen, die dort in der Kaserne zeitgleich zu ihm oder kurz nacheinander im Rahmen einer konzertierten Aktion befragt wurden wegen Auffälligkeiten. Als Stichwort stand da ja „rechtsextremistische Musik“. Und vorher, seit November, hatten wir keine Kenntnis davon, dass der MAD ihn damals tatsächlich als Verdachtsperson während seines Wehrdienstes bearbeitet hat.

Dr. Eva Högl (SPD): Warum haben Sie denn nicht vorher mal Abfragen gemacht? Wir haben ja dann vom Bundesministerium der Verteidigung so einen hübschen Datensatz bekommen, den Sie ja auch kennen, mit dem Ablauf der Meldung des Dienstvorgesetzten von Uwe Mundlos an den MAD und die weiteren Schritte der Bearbeitung dieses Falls bis zur Befragung usw. Warum wurde diese Abfrage beim MAD niemals gemacht?

Zeuge Olaf Christmann: Die kann man nicht machen mit dem Namen.

Dr. Eva Högl (SPD): Aha. Haben wir dann einen Fake hier in unseren Akten?

Zeuge Olaf Christmann: Nein. Die kann man nicht machen mit dem Namen, denn dann muss man den Hintergrund dieser alten IT-Anwendung kennen. Ich kannte die auch nicht. Die ist nämlich in der Extremismusabwehr nur bis 2004 genutzt worden. Und aus dieser alten IT-Anwendung, die in den

80er-Jahren konstruiert, geschaffen wurde und auf einem Großrechner lief, konnte man, während sie genutzt wurde in den 90er-Jahren und Anfang des letzten Jahrzehnts, auch namentlich etwas abfragen. Dann wurden allerdings aufgrund datenschutzrechtlicher Vorgaben die Datensätze der Vergangenheit anonymisiert. Deswegen kann man jetzt nicht - zum Beispiel, wenn man sich seit November für bestimmte Namen interessiert, für bestimmte Personen - dort eine Namensabfrage mit einem Treffer durchführen, sondern diese Abfrage war erst möglich mit der Archivnummer, die auf einem Dokument aus der damaligen Zeit vermerkt ist, und mit dieser alten Archivnummer kann man dann auch einen Datensatz in dieser IT-Anwendung auffinden. Von daher konnten wir von November an nicht mit Namen wie Mundlos oder anderen im Ermittlungszusammenhang dort einsteigen.

Dr. Eva Högl (SPD): Auf welchem Dokument war denn diese Archivnummer, von der Sie sprechen?

Zeuge Olaf Christmann: Ich meine, die war auf dem Anschreiben, was wir da im März bekommen haben.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann darf ich Sie mal fragen: Was haben Sie denn eigentlich ab März - am 8. März, haben Sie gesagt, haben Sie davon erfahren - weiter veranlasst? Was waren Ihre nächsten Schritte? Um was haben Sie gebeten? Was haben Sie sich vorlegen lassen? Was haben Sie gemacht?

Zeuge Olaf Christmann: Zuerst haben wir dem LfV-Sachsen in den Tagen danach sehr schnell die Freigabe erteilt, dieses Dokument hierher zu senden und, soweit ich mich erinnere, auch an andere. Dann haben wir unser Fachaufsichtsreferat informiert mit dem Schreiben vom 12. März, wenn ich das Datum richtig erinnere, weil jetzt halt erstmalig klar war, dass Mundlos 1995 vom MAD als Verdachtsperson befragt wurde.

Und diese Altanwendung, die kam erst Wochen später einem alten Mitarbeiter, der sich noch damit aus den 90er-Jahren auskannte, in den Sinn: Da könnte man ja auch mal nachschauen. Die war ja seit über acht Jahren nicht mehr in der Nutzung, und es gab nur zwei Leute, die auch die Anfragearten kannten. Deswegen ist das im März,

als wir diese alte Archivnummer auf dem Schreiben sahen, gar keinem in den Sinn gekommen, in dieser Altanwendung mit so einer Archivnummer nachzuschauen.

Dr. Eva Högl (SPD): Da hat sich dann ein Mitarbeiter bei Ihnen gemeldet, ein paar Wochen später, und hat gesagt: „Herr Christmann, ich kann damit umgehen, ich kann das mit der Archivnummer machen“, oder wie war das?

Zeuge Olaf Christmann: Das war im Zusammenhang mit irgendeinem anderen Vorgang, wo er sagte, wir sollten mal dran denken bzw. man sollte mal versuchen, bei alten Operationen, bei alten Verdachtsfallbearbeitungen - ob nun Einzelfallbearbeitungen oder Sammelbearbeitungen -, wo man nicht genau weiß, welcher Person der Datensatz nun zugeordnet ist, auch in dieser wieder auszugrabenden Anwendung eine Abfrage zu starten. Und das war nicht im Zusammenhang mit Mundlos, sondern das war im Zusammenhang mit einem anderen Anlass, wo er sagte, das wäre noch eine Möglichkeit, etwas herauszufinden.

Dr. Eva Högl (SPD): Und was haben Sie dann mit dem Mitarbeiter weiter besprochen oder veranlasst?

Zeuge Olaf Christmann: Wir haben dann natürlich die Abfragemöglichkeiten geprüft und haben dann bei Dingen, wo uns die damalige Archivnummer nun bekannt war, auch solche Abfragen gestartet.

Dr. Eva Högl (SPD): Das heißt, Sie hatten ja im März, 8. März, das Übersendungsschreiben. Die Archivnummer war auf dem Übersendungsschreiben, und Sie haben kurze Zeit später dann diese Abfrage in dem alten - -

Zeuge Olaf Christmann: Nein, das war nicht kurze Zeit später. Ich weiß nicht mehr, wann es war, aber es lagen Wochen dazwischen, weil es ein anderer Anlass war.

Dr. Eva Högl (SPD): Soll ich Ihnen sagen, von wann unser Exemplar ist? Vom 19. September 2012. Das ist unser Datenausdruck. Das sind nicht Wochen später. Das ist sogar nach der ursprünglich angesetzten Beratung im Untersuchungsaus-

schuss, wo wir eigentlich Herrn Huth vernennen wollten und wo wir uns dann gesprochen haben. Das ist nicht Wochen später, sondern das ist erst weit danach. Gibt es noch einen Ausdruck eine Zeit vorher?

(Abg. Dr. Eva Högl (SPD) hält ein Schriftstück hoch)

Zeuge Olaf Christmann: Nein, denn es gibt auf diesem Übersendungsschreiben keine AN³, so wie sie heute gebräuchlich ist und wie sie bei dem anderen Fall als Abfragemöglichkeit aufgekommen war. Das Format auf diesem Übersendungsschreiben ist anders, und dieses Format wurde nicht zum selben Zeitpunkt als alte AN³ erkannt, wie bei dem Dokument, das dann zu dieser „Veranda“-Abfrage geführt hat.

Dr. Eva Högl (SPD): Deswegen frage ich jetzt noch mal. Sie haben ja eben gesagt, die Archivnummer, die dann diese Abfrage ermöglicht hat, sei auf dem Übersendungsschreiben gewesen. Das war jetzt doch nicht der Fall. Wo war sie denn dann drauf?

Zeuge Olaf Christmann: Doch, sie war drauf. Das haben wir aber erst im Sommer erkannt oder im Spätsommer, nicht schon zu dem Zeitpunkt, als das Thema: „Wir hätten da noch eine Möglichkeit, in der alten IT-Anwendung nachzuschauen bei anderen Vorgängen“ - - Da war nicht klar, dass auf diesem Übersendungsschreiben vom März auch eine, nur anders geartete Archivnummer stand.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Huth, war Ihnen und allen - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Christmann.

Dr. Eva Högl (SPD): Ach, Entschuldigung: Herr Christmann. Verzeihen Sie, genau. Ich hatte noch Herrn Huth im Kopf. - Herr Christmann, war Ihnen bewusst, dass das durchaus dringlich ist? Also, am 8. März bekommen Sie den Hinweis, dass der MAD Kontakt zu Uwe Mundlos hatte. Ich gehe davon aus, dass Sie das in eine andere Umlaufgeschwindigkeit versetzt hat, als Sie das erfahren haben. Und ich frage mich jetzt immer noch: Was haben Sie denn eigentlich veranlasst im Folgenden? Also, wenn der endgültige Ausdruck, den wir hier haben,

³ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

dann vom 19. September ist: Da liegt doch eine ganze Zeit dazwischen.

Zeuge Olaf Christmann: Ich wiederhole: Das Thema, es gibt noch eine alte Anwendung, in der man etwas finden kann, kam nicht im Frühjahr schon auf, also nicht in Bezug auf Mundlos, weil da ...

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. Okay.

Zeuge Olaf Christmann: Und das mit den Befragungsberichten, das ist tatsächlich - also die als Anlage in Sachsen nicht mehr vorlagen - -

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist jetzt meine nächste Frage. Was wurde denn da von Ihnen veranlasst, die zu bekommen von den anderen Behörden? Sie wussten ja aus dem Übersendungsschreiben, an welche anderen Behörden es gegangen ist: Landesamt für Verfassungsschutz in Thüringen und Bundesamt für Verfassungsschutz. Was haben Sie da veranlasst?

Vorsitzender Sebastian Edathy: In Sachsen-Anhalt.

Dr. Eva Högl (SPD): In Sachsen-Anhalt, genau.

Zeuge Olaf Christmann: Da haben wir uns erstens auf Sachsen verlassen und auf die Bedeutung der Person Mundlos, zu der ja auch in allen anderen Behörden seit November recherchiert wurde.

Dr. Eva Högl (SPD): Wie darf ich das verstehen, dass Sie sich auf Sachsen verlassen haben? Die Sachsen hatten ja gesagt: Hier ist das Übersendungsschreiben. Wir haben aber das Befragungsprotokoll nicht mehr. Ich will es nur verstehen. Was heißt, Sie haben sich auf Sachsen verlassen?

Zeuge Olaf Christmann: Das Dokument war im Besitz des LfV Sachsen, und dann - -

Dr. Eva Högl (SPD): Die hatten es aber nicht mehr.

Zeuge Olaf Christmann: Ja, aber die hätten eher als wir nachfragen können.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie darüber mit den Sachsen gesprochen?

Zeuge Olaf Christmann: Ich persönlich nicht. Ich bin mir nicht sicher, ob es ein Telefonat gegeben hat. Es war nur bei uns eine Selbstverständlichkeit, dass jede Behörde, die etwas hat, die etwas haben kann, nach ihren eigenen Fundstellen sucht.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Christmann, es ging darum, dass der MAD Kontakt mit Uwe Mundlos hatte, und da greifen Sie nicht selbst zum Hörer und klären möglicherweise mit den anderen Behörden, aber auch mit Sachsen, wer sich jetzt darum kümmert, dieses Befragungsprotokoll zutage zu fördern, oder wo das eventuell noch ist? Sie gehen davon aus, dass Sachsen sich schon kümmert?

Zeuge Olaf Christmann: Das ist tatsächlich so gewesen.

Dr. Eva Högl (SPD): Das muss ich nicht verstehen, oder? Ich meine, ist das nicht ausreichend brisant, wenn Sie erfahren, dass Ihr Amt, in dem Sie arbeiten, wo Sie an verantwortlicher Stelle tätig sind - - wenn rauskommt, dass Ihr Amt Kontakt hatte zu Uwe Mundlos? Setzt man da nicht alles in Bewegung, um alles zu erfahren und alle Dateien und jedes Blatt Papier und alles zu bekommen, was damit in Zusammenhang steht?

Zeuge Olaf Christmann: Wir haben eine Befragung drei Jahre, bevor er als Jenaer Bombenbastler bekannt wurde, und viele Jahre, bevor er dann im NSU Straftaten befangen hat.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Christmann, es geht um dieses Jahr! Es geht um Ihr Tätigwerden dieses Jahr, nachdem Sie erfahren haben, dass der MAD Kontakt hatte zu Uwe Mundlos. Darum geht es jetzt. Es geht nicht darum, was man damals nicht wusste und möglicherweise hätte wissen können oder so. Es geht darum, dass wir jetzt wussten, dass Uwe Mundlos bei der Bundeswehr war, ein Mörder war und dass der MAD Kontakt hatte.

Jetzt frage ich Sie mal: Hatte Ihr Präsident davon Kenntnis? Am 8. März haben Sie Ihren Präsidenten darüber informiert? Sie haben ja gesagt, Sie haben das Referat im

BMVg informiert. Haben Sie Ihren Präsidenten informiert?

Zeuge Olaf Christmann: Selbstverständlich.

Dr. Eva Högl (SPD): Und was hat der gesagt, was zu veranlassen ist?

Zeuge Olaf Christmann: Er hat es ebenso wenig wie ich als so brisant bewertet, weil es eben auch nicht unser Aktenbestand war und die - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist ein Witz. Doch mal gewesen war.

Zeuge Olaf Christmann: Ja, vor 17 Jahren.

Dr. Eva Högl (SPD): Und Interesse, das Protokoll zu bekommen und zu erfahren, was damals gelaufen ist, hatten Sie auch gar nicht?

Zeuge Olaf Christmann: Der Sachverhalt, der auf dem Übersendungsschreiben stand, nämlich Hören von rechtsextremistischer Musik, gemeinschaftlich in einer Kaserne, den haben wir so zahlreich, dass dahinter keine brisanten Inhalte zu stecken schienen.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber Herr Christmann, ich muss hier mühsam mich zusammenreißen, weil das Thema ist doch auch: Wer war da noch mit in der Kaserne? Was war drum herum? Was ist genau passiert? Was haben wir weiter veranlasst? Wie sind wir damit umgegangen? Also, ich meine, das interessiert einen ja sogar, wenn man eine ganz normale Bürgerin ist und sich interessiert für die Mordserie der Zwickauer Terrorzelle. Aber das interessiert einen doch insbesondere, wenn man Abteilungsleiter der zuständigen Abteilung im MAD ist. Also, das verstehe ich einfach nicht. War ganz egal? War banal?

Zeuge Olaf Christmann: Ich denke, wenn bei den anderen Namen, die auf dem Übersendungsschreiben standen, noch jemand dabei gewesen wäre, der auch in der Zeit danach zu einem prominenten Berühmten geworden wäre - -

Dr. Eva Högl (SPD): Also, Uwe Mundlos war doch prominent genug oder?

Zeuge Olaf Christmann: Ja, zu der Zeit war er aber ein normaler Szeneangehöriger, der mit anderen durch Dinge auffällig geworden ist - so, wie es dort stichwortartig stand -, die nicht mit Gewaltverbrechen, nicht mit Terrorismus zu tun hatten. Das kann man sagen: Ja, da hat er sich vielleicht radikalisiert, -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aha.

Zeuge Olaf Christmann: - und wir hätten jetzt den Radikalisierungsverlauf dadurch ermitteln können. Aber da sah ich zumindest keine koordinierende Ermittlungsrolle für den MAD, denn dass das 1995 so passiert ist, das wurde ja mehreren Behörden mit dieser damaligen Übermittlung des MAD mitgeteilt.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber das konnten Sie ja alles ohne das Befragungsprotokoll gar nicht ausschließen. Das konnten Sie ja gar nicht erkennen. Dazu brauchten Sie ja das Befragungsprotokoll.

Ich glaube, meine Zeit ist am Ende. Das setzen wir in der nächsten Runde noch mal fort.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Warum? Es wird doch gerade interessant. Also, wenn da irgendwie ein späterer Terrorist auf einem Vermerk nicht reicht, um mal nachzufragen - à la bonne heure! Es ist schon interessant. - Gut.

(Dr. Eva Högl (SPD): Nicht gut!)

Der Satz „Das war eine Fehleinschätzung“ scheint ja irgendwie offenkundig vielen Leuten sehr schwer über die Lippen zu kommen.

Die FDP hat das Fragerecht. Herr Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Christmann, was haben Sie gedacht, als wir Sie als Zeugen eingeladen haben?

Zeuge Olaf Christmann: Ich habe gedacht, dass es um aktuelle Dinge geht, die seit November in meiner Verantwortung passiert sind.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Und was haben Sie gedacht, als der Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde?

(Dr. Eva Högl (SPD): Ach du liebe Güte! - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt haben die Grünen sich doch durchgesetzt!)

Zeuge Olaf Christmann: Ich habe nicht gedacht, dass der MAD eine so

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Prominente Rolle spielt!)

prominente Rolle im Zusammenhang mit früheren Befragungen von extremismusverdächtigen Personen jetzt erlangt.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ich frage deshalb, weil wir auch den Eindruck hatten, dass der MAD den Untersuchungsausschuss nicht so wahrgenommen hat, zumindest mal im ersten Teil dieses Jahres. Deswegen würde mich mal interessieren - -

Zeuge Olaf Christmann: Das kann ich nicht bestätigen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wir haben ja mal geguckt, wie viele Akten wir so bis zum Sommer dieses Jahres vom MAD bekamen und wie viel wir jetzt seit Sommer dieses Jahres bekommen haben. Wie würden Sie denn die Einstellung des Militärischen Abschirmdienstes da charakterisieren, dass sich da möglicherweise etwas geändert haben könnte, und weshalb?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das würde ich doch so sehen!)

Zeuge Olaf Christmann: Die Beweisbeschlüsse, die den MAD betrafen, die im ersten Quartal - genaues Datum weiß ich nicht, aber ich denke, im Februar muss es gewesen sein - ergangen sind, haben uns von Beginn an beschäftigt. Dann gab es Überlegungen: Wo können wir denn Dinge finden, die diese Beweisbeschlüsse betreffen? Und es gab Abstimmungen mit unserem Ministerium, in welcher Form und in welcher Reihenfolge die Beweisbeschlüsse abzuarbeiten sind. Also, dass das für uns bedeutsam ist, war uns von Anfang an klar. Aber die Regelung, was wie in welcher Reihenfolge, die hat

etliche Woche gebraucht, bevor dann erste Produkte zusammengestellt werden konnten.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Was mich wunderte, war - ich fragte Ihren Vorgänger vorhin auch nach dem Aktenmanagement -, dass es - ohne jetzt die Bayern besonders hervorheben zu wollen oder auch andere - bei anderen Behörden deutlich schneller ging, dass es bei anderen Behörden deutlich weniger mit Schwärzungen stattfand als bei Ihnen, zumindest mal bis zu einer gewissen Zeit. Dann, wie gesagt, so ab Juli hat sich das plötzlich gedreht. Plötzlich bekamen wir eine ganze Menge von Informationen. Wie würden Sie diesen Kulturwechsel - so stellt es sich jedenfalls mir dar - beschreiben? Oder war das einfach nur - - Wenn Sie sagten, es hat eine gewisse Zeit gebraucht, bis man alles gefunden hat: Wie gesagt, die Bayern gingen ziemlich zügig dran, hatte ich den Eindruck. Warum hat es dann bei Ihnen so lange gedauert?

Zeuge Olaf Christmann: Ein wichtiger Grund mag sein, dass wir nicht Stichworte, Namen, Begriffe irgendwo eingeben und direkt passende Fundstellen haben. Wir haben tatsächlich - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Entschuldigung, wenn ich Sie kurz unterbreche. Aber wenn das, was Frau Högl gerade ansprach: „Mundlos‘ zum Beispiel ist doch nicht ein solches Stichwort, was man da findet, sondern“ - - Wie findet man dann bei Ihnen die Informationen?

Zeuge Olaf Christmann: Wir haben Akten tatsächlich händisch durchsuchen müssen, um die relevanten Fundstellen zu finden. Also, es gibt bei uns keine große elektronische Datenbank, wo man einfach nur 13 oder 41 Namen und einen Begriff wie „Thüringer Heimatschutz“ eingibt, und direkt hat man: In dem Dokument, auf der Seite taucht es auf. Und das hat eben viele Ressourcen gebunden und eine ordentliche Zeit gedauert.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wenn Sie eine Anfrage von einem anderen Dienst bekommen, wie lange dauert es denn dann grundsätzlich, bis Sie die beantworten?

Zeuge Olaf Christmann: Anfragen zu anderen Diensten, -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, von anderen Diensten.

Zeuge Olaf Christmann: - von anderen Diensten können wir im Hinblick auf Personen, die bei uns in Bearbeitung sind, beantworten. Aber wir sammeln nicht über Jahre und Jahrzehnte alles, was irgendwo in Befragungen an Informationen aufkam. Dem stehen unsere Speicherrichtlinien entgegen. Also, andere Dienste fragen uns nicht zu Erkenntnissen. Jedenfalls ist dann die Ausbeute sehr gering, wenn das nicht in unsere Zuständigkeit fällt.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sind die Speicherrichtlinien bei Ihnen nicht im Verfassungsschutzverbund vergleichbar?

Zeuge Olaf Christmann: Bei uns orientieren die sich an der Zuständigkeit für eine Person, also für die Person, die Vorgangsträger ist, die Verdachtsperson ist. Und es kann tatsächlich sein, dass all das, was im Zusammenhang mit dieser Person in der Operation ermittelt wurde, bei uns im Hause, wenn dann die Speicherberechtigung nicht mehr vorhanden ist, auch vernichtet wird, gelöscht wird, und dadurch haben diese Aussteuerungen an zivile Behörden, die andere Zuständigkeiten haben, ein großes Gewicht, weil das Wissen dann dorthin verlagert wird. Das wird nicht bei uns doppelt auch noch mal über einen längeren Zeitraum gespeichert, sondern wir lagern quasi das, was wir an Informationen ermitteln, aus an andere Behörden, die es dann im Rahmen ihrer Zuständigkeit, wenn es um Gruppierungen, Szenen geht, speichern.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wann haben Sie denn angefangen zu suchen für die Unterlagen des Untersuchungsausschusses? Also, das ist vielleicht ein bisschen sarkastisch gefragt, aber, wie gesagt, mich würde einfach interessieren, wie schnell Sie bereit waren, weil - ich sage es mal so - es gab Behörden, die nach dem 04.11., spätestens ab dem 08.11. letzten Jahres richtig auf Habacht waren, um es mal so auszudrücken. Bei Ihnen hatte ich den Eindruck, dass es ein bisschen - - Ja.

Zeuge Olaf Christmann: Die Anfragen der ermittelnden Behörden, der Strafverfolgungsbehörden, die haben wir sofort angepackt, wenn sie oder nachdem sie eingegangen sind. Also, das fing ja im November an und ging dann schon viele Wochen, bevor der Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde. Und nachdem die Regeln klar waren, haben wir auch für die Zusammenstellung der Unterlagen für den U-Ausschuss sofort angefangen zu suchen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sie sind nur bei uns verhältnismäßig spät angekommen, hatte ich jedenfalls den Eindruck.

Aber für mich war auch die Frage - und das steckt ein bisschen dahinter -, weil Ihr Vorgänger gesagt hatte: Als wir den Untersuchungsausschuss „Rechtsradikalismus in der Bundeswehr“ Ende der 90er-Jahre hatten, hätte sich viel geändert. Da hätte auch ein Mentalitätswechsel stattgefunden. Man hätte beim MAD gemerkt, dass da Sachen, die vorher passiert sind, nicht mehr passieren. - Aber dann wäre ich doch jetzt an Ihrer Stelle richtig bereit auch, nach dem einen Untersuchungsausschuss jetzt bei diesem Untersuchungsausschuss besonders aktiv zu werden. Den Eindruck hatte ich nicht. Aber das vertieft sicherlich die Kollegin nachher auch noch im Zuge der anderen Fragen, die wir schon mal hatten.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja!)

Ich würde gerne noch was anderes ansprechen, und zwar: Mich würde interessieren, ob Sie sich mal die Waffen angeschaut haben, die gefunden worden sind in der Frühlingsstraße und auch in Eisenach. Haben Sie sich da mit denen mal auseinandergesetzt?

Zeuge Olaf Christmann: Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gar nicht?

Zeuge Olaf Christmann: Da kenne ich Fotos, so wie sie auch in der Presse aufgetaucht sind, also verkohlte Waffen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ich frage deswegen, weil Herr Frisch sich in dem Untersuchungsausschuss Rechtsradikalismus 97 dahin gehend äußerte, dass es in der Bundeswehr deswegen für junge Rechte interessant sei, weil man dort das Waffen-

handwerk ja lernen könne, und es deswegen für die Szene interessant sei, in die Bundeswehr zu gehen.

Mich würde auch interessieren: Damals hat man dann, zumindest Herr Huth, hätte man darauf reagiert, der Bezug zur Waffe oder - ich sage es auch noch anders - zum Sprengstoff. Das hat Sie nicht interessiert?

Zeuge Olaf Christmann: Wir sind nicht dazu da, den Strafverfolgungsbehörden, insbesondere hier dem BKA, in ihre Ermittlungen hineinzufuhrwerken.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Christmann, dann werde ich konkreter. Es gab Medienberichte, wonach Anfang der 90er-Jahre gerade auch in den betroffenen Ländern aus NVA-Beständen Waffen und Sprengstoff verloren gegangen seien, und damals hätte sich der Militärische Abschirmdienst sehr wohl dafür interessiert, wo diese Bereiche hingegangen sind oder wo auch Sprengstoff beispielsweise verschwunden ist, Waffen hingegangen sind. War das für Sie kein Thema, bei diesem Waffenarsenal, bei zum Teil ausländischen Waffen da nachzuschauen, im Prinzip im Hinblick auch darauf, dass sehr schnell zum Beispiel Herr Wohlleben auch im Fokus stand, von ihm mal kurz das Gerücht aufgetaucht sei, er wäre nicht nur Wehrdienstleistender bei der Bundeswehr gewesen? Haben Sie sich dafür nicht interessiert, was für Waffen, welche Spuren, welche Entwicklungen hier die wesentliche Tatwaffe zum Beispiel, aber auch andere genommen haben?

Zeuge Olaf Christmann: Es ist bei weitem nicht unsere Zuständigkeit, irgendwelche Ermittlungen zu Waffen, die jetzt sichergestellt oder aufgefunden wurden, zu tätigen, also Waffen zu untersuchen und dann zu mutmaßen: Wo könnten die hergekommen sein?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also gerade die Anziehungskraft - Sie machen ja den Bereich Rechtsextremismus - Waffe, Wege von Waffen und auch möglicherweise von Sprengstoff, die Konnexität haben Sie bisher nie gezogen oder haben Sie in diesem Fall nicht ziehen wollen oder können?

Zeuge Olaf Christmann: Mir ist nicht bekannt, dass eine der Waffen eine in der Bundeswehr gebräuchliche Waffe wäre.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Nein, darum geht es mir auch nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wolff, denken Sie an die Zeit, bitte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Abschließend. Mir ging es um die Frage: Sie sagen jetzt, Sie wissen es nicht, ob eine von der Bundeswehr betroffene - - Aber Sie haben vorhin gesagt, Sie haben es sich nicht angeschaut. Wissen Sie es jetzt sicher, dass es nicht so ist, oder wissen Sie es nicht?

Zeuge Olaf Christmann: Da vertraue ich auch auf das BKA, dass die auf uns zugekommen wären, wenn sie innerhalb der Bundeswehr irgendjemanden als Ansprechpartner gebraucht hätten, um da weiter zu ermitteln.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zur Linksfraktion. Frau Pau, bitte.

Petra Pau (DIE LINKE): Herr Christmann, ich will mich zuerst einmal einem ganz anderen Komplex zuwenden. Sie haben eben schon auf die Nachfrage beschrieben, welche Anstrengungen Sie unternommen haben, um den Ermittlungsbehörden und auch dem Untersuchungsausschuss die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sind aber in diesem Zeitraum, jedenfalls ausweislich der Akten MAT B MAD-1/1, Blatt 1 beim MAD nach dem 4. November 2011 noch 17 VS-Vertraulich eingestufte Akten mit Bezug zum Rechtsextremismus vernichtet worden, und - Sie hatten es vorhin eingangs auch schon dargestellt - erst am 19. Juli 2012 wurde dann auf Bitten des Untersuchungsausschusses ein vorläufiger Stopp für Aktenvernichtungen aus dem Bereich Rechtsextremismus auch beim MAD verfügt. Und dazu habe ich einfach ein paar Fragen.

Wenn ich mir die Liste der vernichteten Akten anschau, die uns in MAT A MAD-1/1, Blatt 3 ff. vorliegt, dann fällt auf, dass noch am 8. März 2012 eine Auswerteakte zur

„Fränkischen Aktionsfront“ vernichtet wurde, immerhin eine Nachfolgeorganisation des „Fränkischen Heimatschutzes“, mit der Begründung, die Organisation existiere nicht mehr, und die Erkenntnisse wären veraltet. Nun wissen alle, die sich intensiv mit dem NSU-Komplex befassen, dass das Kerntrio des NSU engste Kontakte in die fränkische Neonaziszene hatte und natürlich auch zu Aktivisten der „Fränkischen Aktionsfront“. Einer der führenden Aktivisten dieser Aktionsfront, Matthias F., findet sich sogar auf der Adressliste des Mundlos, die damals in der Garage gefunden wurde, und es finden sich auch Angaben zu einer bekannten Neonazikneipe in Nürnberg auf dieser Adressliste. Können Sie mir erklären, wie man auf die Idee kommen kann, im März 2012 Akten zu vernichten, bei denen man davon ausgehen muss, dass sie sehr wohl einen Bezug zum NSU-Komplex haben?

Zeuge Olaf Christmann: Wir mussten keineswegs davon ausgehen, dass sie einen Bezug zum NSU-Komplex haben. Seit November gab es Namen, gab es eine Fokussierung auf Thüringen, und wir hätten niemals etwas vernichtet, was uns bekannt gewesen wäre als damit in Verbindung stehend. Wir haben aber den allgemeinen Bereich Rechtsextremismus nicht als NSU-Bezug gesehen. Und daher gab es auch keine Anweisung, nichts mehr aus dem Bereich Rechtsextremismus zu vernichten, bis jetzt im Sommer, sondern für uns bedeutet NSU die Personen, die uns als im Ermittlungszusammenhang stehend benannt werden, und das, was uns bis zu dem Zeitpunkt, wo eine Überprüfung der vorhandenen Unterlagen, die für unsere Aufgabenerfüllung nicht mehr vorhanden sein mussten und durften, bekannt war.

Petra Pau (DIE LINKE): Können Sie mir sagen, ob diese Akte noch einmal inhaltlich angesehen wurde, bevor sie vernichtet wurde, oder ist das einfach nach Blick auf den Aktendeckel so entschieden worden: „Das kann keinen NSU-Bezug haben“, obwohl wir schon über Zeugenladungen aus dem bayerischen Bereich nachdenken, die Öffentlichkeit über die Verbindungen des „Thüringer Heimatschutzes“ zur „Fränkischen Aktionsfront“ debattiert, Zeitungen so etwas veröffentlichen?

Zeuge Olaf Christmann: Das kann ich sagen; denn es gab die Anweisung von mir, seit November laufend: Wenn noch etwas zu vernichten ist - da geht es eben auch um den Ablauf der Speicherberechtigung -, jedes Mal zu prüfen, ob die Inhalte für Anfragen anderer Behörden oder dann halt auch für den U-Ausschuss relevant sind. - Und wenn das der Fall gewesen wäre, dann wäre das nicht vernichtet worden.

Petra Pau (DIE LINKE): Wir stehen ja vor der Schwierigkeit - ich will Ihnen das nur erklären -, dass wir regelmäßig hören: Das, was wir hatten und leider nicht mehr haben, hat auf gar keinen Fall NSU-Bezug. - Dann finde ich aber nirgendwo einen Beleg, wie man das in irgendeiner Weise geprüft hat, weil man konnte gar nicht wissen, was NSU-Bezug hat. Das ging uns so bei Baden-Württemberg und dem Ku-Klux-Klan; das geht uns aktuell im Moment gerade wieder so bei den in Berlin leider einen Tag nach Auffliegen der Vernichtung der Akten des Bundesamtes für Verfassungsschutz noch geschredderten Akten. Da wurde uns auch erklärt: Hat keinen NSU-Bezug. - Dann werden aber die Stichworte genannt, unter denen die Akten geführt wurden, und dann kommt eben das Landser-Verfahren, da kommt die verbotene „Heimattreue Deutsche Jugend“, alles Dinge, die zumindest hier diesen wissenden Kreis sofort dazu gebracht hätte, nicht nur Alarmglocken klingeln zu lassen, sondern wirklich die Stecker zu ziehen, damit nicht ein Stück Papier vernichtet wird. Deswegen noch einmal: Wie kann ich mir so eine verantwortliche Prüfung vorstellen?

Zeuge Olaf Christmann: Das bis dahin Bekannte und Bewusste als für NSU von Interesse, für andere Behörden, für den U-Ausschuss von Interesse wäre nie vernichtet worden. Und ergänzend kann ich sagen: Diese Unterlagen sind Hintergrundinformationen, die zusammengestellt wurden aus Informationen anderer Behörden. Also wenn hier eine Auswerteakte zu einem bestimmten Thema im MAD existiert, dann sind das Hintergrundinformationen, die nicht MAD-exklusiv sind.

Petra Pau (DIE LINKE): Wollen Sie mir damit andeuten, dass wir wie bei anderen vernichteten Akten noch eine Chance haben, wenn wir jetzt unsere Fantasie spielen lassen

und unsere Erfahrungen einbringen, dass sich gegebenenfalls im Bestand anderer Behörden dazu noch etwas findet? Ich meine, es gibt ja nur eine Behörde, die gleich nach dem 4. November gar nichts mehr geschreddert hat, vorbildlich entschieden hat: „Wir fassen nichts an, was mit Rechtsextremismus zu tun hat“, nämlich das BKA. Aber vielleicht finden wir ja noch irgendwo anders was.

Zeuge Olaf Christmann: Das kann ich nicht sagen, wo eventuell Inhalte noch zu finden sind. Wir hätten jedenfalls keine OP-Akte - und das waren keine OP-Akten - zu einer Quelle vernichtet - so etwas haben wir nämlich nicht -, weil da die große Wahrscheinlichkeit besteht, dass MAD-exklusive Informationen noch drin enthalten sind. Das sind ja eigene Ermittlungsergebnisse. Genauso wie eine Verdachtsperson, wenn da noch eine Akte existiert hätte, die sich in der Region bewegt hätte oder solche Bezüge gehabt hätte, dann hätten wir auch nicht vernichtet.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich fürchte, meine Zeit ist um, oder?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist korrekt.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich hätte noch eine Frage, die man mit Ja oder Nein beantworten kann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie müssen wissen, ob Sie das in der zweiten Runde machen. Von mir aus können Sie die Frage auch gern jetzt stellen.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich habe einfach die Frage, ob Sie Kenntnis haben, ob sich Angehörige des MAD am 4. November 2011 in Eisenach aufgehalten haben.

Zeuge Olaf Christmann: Das weiß ich nicht.

Petra Pau (DIE LINKE): Also Sie haben keine Kenntnisse dazu?

Zeuge Olaf Christmann: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger hat sich gemeldet.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Darf ich noch kurz?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sind Sie einverstanden, Herr Wieland?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Christmann, auf die Frage der Kollegin Pau: „Können Sie mir sagen, ob sich am 4. November oder vielleicht auch am Tag danach der MAD in Eisenach, wo das Duo aufflog, aufgehalten hat?“, hätte ich eigentlich ein klares Nein erwartet. Zu sagen: „Das weiß ich nicht“, überrascht mich jetzt.

Zeuge Olaf Christmann: Ich weiß nicht, ob irgendein MAD-Angehöriger ob nun dienstlich, privat, sonst wie, ob nun - - Also im Auftrag meiner Abteilung nicht. Ob irgendein MAD-Angehöriger - wir haben so viele Aufgabenfelder - zu der Zeit eine Dienst- oder Privatreise, die ihn durch Eisenach geführt hat, gemacht hat, weiß ich nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die Privatreise will ich ja nicht wissen; das kann ja vorkommen. Aber eine Dienstreise in die Nähe eines Tat- und Einsatzortes, der das Ende einer beispiellosen Verbrechenserie markiert, ich sage mal, das wüsste ich als Behördenleiter von jedem, der auch nur in der Nähe war, zumindest zehn Monate später, vielleicht nicht am gleichen Tag. Gibt es denn da in der Nähe eine MAD-Außenstelle?

Zeuge Olaf Christmann: In Eisenach nicht, nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): In der Nähe?

Zeuge Olaf Christmann: Auch nicht. Es gibt zwar - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wo ist die nächste?

Zeuge Olaf Christmann: Das ganze Bundesgebiet ist aufgeteilt in regionale Zuständigkeiten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und wo ist die nächste von Eisenach?

Zeuge Olaf Christmann: Eisenach - das müsste Leipzig sein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland, sind Sie einverstanden, wenn auch Frau Högl noch kurz eine Frage stellt?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jeder, der auch immer will, darf hier Fragen stellen.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Wieland, Sie sind aber großzügig.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht kann ja mal jemand sagen, wo dieses Gerücht herkommt, dass der MAD in Eisenach war. Wenn man den Zeugen danach fragt, dann wüsste ich gern mal, ob da Substanz dran ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das kann doch nur Frau Pau beantworten, glaube ich, weil sie die Frage gestellt hat. - Jetzt hat erst einmal Frau Dr. Högl das Wort. Frau Pau überlegt noch, ob sie etwas sagen will.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich wollte nur anregen, dass das förmlich beantwortet wird. Wenn der Zeuge das hier nicht beantworten kann, dann könnten wir vielleicht mal vom Bundesministerium der Verteidigung eine Antwort bekommen, ob es Dienstreisen von Angehörigen des MAD nach Eisenach gab und ob es dort eine Anwesenheit gegeben hat. Das ist ja dann von Interesse. - Vielen Dank.

OTL Hartwig Tombers (BMVg): Ich werde diese Frage sehr gern aufnehmen und Ihnen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Antwort zukommen lassen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Nun hat das Fragerecht aber die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Christmann, als Sie für den Süden zuständig waren - ich habe mir aufgeschrieben: ab November 2006 -, ist da je von

der BAO „Bosporus“ - Sie wissen ja, was das ist und was die untersucht haben - jemand an Sie herangetreten vonseiten der Polizei, oder wissen Sie, ob Ihr Amt mit der Frage, wer hinter dieser Mordserie stehen könnte, konfrontiert wurde?

Zeuge Olaf Christmann: Das ist mir nicht erinnerlich. Dass die BAO „Bosporus“ den MAD um Hilfe gebeten hat, um Informationen, ob Erkenntnisse zu irgendetwas vorliegen, ich denke, daran würde ich mich erinnern, aber ich kann es mir nicht vorstellen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben ein Protokoll BAO „Bosporus“, wo Sie ein Arbeitsgespräch geführt haben mit Mitarbeitern des bayerischen Landesamtes, Außenstelle Nürnberg, und da wurde gesagt, nachdem man die Rechtsterroristen, die infrage kommen, in Bayern durchgegangen war, also durchaus auf der richtigen Spur war: Als weiterer Ansprechpartner wurde auch der MAD genannt. - Nun kann man daraus nicht ersehen, ob dann auch die Ansprache erfolgte beim MAD. Aber unsere Akten sind eben sehr, sehr fragmentarisch, aus Datenschutzgründen, wie Sie immer betonen; deswegen muss ich nach der Erinnerung fragen, ob da irgendwas mal kam.

Denn wir wissen darüber hinaus, dass im Jahr 2008 am 11. März offenbar eine Besprechung stattgefunden hat, wiederum von Polizeibeamten aus der BAO „Bosporus“ mit Angehörigen der MAD-Stelle 62 in Amberg. Nun hat schon Ihr Vorgänger, Herr Huth, gesagt: Die haben eine ganz andere Aufgabe gehabt sozusagen, als Ihre Abwehr- oder als Ihre Extremismus- und Terrorismusabwehraufgabe gewesen ist. - Können Sie damit was anfangen?

Zeuge Olaf Christmann: Nein. Ich glaube mich zu erinnern, dass es eine an die Bundeswehr gerichtete Frage gab, bin aber nicht sicher, wann und von wem genau, ob zu irgendwelchen geografischen Gebieten Luftaufnahmen vorliegen. Aber eine Anfrage an den MAD, ob er eigene Informationen hat, ist mir nicht erinnerlich. Und das andere - wie gesagt, mit vielen Unsicherheiten behaftet, aber da klingelt eine leise Glocke, dass es irgendwo seitens einer Polizeibehörde eine Frage gab: „Gibt es in der Bundeswehr irgendwelche Informationen?“, aber nicht Dinge, die der MAD hätte liefern können.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, nach diesem Vermerk hier - ich halte Ihnen das gerne mal vor -, MAT A BY-6/1, Blatt 91:

Heute suchten KHK Hausch und Unterzeichner die MAD-Dienststelle 62 in Amberg, Leopoldkaserne, auf, um die Zusammenarbeitsmöglichkeiten MAD/MK Bosphorus mit dortigen Offizieren zu besprechen. Die Herren des MAD hatten sich bzw. waren offenkundig über wesentliche Inhalte des Falles informiert.

Und dann ist man im Grunde gesprächsweise durchgegangen, ob der Täter ein Bundeswehrangehöriger sein könne, der möglicherweise im Kosovo war, und dann kam von den MAD-Offizieren sogar der Hinweis, es könnte auch ein Soldat der KSK in Calw sein, weil die so ein handwerkliches Tötungskönnen, wie es hier wörtlich heißt, dort lernen, also ein Bild, dass der MAD sich durchaus auf die Suche auch macht nach einem Täter, der aus Hass oder aus anderen fremdenfeindlichen Motiven dort unterwegs sein könnte.

Zeuge Olaf Christmann: Das möchte ich ausschließen, dass der MAD, wenn ich das so höre, danach eigene Ermittlungen, um Täter zu suchen, angestellt hat. Das klingt für mich, wie ich es jetzt höre, eher nach einem Beratungsgespräch und hat auch einiges Spekulatives.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig, ein Beratungsgespräch war es, aber nun tätig werden auf jeden Fall in Form eines Beratungsgesprächs, eines Hinweises und einer Überlegung: Wenn Bundeswehr, dann könnte dies oder das der Fall sein.

Zeuge Olaf Christmann: Das, was Sie gerade zitiert haben, höre ich zum ersten Mal.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, es wäre ja auch nicht so eine richtig heiße Spur gewesen. Nur, meine Frage in dem Zusammenhang ist eine ganz andere: Wenn schon der MAD mit der Einzeltätertheorie konfrontiert wird - und wir wissen ja nicht, wo überall -, dann könnte man sich ja eventuell denken, dass der MAD sagt: Im Übrigen hatten wir auch lupenreine

Rechtsextremisten bei unserer Truppe, und zwar nicht zu wenige, können wir die ja mal durchgehen, bevor wir beispielsweise an KSK-Soldaten in Calw denken.

Zeuge Olaf Christmann: Kann ich zu dem konkreten Fall nichts sagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele, Sie hätten 30 Sekunden.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 30 Sekunden, das reicht für zwei Fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will die eine ganz schnell stellen, nämlich: Haben Sie sich mal darum bemüht, herauszubekommen, wer der Mann im MAD gewesen ist, der damals 1995 dieses Gespräch mit Herrn Mundlos geführt hat?

Zeuge Olaf Christmann: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie ihn herausbekommen?

Zeuge Olaf Christmann: Nein. Wir haben uns bemüht und wir sind noch nicht am Ende mit den Bemühungen. Das kann ich aus den letzten Wochen tatsächlich schildern: Wir haben keine Dokumente - das ist sicher -, aus denen das hervorgeht. Aber wir haben natürlich einige aktive Leute noch im MAD, ja, doch, im aktiven Dienst stehende und auch aktive. Wir haben einige aktive MAD-Angehörige, die wir sehr zügig fragen konnten, ob sie selbst an dieser Befragungsaktion, wo es ja um mehrere Personen ging, beteiligt waren, und wir haben auch Hinweise von den Aktiven bekommen: Fragt doch mal den und den Pensionär; der könnte auch in der Region an so etwas beteiligt gewesen sein.

Das ist eine Größenordnung von 30 Leuten, von denen wir schon über 20 persönlich gefragt haben. Die wir noch nicht gefragt haben, sind Pensionäre, die wir erst einmal erreichen müssen. Ich habe selbst vor zwei Wochen mit einem Pensionär gesprochen, der mir sagte: Ja, ich war bei der Aktion

dabei, aber ich habe nicht den Mundlos befragt, sondern ich habe einen der anderen Soldaten befragt. - Er konnte sich daran noch erinnern. Denn das war das Nächste, was ich ihn gefragt habe, wieso kann er sich an Dinge, die 17 Jahre zurückliegen, erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann ist er besser als Herr Huth.

Zeuge Olaf Christmann: Nein, er hat danach den Schwerpunkt in seinem dienstlichen Tun gehabt: Vorträge in der Truppe über rechtsextremistische Musik. - Deswegen hat er zu dem Sachverhalt Befragung zu solchen Auffälligkeiten noch diese Erinnerung gehabt, weil das unmittelbar vor seiner Vortragstätigkeit war. Das hat in seinem Gedächtnis diese Sache noch verankert.

Und er hat mir einen weiteren Pensionär genannt, mit dem ich letzte Woche telefonieren konnte. Der erste hat gesagt, er glaubt, dass der das war. Und der sagte mir jetzt: Nein, daran erinnere ich mich beim besten Willen nicht. - Die vermeintlich vorletzte Woche aufgekommene heiße Spur ist also bisher nicht zum Ergebnis gekommen. Dieser MAD-Angehörige hat mir aber wiederum einen Pensionär genannt, den wir jetzt noch sehr zügig versuchen werden zu erreichen. Und Sie glauben gar nicht, wie viele Pensionäre nicht am Wohnort unter ihrer Festnetznummer schnell erreichbar sind.

(Zuruf: Alle in Mallorca!)

Wir bleiben aber dran.

Für mich zeigt dieser Umstand, dass da keiner sagen konnte: „Ja klar, Folgendes war der Inhalt, und so und so ist es gelaufen“, dass es keine wirklich herausragende Sache war. Ich selbst war ja in einer, wie ich bei meinem Werdegang geschildert habe, vergleichbaren Zeit auch Ermittler in einer MAD-Stelle und habe mich auch mit Sachverhalten beschäftigt unterschiedlichster Natur. Ich wüsste jetzt nicht mehr, was ich vor 17 Jahren im Einzelnen bei solchen Befragungen gemacht habe, und schon gar nicht hätte ich ein Gesicht vor Augen, wen ich da befragt habe. Also mir kommt das alles sehr einleuchtend vor, was ich bei den bisherigen Ermittlungen dazu gehört habe. Aber diese Restmenge von Leuten, die auch noch infrage kommen, die werden schnellstmöglich kontaktiert, und das Problem ist halt, dass es nicht eine vollständige Personenliste aus der

Zeit gibt von MAD-Mitarbeitern, die für diese Region zuständig waren. Man muss sich also durchhangeln.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kämen zur nächsten Berliner Runde. Frage-recht Union, Herr Schipanski.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Christmann, ich will noch einmal an das anknüpfen, was die Frau Vizepräsidentin gefragt hat im Rahmen der Aktenvernichtung. Waren Sie denn an der Erstellung der Liste der vernichteten Akten selbst mit beteiligt gewesen?

Zeuge Olaf Christmann: Ich habe mich natürlich dafür interessiert und habe auch selbst bei der VS-Registrierung Einsicht genommen, ob nicht noch mehr zu den Inhalten herauszufinden ist. Bei Vernichtungsverhandlungen werden Stichworte notiert, und mir ging es schon sehr darum, zu erfahren: Was steckte hinter dem jeweiligen Dokument? - Und das, was wir in dieser Liste aufgeführt haben, ist aber das Maximum, was wir jetzt noch zu den Inhalten wissen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Dann müssen Sie aber doch anscheinend nach gewissen Kriterien oder Indizien gearbeitet haben, weil Sie haben uns ja gerade geschildert, Sie hätten danach einen NSU-Bezug geprüft. Was waren denn da die Kriterien oder Indizien?

Zeuge Olaf Christmann: Nein, es war die Vorgabe von mir für jeden, der eine Vernichtung vorhat, zu prüfen, und zwar anhand der bei uns in der Abteilung vorliegenden Informationen, Namenslisten, Sachverhalte, ob da etwas drinsteckt, was eine Fundstelle für eine andere Behörde, also BKA, GBA, oder U-Ausschuss sein kann. Das war die Vorgabe. Ich habe nicht persönlich jedes einzelne Dokument gesichtet, bevor es vernichtet wurde. Und im Übrigen - ich kenne ja die Liste - 17 Dokumente, also 17 Akten, die aber zum Teil auch nur aus einem Dokument bestehen, das ist ja keine Riesenzahl und, wie gesagt, nur eine OP-Akte zu einer Verdachtsperson und ansonsten Hintergrundinformationen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, aber das Spannende ist ja: Das sind ja

17 Akten gewesen, die faktisch VS-Vertraulich oder höher eingestuft waren.

Zeuge Olaf Christmann: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Und wir konnten Ihrem Präsidenten das letzte Mal entnehmen, dass Sie keine Vernichtungsverhandlungen führen bei sogenannten Verdachtspersonenakten, wie das bei dem Mundlos der Fall war, bzw. bei Akten, die nur VS-NfD eingestuft sind. Das heißt, dann können Sie auch nicht ausschließen, ob denn da Akten in diesem Bereich, die weiter unten eingestuft waren, vernichtet wurden?

Zeuge Olaf Christmann: Das Zweite ist richtig. Es wird kein Nachweis geführt über Vernichtungen von VS-NfD-Material; das ist richtig. Akten zu Verdachtspersonen werden bei uns seit 2006 nur noch als elektronische Akten geführt, und da wird es protokolliert, wenn etwas gelöscht wird. Deswegen wissen wir in dem Bereich sicher, dass das nur diese eine Akte war, also diese eine OP-Akte, die hier zu einer Verdachtsperson auch gelöscht wurde. Die anderen Dokumente, die dort auf der Liste stehen, waren Papierdokumente, die tatsächlich physisch vernichtet wurden.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. Und wo ist der Unterschied zwischen der Verdachtspersonenakte und den 17 anderen Akten?

Zeuge Olaf Christmann: Die Verdachtspersonenakte ist eine OP-Akte, wo wir selber Ermittlungen geführt haben. Die anderen Dinge sind Hintergrundinformationen zu Parteien. Beispiel Republikaner, ist auch ein vernichtetes Aktenkonvolut, also ist eines der Dinge, die eben nicht mehr vonnöten waren. Diese Sache ist im ersten Quartal auch betrieben worden, weil wir zum 1. April diese große Umstrukturierung in Angriff nahmen und das auch mit Umzügen im Hause und mit, ja, körperlichen Veränderungen von Akten zu tun hatte. Deswegen wurde vor diesem Umzug, dieser Umstrukturierung auch noch einmal genau geschaut: Was haben wir noch, was wir aber nicht mehr haben dürfen oder nicht mehr brauchen?

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. Das heißt, der Umgang mit den Aktenbeständen, das läuft bei Ihnen seit Jahren so,

seit den 90er-Jahren bis jetzt ist es immer die gleiche Unterteilung der Akten, die gleichen Wege?

Zeuge Olaf Christmann: Es gibt aus früheren Zeiten noch Papierakten, die einzelne Operationen betreffen, die aber abgeschlossen sind, und laufende OP-Akten sind elektronische Akten. Wenn dann Papiere, so wie jetzt, geführt werden und nach einigen Jahren zur Vernichtung gelangen, dann sind das keine OP-Akten, sondern Sammlungen von Informationen. Da können auch Zeitungsartikel drin sein, da können zusammenfassende Schreibungen, Bewertungen anderer Behörden sein. Das sind keine vom MAD erstellten Akten.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur SPD. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Christmann, wir setzen das noch einmal fort, was wir eben beenden mussten, weil die Zeit um war. Sie haben ja an meiner Reaktion gemerkt, dass ich mit Ihren Antworten auch nicht so einverstanden war, was das Engagement angeht.

Nun haben Sie dann einen neuen Präsidenten bekommen, Herrn Birkenheier, mit dem Sie ja auch hier waren im September. Der hat ja sofort die Sache ganz anders behandelt, die Frage Befragungsprotokoll, und noch mal eine Abfrage gestartet und so. Sie haben sicherlich mit Ihrem neuen Präsidenten darüber gesprochen. Haben Sie versucht, ihn davon abzuhalten, da Engagement zu entfalten, oder wie haben Sie darauf reagiert? Der hat das ja ganz anders gehandhabt, diesen Sachverhalt.

Zeuge Olaf Christmann: Ich habe ihn keineswegs davon abhalten wollen. Er hat bei einer Einweisung dort eine Frage gehabt und hat dann gesagt, man sollte doch mal nachforschen, selbst wenn es nicht unsere Rolle, unsere Zuständigkeit ist, halt einfach aus Interesse.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann will ich Sie noch mal mit etwas anderem konfrontieren und wüsste gerne Ihre Meinung dazu. Das Stichwort ist Personalakte Uwe Mundlos. Nur zur Erinnerung noch mal ein paar Daten: Das

Bundesministerium der Verteidigung weiß seit dem 14. November 2011, dass Uwe Mundlos bei der Bundeswehr war. Es gab dann Anfragen vom Bundeskriminalamt, eine vom 5. Dezember 2011 und eine noch mal vom 4. Januar 2012, bei Ihnen zur Frage Wehrdienstzeit von Uwe Mundlos usw. Sie veranlassen dann, dass die Personalakte von Uwe Mundlos vom Kreiswehersatzamt Erfurt zu Ihnen kommt. Sie schreiben das am 17. Februar 2012 und lassen dann mit Kurier oder Boten oder wie auch immer am 24. Februar das abholen; um 7.12 Uhr wird das abgeholt vom Kreiswehersatzamt Erfurt, und das Bundeskriminalamt bekommt die Personalakte am 7. März 2012. Ist das nicht ein bisschen spät angesichts der Brisanz dieser Vorgänge? Und der Untersuchungsausschuss bekommt die Personalakte am 13. September 2012.

Zeuge Olaf Christmann: Also ich habe das in meiner Verantwortung Liegende, glaube ich, getan seit Dezember.

Dr. Eva Högl (SPD): Das war was?

Zeuge Olaf Christmann: Das war die Information des Ministeriums, dass das BKA Interesse hat an Informationen zu der Wehrdienstzeit, die aber nicht im MAD vorhanden waren, sondern die an anderer Stelle in der Bundeswehr beschafft werden müssten. Dann gab es eine Erörterung, welche Rolle der MAD bei diesem Verfahren übernehmen soll. Ende Januar gab es dann einen Erlass des Fachaufsichtsreferats, dass wir diese sogenannte Postbotenfunktion übernehmen sollen, also die Personalakte, im Kreiswehersatzamt vorliegend, auch nicht bei uns kopieren, ablegen, sondern wirklich nur sichten und zum BKA transportieren sollen.

Also die Rolle des MAD wurde zuerst diskutiert, bis zu diesem Erlass. Dann gab es weitere Erörterungen mit dem Referat im Ministerium, das den Kreiswehersatzämtern vorgesetzt ist. Erst nachdem die Lage, wer macht jetzt was, wirklich glasklar war, ist es dann zum Ausführen gekommen, also zum Abholen und Überbringen der Akte.

Dr. Eva Högl (SPD): Dazu habe ich zwei Fragen, Herr Christmann. Die eine Frage ist: Haben Sie das nicht merkwürdig gefunden oder wie haben Sie das gesehen, dass Sie für zuständig erklärt wurden, wenn auch nur als Kurier? Es wurde ja ausdrücklich festge-

halten, dass Sie nicht zuständig sind als MAD, sondern das Bundesministerium der Verteidigung. Wie haben Sie das denn empfunden, dass das Bundesministerium der Verteidigung - ich verstehe das so aus den Akten - versucht hat, diesen ganzen Vorgang ziemlich weit von sich weg zu halten und Ihnen zuzuschieben?

Zeuge Olaf Christmann: Nein, wir sahen da beide einen Vorteil, dass der MAD zumindest Kenntnis vom Inhalt erlangt, auch wenn er dann die Informationen nicht bei sich behält und speichert, aber zumindest prüft, ob er aktuell irgendeine Form von Zuständigkeit bekommt. Es ging ja nicht nur um diese eine Akte, sondern es ging ja auch darum, ob in anderen KWEA-Akten⁴ zu anderen Personen Informationen drin sind, die wir kennen sollten, auch aktuell kennen sollten.

Wir wollten selber auch nicht das BKA bloß an andere in der Bundeswehr verweisen - „Geht doch dorthin und besorgt euch alles“ -, weil wir weiterhin auch ein guter Zusammenarbeitspartner für das BKA sein wollten, also der Eingangs-Port in die Bundeswehr für Anliegen, Fragen des BKA. Das war auch unser Anliegen, und das hat das Fachaufsichtsreferat genauso gesehen, und deswegen wurde eine Lösung gesucht, wie der MAD dort eine sachgerechte Rolle ausfüllt.

Dr. Eva Högl (SPD): Also Sie waren dann quasi, obwohl Sie unzuständig waren, zuständig für den ganzen Komplex Personalakte Uwe Mundlos auch - -

Zeuge Olaf Christmann: Transport.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau, Transport. Transport ist auch das Stichwort, Transport zum Untersuchungsausschuss. Es war ja bekannt, dass am 11. September hier Herr Huth als Zeuge geladen war. Wie kam es denn, dass der Untersuchungsausschuss die Personalakte Uwe Mundlos erst am 13. September bekommen hat, und wieso kam das erst dann zustande, nachdem ich hier im Untersuchungsausschuss verkündet habe, dass der *Spiegel* sie schon hat und wir sie noch nicht haben? Können Sie uns das mal erklären?

⁴ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

Zeuge Olaf Christmann: Nein, das muss das BMVg erklären, weil wir haben ja keine Inhaberschaft der Personalakte gehabt.

Dr. Eva Högl (SPD): Also Sie waren nur zuständig für die Übermittlung an das Bundeskriminalamt, und damit endete das dann auch?

Zeuge Olaf Christmann: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay. Dann habe ich noch mal eine andere Frage, und zwar hinsichtlich der Prävention. Wir haben mit Herrn Huth heute schon - ich will das nicht alles wiederholen - darüber gesprochen, dass der MAD bestimmte Dinge zur Kenntnis bekommen hat, Rechtsextreme in der Bundeswehr, und dann aber die Konsequenz in der Bundeswehr nicht die war, die eigentlich angebracht gewesen wäre, also Entfernung der rechtsextremen Personen, Beendigung der Laufbahn oder was auch immer, und die Personen sogar noch ein ordentliches Zeugnis ausgestellt bekommen haben oder eine Einzelkämpferausbildung, was auch immer.

Jetzt hat Herr Huth uns erklärt, dass sich jetzt alles geändert hat und jetzt alles viel besser ist. Nun haben wir keine Sicherheitsüberprüfung mehr, wir haben auch mittlerweile eine Berufsarmee, also stellen sich für mich doch eine ganze Reihe von Fragen des Umgangs mit Rechtsextremismus in der Bundeswehr. Sie sind der zuständige Abteilungsleiter. Können Sie mir mal sagen, was sich erstens seit Ende der 90er-Jahre geändert hat und zweitens was für Sie besonders relevant ist, wo Sie sehen, dass die Bundeswehr und der MAD dazu beitragen, dass Rechtsextreme nicht in der Bundeswehr sind?

Zeuge Olaf Christmann: Was nach wie vor so ist, ist, dass der MAD nicht die Entscheidung trifft, sondern der MAD unterrichtet und berät, und er übermittelt die vorhältbaren Erkenntnisse, die dann dazu führen, dass eine andere Stelle ein Personalgespräch mit jemandem führen muss und dann selbst die Entscheidung treffen muss. Der MAD ist also nicht die entscheidende Stelle. Das ist nach wie vor so.

Das, was sich Ende der 90er-Jahre geändert hat - wobei ich nicht weiß, wie es Mitte der 90er-Jahre genau geregelt war; denn ich kenne nur die Weisungslage von Ende der 90er-Jahre -, ist in den Papieren, die Ihnen,

denke ich, auch zur Verfügung gestellt wurden, nämlich ein Hinweis für den Umgang mit Extremisten aus 1997 und dann ein Erlass aus dem BMVg von PSZ für den nachgeordneten Personalbereich, wie mit Berufssoldaten, Zeitsoldaten, Wehrpflichtigen, Beamten, zivilen Mitarbeitern umzugehen ist, wenn der MAD diese Informationen an eine personalbearbeitende Stelle übermittelt. Da gibt es halt Unterschiede.

Zu Zeiten der allgemeinen Wehrpflicht, als sie noch nicht ausgesetzt war, da sollte vermieden werden, dass ein Wehrpflichtiger sich nur durch eine Zugehörigkeit zu einer rechtsextremistischen Szene dieser Pflicht entzieht. Es wäre ja denkbar gewesen, und es gab auch Fälle - ich habe in den letzten Jahren selber noch Fälle erlebt -, wo ein junger Wehrpflichtiger versucht hat, den Wehrdienst zu umgehen, nur weil er behauptet hat: „Ich gehöre aber dazu“, oder: „Ich denke so und so“, und: „Ich freue mich schon, zu Ihnen zu kommen.“ - Die Pflicht zu umgehen, ohne dass, ja, gravierendste Tatsachen vorlagen, das war bei Wehrpflichtigen halt nicht gewollt.

Bei allen anderen Gruppen, die in diesem Erlass geregelt sind, sieht das schon anders aus. Also da wurde ja geregelt, dass sie nicht zu fördern sind, keine Spezialausbildungen erlangen sollen. Das war die grundsätzliche Regelung. Aber entscheiden muss immer den Einzelfall der zuständige Vorgesetzte oder Dienststellenleiter. Da kann weder der MAD noch jemand anders vor Ort die Feder führen. Da kann es natürlich in Einzelfällen auch zu nicht sachgerechten Entscheidungen kommen.

Dr. Eva Högl (SPD): Wie ist das denn im Vorfeld - das will ich auch noch mal fragen insbesondere zu der Situation, als wir noch die Wehrpflicht hatten -, wenn Wehrpflichtige einberufen werden sollen, zur Bundeswehr gehen sollen, gemustert werden usw. und Sie erfahren von zivilen Verfassungsschutzämtern etwa, dass sie rechtsextrem sind? Wie läuft das ab? Was passiert dann?

Zeuge Olaf Christmann: Da gab es seit vielen Jahren die sogenannte Bitte um Beteiligung an die Kreiswehrrersatzämter, weil wir diese Information von einer zivilen Verfassungsschutzbehörde bei uns nicht auf Vorrat speichern durften - der könnte ja mal zur Bundeswehr kommen, und dann ziehen wir diese Information aus der Schublade und

kümmern uns direkt um ihn -, sondern wir haben das für die Person zuständige Kreiswehrrersatzamt gebeten, uns, wenn sie ihn denn einberufen wollen, zu informieren. Dann haben wir halt aktuell noch mal die anderen Behörden angefragt: Liegt aktuell noch etwas zu dieser Person vor? - Denn diese Information hätte ja vier Jahre alt sein können, und aktuell hat derjenige sich schon längst gelöst, und es gibt nichts verdachtsbegründendes Aktuelles mehr. Also das war die Bitte um Beteiligung.

Dr. Eva Högl (SPD): Was wäre für Sie denn dann ein Grund gewesen, dem Kreiswehrrersatzamt zu empfehlen, jemanden nicht als Wehrdienstleistenden zu nehmen? Sie sagten ja eben, das muss gravierend gewesen sein.

Zeuge Olaf Christmann: Funktionäre und Gewalttäter. Funktionäre und Gewalttäter sollten grundsätzlich nicht zum Wehrdienst herangezogen werden. Diese Regelung, so wie ich sie kenne, gibt es seit Ende der 90er. Vorher gab es auch etwas, das kann ich aber nicht erläutern, weil ich das nicht mehr kenne.

Dr. Eva Högl (SPD): Wir haben auch eine ganze Reihe von Gegenbeispielen, wo das nicht funktioniert hat, also wo auch Funktionäre aus der NPD, „Thüringer Heimatschutz“ usw. genommen wurden.

Zeuge Olaf Christmann: Da kommt es darauf an, ob diese Information zu dem Zeitpunkt schon vorlag oder ob sich das erst später herausgestellt hat.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Christmann, Sie haben ja eine lange berufliche Erfahrung, und deswegen will ich die Gelegenheit auch mal nutzen, dass Sie hier als Zeuge sind. Ich stelle mir tatsächlich ernsthaft die Frage, ob es sich überhaupt vertreten lässt, dass rechtsextreme Angehörige der Bundeswehr, rechtsextreme Soldaten und auch Soldatinnen, V-Leute des MAD sind. Ich halte das für ein echtes Sicherheitsrisiko, und ich finde auch, dass es nicht vertretbar ist - das sage ich Ihnen direkt so -, weil es für mich ein Unterschied ist, ob jemand in einer Organisation versucht, eine staatliche Institution, eine V-Person zu gewinnen, und die auch finanziert und die Informationen liefert, oder

ob es sich um eine staatliche Einrichtung, die dem Schutz unserer Demokratie dient, wie die Bundeswehr, handelt. Können Sie mir mal sagen, wie Sie das sehen mit V-Leuten, welchen Aufwand und Ertrag, in welchem Verhältnis das für Sie steht, wie wichtig das für Ihre Arbeit ist oder ob Sie das vielleicht auch für verzichtbar halten?

Zeuge Olaf Christmann: Einen überzeugten Rechtsextremisten, den wir auch als Rechtsextremisten bewerten, hätten wir aktuell nicht als Quelle - ich will gar nicht den speziellen Begriff V-Mann benutzen -, sondern auch nicht als Gewährsperson oder - - Das ist zumindest aktuell keine Option für uns.

Es geht sogar so weit, dass wir schon eine Abwägung treffen, wenn jemand nur zu einer Gruppierung gehört oder Szenekontakte hat, aber nicht als überzeugter Rechtsextremist bewertet wird. Dann müssen die Zugänge schon so besonders wertig sein, und dann ist auch die Entscheidungsebene entsprechend höher. Also dass wir vom MAD Rechtsextremisten als Quellen führen, schließe ich aktuell aus, auch für die jüngere Vergangenheit. Für die ferne Vergangenheit kann ich nicht sprechen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich frage Sie ja auch zu dem Zeitpunkt, den Sie überblicken können und mit dem Sie befasst sind. Wie sehen Sie denn das, wenn ich da insbesondere auch Bedenken habe, weil man ja die Leute auch radikalisiert? Wenn Sie jemanden, der rechtsextreme Musik hört, bitten, in der rechtsextremen Szene auch für Sie da einzusteigen, Ihnen Informationen zu liefern, gibt es da nicht auch die Gefahr, dass die Leute, Ihre Quellen, dann auch stärker in die Szene eindringen, um auch entsprechende Informationen zu liefern, und vielleicht auch radikalisiert werden? Haben Sie das noch nie erlebt?

Zeuge Olaf Christmann: Also, ich kenne eher das Gegenbeispiel, dass eine Bereitschaft, uns Informationen zu liefern und dann ein Vertrauensverhältnis auch zu uns aufzubauen, sehr häufig dazu führt, dass sich jemand auch mehr distanziert und seine Zukunft auch mehr in einem anderen Bereich sieht, gerade im beruflichen Bereich, weil wir grundsätzlich ja Angehörige der Bundeswehr als Quellen führen, die ja auch bei uns eine berufliche Zukunft wollen. Das passt nicht

zusammen mit einer immer stärkeren Verstrickung in extremistische Aktivitäten.

Dr. Eva Högl (SPD): Danke. Meine Zeit ist abgelaufen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die der FDP ist noch nicht abgelaufen, und wir hören die Fragen des Kollegen Kurth. Bitte.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wir kommen! - Ich schließe an diesen Fragenkomplex an. Wir haben ja mit Recht die wehrhafte Demokratie, die allerdings sehr hohe Hürden aufsetzt. Ich will jetzt keinen Staatsbürgerkundeunterricht halten, aber wenn jemand aktiv, kämpferisch gegen den demokratischen Grundkonsens, die freiheitlich-demokratische Grundordnung vorgeht, dann sind das derart hohe Hürden, damit eben staatliche Gewalt oder Ähnliches nicht bei unzulässiger Einschränkung von Meinungsfreiheit oder Ähnlichem vorgeht, also mithin auch Meinungsfreiheit sehr weit fasst. Bei einem Organ wie der Bundeswehr kommt es selbstverständlich auch zu Einschränkungen auch von Grundrechten; das ist auch mehrfach so gesagt worden. Meine Frage ist jetzt folgende: Nach welchen Kriterien entscheiden Sie, ob jemand rechtsextremistisch oder anderweitig extremistisch ist und damit beispielsweise nicht zu fördern oder auch nicht zu befördern ist?

Zeuge Olaf Christmann: Auch wieder eine leichte Korrektur: Die Vorgabe, jemand ist grundsätzlich nicht zu fördern - ohne Rücksprache zum Bearbeitungsstand des MAD -, gilt schon, wenn wir eine Verdachtsfallbearbeitung aufnehmen. Also schon dann ist ein Vorgesetzter gehalten, uns zu konsultieren.

Dann zu dem eigentlichen Kern der Frage: Wie bewerten wir, ob jemand Rechtsextremist ist? Entweder er ist Mitglied einer Gruppierung, Partei, die verfassungsfeindlich ist, formales Mitglied, oder aber er handelt aktiv für diese Gruppierung, Partei, ohne formales Mitglied zu sein, oder er ist ein gewaltbereiter Einzeltäter, Beispiel: ein Skinhead, der gewalttätig ist. Das sind wichtige Kriterien für uns, jemanden als Extremisten zu bewerten.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das ist aber auch schwierig. Also eine Partei, die

verfassungsfeindlich ist, dann wäre sie ja vielleicht einem Verbotsverfahren schon unterzogen worden.

Zeuge Olaf Christmann: Ein NPD-Mitglied wird von uns auch als Rechtsextremist bewertet.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wo setzen Sie die Grenze?

Zeuge Olaf Christmann: Die Mitgliedschaft.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. Bei welchen Parteien erfolgt die Grenzziehung? Es ist schwierig, es ist eine sehr schwierige Frage. DVU, Republikaner, Statt-Parteien und was weiß ich, was es alles so gab.

Zeuge Olaf Christmann: Im Laufe der Zeit ändern sich die Bewertungen des BfV. Die Bewertung des BfV ist für uns auch maßgeblich, also die Bewertung der jeweiligen Partei.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Gibt es denn Fälle, wo Rechtsextremisten - - Oder sind Ihnen Fälle bekannt - so herum vielleicht gefragt -, wo Rechtsextremisten aufgrund ihrer politischen Einstellung nicht befördert worden sind? Ich kann mich an meine Zeit in der Armee, also in der Bundeswehr, erinnern: Die Nichtbeförderung von Grundwehrendienstleistenden musste man begründen, nicht die Beförderung von Wehrendienstleistenden. Da gab es relativ hohe Hürden, jemanden nicht zu befördern.

Zeuge Olaf Christmann: Ich kann jetzt keine Einzelfälle aus meiner Erinnerung nennen, wo es dazu kam oder nicht. Ich weiß aber auch aktuell aus Vorgängen, dass Vorgesetzte, nachdem sie von uns schon über die Bearbeitung, ohne dass ein Ergebnis vorliegt, unterrichtet wurden - und das tun wir, wir operieren nicht geheim vor uns hin, ohne die Vorgesetzten mit ins Boot zu nehmen - - Sondern grundsätzlich unterrichten wir Vorgesetzte schon, dass jemand für uns eine Verdachtsperson ist. Da gibt es viele Beispiele, wo die Vorgesetzten vor irgendeiner Maßnahme bei uns anfragen: Wie ist denn nun euer Ermittlungsfortschritt, kann ich oder kann ich nicht? Die sind natürlich an den grundsätzlichen Erlass gebunden, und

der spricht halt schon, auch wenn eine solche Datenübermittlung - wir kategorisieren das: Kategorie 1 ist Extremist, Kategorie 2 ist noch kein erkannter Extremist, es liegen aber vorhaltbare Erkenntnisse vor - ergangen ist - - dann sind die jeweiligen Vorgesetzten auch an die Maßnahmen des Erlasses, an die Vorgaben gebunden.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich finde das relativ schwierig, auch für Sie, zu entscheiden. Ich will jetzt nicht gegen die Armee, die Bundeswehr argumentieren. Aber wenn der Vorgesetzte, also derjenige, der über die Beförderung zum Beispiel entscheidet - - Wen konsultiert er, wen muss er konsultieren, oder kann er bei Verdachtsmomenten auch von sich aus sagen: „Nein, Beförderung findet nicht statt“? Oder sind Sie zum Beispiel zwangsläufig eingebunden?

Zeuge Olaf Christmann: Nein, nein, zwangsläufig nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und dann schreibt er in die Nichtbeförderungsbeurteilung hinein: „Aufgrund politischer Einstellung nicht befördert“, -

Zeuge Olaf Christmann: Es geht um die Eignung. Es geht nicht um Gesinnung, sondern es geht um die Eignung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): - „aufgrund der politischen Einstellung nicht geeignet zum Gefreiten“, zum Beispiel?

Zeuge Olaf Christmann: Ich weiß nicht, was ein Vorgesetzter - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Es muss ja Kriterien geben, auch Gleichbehandlung von Soldaten.

Zeuge Olaf Christmann: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nicht dass ein Vorgesetzter vielleicht jemanden auf dem Kieker hat - das soll es ja auch geben - und dann sagt: Komm, nimmst du die politische Einstellung, ist am besten.

Zeuge Olaf Christmann: Nein, da sind die entsprechenden Erlasse für Personalmaßnahmen bindend.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Halten wir uns nicht weiter daran auf. - Ich habe eine andere Frage. Wann haben Sie das erste Mal von der Operation „Rennsteig“ gehört?

Zeuge Olaf Christmann: Anfang dieses Jahres, als sie hier im Zusammenhang Wellen geschlagen hat, als also der Begriff Operation „Rennsteig“ aufkam, auch medial aufkam.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): So. Und dann spielt der MAD, je nach Quelle übrigens oder Zeugenbefragung, eine manchmal wichtigere und manchmal auch größere Rolle. Dann haben Sie sich in diese Operation „Rennsteig“ eingearbeitet?

Zeuge Olaf Christmann: Das ist schwierig, weil es bei uns auch keinen Vorgang Operation „Rennsteig“ gibt, in den ich mich einarbeiten könnte. Ich habe aber die Informationen verfolgt, die öffentlich oder auch zwischen Behörden ausgetauscht wurden. Ich habe zumindest zwei Vermerke aus der damaligen Zeit in den ersten Monaten dieses Jahres zur Kenntnis bekommen, und da ging es halt um die Rollenverteilung in dieser damaligen Operation „Rennsteig“.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aha. Ja? Erzählen Sie mal!

Zeuge Olaf Christmann: Ich kenne einen Vermerk aus 1999, wo seitens meines Vorgängers, heute hier als Zeuge vernommen, gegenüber anderen Behörden - ich weiß jetzt nicht mehr, wer beteiligt war; BfV, LfV Thüringen, meine ich, also mehrere Personen - 1999 in einer Besprechung - - wo er klar dargelegt hat, der MAD arbeitet im Rahmen seiner Zuständigkeit mit, liefert also Informationen unter diesem Stichwort Operation „Rennsteig“. Aber das, was ich eben auch jetzt in den letzten Monaten erfahren habe, ist, dass BfV und LfV Thüringen diese Operation „Rennsteig“ gemeinsam begonnen haben, ich denke, 1997 oder vielleicht schon 1996, aber ich meine 1997. Zumindest war da -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das wissen wir ja auch nicht so genau.

Zeuge Olaf Christmann: - klar, dass sie mit einer Zielsetzung diese Operation begonnen haben, und dann hat der MAD sich daran beteiligt, um die von ihm gewonnenen Informationen beizutragen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ist Ihnen bekannt, ob sich der MAD selbstständig beteiligt hat oder angefragt worden ist?

Zeuge Olaf Christmann: Nein, das weiß ich nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie sprachen von zwei Vermerken. Der eine war also 1999.

Zeuge Olaf Christmann: Ja. Der andere aus 1997, der hat auch mit einer Personenliste zu tun gehabt, die für Missverständnisse gesorgt hat. Diese Personenliste hatte - nun bin ich mir aber nicht mehr sicher, ob das jetzt auch noch offen verwertbar ist; ich denke, nein - einen Zweck, der nicht Zielpersonen war. Also es war nicht eine Liste potenzieller Zielpersonen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also im Sinne von - -

Zeuge Olaf Christmann: Aber weiter in den Details, da bin ich mir jetzt nicht sicher, wie die Einstufung der Detailinformationen war. Aber das sind zwei Dokumente, die ich kenne.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nur um Missverständnisse zu vermeiden: Zielpersonen im Sinne von -

Zeuge Olaf Christmann: Quellenwerbung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): - Quellenwerbung.

Zeuge Olaf Christmann: Also, wenn wir über die Rollenverteilung reden, dann habe ich aus den Dokumenten, die ich jetzt kenne, schließen können: Der MAD hat nicht eine identische Zielsetzung wie BfV und LfV Thüringen verfolgt mit der Operation „Rennsteig“, also das Ziel gehabt, Quellen zu werben, sondern - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Hatten Sie nicht?

Zeuge Olaf Christmann: Hatten wir nicht, nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie hatten es nicht?

Zeuge Olaf Christmann: Also, nicht unter diesem Begriff jetzt, zahlreiche Quellen zu werben, sondern die Aufgabenerfüllung MAD blieb tatsächlich dieselbe, nämlich aus Befragungen oder aus Informationen einer Quelle, die aber mit anderer Zielrichtung, nämlich in der Zuständigkeit MAD geführt wurde, Informationen beizutragen. Aber ich - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herzlichen Dank. War sehr erhellend.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - würde jetzt zur Linksfraktion wechseln, wenn Frau Pau möchte.

Petra Pau (DIE LINKE): So ist es. - Ich habe erst einmal eine Frage gleich anschließend an das, was der Kollege Kurth eben mit Ihnen besprochen hat. Sie haben eben gesagt, dass die Operation „Rennsteig“ Ihnen zur Kenntnis gelangt ist - oder dieser Begriff - Anfang des Jahres, als das hier Wellen geschlagen hat. Jetzt habe ich mich gerade noch mal gefragt, wie wir eigentlich Kenntnis zur Operation „Rennsteig“ bekommen haben, und da fallen mir zwei Zeitpunkte ein, nämlich einer im Mai, als der Kollege Ströbele und ich hier bei der Vernehmung von Zeugen aus Bayern nach der Operation „Rennsteig“ fragten. Haben diese Fragen gegebenenfalls Wellen, die Sie via Ministerium dann beim MAD erreicht haben, geschlagen?

Zeuge Olaf Christmann: War das der Zeitpunkt, als dann auch ein Beweisbeschluss, alles mit dem Begriff Operation „Rennsteig“ vorzulegen, ergangen ist? Ich weiß nicht mehr, in welchem Monat das genau war.

Petra Pau (DIE LINKE): Der zweite Anlass, wo die Operation „Rennsteig“ nicht nur

dem vorhandenen interessierten Publikum und dem Ausschuss zur Kenntnis gelangte, war dann im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz nach Auffliegen der Aktenschredderung am 11.11.2011 und unserer Forderung, alles, was dazu noch da ist, zur Kenntnis zu bekommen. Das war wiederum Ende Juni/Anfang Juli dieses Jahres. Das ist ja nun deutlich nicht mehr Anfang des Jahres. Deswegen frage ich nach, ob unsere Befassung hier - uns haben Zeugen hier dazu ja auch Antworten gegeben, und zwar bayerische Zeugen, zur Operation „Rennsteig“ und zu ihrer Kenntnis dazu -, ob das schon Aktivitäten ausgelöst hat, auch beim MAD mal danach zu schauen.

Zeuge Olaf Christmann: Ja. Also, ich meinte diesen Zeitpunkt im ersten Halbjahr 2012. Ich meinte nicht einen Zeitpunkt jetzt Ende des ersten Halbjahres. Ich kann es aber jetzt nicht genau eingrenzen. Nur, aus der Vergangenheit war der Begriff Operation „Rennsteig“ für mich kein Thema.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, das nur der Vollständigkeit halber. - Eine zweite Frage, die ich vorhin schon hatte, als Sie noch mal über die Entdeckung des alten EDV-Systems sprachen. Wir haben bisher bei all unseren Unterlagen unter anderem auch nicht gefunden, inwieweit Herr Mundlos gegebenenfalls aufgrund von Eingaben des MAD bei NADIS gespeichert war. Haben Sie Kenntnis, inwieweit Mundlos Bestandteil dieser NADIS-Datei war und zu welchem Sachverhalten das dann gegebenenfalls geschehen ist?

Zeuge Olaf Christmann: Das weiß ich nicht, und wir speichern auch nicht in NADIS.

Petra Pau (DIE LINKE): Wie bitte? Sie speichern nicht in NADIS?

Zeuge Olaf Christmann: Nein.

Petra Pau (DIE LINKE): Dem müssen wir dann noch mal bei einer anderen Zeugenbefragung nachgehen, weil ich erinnere mich an eine Sitzung in der letzten Sitzungswoche, wo ein Zeuge uns genau dazu etwas anderes gesagt hat. Aber gut, wir halten das einfach an der Stelle fest.

Zeuge Olaf Christmann: Wir müssen sogar NADIS-Anfragen ans BfV richten.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, das müssen wir dann noch einmal anders klären. - Und dann komme ich noch einmal zurück zu dem, was Sie mit Frau Högl vorhin schon debattiert haben. Sie haben uns ja noch mal die Rolle des MAD bei der Übermittlung der angefragten Vorgänge an das BKA beschrieben, und dazu habe ich noch mal einige Fragen.

Ausweislich der Akten hat das BKA am 5. Dezember beim MAD-Amt, Abteilung II, also bei Ihrer Abteilung, zu allen Informationen aus der Wehrdienstzeit von Mundlos angefragt. Am 6. Januar 2012, also einen Monat später, teilen Sie dann dem Herrn Ministerialdirigenten Dr. Gramm im Bundesverteidigungsministerium mit, dass die Beantwortung der Anfrage bislang noch nicht abgeschlossen ist, dass aber das Kreiswehersatzamt am 15. Dezember 2011 Ihnen telefonisch mitgeteilt hat, dass sich dort noch eine Restakte zu Uwe Mundlos befände, nach der übrigens auch schon Journalisten gefragt hatten und die auch schon an das Bundesverteidigungsministerium, WV I 5, übersandt worden sei. Dann hat das BKA am 4. Januar seine Anfrage an Sie erweitert, nämlich nach früheren Kontaktpersonen von Uwe Mundlos aus seiner Bundeswehrzeit. Wir finden das in MAT A BMVg-6/2, Blatt 118. Und Sie bitten dann wiederum Herrn Gramm im Ministerium um eine „grundsätzliche Klärung der konkreten Verfahrensweise bei der Bearbeitung solcher Anfragen, bei denen es nicht oder nicht nur um (frühere) Erkenntnisse des MAD geht“, und dass hier häufig auch andere ermittelnde Behörden befasst sind.

Können Sie sich erinnern, wie Herr Gramm auf Ihre Schreiben reagiert hat und welche Antwort Sie bekommen haben? Sie haben ja auch Unterstützung angeboten.

Zeuge Olaf Christmann: Ja. Es ist dann zu diesem Erlass gekommen vom, ich meine, 26. Januar, in dem die von mir schon geschilderte Briefträgerfunktion festgeschrieben wurde. Das war dann die Weisung des Ministeriums, wie wir damit umzugehen haben. Wir hatten nämlich vorher keine gesetzliche Grundlage - woraus ergäbe sich die? -, als MAD Informationen aus anderen Bereichen der Bundeswehr zu uns zu holen und dem BKA zu übermitteln.

Petra Pau (DIE LINKE): Alles klar.

Zeuge Olaf Christmann: Dann hätte ja der Eindruck entstehen können, der MAD habe dort etwas in eigener Zuständigkeit ermittelt.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich will Sie jetzt auch gar nicht kritisieren. Ich will eigentlich etwas anderes herausfinden, weil am 19. Januar 2012 wenden Sie sich noch einmal ans Bundesverteidigungsministerium, in dem Fall an einen Herrn Witz, und teilen mit, dass Sie eine erneute Anfrage des BKA noch immer nicht beantworten konnten, weil es eben keine Verfahrensregelung gibt.

Herr Christmann, hatten Sie den Eindruck, dass die Dringlichkeit dieser Angelegenheit im Ministerium vielleicht nicht so ganz verstanden wurde, weil ich meine, wir haben hier auch schon BKA-Beamte gehabt, die uns beschrieben haben, wie sie wirklich seit Auffliegen des Trios mit Hochdruck ermittelt haben und versucht haben, alles an Informationen zusammenzubekommen, um dieses Puzzle zusammensetzen, und dann vergeht eine so lange Zeit, um diese ja vorhandenen Dinge zuzustellen.

Zeuge Olaf Christmann: Ja, es hing nach meiner Erinnerung auch damit zusammen, dass wir uns immer an unser Fachaufsichtsreferat zu wenden haben und die dann innerhalb des Ministeriums das andere, für die Kreiswehrrersatzämter und die Personalakten zuständige Referat beteiligen müssen. Und da ging es eben nicht innerhalb von ein, zwei, drei Tagen, diese Koordination. Das hing aber wohl auch mit der An- und Abwesenheit von Personen zusammen. Aber es war eben nichts, was unser Fachaufsichtsreferat einzeln, alleine hätte entscheiden oder bewerkstelligen können.

Petra Pau (DIE LINKE): Das ist völlig klar. Dann werden wir die daraus folgenden Fragen natürlich an anderer Stelle mit Zeugen aus dem Ministerium zu klären haben, weil nach meiner Vorstellung muss ja nach dem Auffliegen des Trios nicht nur im Bundesinnenministerium die Wichtigkeit und Notwendigkeit, hier schnell auch entsprechende Dinge zusammenzustellen, erkannt worden sein, sondern ich erwarte so was natürlich auch im Verteidigungsministerium, ich erwarte das im Übrigen auch im Bundeskanzleramt; darüber werden wir irgendwann

auch noch mal reden müssen, wenn wir über den BND und anderes reden. Also, das soll nur den Sinn meiner Frage erklären: Mir geht es nicht darum, Sie zu kritisieren oder Ihr Amt zu kritisieren, sondern nur herauszufinden, warum das so lange gedauert hat, auch mit Blick auf die vom Kollegen Wolff vorhin beschriebene Beschweris des Ausschusses, dass wir bis Mitte Juli 2012 aus dem Bundesverteidigungsministerium nur die Ansage bekommen haben: Wir haben nichts mit NSU-Bezug, wir können also den Ausschuss auch gar nicht mit Akten oder womit auch immer belästigen. - Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, falls Bedarf besteht. Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Christmann, ich möchte dem Kollegen Binninger beispringen und seine Frage noch ein bisschen verlängern, die er vorhin schon gestellt hat. Wenn ich das richtig mitbekommen habe, haben Sie da gesagt: Ja, es gibt einen US-Verbindungsmann in Süddeutschland. Und auf seine Frage, von welcher Seite da eine Verbindung dann gemacht worden ist, von Ihnen vermittelt worden ist, haben Sie gesagt: „von einem deutschen Dienst dahin“, wenn ich das so richtig verstanden habe. Sie können mich korrigieren, wenn ich es falsch verstanden habe.

Meine Frage ist jetzt: Gab es denn auch mal von der umgekehrten Seite ein Initiativgesuch, von der US-Seite an Sie zur Weiterleitung an andere deutsche Stellen?

Zeuge Olaf Christmann: Das habe - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie nicht persönlich, natürlich MAD.

Zeuge Olaf Christmann: Sondern den MAD, egal an welchem Ort. - Das haben meine Nachfragen in dieser Angelegenheit nicht ergeben. Also, ich weiß nicht, ob Sie meinen, im selben zeitlichen Zusammenhang oder zu einem anderen Zeitpunkt. Über andere Zeitpunkte kann ich keine Aussage treffen, ob also zu einem anderen Zeitpunkt auch umgekehrt etwas - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In diesem Jahr.

Zeuge Olaf Christmann: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, im letzten Jahr, Ende letzten Jahres.

Zeuge Olaf Christmann: Das ist mir nicht bekannt, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen nicht bekannt. - Das heißt, der MAD ist tätig geworden auf Bitten, Auftrag von der deutschen Seite, also von einer anderen deutschen Stelle.

Zeuge Olaf Christmann: So ist mir das nach meinen Nachfragen von unseren Mitarbeitern vor Ort gesagt worden, und das war für mich auch plausibel.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab auch keinen Anruf von der anderen Seite?

Zeuge Olaf Christmann: Ob da einer zuerst an dem Tag, dann ein anderer am nächsten Tag - - Also, die ursprüngliche Bitte um Herstellung eines Kontaktes, die ist mir nur bekannt: dass eine deutsche Person einen Amerikaner sprechen wollte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Ihnen bekannt und das haben Sie auch nachprüfen lassen?

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Das BMVg meldet sich. Bitte schön.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich befürchte keine weitergehenden Infos, sondern habe mehr Sorge um die Geheimhaltung.

OTL Hartwig Tombers (BMVg): So ist es in der Tat. Ich denke mal, wir wandern zum zweiten Mal auf einem sehr schmalen Grat und bringen den Zeugen damit sehr in Bedrängnis. Wir sind natürlich daran interessiert, die Fragen bestmöglich in unser aller Interesse zu beantworten. Aber es gibt hier auch Sachverhalte, die einer besonderen Geheimhaltung bedürfen. Ich bitte doch hier, dies zu beachten.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Wir sollten die Gratwanderung auch nicht - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich denke, der Zeuge hat die Frage beantwortet. Die Frage ist, ob er wahrheitsgemäß geantwortet hat; ich gehe mal davon aus.

Zeuge Olaf Christmann: Davon bin ich überzeugt.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Ich sehe keine weiteren Fragen bei den Grünen. Sehe ich überhaupt noch weiteren Fragebedarf? - Das ist nicht der Fall. Also, dann fragen wir es mal offiziell ab.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Betteln Sie nicht um Fragen! Die Gelegenheit ist günstig, schließen Sie! - Heiterkeit)

- Wunderbar. Ich will überhaupt nicht; ich bin in dieser Beziehung gänzlich unschuldig. Also, wunderbar.

Wir sind damit am Ende der Zeugenbefragung bei Ihnen angelangt. Wir bedanken uns ganz herzlich. Und Sie bekommen dann noch Material von uns zugeschickt mit der Bitte, das dann entsprechend durchzusehen und offensichtliche Fehler unter Umständen zu korrigieren.

Dann darf ich Ihnen und uns allen einen schönen Abend wünschen. Die Sitzung ist damit geschlossen.

(Schluss: 21.07 Uhr)

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH



Amt für den
Militärischen Abschirmdienst

Amt für den Militärischen Abschirmdienst, Postfach 10 02 03, 50442 Köln

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss
der 17. Wahlperiode
Leiter Sekretariat PA 27
z.Hd. Frau Marleen HELLMUND
Platz der Republik 1

11011 BERLIN

per Fax: 030-227-30084

Olaf CHRISTMANN
Abteilungsleiter II

HAUSANSCHRIFT	Brühler Str. 300, 50968 Köln
POSTANSCHRIFT	Postfach 10 02 03, 50442 Köln
TEL	+49 (0) 221 – 9371 – 2840
FAX	+49 (0) 221 – 9371 – 37 54
Bw-Kennzahl	3500
LpNo Bw-Adresse	MAD-Amt Abt 2

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss

04. Dez. 2012

647

BETREFF **Stenografisches Protokoll der 39. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses am 08.11.2012**
hier: Korrektur
ANLAGE - 4 Seiten -
DATUM Köln, 04.12.2012

Sehr geehrte Frau HELLMUND,

das mir am 19.11.2012 zugegangene vorläufige Protokoll habe ich auf Korrekturbedarf geprüft.

Bezug nehmend auf unser Telefonat vom 27.11.2012 sende ich es hiermit auszugsweise zurück und weise auf vier Textstellen hin, an denen Korrekturen vorzunehmen sind:

1. Seite 78: streiche 2010, setze 2011
2. Seite 86: streiche 2007, setze 2004
3. Seite 88: streiche ArN, setze AN
4. Seite 100: streiche Querakten, setze KWEA-Akten.

Mit freundlichen Grüßen

CHRISTMANN

Kapitän zur See

Abstimmung im Deutschen Bundestag. Wir setzen dann fort mit der Befragung von Herrn Christmann, wenn die Abstimmung beendet ist; aber diesmal bitte direkt nach der Abstimmung.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Nach der
Raucherpause!)

Ich werde da mit gutem Vorbild vorangehen.
Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
18.27 bis 18.48 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die unterbrochene Beweisaufnahmesitzung wird fortgesetzt.

Wir beginnen mit der Befragung des Zeugen Christmann. Herr Christmann, Sie haben in Ihrer einleitenden Darstellung uns nicht näher erläutert, welche Funktion Sie zu welchem Zeitpunkt innerhalb des Militärischen Abschirmdienstes bekleidet haben vor 2010. Sie sind nach meinen Unterlagen 2010 Abteilungsleiter II für den Bereich Extremismus- und Terrorismusabwehr geworden. Das wird man ja wahrscheinlich nicht als Externer, sondern wenn man schon vorher innerhalb des MAD andere Positionen innehatte.

Zeuge Olaf Christmann: Ja. Ich bin 1994 zum MAD gekommen, habe zuerst von 1994 bis 1998 als Ermittler in der MAD-Stelle Kiel gearbeitet. Dann war ich zwei Jahre außerhalb des MAD auf dem Admiralstabslehrgang in Hamburg. Anschließend war ich in der Spionageabwehr des MAD-Amtes in Köln für zwei Jahre eingesetzt. Danach war ich vier Jahre Grundsatzreferent für den MAD im Fachaufsichtsreferat - damals hieß das Org 5/KS im BMVg -, und dann bin ich Ende, genau genommen im November, 2006 in die Abteilung Extremismusabwehr ins MAD-Amt gekommen, habe zuerst die Funktion des Dezernatsleiters Beschaffung Süddeutschland innegehabt, wurde dann 2008, im Sommer 2008, Beschaffungsleiter für die gesamte Beschaffung Extremismusabwehr in Deutschland und im Januar ~~2010~~ dann Nachfolger des heute bereits vernommenen Oberst Huth, Januar ~~2010~~ dann als Abteilungsleiter.

Inzwischen, seit April, hat meine Abteilung auch nicht nur die Aufgabe Extremismus- und Terrorismusabwehr, sondern wir hatten eine ziemlich große Umorganisation im MAD, sodass zu meiner Abteilung nun

auch die Spionageabwehr in Deutschland gehört. Also, die Abteilungsbezeichnung ist jetzt „Extremismus-/ Terrorismus-/ Spionage- und Sabotageabwehr“.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kommen zur Befragung durch die Fraktionen. Das Fragerecht hat zunächst die Unionsfraktion, und es fragt der Kollege Clemens Binniger.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Herr Christmann, mich würde interessieren; in Ihrer Zeit als Beschaffungsleiter Süddeutschland oder auch hinterher insgesamt -- Das war 2006 bis 2010. Ist das richtig? Also, erst Süddeutschland zwei Jahre und dann gesamt?

Zeuge Olaf Christmann: Ja. Ab November 2006 zuerst für den kleinen Bereich Süddeutschland zuständig, dann ab 2008 für ganz Deutschland, 2010 nicht nur Beschaffung, sondern auch Auswertung und Grundlagen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Süddeutschland umfasst welche Bundesländer aus Ihrer Zuständigkeitsdefinition?

Zeuge Olaf Christmann: Bayern und Baden-Württemberg.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Thüringen und Sachsen nicht dabei?

Zeuge Olaf Christmann: Nein.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Jetzt haben wir heute --

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Das gilt als
Mitteldeutschland, Herr Kollege! -
Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):
Sehr richtig!)

- Ich kenne die allgemeingültigen Definitionen, habe aber auch gelernt, dass Sicherheitsbehörden manchmal ganz andere Zuordnungen vornehmen. Deshalb frage ich nach.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Da will ich nicht
widersprechen! Das ist ein eigener
Kosmos!)

2004
Zeuge Olaf Christmann: Ja, da gibt es die Arbeitsgruppe „Operativer Informationsaustausch“, wo über Einzelfälle gesprochen wird, und das ist ja analog zum GTAZ, was sich seit ~~2007~~ sehr bewährt hat im Bereich des Islamismus. Es wird fortgeschrieben. Es wird immer weiter in jeder Woche, wo neue Informationen zu einem Sachverhalt oder zu einer Gruppierung aufkommen, fortgeschrieben. Das meine ich mit: Die Informationen fließen besser und schneller.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Gab es denn da aus Ihrer Kenntnis heraus denn noch eine spezifische Fehleranalyse aus dem heraus, was man jetzt an Defiziten gesehen hat, was den Informationsaustausch angeht im Zusammenhang mit der Terrorgruppe NSU, im Rahmen des GAR?

Zeuge Olaf Christmann: Mir ist nicht innerlich, ob das zu einem Projekt oder zu einem konkreten Vorhaben wurde, Fehleranalyse in Bezug auf NSU im GAR. Ich will nicht ausschließen, dass darüber gesprochen wurde; aber ich habe es jetzt nicht präsent.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Weitere Fragen der Union in dieser Runde?

(Armin Schuster (Weil am Rhein)
(CDU/CSU): Dürfen wir noch?)

- Noch drei Minuten.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Christmann, ich habe noch mal eine Frage zu einer sehr interessanten VP, die bei Ihnen geführt wurde - Jürgen H. -, über dessen Erkenntnisse Sie sehr diszipliniert und präzise an die relevanten Nachbardienste berichtet haben. Verwunderlich ist nur - ich reflektiere jetzt auf die Treptow-Akten -, dass wir in den Akten überhaupt keine Reaktionen finden. Selbst wenn der Begriff „Jenaer Bombentrio“ tatsächlich fällt - das gab es auch -: keine Reaktion. Liegt das an der Aktenführung? Fehlt uns da etwas? Oder gab es die tatsächlich nicht? Und warum gab es dann bei Ihnen darauf wiederum keine Reaktion? Ich habe an bestimmten Beispielen wirklich die Akten durchgelesen, Blatt für Blatt, und ich finde einfach nur einen sehr guten Bericht, zum Beispiel an das BfV, und dann nichts mehr.

Zeuge Olaf Christmann: Zuerst einmal zur Abkürzung VP. Bei uns steht das für „Verdachtsperson“, nicht für „Vertrauensperson“ oder VM.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Entschuldigung, ich meinte Vertrauensperson.

Zeuge Olaf Christmann: Und eine Verdachtsperson, die befragen wir, die führen wir nicht. Also, bei Jürgen H. war das - mir ist dieses Dokument jetzt im Laufe der letzten Monate auch zur Kenntnis gelangt - eine VP-Befragung, und die wurde, wenn ich das jetzt recht erinnere, im Rahmen einer spontanen Datenübermittlung an eine oder mehrere Behörden überstellt. Ich bin mir jetzt nicht sicher, welches Dokument existiert, ob da Paraphen, Notizen der anderen Behörde drauf sind.

Wenn wir es überstellt haben, dann müsste die andere Behörde gefragt werden, ob sie auf diesem von uns überstellten Dokumenten nicht irgendwelche Vermerke oder Paraphen gemacht hat, warum nicht, weil bei vielen ist es ja so. Viele Dokumente, die wir jetzt als Rückläufer von zivilen Behörden bekommen, enthalten ja Notizen und Paraphen anderer Behörden.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie können sich auch nicht erinnern, dass es mal eine Anfrage des BfV gab oder der Polizei Thüringen, LKA, dass man sich mit diesem Jürgen H. entweder direkt oder über Sie noch mal intensiv austauschen möchte, weil der ja nun wirklich wertvolle Informationen hatte?

Zeuge Olaf Christmann: Ich bin seit 2006 in dem Bereich tätig, und das war lange vor meiner Zeit. Also, Jürgen H. war nichts, an das ich mich erinnern könnte, sondern ich weiß nur, dass jetzt ein Dokument aufgetaucht ist, wo er eine Rolle spielt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion, Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank. - Herr Christmann, ich will mal etwas ganz anderes fragen, und zwar die aktuellen Ereignisse ein bisschen in den Blick nehmen, und möchte Sie ganz gerne als Erstes fragen: Wie und

2. Untersuchungsausschuss
 [39. Sitzung am 08.11.2012 - Zeugenvernehmung: Öffentlich] - Vorläufig

88

als wir diese alte Archivnummer auf dem Schreiben sahen, gar keinem in den Sinn gekommen, in dieser Altanwendung mit so einer Archivnummer nachzuschauen.

Dr. Eva Högl (SPD): Da hat sich dann ein Mitarbeiter bei Ihnen gemeldet, ein paar Wochen später, und hat gesagt: „Herr Christmann, ich kann damit umgehen, ich kann das mit der Archivnummer machen“, oder wie war das?

Zeuge Olaf Christmann: Das war im Zusammenhang mit irgendeinem anderen Vorgang, wo er sagte, wir sollten mal dran denken bzw. man sollte mal versuchen, bei alten Operationen, bei alten Verdachtsfallbearbeitungen - ob nun Einzelfallbearbeitungen oder Sammelbearbeitungen -, wo man nicht genau weiß, welcher Person der Datensatz nun zugeordnet ist, auch in dieser wieder auszugrabenden Anwendung eine Abfrage zu starten. Und das war nicht im Zusammenhang mit Mundlos, sondern das war im Zusammenhang mit einem anderen Anlass, wo er sagte, das wäre noch eine Möglichkeit, etwas herauszufinden.

Dr. Eva Högl (SPD): Und was haben Sie dann mit dem Mitarbeiter weiter besprochen oder veranlasst?

Zeuge Olaf Christmann: Wir haben dann natürlich die Abfragemöglichkeiten geprüft und haben dann bei Dingen, wo uns die damalige Archivnummer nun bekannt war, auch solche Abfragen gestartet.

Dr. Eva Högl (SPD): Das heißt, Sie hatten ja im März, 8. März, das Übersendungsschreiben. Die Archivnummer war auf dem Übersendungsschreiben, und Sie haben kurze Zeit später dann diese Abfrage in dem alten - -

Zeuge Olaf Christmann: Nein, das war nicht kurze Zeit später. Ich weiß nicht mehr, wann es war, aber es lagen Wochen dazwischen, weil es ein anderer Anlass war.

Dr. Eva Högl (SPD): Soll ich Ihnen sagen, von wann unser Exemplar ist? Vom 19. September 2012. Das ist unser Datenausdruck. Das sind nicht Wochen später. Das ist sogar nach der ursprünglich angesetzten Beratung im Untersuchungsaus-

schuss, wo wir eigentlich Herrn Huth vernehmen wollten und wo wir uns dann gesprochen haben. Das ist nicht Wochen später, sondern das ist erst weit danach. Gibt es noch einen Ausdruck eine Zeit vorher?

(Abg. Dr. Eva Högl (SPD) hält ein Schriftstück hoch)

Zeuge Olaf Christmann: Nein, denn es gibt auf diesem Übersendungsschreiben keine AN, so wie sie heute gebräuchlich ist und wie sie bei dem anderen Fall als Abfragemöglichkeit aufgekommen war. Das Format auf diesem Übersendungsschreiben ist anders, und dieses Format wurde nicht zum selben Zeitpunkt als alte AN erkannt, wie bei dem Dokument, das dann zu dieser „Veranda“-Abfrage geführt hat.

Dr. Eva Högl (SPD): Deswegen frage ich jetzt noch mal. Sie haben ja eben gesagt, die Archivnummer, die dann diese Abfrage ermöglicht hat, sei auf dem Übersendungsschreiben gewesen. Das war jetzt doch nicht der Fall. Wo war sie denn dann drauf?

Zeuge Olaf Christmann: Doch, sie war drauf. Das haben wir aber erst im Sommer erkannt oder im Spätsommer, nicht schon zu dem Zeitpunkt, als das Thema: „Wir hätten da noch eine Möglichkeit, in der alten IT-Anwendung nachzuschauen bei anderen Vorgängen“ -- Da war nicht klar, dass auf diesem Übersendungsschreiben vom März auch eine, nur anders geartete Archivnummer stand.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Huth, war Ihnen und allen - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Christmann.

Dr. Eva Högl (SPD): Ach, Entschuldigung: Herr Christmann, Verzeihen Sie, genau. Ich hatte noch Herrn Huth im Kopf. - Herr Christmann, war Ihnen bewusst, dass das durchaus dringlich ist? Also, am 8. März bekommen Sie den Hinweis, dass der MAD Kontakt zu Uwe Mundlos hatte. Ich gehe davon aus, dass Sie das in eine andere Umlaufgeschwindigkeit versetzt hat, als Sie das erfahren haben. Und ich frage mich jetzt immer noch: Was haben Sie denn eigentlich veranlasst im Folgenden? Also, wenn der endgültige Ausdruck, den wir hier haben,

AN,
nicht
AN

Bundesministerium der Verteidigung weiß seit dem 14. November 2011, dass Uwe Mundlos bei der Bundeswehr war. Es gab dann Anfragen vom Bundeskriminalamt, eine vom 5. Dezember 2011 und eine noch mal vom 4. Januar 2012, bei Ihnen zur Frage Wehrdienstzeit von Uwe Mundlos usw. Sie veranlassen dann, dass die Personalakte von Uwe Mundlos vom Kreiswehrrersatzamt Erfurt zu Ihnen kommt. Sie schreiben das am 17. Februar 2012 und lassen dann mit Kurier oder Boten oder wie auch immer am 24. Februar das abholen; um 7.12 Uhr wird das abgeholt vom Kreiswehrrersatzamt Erfurt, und das Bundeskriminalamt bekommt die Personalakte am 7. März 2012. Ist das nicht ein bisschen spät angesichts der Brisanz dieser Vorgänge? Und der Untersuchungsausschuss bekommt die Personalakte am 13. September 2012.

Zeuge Olaf Christmann: Also ich habe das in meiner Verantwortung Liegende, glaube ich, getan seit Dezember.

Dr. Eva Högl (SPD): Das war was?

Zeuge Olaf Christmann: Das war die Information des Ministeriums, dass das BKA Interesse hat an Informationen zu der Wehrdienstzeit, die aber nicht im MAD vorhanden waren, sondern die an anderer Stelle in der Bundeswehr beschafft werden müssten. Dann gab es eine Erörterung, welche Rolle der MAD bei diesem Verfahren übernehmen soll. Ende Januar gab es dann einen Erlass des Fachaufsichtsreferats, dass wir diese sogenannte Postbotenfunktion übernehmen sollen, also die Personalakte, im Kreiswehrrersatzamt vorliegend, auch nicht bei uns kopieren, ablegen, sondern wirklich nur sichten und zum BKA transportieren sollen.

Also die Rolle des MAD wurde zuerst diskutiert, bis zu diesem Erlass. Dann gab es weitere Erörterungen mit dem Referat im Ministerium, das den Kreiswehrrersatzämtern vorgesetzt ist. Erst nachdem die Lage, wer macht jetzt was, wirklich glasklar war, ist es dann zum Ausführen gekommen, also zum Abholen und Überbringen der Akte.

Dr. Eva Högl (SPD): Dazu habe ich zwei Fragen, Herr Christmann. Die eine Frage ist: Haben Sie das nicht merkwürdig gefunden oder wie haben Sie das gesehen, dass Sie für zuständig erklärt wurden, wenn auch nur als Kurier? Es wurde ja ausdrücklich festge-

halten, dass Sie nicht zuständig sind als MAD, sondern das Bundesministerium der Verteidigung. Wie haben Sie das denn empfunden, dass das Bundesministerium der Verteidigung - ich verstehe das so aus den Akten - versucht hat, diesen ganzen Vorgang ziemlich weit von sich weg zu halten und Ihnen zuzuschieben?

Zeuge Olaf Christmann: Nein, wir sahen da beide einen Vorteil, dass der MAD zumindest Kenntnis vom Inhalt erlangt, auch wenn er dann die Informationen nicht bei sich behält und speichert, aber zumindest prüft, ob er aktuell irgendeine Form von Zuständigkeit bekommt. Es ging ja nicht nur um diese eine Akte, sondern es ging ja auch darum, ob in anderen ~~Querschnitten~~ zu anderen Personen Informationen drin sind, die wir kennen sollten, auch aktuell kennen sollten.

Wir wollten selber auch nicht das BKA bloß an andere in der Bundeswehr verweisen - „Geht doch dorthin und besorgt euch alles“ -, weil wir weiterhin auch ein guter ~~Zusammenarbeit~~ Partner für das BKA sein wollten, also der Eingangs-Port in die Bundeswehr für Anliegen, Fragen des BKA. Das war auch unser Anliegen, und das hat das Fachaufsichtsreferat genauso gesehen, und deswegen wurde eine Lösung gesucht, wie der MAD dort eine sachgerechte Rolle ausfüllt.

Dr. Eva Högl (SPD): Also Sie waren dann quasi, obwohl Sie unzuständig waren, zuständig für den ganzen Komplex Personalakte Uwe Mundlos auch - -

Zeuge Olaf Christmann: Transport.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau, Transport. Transport ist auch das Stichwort, Transport zum Untersuchungsausschuss. Es war ja bekannt, dass am 11. September hier Herr Huth als Zeuge geladen war. Wie kam es denn, dass der Untersuchungsausschuss die Personalakte Uwe Mundlos erst am 13. September bekommen hat, und wieso kam das erst dann zustande, nachdem ich hier im Untersuchungsausschuss verkündet habe, dass der Spiegel sie schon hat und wir sie noch nicht haben? Können Sie uns das mal erklären?